Anlage 01 zu VO/1001/13

– Alle Vorschläge der ersten Beteiligungsphase

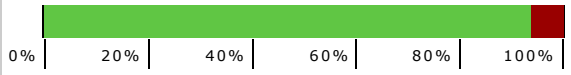
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S006	Ampelschaltung	2013-06-10 20:14:29	apsi	1

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Straßen / Verkehr
Erstellungsdatum:	2013-06-10 20:14:29
Autor:	apsi

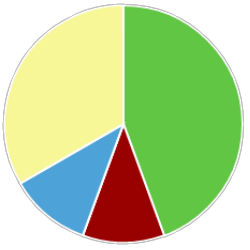
gp.pstatus	grün 1
Vorschlagscode	S006
Stadtteil	Ronsdorf
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	76	5	0	81
Bewertungen (abs.)	93,8%	6,2%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	11		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	10	Unterstützt den Vorschlag	4
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	1
		Inhaltliche Ergänzung	3
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Ein Großteil der Ampeln (z.B. im Stadteil Ronsdorf, Cronenberg) könnten zur einsparung Nachts außgeschaltet werden. Jeder Autofahrer hat in der Fahrschule lernen müssen, dass wenn die Ampel aus ist die Beschilderung gilt. gerade Nachts (von 22-4Uhr) steht man (Autofahrer und Fußgänger) vor Roten Ampeln, obwohl kein Verkehr zu sehen ist. Durch die Abschaltung ist es sicherlich möglich einen gewissen Betrag von Stromkosten einzusparen. Auch die Anwohner an einigen Ampeln würden sich freuen, da vor ihrer Haustür dann einen Lärmbelestigung duch haltenede Autos vermindert werden. Des Weiteren ist dadurch auch eine CO2-Einsparung möglich, da niemand mehr unnötig mit laufendem Motor an der Ampel warten muss.

Zebrastreifen

10.06.2013 20:34 von JNK

Unterstützt den Vorschlag

Reine Fußgängerampeln sollten auch darauf geprüft werden, ob ein Zebrastreifen sie ersetzen kann.

Ampeln mit LED-Technik ausrüsten

11.06.2013 17:38 von Heiko_Meins

Inhaltliche Ergänzung

Den Ansatz der Abschaltung von Ampeln außerhalb vom Gefahrenstellen in den Nachtstunden finde ich gut. Um zusätzliche Einsparpotentiale zu heben, sollten die bestehenden Ampelanlagen auf LED-Technik umgerüstet werden. Dieses würde sich vorrangig für Anlagen im Dauerbetrieb anbieten.

Kasinokreisel

12.06.2013 13:55 von AT

Inhaltliche Ergänzung

Gerade beim Kasinokreisel finde ich es als Fußgänger störend wenn ich am späten Abend vor eine roten Ampel warten soll, obwohl "minutenlang" kein Auto kommt. Gleiches passiert mir als Autofahrer, "minutenlang" stehe ich dort, obwohl kein Fußgänger die Fahrbahn überqueren möchte. Wie bedauerlich war in der Vergangenheit der Umbau dieses Kreisverkehrs.

Schon heute möglich...?

12.06.2013 14:36 von flhah

Ist eine Frage

Ich vermute, Bürger können schon heute über eine Email an die Verwaltung (http://www.wuppertal.de/vv/oe/104.php#tab-kontakt) unnötig lange geschaltete Ampeln melden, ich glaube nicht, dass die Politik an sich dort irgendwie etwas zu beschließen braucht. Deshalb finde ich den Vorschlag an sich zwar sinnvoll, weiß aber nicht, ob hier der richtige Rahmen dafür ist oder ob nicht einfach jeder an die Verwaltung einfach schreiben kann.

Vorrang für Kreisverkehr & Zebrastreifen

12.06.2013 18:01 von bea

Unterstützt den Vorschlag

Vorrang für Kreisverkehr und Zebrastreifen wie in Nachbargemeinden und -ländern - würde mir sehr gefallen! Die Argumente dafür sind bekannt - auch in Wuppertal! Wäre prima, wenn sich lokale Entscheidungsträger davon und auch örtlichen Gegebenheiten überzeugen ließen! Was bitte soll eine 24-Stunden-Ampel an einem nur - zu Spitzenzeiten - temporären Unfallschwerpunkt? Ampeln verursachen Folgekosten für Steuerung, Energie, Wartung.., 24-Stunden-Lichtzeichenanlagen auch Nachts bei leeren Straßen, a b e r: Kreisel/Zebrastreifen eben nicht. Ampeln erzwingen Standzeiten, Abbremsen und Anfahren. Die Begleiterscheinungen in Form hoher Lärm- / Schadstoff-Umweltbelastungen belasten Mensch und Natur a b e r: Herantasten an und Durchfahrung zB eines Kreisels erfordert Geschwindigkeitsreduzierung, verringert die Umweltbelastungen und fördert Verkehrsfluss.

Einige Ampeln nachts aus!

13.06.2013 16:22 von Vanderbilt

Unterstützt den Vorschlag

Sehr guter Vorschlag, der eine Liste der nachts (23 - 5 Uhr?) unnötig aktiven Ampeln erfordert, am besten nach Stadtteilen sortiert.

Grüne Welle?

21.06.2013 21:48 von AT

Inhaltliche Ergänzung

In meinem Leben als "Autofahrer" habe ich es schon zwei mal erlebt, dass die Wuppertaler Talachse (nun) als Grüne Welle geschaltet werden soll.

Nur in der Praxis habe ich das noch nie(!) erfahren. Warum eigentlich? Egal welche Geschwindigkeit, ob 40, 45 oder 50 km/h immer schaltet sich die nächste Ampel auf rot. Das ist ärgerlich, weil die Standzeit an der Ampel und die Abgasmenge dadurch größer ist.

Warum klappt das in Berlin, wie ich es selbst vor ca. 10 Jahren erlebt hatte. Ich konnte von Spandau im Westen bis zum Zentrum ein einer einzigen Grün-Phase durchfahren. Weil das jeder mitbekommen hat - dass auf diese Art die ideale Geschwindigkeit bei 45-50 km/h lag - fuhr auch keiner schneller. Ich empfand das als ein angenehmes Fahren.

Mich würde interessieren ob durch eine grüne Welle - die Gewindigkeitsüberschreitungen signifikant zurück gehen.

Irrglaube!

06.07.2013 16:04 von Fussel

Lehnt den Vorschlag ab

Abgeschaltete Lichtsignalanlagen sparen kein Geld ein.
Es ist richtig, dass die Beschilderung gilt, dennoch ist die Unfallrate an abgeschalteten Lichtsignalanlagen wesentlich höher.
Dadurch entstehen volkswirtschaftliche Kosten, die die eingesparten Stromkosten um ein vielfaches überschreiten.

Darüberhinaus kann man die Wartezeit nachts mit geeigneten Schaltungen gering halten. Dazu zählen zum Beispiel "Alles-Rot-Schaltungen" (Hier kann die Anlage bei Annäherung eines Fahrzeuges direkt grün schalten), kurze Umlaufzeiten oder Dauer-Grün für die Hauptrichtung und sofortige Anforderung der Nebenrichtung.

Ampelschaltung

09.09.2013 16:16 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

In den Tagungen der Unfallkommission der Stadt Wuppertal, wo Vertreter der Kreispolizeibehörde, Anordnungsbehörde, Fachdienststellen und der Bezirksregierung Düsseldorf teilnehmen, werden die Betriebszeiten von Lichtsignalanlagen unter den verschiedenen Kriterien wie Unfalllage, Sichtverhältnisse, Schulwegsicherung usw. regelmäßig thematisiert und im Konsens festgelegt. Die Stadt Wuppertal betreibt 342 Lichtsignalanlagen, davon werden 92 (27%) Anlagen 24 Stunden lang betrieben und 250 (73%)Anlagen zu festgelegten Zeiten abgeschaltet.

Über das Internetportal und das Servicecenter der Stadt Wuppertal kann jeder Bürger/in Anfragen zu Themen der Lichtsignalanlagensteuerung an die Verwaltung stellen. Diese Anfragen werden an die Fachdienststelle Straßenverkehrstechnik im Ressort Straßen und Verkehr weitergeleitet.

Ampelvorrangschaltung für ÖPNV

23.09.2013 17:36 von Friedrich_List

Unterstützt den Vorschlag

Die Idee, den Busverkehr zu beschleunigen, hätte nicht nur den direkten Vorteil, dass der ÖPNV wegen der kürzeren Fahrzeiten für mehr Fahrgäste attraktiv wäre. Außerdem würden sich so Umlaufzeiten für Fahrzeuge und Dienstzeiten für Personale reduzieren lassen. Auf diese Weise kann mit weniger Material und Fahrern dasselbe Angebot aufrechterhalten werden. Bei einer Fahrzeit von 50 Minuten je Linie wird das Beschleunigungspotenzail im Durchschnitt mit 8-10 % angegeben. Da die bestehenden Ampelvorrangschaltungen in Wuppertal weitgehend funktionsuntüchtig sind bzw. Ihrer Funktion nicht gerecht werden, wäre dieser Ansatz für das Stadtgebiet in etwa zutreffend.

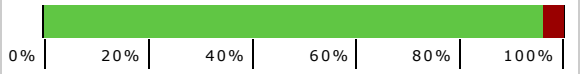
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S067	Wahlen zusammenlegen	2013-06-25 15:59:54	GuidoGallenkamp	2

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Sonstiges
Erstellungsdatum:	2013-06-25 15:59:54
Autor:	GuidoGallenkamp

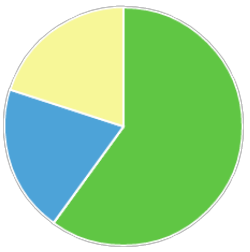
gp.pstatus	gelb 3
Vorschlagscode	S067
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	72	3	0	75
Bewertungen (abs.)	96%	4%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	11		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	7	Unterstützt den Vorschlag	3
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	1
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Eine Wahl kostet die Stadt Wuppertal etwa 400.000 Euro und jede Menge Zeit. Alle Wahlberechtigten müssen angeschrieben werden, die Wahlen, Wahllokale und Wahlhelfer organisiert werden und schließlich die Wahl durchgeführt ud ausgezählt werden. Unterm Strich das größte Projekt, was die Stadt immer wieder durchführen muss.

Durch den Verzicht eines Jahres seiner Amtszeit würde der Oberbürgermeister seiner Stadt diesen Aufwand ersparen, da die Wahl dann zusammen mit der Wahl des Stadtrats erfolgen würde. Geschätzte 95% des Aufwands als auch der Kosten würden einfach wegfallen.

Wie Politik und Bürger gleichermaßen festgestellt haben: wir sind alle bereit, für die Rettung von Wuppertal ein paar Jahre in den sauren Apfel zu beißen, sparsam zu sein und Opfer zu bringen. Wenn jemand mit der Fahne der Sparsamkeit winken sollte, dann der Meister aller Bürger. Dies würde nicht nur sparsam sein, sondern auch ein glaubwürdiges Signal an seine Mitbürger senden, ebenfalls den Gürtel enger zu schnallen.

Zusammengelegte Wahlen

03.07.2013 11:52 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

bei der vergangenen Kommunalwahl 2009 wurde der Rat der Stadt für fünf Jahre - bis 2014 -, der Oberbürgermeister hingegen für sechs Jahre - seine Wahlzeit endet erst am 20. Oktober 2015 - gewählt. Die Wahlen und Wahlzeiten sollen künftig (ab dem Jahre 2020) wieder am gleichen Tag stattfinden und die selbe Dauer haben (5 Jahre). Um dies zu erreichen, wird der kommende Rat (ab 2014) einmalig für sechs Jahre gewählt und die OB-Wahl im Herbst 2015 für fünf Jahre durchgeführt.

Damit eine gleichzeitige Wahl bereits 2014 stattfinden könnte, hat der Landtag mehrheitlich ein "Gesetz zur Stärkung der kommunalen Demokratie" beschlossen, das unter anderem ein einmaliges Niederlegungsrecht für (Ober-) Bürgermeister und Landräte beinhaltet. Die kommunalen Spitzenverbände sehen in dieser Änderung erhebliche Probleme, etwa beamtenrechtlicher Art. Der Vorstand des Städtetages Nordrhein-Westfalen, dessen Vorsitzender der Mönchengladbacher Oberbürgermeister Bude (SPD) ist (sein Stellvertreter ist Wuppertals OB Jung) hat sich in dieser Hinsicht eindeutig positioniert:

1. Der Vorstand hält das Vorhaben der Koalitionsparteien, die Wahl der (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-) Bürgermeister und der Räte bis zum Jahr 2020 wieder zusammenzulegen für geeignet, den mit den einzelnen Wahlen verbundenen Aufwand zu vermindern. Zudem könnte so eine Verbesserung der Wahlbeteiligung erreicht werden.

2. Der Vorstand hält jede nachträgliche Änderung von Wahlzeiten für verfassungsrechtlich unzulässig. Der Vorstand weist darauf hin, dass die Überlegungen, über einen freiwilligen Amtsverzicht von Hauptverwaltungsbeamten zu einer vorzeitigen Zusammenlegung der Wahlen bereits im Jahr 2014 zu gelangen, eine Reihe verfassungsrechtlicher Fragestellungen aufwerfen.

Oberbürgermeister Jung stellt hierzu fest: "Die Wuppertalerinnen und Wuppertaler haben mir bei der Kommunalwahl 2009 mit großer Mehrheit ihr Vertrauen geschenkt und ich habe ihnen versprochen, mich mit voller Kraft über die Amtszeit von sechs Jahren als Oberbürgermeister für unsere Stadt einzusetzen. Dies werde ich auf jeden Fall bis zum Ende dieser Wahlperiode im Herbst 2015 fortführen und, wenn die Menschen in Wuppertal dies wollen, auch darüber hinaus."

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Absolut dafür...

25.06.2013 21:59 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Hier könnte der OB und die Ratsmitglieder zeigen, dass ihnen die Zukunft der Stadt wirklich wichtiger ist als ihr eigenes Pöstchen. Und dies würde vermutlich auch für eine Aufwertung des Ansehens der Politiker hier in Wuppertal sorgen...

Gleiche Diskussion in Bonn

26.06.2013 08:37 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

In Bonn wurde soeben der SPD-Oberbürgermeister von CDU, Grünen und Bürgerbund aufgefordert, die kommende OB-Wahl vorzuziehen und mit der Kommunalwahl im Mai 2014 zusammenzulegen. Damit könne die Stadt rund 600.000 Euro sparen, die die bisher im September 2015 geplante OB-Wahl koste. Bei einem gemeinsamen Wahlgang könne man mit einer höheren Wahlbeteiligung und damit mit einer besseren Legitimation für Rat und Oberbürgermeister rechnen. Quelle: http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/bonn/bonn-zentrum/Massive-Kritik-an-Nimptsch-Rede-article1082774.html

Er macht es z.B. vor:

26.06.2013 13:34 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Der Bürgermeister von Monheim:
http://www.wz-newsline.de/lokales/kreis-mettmann/monheim/buergermeister-zimmermann-sein-erfolg-

schuechtert-ein-1.1327742

Kein Wunder, dass dort der Amtsinhaber beliebt ist, wenn er so auch zeigt, dass er sich selbst dem Wohle der Stadt unterordnet. Peter Jung könnte auch mit guten Beispiel voran gehen. Bin gespannt, der OB hat es ja bereits eigentlich abgelehnt und zwingen kann ihn ja niemand:
http://www.wuppertal.de/rathaus-buergerservice/oberbuergermeister/wort_archiv2012/102370100000458480.php

---

Abgelehnt, aber...

27.06.2013 09:19 von GuidoGallenkamp

...das Argument waren die verfassungsrechtlichen Bedenken. Die gibt es aber nicht wirklich, denn dann wäre jeder Rücktritt einer auf Zeit gewählten Person ein verfassungsrechtliches Problem.

@Verwaltung

03.07.2013 13:05 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Herr Jung sollte hier nicht mit verfassungstechnischen Feinheiten argumentieren, sondern das Wohl der Stadt an oberste Stelle stellen, das drückt dieser Vorschlag soweit ich ihn verstehe aus. Und die Möglichkeit zur Amtsverkürzung ist nun definitiv gegeben.

Antwort auf Verwaltung

03.07.2013 18:05 von GuidoGallenkamp

Ist eine Frage

Sehr geehrte Verwaltung,

die Tatsache, dass der Vorstand des Städtetages Nordrhein-Westfalen Bedenken hat, ist kein Grund zur Sorge. Die Entscheidung über die verfassungsgemäße Rechtmäßigkeit eines Gesetzes obliegt noch immer dem Bundesverfassungsgericht. Bedenken alleine rechtfertigen keine Ablehnung oder unterlassene Prüfung durch einen entsprechendes Gutachten / einen Ausschuss.

Ich kann nicht erkennen, welche Institution oder welche Rechtsform sich hinter dem Städtetag verbirgt. Ist diese Organisation beratend für die Stadt Wuppertal tätig und wenn ja in welchem Umfang?

Mit freundlichem Gruß;

Guido Gallenkamp

Städtetag NRW

03.07.2013 19:15 von Marek2309

Die Verwaltung bezieht sich in ihrer Bewertung auf eine Aussage des Vorstandes des Städtetages NRW, dem Herr Jung als stellv. Vorsitzender angehört und dem er bis vor Kurzem vorstand. Anders ausgedrückt: Herr Jung bescheinigt sich mit dem Verweis auf die Position eines Gremiums, in dem er selbst eine führende Position inne hat, dass er Recht hat. Bemerkenswert!

Städtetag NRW

10.07.2013 11:40 von VerwaltungNJ

Liebe Teilnehmende,

die Verwaltung befindet sich nicht in Sorge, sondern vertritt - ebenso wie einstimmig der Vorstand des Städtetages NRW - eine klare Rechtsauffassung in der Sache. Da das Gesetz neben der aktuell normierten Möglichkeit des vorzeitigen Amtsverzichts weiterhin die Ausübung des Amtes über die gesamte Wahlzeit von sechs Jahren (bis 2015) vorsieht, für die sich der Oberbürgermeister eindeutig entschieden hat, bedarf

es auch keiner rechtlichen / gerichtlichen Überprüfung des Gesetzes.

Zur Funktion des Städtetages Nordrhein-Westfalen: Der Städtetag NRW ist der kommunale Spitzenverband der nordrhein-westfälischen Städte (39 Mitgliedsstädte - 22 kreisfreie und 17 kreisangehörige Kommunen mit insgesamt rund neun Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern). Der Städtetag Nordrhein-Westfalen vertritt die im Grundgesetz und der Nordrhein-Westfälischen Verfassung garantierte kommunale Selbstverwaltung. Er nimmt aktiv die Interessen der Städte gegenüber dem Landtag, der Landesregierung und zahlreichen Organisationen wahr. Der Städtetag Nordrhein-Westfalen berät seine Mitgliedsstädte und informiert sie über alle kommunal bedeutsamen Vorgänge. Außerdem stellt er den Erfahrungsaustausch zwischen seinen Mitgliedern her und fördert ihn in zahlreichen Gremien. Weitere umfassende Informationen über die Arbeit des Städtetages NRW findet man im Internet unter der Adresse www.staedtetag-nrw.de .

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Zusammengelegte Wahlen

09.09.2013 16:21 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 03.07. verwiesen:

Bei der vergangenen Kommunalwahl 2009 wurde der Rat der Stadt für fünf Jahre - bis 2014 -, der Oberbürgermeister hingegen für sechs Jahre - seine Wahlzeit endet erst am 20. Oktober 2015 - gewählt. Die Wahlen und Wahlzeiten sollen künftig (ab dem Jahre 2020) wieder am gleichen Tag stattfinden und die selbe Dauer haben (5 Jahre). Um dies zu erreichen, wird der kommende Rat (ab 2014) einmalig für sechs Jahre gewählt und die OB-Wahl im Herbst 2015 für fünf Jahre durchgeführt.

Damit eine gleichzeitige Wahl bereits 2014 stattfinden könnte, hat der Landtag mehrheitlich ein "Gesetz zur Stärkung der kommunalen Demokratie" beschlossen, das unter anderem ein einmaliges Niederlegungsrecht für (Ober-) Bürgermeister und Landräte beinhaltet. Die kommunalen Spitzenverbände sehen in dieser Änderung erhebliche Probleme, etwa beamtenrechtlicher Art. Der Vorstand des Städtetages Nordrhein-Westfalen, dessen Vorsitzender der Mönchengladbacher Oberbürgermeister Bude (SPD) ist (sein Stellvertreter ist Wuppertals OB Jung) hat sich in dieser Hinsicht eindeutig positioniert:

1. Der Vorstand hält das Vorhaben der Koalitionsparteien, die Wahl der (Ober-) Bürgermeisterinnen und (Ober-) Bürgermeister und der Räte bis zum Jahr 2020 wieder zusammenzulegen für geeignet, den mit den einzelnen Wahlen verbundenen Aufwand zu vermindern. Zudem könnte so eine Verbesserung der Wahlbeteiligung erreicht werden.

2. Der Vorstand hält jede nachträgliche Änderung von Wahlzeiten für verfassungsrechtlich unzulässig. Der Vorstand weist darauf hin, dass die Überlegungen, über einen freiwilligen Amtsverzicht von Hauptverwaltungsbeamten zu einer vorzeitigen Zusammenlegung der Wahlen bereits im Jahr 2014 zu gelangen, eine Reihe verfassungsrechtlicher Fragestellungen aufwerfen.

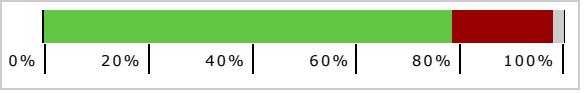
Oberbürgermeister Jung stellt hierzu fest: "Die Wuppertalerinnen und Wuppertaler haben mir bei der Kommunalwahl 2009 mit großer Mehrheit ihr Vertrauen geschenkt und ich habe ihnen versprochen, mich mit voller Kraft über die Amtszeit von sechs Jahren als Oberbürgermeister für unsere Stadt einzusetzen. Dies werde ich auf jeden Fall bis zum Ende dieser Wahlperiode im Herbst 2015 fortführen und, wenn die Menschen in Wuppertal dies wollen, auch darüber hinaus."

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
A001	Alternativen zum Auto fördern spart mittelfristig Geld	2013-06-10 10:41:19	flhah	3

Allgemeine Angaben

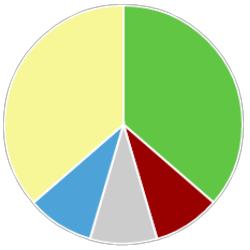
Kategorie:	Straßen / Verkehr	gp.pstatus	grün 2
Erstellungsdatum:	2013-06-10 10:41:19	Vorschlagscode	A001
Autor:	flhah	Typ	Ausgabevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	69	17	2	88
Bewertungen (abs.)	78,4%	19,3%	2,3%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	23		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	12	Unterstützt den Vorschlag	4
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	1
		Ist eine Frage	1
		Inhaltliche Ergänzung	4
		Sonstiges	0



Schlagworte

ÖPNV

Vorschlagsbeschreibung

Wuppertal ist bisher eine auf Autos ausgerichtete Stadt. Dies sieht man besonders an den letzten ÖPNV-Kürzungen und an der Stellung des Radverkehrs. Es gilt jedoch, diese beiden Alternativen zu fördern. So wurde bei den Kölner Verkehrsbetrieben errechnet, dass für jeden Euro, der in den Betrieb der KVB fließt, ein Nutzen in Höhe von 5,30 Euro entsteht: durch wegfallende Investitionen in noch mehr Straßen und Parkplätze, nicht erforderliche Ausgaben für mehr Autos in privaten Haushalten und vermiedene Umwelt-, Klima- und Unfallschäden. Hinzu kommen erhebliche Arbeitsmarkteffekte. In Wuppertal sollte deshalb statt Kürzungen der ÖPNV wieder im Vordergrund der Planungen stehen und unrentable Linien z.B. durch veränderte Linienwege wieder attraktiver gemacht werden. Durch Förderung von Radverkehrsmaßnahmen (die Nordbahntrasse kann hier als Impulsgeber verstanden werden) kann man zudem weiter viele Kosten, die durch den Autoverkehr entstehen, verringern (und spart noch Kosten im Gesundheitssystem). Hier hat gerade das WuppertalInstitut eine Studie erstellt, wie man mit relativ einfachen Mitteln den Radverkehrsanteil von derzeit 1.5% auf realistische 10% bringen kann. Diesen Anregungen sollte man folgen. Natürlich erfordert all dies Anfangsinvestitionen, jedoch wird dies mittelfristig zu Kosteneinsparungen führen.

Positive Effekte in vielen Bereichen

10.06.2013 13:23 von theduckling

Inhaltliche Ergänzung

Ich stimme den genannten Punkten zu 100% zu. Zusätzlich kann noch genannt werden, dass in Anbetracht der immer größer werdenden Menge an Geringverdienern ein attraktivere Gestaltung der Alternativen zum Auto auch für diese Bürger eine Entlastung darstellt. Nicht nur die Anschaffung eines Autos ist für viele nicht mehr stemmbar. Dazu kommen die steigenden Spritkosten. Das Auto in seiner jetzigen Form hat keine Zukunftsperspektive. Solange die Alternativen zum Auto jedoch durch schlechte Abdeckung des Stadtgebietes aufgrund von fehlenden oder selten verkehrenden Linien(ÖPNV), zu wenigen Radwegen und nicht freigegebenen Einbahnstraßen keine attraktive Alternative darstellen, wird das Auto für die Meisten die erste Wahl bleiben.

Strassenverkehr

10.06.2013 18:18 von Ongerbarmer

Ist neutral

Wir haben eine tpopgrafische Besonderheit in Wuppertal. Die Satdt im Tal und an den Hügel bedarf einer Lösung, die auch den engen Strassen in den Altstadtbereichen gerecht wird. Mit Fahrrädern ist dem persönlichen Nahverkehr nicht gerecht zu werden. Elektrofahrzeuge sind noch zu kostenintensiv. Welche Lösung auch immer konzeptionell die richtige ist, richtet sich nach den finanziellen Möglichkeiten. Sparen bringt sicher nicht den Erfolg, vor dem Hintergrund, dass sich die Satdt über kurz oder lang wegrationalisiert sind Lösungen zu mehr Arbeitsplätzen angesagt. Darum ist es zwingend, höhere Einnahmen zu generieren. Den Lösungsweg habe ich in meinem Vorschlag grob gelistet.

Trotz Topographie Fahrradstadt?

10.06.2013 23:03 von flhah

Es soll niemanden sein Auto verboten werden, trotzdem ist jeder Mensch, den man vom Auto zu einem alternativen Verkehrsmittel bewegen kann ein Gewinn für Umwelt und Stadtfinanzen. Zum Thema Topographie: Dies muss nicht zwingend ein Ausschlusskriterium sein, genau darauf geht die Studie des WuppertalInstituts ein: http://wupperinst.org/info/details/wi/a/s/ad/2211/ Niemand erwartet Radverkehrsanteile wie in Münster, 10% Radfahreranteil bei den Verkehrsteilnehmern (statt bisher ca. 1%) sind aber mit nicht allzu komplexen Maßnahmen realistisch.

weiter in die Zukunft denken

11.06.2013 14:29 von theduckling

Die Betonung sollte darauf liegen, dass Elektrofahrzeuge NOCH zu kostenintensiv sind. Sie deswegen als ernst zu nehmende Alternative zu vernachlässigen, ist sehr kurz gedacht. Wenn in Wuppertal auch nur ein Teil der Wege mit dem Rad erledigt werden würde, die man ohne die Überwindung stärkerer Steigungen bewältigen kann, wäre damit die Anzahl der Radfahrer schon um ethliches gestiegen. Es gibt andere topographisch schwierige Städte, die sich auch nicht haben abhalten lassen. Allein schon die talachsennahen Straßen für den Fahrradverkehr angenehmer und sicherer benutzbar zu machen, wäre ein sehr guter Anfang. Damit dürfte die Stadt schon so lange beschäftigt sein, dass in der Zwischenzeit auch E-Bikes für mehr Bürger erschwinglich sind.

Es ist nicht die Topographie

04.07.2013 13:43 von wuppertalbybike

In meinen Gesprächen mit Wuppertaler Radfahrern erfahre ich immer wieder, dass die Topographie nicht als allzu problematisch wahrgenommen wird. Was stört, oder besser als Gefahr wahrgenommen wird, ist der motorisierte Verkehr auf den Straßen. Um sein Ziel zu erreichen, z.B. die Universität am Grifflenberg, ist ein Ausweichen auf ruhige Nebenstraßen oft nicht möglich, da durch Einbahnstraßen versperrt. Hier leistet die Verwaltung bereits durch Öffnungen von mehr und mehr Einbahnstraßen für den gegenläufigen Radverkehr eine Förderung von Alternativen zum Auto. Es gibt noch mehr kostengünstige Lösungen zur Förderung des Radverkehrs, die ebenfalls in besagter Studie skizziert werden.
Gerade in den engen Straßen ist das Fahrrad dem Auto überlegen, und jedes parkende Auto weniger ist eine Erhöhung der Lebensqualität für die Anwohner.

Kostenwahrheit

10.06.2013 19:36 von JNK

Unterstützt den Vorschlag

Es ist vor allem wichtig, dass die Verwaltung die Kosten des Autos ermittelt, zum Beispiel mit den Arbeitsblättern des ICLEI (International Council for Local Environmental Initiatives) und VCD (Verkehrsclub Deutschland e.V.). http://www.vcd.org/kostenwahrheit0.html?&key=1-1 Nur wenn unsere Ratsherren die dauerhaften Kosten des MIV (Motorisierter Individualverkehr) kennen - so wie sie die exakten Kosten des ÖPNV kennen - können sie sachgerecht entscheiden.

Individualverhalten bleibt außen vor

11.06.2013 15:15 von DanielKolle

Lehnt den Vorschlag ab

Der Vorschlag ist nur dann effektiv, wenn die Bürgerinnen und Bürger dann auch tatsächlich das erweiterte Angebot nutzen und auf das eigene Auto verzichten. Diese Bedingung pauschal zu unterstellen halte ich nicht für seriös. Es würde Sinn machen, die aktuelle Verkehrszählung einmal daneben zu legen und zu schauen, für welche Wegbeziehungen dieser Vorschlag ggf. wirklich sinnig ist, weil er dann zum IPV eine ernsthafte Alternative darstellt.

Keine pauschale Unterstellung...

11.06.2013 15:40 von flhah

Das ÖPNV- und auch Radverkehrnachfrage über die Generierung eines attraktiven Angebots erfolgt, ist nicht in meinem Kopf entstanden, sondern zeigt sich in anderen Städten, die genau das Ziel eines erhöhten Radverkehranteils so erreicht haben (siehe dazu die verlinkte Radverkehrsstudie des Wuppertalinstituts). Das Auto hat unbestreitbar viele Vorteile und wird sicher auch die nächsten Jahrzehnte Verkehrsmittel Nummer 1 in Wuppertal bleiben, jedoch bietet gerade (zum Thema Wegebeziehung) bei kurzen, innerstädtischen Wegen das Fahrrad eine ideale Alternative.

Aktuell dazu:

14.06.2013 09:12 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Ein Zitat aus den Lokalnachrichten von Radio Wuppertal: "Im Wuppertaler Nahverkehr muss es in drei Jahren weitere Einschnitte geben. Davon ist Stadtwerke-Aufsichtsratschef Johannes Slawig überzeugt. " Das gilt es zu verhindern! Wir bewegen uns zurück in die Verkehrspolitik der 70er.

ÖPNV Kostensenkungen nötig

18.06.2013 15:34 von flhah

Inhaltliche Ergänzung

Eine weitere Einsparmöglichkeit im Wuppertaler ÖPNV besteht durch die Ausschreibung von Buslinienpaketen. Andere Anbieter können wohlmöglich mehr Leistung zu geringeren Kosten anbieten, als die WSW. Dieses Modell funktioniert bereits im Zugverkehr, sowie in vielen anderen Städten. Mehr dazu auch bei diesem Vorschlag: https://haushalt.wuppertal.de/dito/explore?action=basearticleshow&id=343#topic

Passende Literatur:

26.06.2013 18:25 von flhah

Inhaltliche Ergänzung

Autos erzeugen als Stehzeuge viele Kosten:
http://adfc-blog.de/2013/06/stehzeuge/

Experiment in Großbritannien:

http://www.zeit.de/auto/2012-11/tempo-30-kommunen

Ein paar Ergänzungspunkte:

01.07.2013 11:30 von flhah

Inhaltliche Ergänzung

- Anständiges Radkonzept am neuen Döppersberg mit straßengebundenen Radspuren

- Fernbushaltestelle am neuen Döppersberg planen (auch wichtig für neue Fernbuslinien, die Leute nach Wtal bringen können)

- Öffnung der Fußgängerzone nachts für Radler (Lieferverkehr = Laster sind dort erlaubt, Radfahrer nicht)

Noch eine Ergänzung:

02.07.2013 13:38 von flhah

Sich an ein bestehendes Fahrradverleihsystem anhängen, z.B. durch Verhandlungen mit dem VRR und seinem MetropolRadRuhr-System [...LINK ZU EINER KOMMERZIELLEN WEBSEITE WURDE VON DER MODERATION ENTFERNT...]. Insbesondere interessant entlang der Talachse und den Trassen und gut für kurze Wege, nach Registrierung ist meistens jeden Tag 30 min Fahrt umsonst!

Bitte Link zu MetropolRadRuhr wieder einfügen

03.07.2013 22:25 von DieterHofmann

metropolradruhr: Größtes Fahrradverleihsystem Deutschlands

Mit Fahrrad, Bus und Bahn schnell und umweltfreundlich in der Metropole Ruhr unterwegs. Mit diesem Ziel realisieren zehn Ruhrgebietsstädte und der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr unter Federführung des Regionalverbandes Ruhr das vom Bundesverkehrsministerium geförderte Fahrradverleihsystem metropolradruhr. Die Metropole Ruhr ist eine von acht Modellregionen, die sich 2009 im bundesweiten Wettbewerb "Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme" unter insgesamt 44 Regionen durchgesetzt haben.
[...LINK ZU EINER KOMMERZIELLEN WEBSEITE WURDE VON DER MODERATION ENTFERNT...]

Auch diesen Link löschen?

04.07.2013 09:39 von DieterHofmann

Ich habe - auf Ihre Bitte hin - hier https://haushalt.wuppertal.de/dito/explore?action=basearticleshow&id=354#topic meine Aussage mit einem Quellenhinweis belegt. Der Link führt allerdings auf die kommerzielle Webseite eines Verlages. Bitte prüfen Sie, ob der Link - angesichts Ihrer strikten Regeln - umgehend wieder gelöscht werden muss.

Alternativen zum Auto

09.09.2013 16:22 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die vermehrte Förderung des ÖPNV ist grundsätzlich wünschenswert, aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen jedoch nicht einfach zu realisieren. Das Mittel "unrentable Linien" z. B. durch veränderte Linienwege wieder attraktiver zu machen, wird sicherlich im Rahmen der Fortschreibung des kommunalen Nahverkehrsplanes ab 2014/2015 thematisiert werden.

Dürftige Antwort...

10.09.2013 10:03 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Die Verwaltungsantwort finde ich sehr dürftig. Zum Thema Radfahren wird gar nicht eingegangen.

Zum Thema ÖPNV zwei Anmerkungen:
1) Wurde jemals gegengerechnet, was vermehrter Autoverkehr anstelle von gestrichenen Busfahrten die Stadt kostet? Wie in der von mir erwähnten Studie zitiert SPAREN Städte mittelfristig durch vermehrten ÖPNV an anderer Stelle

2) Ich hoffe, bei der neuen Ausarbeitung des Nahverkehrsplan findet wieder Bürgerbeteiligung statt. Die WSW antworten in den seltensten Fällen auf Vorschläge zur Linienoptimierung und betroffene Anwohner können oft selber besser sagen, wo Linienweg suboptimal sind oder wo Anschlüsse verbessert werden können.

Investitionen in ÖPNV

12.09.2013 10:55 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Ich kann verstehen, dass die Verwaltung vor dem Erreichen des Haushaltsziel 2018 nicht viel investieren will. Aber man sollte zumindest festschreiben, dass der Status Quo beibehalten wird, auch beim Aufstellen des neuen Nahverkehrsplans (in Buskilometern). Weiterhin sollte man klarmachen, dass man nach Haushaltsausgleich mit den neu gewonnenen Investitionsmöglichkeiten spätestens dann den ÖPNV verstärkt fördern möchte. Alles was jetzt noch gekürzt wird, geht über die Grundsubstanz des Busnetzes hinaus. Schon heute sind Viertel Sonntags vom Busverkehr abgekoppelt, das ist einer Großstadt nicht würdig.

Zum Thema..

30.09.2013 10:29 von flhah

Ist eine Frage

Zum Thema Radförderung gibt es immer noch keine ANtwort der Verwaltung, z.B. wie/ob ein Radetat im Haushalt aussehen sollte...

Zum Thema Kosten des ÖPNV, nicht nur die Stadtwerke Köln, auch in Hagen wurde mal gegengerechnet, dass der ÖPNV auch viele Einnahmen generiert. Eine gute Zusammenfassung des Berichtes findet sich hier:
http://www.tal-journal.net/2013/09/wirtschaftsfaktor-opnv-das-beispiel.html

---

Nachtrag

30.09.2013 10:29 von flhah

Wieso findet so eine Berechnung nicht auch in Wuppertal statt? Genauso wie eine Berechnung der genauen Kosten des Autoverkehrs... nur so kann man anständig über Sinn und Unsinn von ÖPNV und Autoverkehr diskutieren.

Volkswirtschaftlicher Nutzen der WSW

30.09.2013 11:02 von DieterHofmann

Im Mai 2012 wurde die Studie "Volkswirtschaftlicher Nutzen der Wuppertaler Stadtwerke für die Region" http://zumlink.de/wl33 veröffentlicht. Sie wurde vom Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW)Bergischen Universität Wuppertal erarbeitet. Unter anderem weisen die Wissenschaftler darauf hin, dass Immobilien mit einer guten öffentlichen Verkehrsanbindung einen höheren Marktwert haben als solche ohne ÖPNV.

Radetat/Kosten ÖPNV

08.11.2013 16:50 von VerwaltungNJ

Hallo flhah,

schon seit Ende der 1970er Jahre wurden erste flächendeckende Radverkehrsnetze für die Stadt Wuppertal entwickelt und vom Rat der Stadt (1979 und 1984, eine weitere Fortschreibung 1989) beschlossen. Daraus abgeleitet, wurden eine Reihe von Maßnahmen jeweils im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, bzw. bei generellen Straßenraumneugestaltungen, wie im Osten und Westen der Stadt entlang der B 7, auch umgesetzt. Das eine Aktualisierung des Radverkehrsnetz auf rund 265 km wurde 1997 vom Rat der Stadt beschlossen.

Mit dem Bau des Geh- und Radweges auf der alten Sambatrasse sowie dem Bau des Geh- und Radweges „Nordbahntrasse" muss das Radverkehrsnetz angepasst werden. Eine Überarbeitung des Radverkehrsnetzes soll 2014 erfolgen.

Grundsätzlich wird bei jeder Straßenbaumaßnehme geprüft, ob Verbesserungen (z. B. Radstreifen, Schutzstreifen oder abgesenkte Bordsteine) für den Radverkehr realisiert werden können. Die Planung erfolgt in enger Abstimmung mit dem ADFC Wuppertal / Solingen. Inzwischen wurden im Zuge des Radverkehrskonzeptes 25 km Radwege, 72 km kombinierte Geh- und Radwege und 13 km Angebotsstreifen entlang von Hauptverkehrsstraßen umgesetzt, sowie 80 km beschilderte Radrouten in verkehrsarmen Straßen und Wirtschaftswegen. Ebenfalls wurde bereits 1994 eine erste Fahrradstraße in Wuppertal eingerichtet (Luisenstraße in Elberfeld).

2006 wurde auf einer Länge von 67 km durch das Stadtgebiet Wuppertal das landesweite Radverkehrsnetz NRW ausgeschildert. Außerdem ist bereits seit einigen Jahren ein rund 110 km langes Radroutensystem für den Freizeitradverkehr auf Wuppertaler Stadtgebiet beschildert (R-Wege Nr. 1 – 5a).

Zudem sind inzwischen knapp 1/3 der Einbahnstraßen in Wuppertal inzwischen schon für den Radverkehr in Gegenrichtung geöffnet worden. Die Prüfung erfolgt sukzessive bzw. auf Anregung von Bürgern und Vereinen und wird weiter fortgesetzt.

Außerdem werden alle größeren Radverkehrsmaßnahmen im 2009 eingerichteten Runden Tisch Radverkehr, der ca. 2-3 Mal pro Jahr tagt, vorgestellt und gemeinsamt mit Vertretern des ADFC, der Polizei und der Verkehrsdienststellen diskutiert und abgestimmt.

Mit der weiteren Förderung des Radverkehrs, vor allem durch das Großprojekt Nordbahntrasse, aber auch Sambatrasse können nun auch attraktive Alternativen zur Substitution des Autoverkehr in der Stadt angeboten werden.

Zum Thema Kosten des ÖPNV verweisen wir auf folgende Stellungnahme:

www.wuppertal.de/buergerbeteiligung/131108_Stellungnahme_Kosten Autoverkehr.pdf

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

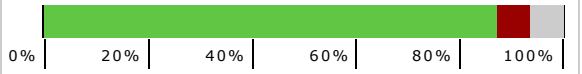
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S036	Essbare Stadt	2013-06-19 15:33:36	dewupp	4

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtleben / Wirtschaft
Erstellungsdatum:	2013-06-19 15:33:36
Autor:	dewupp

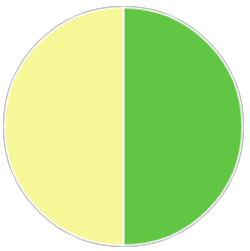
gp.pstatus	grün 2
Vorschlagscode	S036
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	54	4	4	62
Bewertungen (abs.)	87,1%	6,5%	6,5%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	5		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Die Stadt Andernach (Rheinland Pfalz) gibt nur noch 10% ihrer ursprünglichen Kosten für die Pflege der Grünflächen aus, weil sie auf den Flächen Nutzpflanzen anbaut die kostenlos von den Bürgern geerntet werden können - die Flächen müssen nicht jedes Jahr neu bepflanzt werden und lassen Platz für Bürgerengagement in den Stadtteilen.

Essbare Stadt

19.06.2013 18:06 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Die Idee des Urban Gardening finde ich super, könnte vielleicht auch als Mikroprojekt eingereicht werden (kaufen von Apfelbäumen o.ä.). Allerdings erfordert dies auch viel Bürgerengagement, damit ist Wtal jedoch relativ reich gesegnet.

Obstbäume entlang der Nordbahntrasse

20.06.2013 17:33 von DieterHofmann

Man könnte entlang der Nordbahntrasse an vielen Stellen problemlos Obstbäume pflanzen. Eine Verknüpfung von Radweg und Obstbäumen konzipiert man auch hier

Verpachtung von Wiesen und Obstalleen

20.06.2013 23:11 von STanneberger

Inhaltliche Ergänzung

Mich erinnert der Vorschlag an die Vergabepraxis seinerzeit in der DDR, wo BürgerInnen Abschnitte von Straßen und kleinere Grünflächen gegen kleine Pachtgebühr zur Ernte übernehmen konnten. Die Pflanzungen fanden durch die Kommune statt, dafür die Pacht auch mit Reinigungs- bzw. Aufräumarbeiten zwingend verbunden.

Essbare Stadt

09.09.2013 16:25 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Das Konzept der „Essbaren Stadt" in Andernach beinhaltet die Anpflanzung von Obst und Gemüse auf öffentlichen Grünflächen. Die Bürgerinnen und Bürger können die von der Stadtverwaltung eingebrachten Nutzpflanzen selbst ernten und verbrauchen (diese Aktivitäten sind auch unter dem Stichwort „Urban Gardening" oder "Guerilla Gardening" bekannt). Neben einem Einspareffekt bei der Pflege des Öffentlichen Grüns soll hierdurch das soziale Miteinander gestärkt und die Ökobilanz (Stichwort Biodiversität) verbessert werden.

Einsparungen ergeben sich in Andernach durch die Umwandlung von aufwändiger zu pflegenden Flächen (Frühjahrs- oder Sommerblumenbepflanzungen bzw. differenzierte Staudenpflanzungen) in Anbauflächen für Gemüse. Ansonsten führt der Anbau von Nutzpflanzen auf allen übrigen Grünflächen zu einer kostenintensiveren Grünpflege, da diese Flächen von Unkraut frei gehalten und turnusgemäß neu angelegt werden müssen. In Andernach wird dieses Problem zum Teil durch den Einsatz von Langzeitarbeitslosen gelöst.

In Wuppertal wurden vor vielen Jahren diese kostenintensiveren Frühjahrs- und Sommerblumen-beete sowie Staudenbeete bereits reduziert und in kostengünstige Rasen- oder Gehölzflächen umgewandelt. Die wenigen verbliebenen Schmuckbeete im Engelsgarten, Nordpark und Botanischen Garten bzw. Hardt bilden einzelne Akzente, die bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr beliebt sind und in dieser Form erhalten bleiben sollen.

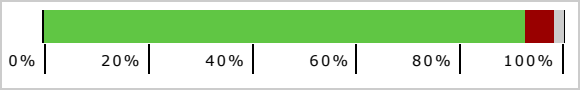
In Wuppertal gibt es jedoch bereits verschiedene Formen des „Urban Gardening". So stellt das Ressort Grünflächen und Forsten dem Verein „Neue Arbeit Neue Kultur e.V." eine Fläche an der Luisenstraße, bekannt unter dem Namen „Wandelgarten", zur Verfügung, ebenso eine Fläche an der Preßburger Treppe („Honiggarten") und an der Lederstraße. Der Verein hat es sich u.a. zu seiner Aufgabe gemacht, die Idee des „Urban Gardening" in Wuppertal zu verbreiten und zu etablieren. Brach liegende städtische Flächen mit einer Zwischennutzung in Form von „Urban Gardening" zu belegen, ist zu begrüßen, insbesondere, wenn mobile Formen der Gartennutzung angewendet werden (Anpflanzung von Gemüse oder Blumen in Kisten o.ä.). Hierfür gibt es immer wieder Interessenten, die sich entweder über den genannten Verein oder als eigenständiger Verein direkt an das Ressort wenden. Das Ressort steht zu diesem Thema auch mit der Liegenschaftsverwaltung in Verbindung, um ggf. geeignete Standorte anbieten zu können.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S032	Weniger Verkehrszeichen	2013-06-18 13:26:25	wupp2000	5

Allgemeine Angaben

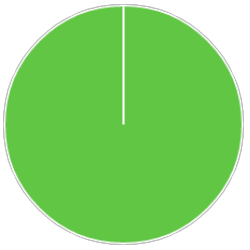
Kategorie:	Straßen / Verkehr	gp.pstatus	grün 1
Erstellungsdatum:	2013-06-18 13:26:25	Vorschlagscode	S032
Autor:	wupp2000	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	50	3	1	54
Bewertungen (abs.)	92,6%	5,6%	1,9%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	5		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	4	Unterstützt den Vorschlag	2
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Immer wieder werden überflüssige Verkehrszeichen angebracht. Ein Halteverbot endet lt. StVO in Fahrtrichtung bei der nächsten Einmündung, da muss kein zweites Schild gegen die Fahrtrichung angebracht werden. Ein "Verbot der Einfahrt" muss nicht auf beiden Straßenseiten stehen, rechts reicht, wenn ich nicht irre. Auch teils unsinnige Straßenmarkierungen gibt es reichlich. Warum muss eine Sperrfläche aufgebracht werden, wenn Pöller das Befahren der Fläche ohnehin verhindern? Ich kenne zahlreiche solcher Beispiele vom Ölberg. Jedes Zeichen, jede Markierung kostet Geld. Fazit: Nur die Zeichen anbringen, die auch wirklich erforderlich sind.

Meldung bereits möglich

25.06.2013 15:55 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

die Stadt führt seit Jahren ein Projekt durch, dass überflüssige Beschilderungen und Markierungen im Stadtgebiet entfernt bzw. gar nicht erst vor Ort aufgestellt werden. Die Unterstützung durch die Bürger ist gewünscht. Bei Nennung von Straße und Hausnummer können die betroffenen Verkehrszeichen geprüft werden.
Den Kontakt finden Sie hier.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Weniger Verkehrszeichen

01.07.2013 20:33 von Knaustaler

Unterstützt den Vorschlag

Richtig, weg mit dem überflüssigen kostenintensiven Schilderwahn. Für die Masse der z.B. aufgestellten 30 Schilder im gesamten Stadtgebiet kann man gefühlt eine Straße in Schuss bringen!

Verkehrszeichen

09.09.2013 16:27 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Dieser Vorschlag greift einen in der Straßenverkehrsordnung verankerten Grundsatz auf. Angesichts der allen Verkehrsteilnehmern obliegenden Verpflichtung, die allgemeinen und besonderen Verhaltensvorschriften der StVO eigenverantwortlich zu beachten, dürfen Verkehrszeichen oder Fahrbahnmarkierungen nur dort aufgestellt oder angebracht werden, wo dies aufgrund der besonderen Umstände zwingend geboten ist. Dieses Thema wird in der öffentlichen Diskussion von Zeit zu Zeit unter „Reduzierung des Schilderwaldes" aufgegriffen.

Selbstverständlich ist auch die Stadt Wuppertal als Straßenverkehrsbehörde und als Straßenbaulastträger diesem Grundsatz verpflichtet. Sofern die in dem Antrag genannten Beispiele den Eindruck erwecken, im Wuppertaler Straßennetz würden Finanzmittel für überflüssige Verkehrszeichen und Markierungen ausgegeben, muss dem mit folgenden Hinweisen widersprochen werden:

Längere Haltverbotsstrecken, an deren Beginn das VZ 283-10 (Haltverbot Anfang) steht und in deren weiterem Verlauf ein VZ 283-30 (Haltverbot Mitte) die Verkehrsteilnehmer an die geltende Regelung erinnert, bedürfen auch eines Endzeichens, VZ 283-20 (Haltverbot Ende), ungeachtet vorhandener Einmündungen.
Verkehrszeichen müssen für die Verkehrsteilnehmer erkennbar sein. Dies erfordert an unübersichtlichen Stellen unter Umständen das Aufstellen eines Verkehrszeichens auch auf der linken Fahrbahnseite.
Poller auf der Fahrbahn, die das unzulässige Befahren einer Straße verhindern sollen, bedürfen unbedingt einer Markierung/Sperrfläche. Die straßenverkehrsrechtliche Wirkung ergibt sich allein aus der Markierung, bei der es sich um ein Verkehrszeichen (VZ 298) handelt. Poller ohne Sperrfläche wären unzulässige Hindernisse auf der Fahrbahn.

überflüssige Verkehrszeichen

10.09.2013 09:00 von Vohwinkel2013

Unterstützt den Vorschlag

Weg mit dem Schilderwald. Als aktiver Verkehrsteilnehmer sieht man manchmal den Wald vor lauter Schildern nicht.

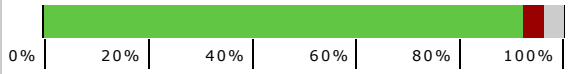
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S048	Fuhlrott-Museum	2013-06-21 19:53:31	AT	6

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Kultur / Bildung / Sport
Erstellungsdatum:	2013-06-21 19:53:31
Autor:	AT

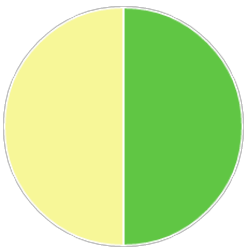
gp.pstatus	rot 2
Vorschlagscode	S048
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	47	2	2	51
Bewertungen (abs.)	92,2%	3,9%	3,9%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	6		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

Kultur

Vorschlagsbeschreibung

Die Sammlung des Fuhlrott-Museums ist zur Zeit verliehen. Wenn sie bis zu einem bestimmten Stichtag nicht zurück gefordert wird, geht sie dauerhaft in Besitz dessen über, der sie geliehen hat.

Also: Die Sammlung zurück fordern. Wer knapp bei Kasse ist, verschenkt nichts unüberlegt. Lieber langfristig eine Nachnutzen in der eigenen Stadt suchen. Ein naturkundliches Museum wäre als weiteres Bildungsangebot für unsere Kinder zum Vorteil.

Nichts verschenken!

Lagerplatz nötig

21.06.2013 21:03 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Ich fänds auch schade um die Sammlung, wenn im neuen Zookonzept die Zoosäle wieder Nutzunng erfahren, könnte man vielleicht zumindest Teile der Sammlung dort ausstellen. Bis dahin gilt es, die Sammlung für die Stadt kostengünstig/-neutral zu lagern. Vielleicht gibt es ja Firmen o.ä. die als gute Tat z.B. freie Lagerräume zur Verfügung stellen. Die Stadt könnte ja die Sammlung dann in die Hand eines Vereins legen.

Schauspielhaus?

21.06.2013 21:36 von AT

Als Lagerraum kann man auch ab dem 1. Juli das Schauspielhaus nutzen, so traurig auch dieses Thema ist.

Aber: Wir Wuppertaler sollten nicht die Hoffnung aufgeben, dass wir ein naturkundliches Museum eröffnen können. Auch wenn es noch ein paar Jahre dauert.

oder die Junuor-Uni

04.07.2013 12:56 von wuppertalbybike

... würde sich über das ein oder andere Stück freuen.

Aktuelle Entwicklung dazu:

27.06.2013 14:28 von flhah

Inhaltliche Ergänzung

http://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/vo0050.php?__kvonr=14940&voselect=8349

Die Verwaltung will die Sammlung abgeben. Bald wird der Rat darüber entscheiden. Wichtig wäre vielleicht, dass die Fuhlrott-Förderverein oder ähnliche Institutionen, die die Weiterbewahrung der Sammlung sichern wollen, ein Konzept aufstellen, die entstehenden Kosten für Lagerung, Schädlingsbekämpung, etc. aufzutreiben/zu verringern.

Fuhlrott-Museum

09.09.2013 17:20 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Auf die von der Verwaltung erstellte Vorlage zur Übertragung der Sammlung des Fuhlrott-Museums http://s4021013.wuppertal-intra.de/net-ai/to0050.asp?__ktonr=59342 wird verwiesen. Die Erörterung sollte ursprünglich in der Sitzung des Kulturausschusses am 26.06.2013 erfolgen, wurde aber auf die kommende Sitzung am 11.09.2013 verschoben.

Ergänzend erfolgt noch ein Hinweis zur Art der Sammlungen: Es handelt sich überwiegend um wissenschaftliche Spezialsammlungen, deren Konservierung und Lagerung sehr kostenträchtig ist und die primär der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung dienen. Deshalb ist eine Unterbringung in den großen Forschungssammlungen des Landes NRW aus sachlichen Gründen sinnvoll und aus Kostengründen angezeigt. Der Vorteil für die Stadt Wuppertal besteht darin, dass im Wege einer engen Kooperation mit diesen Instituten für zukünftige naturkundliche Ausstellungen in Wuppertal ein privilegierter Leihzugriff auf den Gesamtbestand jener Institute entsteht. Die Möglichkeiten zu einer hochwertigen Ausstellungsbestückung werden also größer, ohne dass dies mit zusätzlichen Kosten einhergeht.

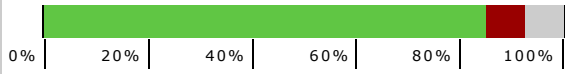
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S023	Bewegungsmelder einbauen	2013-06-17 10:46:49	dewupp	7

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Sonstiges
Erstellungsdatum:	2013-06-17 10:46:49
Autor:	dewupp

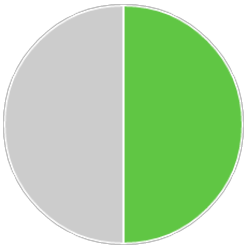
gp.pstatus	grün 2
Vorschlagscode	S023
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	45	4	4	53
Bewertungen (abs.)	84,9%	7,5%	7,5%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	1
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Energie, Gebühren / Entgelte

Vorschlagsbeschreibung

In öffentlichen/städtischen Gebäuden, wann immer es möglich ist, auf Bewegungsmelder zurückzugreifen. Viele Räume bleiben unnötigerweise beleuchtet z.B. Duschen und Umkleideräume in Sporthallen. Natürlich nur,wo es aus Sicherheitsgründen zulässig ist.

Gute Idee, aber die Installationskosten

23.06.2013 21:25 von Ksauerland

Ist neutral

Natürlich kann viel Strom gespart werden. Nur müssen zunächst die Bewegungsmelder installiert werden. Dafür ist im Moment kein Geld da.

Bewegungsmelder in städtischen Gebäuden

09.09.2013 16:30 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Diese Maßnahme ist nunmehr seit ca. 3 Jahren Standard. Bei der Erneuerung der Beleuchtung im Zuge von Sanierungen werden Tageslichtsensoren eingebaut, die das Licht abschalten, wenn ausreichend Tageslicht vorhanden ist.

Dies bedingt natürlich, dass die Benutzer insb. der Sporteinrichtungen sich ansonsten so verhalten sollten, wie es auch zu Hause selbstverständlich sein sollte: Der letzte macht das Licht aus.
Hierzu gibt es für die Schulen ein umfangreiches Projekt zum Energiesparen unter dem Thema: „Energie gewinnt" Hier werden Schüler zum Energie sparenden Verhalten angeleitet. Die so erwirtschafteten Kosten verbleiben zur Hälfte bei den jeweiligen Schulen. In den beiden vergangenen Jahren konnten so über 300.000 € Energiekosten vermieden werden.

Bewegungsmelder einbauen

10.09.2013 08:57 von Vohwinkel2013

Unterstützt den Vorschlag

Gute Idee, unbedingt umsetzen. Auf alle Räume und Flure anwenden. Oft brennt stundenlang das Licht, ohne das jemand dort ist.

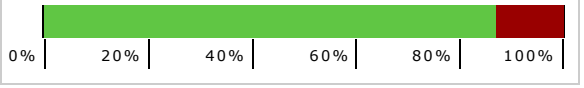
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S080	Reduzierung von Rat und der BVen	2013-06-26 17:19:24	HLE	8

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtverwaltung
Erstellungsdatum:	2013-06-26 17:19:24
Autor:	HLE

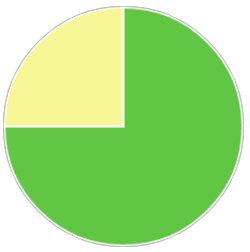
gp.pstatus	gelb 1
Vorschlagscode	S080
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	46	7	0	53
Bewertungen (abs.)	86,8%	13,2%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	7		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	6	Unterstützt den Vorschlag	3
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Vor dem Gesichtspunkt rückläufiger Einwohnerzahlen erscheint der Rat seit Langem aufgebläht und überdimensioniert.

Logisch, dass man sich nicht gerne den eigenen Ast absägt, aber wenn wir Bürger überall sparen oder Gebührenerhöhungen akzeptieren sollen, darf es keine Tabus geben.

Ich erwarte darüber hinaus von Verwaltungsleitung und Politik, dass der Vorschlag der Auflösung von einigen BVen nicht nur zögerlich und halbherzig angegangen wird, sondern die Möglichkeiten der Gemeindeordnung bis an ihre Grenzen ausgenutzt werden.
Sie dienen weitgehend ohnehin nur als Auffangbecken für wohlmeinende Parteifreunde.

Vorschläge mit dem Thema Bezirksvertretungen

28.06.2013 16:40 von ModerationMW

Wichtiger Hinweis der Moderation

Liebe Teilnehmenden,

es gibt drei Vorschläge zum Thema Bezirksvertretungen. Es wurde der Wunsch geäußert diese zu einem Vorschlag zusammenzulegen.

Die drei Vorschläge ähneln sich stark, sie sind aber nicht identisch. Es gibt schon zu allen drei Vorschlägen unterschiedliche Bewertungen und Kommentare. Damit die Diskussion transparent nachvollziehbar bleibt, werden die Vorschläge nicht zusammengelegt.

Bitte lesen Sie die einzelnen Vorschläge und Kommentare und entscheiden Sie sich, an welcher Stelle sich sich einbringen möchten. Hier finden Sie die Links zu den anderen Vorschlägen:

Vorschlag: Bezirksvertretungen zusammenlegen

Vorschlag: Zahl der Bezirksvertreter reduzieren

Vorschlag: Anzahl der Bezirksvertretungen reduzieren

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Moderation

Den Vorschlag

26.06.2013 17:36 von flhah

Inhaltliche Ergänzung

gibt es so ungefähr zum dritten Mal hier ;) Kann man die zusammenführen?

Sinnvolle Maßnahme

26.06.2013 18:05 von MartinMoeller

Unterstützt den Vorschlag

Wenn eine Stadt mit einer Million Einwohnern wie Köln mit 10 BVen auskommt, dann kann und sollte Wuppertal mit einem Drittel dieser Einwohnerschaft auch mit 6 oder 7 BVen auskommen, ohne gleich ein Demokratiedefizit befürchten zu müssen.

Zustimmung

03.07.2013 15:38 von Buerger2

Unterstützt den Vorschlag

(Der Beitrag von Armin Overbeck ging am 27.06.2013 schriftlich bei der Stadtverwaltung ein und wurde von der fachlichen Redaktion manuell auf der Plattform eingepflegt.)

Der Rat der Stadt Wuppertal muss verkleinert werden. 70 Stadträte vertreten ca. 350.000 Einwohner, also ca. 5.000 Bürger/Stadtrat. In anderen Großstädten NRW's liegt dieser spezifische Wert bei 10.000 bis 11.000 Bürger/Stadtrat. Der Stadtrat muss auf 55 bis max. 60 Mitglieder verkleinert werden.

Zustimmung

03.07.2013 15:41 von Buerger2

Unterstützt den Vorschlag

(Der Beitrag von Armin Overbeck ging am 27.06.2013 schriftlich bei der Stadtverwaltung ein und wurde von der fachlichen Redaktion manuell auf der Plattform eingepflegt.)

Die Stadt Wuppertal hat 10 Bezirksvertretungen (mit jeweils 16 Mitgliedern), d.h., dass jede Bezirksvertretung im Mittel für ca. 35.000 Einwohner zuständig ist. In anderen Großstädten ist eine (spezifische) Zuständigkeit für 70.000 bis 100.000 Einwohner gegeben. Die Anzahl der Bezirksvertretungen ist auf 6 Stück zu reduzieren. Animositäten o.ä., die z.B. die Bezirksvertretungen von

Ronsdorf und Cronenberg miteinander haben mögen, müssen gegenüber den Gesamtinteressen unserer Stadtzurücktreten, zumal die örtlichen "Befindlichkeiten" als kleinkariert zu bewerten sind.

Reduzierung von Rat und Bezirksvertretungen

09.09.2013 14:59 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Zur Verkleinerung des Rates:

Nach dem Kommunalwahlgesetz ist die Zahl der zu wählenden Ratsmitglieder festgelegt worden.
Sie beträgt in Gemeinden der Größenordnung Wuppertals (über 250.000 bis max. 400.000 Einwohner) 66 Vertreter. Es besteht die Möglichkeit, bis spätestens 15 Monate vor Ablauf der Wahlperiode durch Satzung, die der Rat zu beschließen hat, die Zahl um 2,4 oder 6 zu verringern.
In Wuppertal hieße dies, es wäre eine maximale Reduzierung auf 60 Ratsmitglieder möglich. Diese Reduzierung wäre dann in der Tat mit Kosteneinsparungen verbunden.

Dem Rat der Stadt Wuppertal ist rechtzeitig vor Ablauf der o. a. Frist diese gesetzliche Möglichkeit aufgezeigt worden; im Beratungsverlauf ist jedoch deutlich geworden, dass für eine entsprechende Reduzierung keine politische Mehrheit erreicht werden konnte.
Insofern wird auch der neu zu wählende Rat über 66 Mitglieder – evtl. ergänzt um eine noch nicht bekannte Anzahl gesetzlich vorgesehener Überhang- und Ausgleichsmandate – verfügen.

Zur Reduzierung der Bezirksvertretungen:

Nach der Gemeindeordnung NRW (§ 35) muss das Stadtgebiet jeder kreisfreien Stadt – wie Wuppertal – in Stadtbezirke aufgeteilt werden. Das Stadtgebiet soll in nicht weniger als 3 und nicht mehr als 10 Bezirke eingeteilt werden.
Der Rat der Stadt hat in unserer Hauptsatzung festgelegt, dass es 10 Stadtbezirke gibt: Elberfeld, Barmen, Oberbarmen, Heckinghausen, Langerfeld-Beyenburg, Ronsdorf, Cronenberg, Uellendahl-Katernberg, Elberfeld-West und Vohwinkel.

Für jeden Stadtbezirk ist eine Bezirksvertretung zu wählen, die aus mindestens 11 und höchstens 19 Mitgliedern besteht. Die Anzahl der Mitglieder in den Bezirksvertretungen orientiert sich in Wuppertal an der Größe (nach Einwohnern) der jeweiligen Stadtbezirke und ist ebenfalls in der vom Rat beschlossenen Hauptsatzung festgelegt worden. So haben die Bezirksvertretungen Elberfeld und Barmen – als größte Stadtbezirke – jeweils 19 Mitglieder; die Bezirksvertretung Ronsdorf beispielsweise hingegen nur 15 Mitglieder. Eine Reduzierung der Anzahl der Mitglieder würde einen Ratsbeschluss erforderlich machen.

Die Bezirksvertretungen entscheiden – soweit der Rat nicht ausschließlich zuständig ist – in allen Angelegenheiten, die nicht wesentlich über ihren Stadtbezirk hinaus gehen, insbesondere in folgenden Angelegenheiten:

- Unterhaltung/Ausstattung der im Stadtbezirk gelegenen Schulen und öffentlichen Einrichtungen
- Angelegenheiten des Denkmalschutzes
- Kulturelle Angelegenheiten des Stadtbezirkes
- Festlegung der Reihenfolge der Arbeiten zum Um- und Ausbau sowie zur Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen
- Betreuung und Unterstützung örtlicher Vereine und Verbände.

Detaillierte Regelungen enthält die Gemeindeordnung NW (§§ 35 – 39) und die Hauptsatzung der Stadt Wuppertal, die im Internet abrufbar ist.

Da die Neufestlegung der Stadtbezirksgrenzen und damit die vorgeschlagene Reduzierung der Stadtbezirke/Bezirksvertretungen rechtzeitig zum Ende der Wahlzeit des Rates erfolgen muss, hat die Verwaltung auch hierzu alternative Vorschläge unterbreitet.

Für eine Reduzierung der Bezirksvertretungen gibt es jedoch aktuell keine politische Mehrheit im Rat der Stadt, so dass auch in der kommenden Kommunalwahlperiode 10 Bezirksvertretungen in Wuppertal bestehen werden (s. Ratsbeschluss vom 07.05.12 zur Drucksache Nr. VO/0114/12: http://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/vo0050.php?__kvonr=13413&search=1).

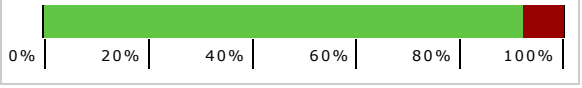
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
A017	Dreck-Weg-App	2013-06-15 21:52:04	JNK	9

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtverwaltung
Erstellungsdatum:	2013-06-15 21:52:04
Autor:	JNK

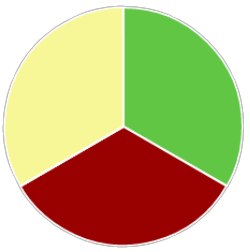
gp.pstatus	grün 2
Vorschlagscode	A017
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Ausgabevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	36	3	0	39
Bewertungen (abs.)	92,3%	7,7%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	9		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	5	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

Dienstleistungen, Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

In Dresden können Müllberge, Sperrmüllhaufen oder überfüllte Abfallcontainer per Smartphone-App (zusätzlich zum Telefon) gemeldet werden. Das entlastet die Fachämter (laut Zeitungsmeldung) und sorgt für eine schöneres, lebenswerteres Stadtbild. Es wäre auch einfacher Weg, um z.B. Nazi-Aufkleber im öffentlichen Raum schnell zu beseitigen. Wenn die Technik auch bei uns eingesetzt werden kann, sollte man die Lizenzkosten zahlen und so die Kommunikation zwischen Bürger + Verwaltung vereinfachen. Verweise: http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/dreck-weg-app-startet-in-dresden--verschmutzungen-im-stadtgebiet-koennen-gemeldet-werden/r-mitteldeutschland-a-179385.html , http://www.dnn-online.de/dresden/web/dresden-nachrichten/detail/-/specific/Stadt-zieht-positive-Bilanz-der-Dreckweg-App-997494514 und http://statistik-dresden.de/archives/7578

Zur Dreck-Weg-App

04.07.2013 16:18 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

die Stadt hat bereits ein funktionsfähiges und leistungsfähiges (Melde-)System, nämlich die Zentrale der AWG, die Hotline der ESW , das Umwelttelefon der Stadt und ggf. die Zentrale der Stadt. Diese Systeme basieren auf dem direkten Kontakt, und dies ist auch notwendig, da in aller Regel Rückfragen (z. B: Art des Grundstücks (privat/öffentlich), gab es eine Sperrmüllsammlung oder einen Sperrmüllsondertermin, Wiederholungsfall, Verschmutzung seit wann, etc. ...) notwendig sind.

Eine "schnelle Eingreiftruppe" zur Stadtsauberkeit besteht darüber hinaus nicht - in aller Regel werden die regulären Reinigungskräfte vor Ort die Meldungen abarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Mikroprojekt?

17.06.2013 10:38 von flhah

Inhaltliche Ergänzung

Vielleicht kann dieser Vorschlag auch als Mikroprojekt eingereicht werden, die Programmierung der App könnte dadurch finanziert werden!

Open Data Initiative

17.06.2013 17:38 von phneutral

Die Open Data Initiative Wuppertal (Opendatal) setzt sich im Dialog mit der Stadtverwaltung bereits für die Öffnung und Nutzbarmachung städtischer Daten ein. Eine »BürgerApp« ist Langzeitziel von uns. In dieser App würden wir auch gern auf solche Thematiken eingehen. Unsere Initiative wird sich in den nächsten Tagen auch hier auf die Förderung als Mikroprojekt bewerben. Es würde uns sehr freuen, wenn wir Unterstützung finden können :) Herzliche Grüße Christopher Reinbothe

Sehr schöne Idee...

18.06.2013 19:51 von flhah

Eine Bürgerapp finde ich eine super Idee, die Integration der "Dreck-Weg-Funktion" sinnvoll, anstatt eine einzelne App für diesen kleinen Unterpunkt. Den Vorschlag werde ich auf jeden Fall unterstützen :)

Anrufen geht schon heute

23.06.2013 21:27 von Ksauerland

Lehnt den Vorschlag ab

Ich habe überhaupt kein Handy. 563-4000 anrufen.

Open Source-Anliegenmanagement

02.07.2013 12:25 von DieterHofmann

Unterstützt den Vorschlag

Beispiel: http://anliegen.bonn.de, das Drupal-basierte System steht frei zur Verfügung [...LINK ZU EINER KOMMERZIELLEN WEBSEITE WURDE VON DER MODERATION ENTFERNT...] .

Artikel zu Anliegen.Bonn

04.07.2013 12:26 von DieterHofmann

Die Bonner Plattform Anliegen.Bonn basiert auf der Open-Source-Software Mark-a-Spot. Im Gegensatz zu anderen Angeboten in Deutschland bietet das Bonner Verfahren aber eine Besonderheit: Über eine mitgelieferte Open Data-Schnittstelle können alle eingestellten Beiträge mit allen verfügbaren Prozessdaten zum Bearbeitungsstand in anonymisierter Form heruntergeladen werden.
Weiterlesen hier http://www.geobusiness-region.de/2013/07/anliegenmanagement-in-bonn-open-government-nicht-nur-technische-herausforderung/

Dreck-Weg-App

09.09.2013 17:16 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stadt hat bereits ein funktionsfähiges und leistungsfähiges (Melde-)System, nämlich die Zentrale der AWG, die Hotline der ESW , das Umwelttelefon der Stadt und ggf. die Zentrale der Stadt. Diese Systeme basieren auf dem direkten Kontakt, und dies ist auch notwendig, da in aller Regel Rückfragen (z. B: Art des Grundstücks (privat/öffentlich), gab es eine Sperrmüllsammlung oder einen Sperrmüllsondertermin, Wiederholungsfall, Verschmutzung seit wann, etc. ...) notwendig sind.

Eine "schnelle Eingreiftruppe" zur Stadtsauberkeit besteht darüber hinaus nicht - in aller Regel werden die regulären Reinigungskräfte vor Ort die Meldungen abarbeiten.

Die Dreck-Weg-APP stellt einen zusätzlichen, immer wichtiger werdenden Kommunikationskanal für die Bürger mit der Verwaltung dar. Technisch ist die APP bereits realisiert und soll mit der Version 2.0 der Wuppertal-APP erscheinen.

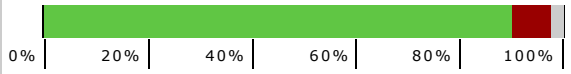
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S041	Öffentliche Kostenkontrolle beim Döppersbergumbau	2013-06-20 23:58:09	DieterHofmann	10

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Straßen / Verkehr
Erstellungsdatum:	2013-06-20 23:58:09
Autor:	DieterHofmann

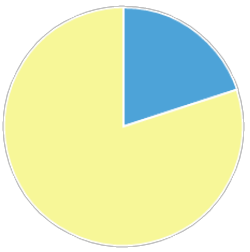
gp.pstatus	grün 3
Vorschlagscode	S041
Stadtteil	Elberfeld
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	36	3	1	40
Bewertungen (abs.)	90%	7,5%	2,5%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	10		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	6	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	1
		Inhaltliche Ergänzung	4
		Sonstiges	0



Schlagworte

Döppersberg, Stadtentwicklung

Vorschlagsbeschreibung

Das Döppersbergumbau soll 105 Mio. € kosten – und keinen Cent mehr. Geht das überhaupt? Aufgrund der langen Bauzeit gehen Wuppertals Politiker davon aus, dass der Umbau doch mehr als geplant kosten könnte. Im Durchführungsbeschluss steht wörtlich: "Bei der Neugestaltung des Döppersberg ist – wie bei sämtlichen Bauprojekten dieser Größenordnung – mit einer Steigerung des Baupreisindex zu rechnen." Der lange Ausführungszeitraum gehe mit entsprechenden Unsicherheiten in Bezug auf die Kostenentwicklung einher.
Kürzlich schreckte ein Interview der WZ mit dem Unternehmer Heinz Schmersal die Öffentlichkeit auf, der Baukosten von 300 Mio. € für realistsich hielt. Was kann man da tun?
Eine Möglichkeit ist die, für größtmögliche Transparenz bei allen mit dem Bauprozess zusammenhängenden Vorgängen zu sorgen indem man eine Internetplattform aufbaut, die diese in einem Soll-Ist-Vergleich abbildet. Die Planungs- und Umsetzungsschritte sowie Kalkulationen und Zahlungsflüsse müssten möglichst detailliert beschrieben, die Verfahrensbeteiligten genau benannt werden. Wenn alle am Bauprojekt Beteiligten wissen, dass ihnen bei jedem ihrer Schritte die Öffentlichkeit quasi über die Schulter schaut, werden sie schon allein dadurch vorsichtiger und umsichtiger handeln. Mögliche Fehlerquellen könnten eventuell frühzeitiger erkannt und dadurch vermieden werden. Die Verwaltung könnte weniger leicht von Bauunternehmen unter Druck gesetzt werden.

Ergänzung zu Döppersbergumbau

21.06.2013 00:03 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Es ist durchaus realistisch, dass angesichts der hohen Gesamtkosten des Döppersberg-Umbaus mit einer solchen, relativ leicht umzusetzenden Internetplattform einige Millionen Euro Kostendämpfung realisiert werden können. Viele Bürger der Stadt würden gerne mithelfen, diese Einsparungen mit wachen Augen sicherzustellen.

Vorbild ist ein Projekt in Göteborg: Um so viel Transparenz wie möglich zu schaffen, bedient sich die Verwaltung dort einer neuen Bauinformationssoftware namens OpenBIM. Besser als herkömmliche 3D-Projektvisualisierungen liefert dieses System Baufirmen, Ingenieuren, Entscheidern und auch jedem Bürger schnell ein umfassendes und genaues Bild vom Projektfortschritt.
Quelle: http://www.heise.de/newsticker/meldung/Goeteborg-dank-Software-im-Tunnelrausch-1868609.html

11 Prinzipien für Transparente Beschaffung

21.06.2013 13:51 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Die Organisation Open Contracting kümmert sich um die Etablierung folgender 11 Prinzipien zur Sicherstellung effizienter und transparenter öffentlicher Beschaffungsprozesse:
1. The public has the right to know how their resources are being spent.
2. Contracting must be fair and transparent.
3. Governments should publish contract information to ensure effective use of public resources.
4. Systems to collect, manage, simplify and publish open contracting data.
5. Exemptions should be the exception.
6. Save confidentiality clauses for information that is justifiably confidential.
7. The public has the right to participate in public contracting.
8. Governments must create opportunities and legitimacy for public participation in contracting.
9. We must find ways to build capacities for and promote the sustainability of participatory public contracting.
10. Oversight authorities, contracting parties, and civil society should work together to improve outcomes.

11 Prinzipien ... Fortsetzung

21.06.2013 13:54 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

11. Contracting parties should plan to engage citizens in the management of contracts with significant impact.

Weitere Informationen bei http://www.open-contracting.org oder @opencontracting

1. Die Öffentlichkeit hat das Recht zu erfahren wie öffentliche Gelder ausgegeben werden.
2. Die Vergabe von Aufträgen muss fair und transparent erfolgen.
3. Die Regierung/Verwaltung sollte Verträge offenlegen, um eine möglichst effektive Verwendung von Geldern sicherzustellen.
4. Daten im Zusammenhang mit öffentlichen Aufträgen sollten als Open Data gesammelt, verwaltet, vereinfacht und frei publiziert werden.
5. Ausnahmeregelungen sollten die Ausnahme sein.
6. Vertraulichkeitsklauseln sollten nur bei tatsächlich vertraulichen Angelegenheiten verwendet werden.
7.Die Öffentlichkeit hat das Recht, an öffentlichen Auftragsvergaben mitzuwirken.
8. Regierungen/Verwaltungen müssen Möglichkeiten und Legitimation für die Bürgerbeteiligung bei Auftragsvergaben schaffen.
9. Wir müssen Wege finden, um nachhaltige Kapazitäten für Bürgerbeteiligung bei Auftragsvergaben schaffen.
10. Die Aufsichtsbehörden, die Vertragsparteien, und die Zivilgesellschaft sollten zusammenarbeiten, um die Ergebnisse zu optimieren.
11. Die Vertragsparteien sollten grundsätzlich eine maßgebliche Bürgerbeteiligung beim Management der Verträge einplanen.

Schreiben Sie verständlich und fassen Sie sich kurz!

22.06.2013 08:19 von ModerationVB

Wir haben den Autor der Kommentare "11 Prinzipien für transparente Beschaffung" um eine Übersetzung seines Beiträge gebeten. Sobald diese vorliegen, werden wir diese hier einstellen.

Mit freundlichen Grüßen,

ModerationVB

Öffentliche Kostenkontrolle beim Döppersbergumbau

09.09.2013 17:13 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Für das Projekt Neugestaltung Döppersberg wurde ein eigenes Ratsgremium, die Planungs- und Baubegleitkommission Döppersberg (PBK), eingerichtet. Diese Kommission hat sich zum Ziel gesetzt eine größtmögliche Transparenz für Politik und Bürger im Projekt Döppersberg zu schaffen. Aufgaben der Kommission sind unter anderem die Steuerung des Projektes Döppersberg mit abschließenden Entscheidungen, die Überwachung der Einhaltung der städtebaulichen und planerischen Ziele und auch die Überwachung der Zielvorgaben der Zeit- und Kostenplanung. Die Kommission tagt in regelmäßigen Abständen seit 2011 in öffentlicher Sitzung, hier werden alle Dinge rund um die Neugestaltung Döppersberg entschieden und berichtet.

Aufgrund der Vorgaben des Datenschutzes und vertragsrechtlichen Belangen sowie der Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Projektbeteiligten, ist eine Bereitstellung von sämtlichen Kalkulationen und Zahlungsflüssen sowie die Nennung der Verfahrensbeteiligten auf einer Internetplattform nicht möglich. Dennoch ist wie oben beschrieben, alleine durch die Existenz der PBK, eine größtmögliche Transparenz im Projekt Döppersberg gewährleistet.

Richtlinien für die Veröffentlichung von Daten

12.09.2013 11:19 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Sunlight Foundation hat Richtlinien herausgegeben, um Regierungen und Verwaltungen dabei zu helfen, Informationen und Daten zu ihren Beschaffungsprozessen zu veröffentlichen. In insgesamt 17 Punkten werden konkrete Hilfestellungen zum eigentlichen Beschaffungsprozess, zu den Verfahrensbeteiligten und über die Möglichkeiten, Informationen und Daten zu veröffentlichen, gegeben.

Im Detail nachlesen kann man diese Richtlinien hier
http://sunlightfoundation.com/procurement/opendataguidelines/

Offenlegung von Beschaffungsdaten: Was geht?

29.09.2013 22:05 von DieterHofmann

Ist eine Frage

Die Stadt Wuppertal publiziert hier
http://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/vergaben_info/info_bekanntmachung.phtml in sehr eingeschränktem Umfang Daten über Auftragvergaben.

Welche der im obigen Beitrag "Richtlinien für die Veröffentlichung von Daten" der Sunlight Foundation genannten 17 Empfehlungen für mehr Transparenz in öffentlichen Vergabeprozessen können sofort und welche erst nach einer gesetzlichen Neuregelung über die Offenlegung von Vertragsdaten und Beschaffungskommunikation umgesetzt werden?

Welche Gesetze stehen einer Umsetzung welcher der 17 Empfehlungen entgegen?

Was schon jetzt zu finden ist

04.10.2013 23:54 von DieterHofmann

Die FDP-Fraktion fragte kürzlich
a) Welche Firma/Bietergemeinschaft hat bei welchem Projekt jeweils den Zuschlag erhalten?

b) Zu welchem Preis ist jeweils die Auftragsvergabe erfolgt?
c) Mit welchen Kosten ist der jeweilige Auftrag in der Kostenplanung angesetzt gewesen?

Die Verwaltung antwortete:
Antwort: B-0410-13 „Baugrubensicherungs-, Verbauarbeiten" (Verbau Gleis 1):
Zu a) Firma Dohrmann am 05.06.2013
Zu b) 596.370,14 € brutto
Zu c) 1.020.000 € brutto

B-0526-13 „Umbau Wall":
Zu a) Firma Strabag am 19.07.2013
Zu b) 687.638,88 € brutto
Zu c) 794.166 € brutto

B-0452-13 „Unterfangung historisches Empfangsgebäude":
Zu a) Firma Dohrmann am 29.07.2013
Zu b) 787.672,66 € brutto
Zu c) 1.000.000 €
Quelle http://zumlink.de/h3gy

Der "Mittelabflussplan" http://zumlink.de/re99 wurde zusammen mit obigem Dokument veröffentlicht.

Was spricht dagegen, solche Daten in einer leicht auffindbaren und transparenten Form mit Soll-Ist-Vergleich auf www.doepperseberg.de zu veröffentlichen?

Döppersbergumbau

08.11.2013 15:15 von VerwaltungNJ

Hallo DieterHofmann,

bezüglich des Kostencontrolling, aktueller Projektstatus, Berichtswesens, nächsten Bauausschreibungen und Projektablauf – Zeitabläufe - wird auf die Dokumentation der Sitzungen der Planungs-und Baubegleitkommission verwiesen. Darin sind die Sitzungsabläufe, Tagesordnungen, Beschlüsse, Berichte und Vorlagen der Verwaltung dokumentiert. Ferner stehen zur Beantwortung der Fragen das Bürgerforum im Internet zur Sperrung der B7 und der separate Internetauftritt zum Döppersberg zur Verfügung.

https://b7sperrung.wuppertal.de/dito/explore?action=cmsjournalshow&id=2090
https://www.wuppertal.de/microsite/doeppersberg/

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

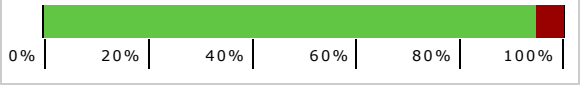
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S146	Die Bürgerbeteiligung fortführen	2013-07-04 12:04:01	wuppertalbybike	11

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Sonstiges
Erstellungsdatum:	2013-07-04 12:04:01
Autor:	wuppertalbybike

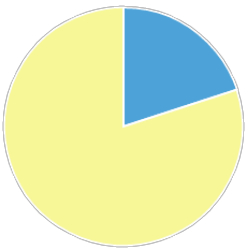
gp.pstatus	grün 3
Vorschlagscode	S146
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	35	2	0	37
Bewertungen (abs.)	94,6%	5,4%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	10		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	7	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	1
		Inhaltliche Ergänzung	4
		Sonstiges	0



Schlagworte

Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

So wie bei jedem Instrument muss auch das Instrument der Bürgerbeteiligung am Haushalt eingeübt werden, sowohl von den Bürgern als auch von der Verwaltung.

Die steigende Beteiligung kurz vor Schluss der Einreichphase zeigt, dass die Bürger gerade erst begonnen haben, sich mit Fragen zum Haushalt zu beschäftigen. Um mehr Kompetenz zu erlangen braucht es die Zeit, sich in die schwierige Materie der Stadtfinanzen einzuarbeiten, zu wissen was geht und was rechtlich nicht möglich ist (siehe Diskussion zum 5 Euro-Soli für Wuppertal).

Das Interesse ist erwacht, es kann in den nächsten Jahren weiter entwickelt werden. Manche Vorschläge werden verworfen, andere möglicherweise wieder aufgenommen und weiter entwickelt werden, neue, bessere Vorschläge kommen dazu. Aus einer einmaligen Ideensammlung wird ein Diskussionsprozess werden, der langfristig das Interesse der Bürger an der Entwicklung ihrer Stadt fördert.

Zunächst ist dies mit einem erhöhten Aufwand seitens der Verwaltung verbunden. Langfristig werden die stetig verbesserten Vorschläge aber zu noch mehr Einnahmen/weniger Ausgaben führen, weshalb der Vorschlag unter Einsparung eingeordnet wird.

Verstetigung der Bürgerbeteiligung

05.07.2013 13:29 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

der Vorschlag einer Verstetigung wird bei der Auswertung der Bürgerbeteiligung berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Offenes Steuerungsgremium für den weiteren Beteiligungsprozess

07.07.2013 22:45 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Noch bevor die Ideensammlung http://zumlink.de/todw zur Entwicklung des jetzt laufenden Beteiligungsverfahrens abgeschlossen war, hatte die Verwaltung ein Ausschreibungsverfahren begonnen. Mehrere Agenturen wurden unter Angabe konkreter Leistungsanforderungen um ein Angebot gebeten. http://zumlink.de/770m mit Anlage 1 Aufgabenbeschreibung http://zumlink.de/kk0n und Anlage 2 Zeitplan http://zumlink.de/8qxy

Dr. Slawig versicherte bei der Informationsveranstaltung am 04. Juni in der VHS http://zumlink.de/a0k0, dass die Anregungen der Bürger fortlaufend in die weitere Entwicklung des Beteiligunsverfahrens aufgenommen werden.

Das Kompetenznetz Bürgerhaushalt hat bereits im März vorgeschlagen, ein offenes Steuerungsgremium nach Münsteraner Vorbild für das Beteiligungsverfahren zum Haushalt einzurichten. Bitte greifen Sie diesen Vorschlag zeitnah auf, um die Bürger aktiv in die Weiterentwicklung des Beteiligungsverfahrens einzubinden. (Co-Design, Co-Produktion)

Beispiel Münster: Beirat zum Bürgerhaushalt

07.07.2013 23:55 von DieterHofmann

Der Rat der Stadt Münster hat einen Beirat zum Bürgerhaushalt eingerichtet. Dem Beirat gehören etwa 40 Vertreterinnen und Vertreter aus der Bürgerschaft, aus den politischen Parteien und aus verschiedenen Organisationen an. Der Beirat tagt regelmäßig und kann bei Bedarf Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge zum Verfahren des Bürgerhaushalts erarbeiten.

Der Beirat ist offen für weitere interessierte Mitglieder.
http://buergerhaushalt.stadt-muenster.de/beirat.html

Umfang des Know-how-Transfers

08.07.2013 00:59 von DieterHofmann

Ist eine Frage

In Anlage 1 "Aufgabenbeschreibung" der Ausschreibung des Beteiligungsverfahrens zum Haushalt http://zumlink.de/kk0n steht unter anderem:

· Schulung in der Online-Moderation
· Schulung in der Online-Redaktion

In welchem Umfang wurden wie viele Mitarbeiter der Stadtverwaltung geschult? Können diese die Beteiligungsplattform nun selbständig für weitere Beteiligungsverfahren einsetzen? Wie sind die zukünftigen Nutzungsrechte der Beteiligungsplattform geregelt?

Zum Know-how-Transfers

15.07.2013 16:38 von VerwaltungNJ

Hallo DieterHofmann,

es wurden insgesamt 8 Mitarbeiter in dem redaktionellen Umgang mit der Plattform geschult. Es ist keinesfalls so, dass diese Mitarbeiter künftig das Verfahren eigenständig weiterführen können und sollen. Die Nutzungsrechte (Betrieb + Lizenz) dieser Plattform wurden zunächst für 12 Monate erworben.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Verbreiterung der Informationsbasis

08.07.2013 08:53 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Die Verwaltung stellt auf dieser Beteiligungssplattform nur sehr wenige Informationen über Aufwände und Erträge des Gesamthaushalts bereit. https://haushalt.wuppertal.de/dito/explore?action=cmsjournalshow&id=153 In lediglich 3 dürren Charts wird über ein Haushaltsvolumen in Höhe von "1.224 Mio Euro" aufgeklärt.

Die Information über die Schulden der Stadt und den Stärkungspakt Kommunalfinanzen nimmt hingegen breiten Raum ein.

Diese Art der Darstellung ist nicht angemessen und fokussiert den Bürger, der sich beteiligen will auf einen Teilaspekt der Haushaltsplanung. Selbstverständlich sollten die Bürger wesentlich mehr Informationen darüber bekommen, wo das Geld herkommt und wofür die ca. 1,2 Milliarden Euro pro Jahr ausgegeben werden. Die Stadt Moers, eine der ersten Open Data-Städte in Deutschland, veröffentlicht zum Bürgerhaushaltsverfahren umfangreiche, sehr gut aufbereitete Dossiers. http://zumlink.de/pn9t Bitte orientieren Sie sich bis zum September daran.

Fortführung der Bürgerbeteiligung

05.09.2013 16:33 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Bürgerbeteiligung zum Haushaltsplan wurde aufgrund der Erfahrungen aus der letzten Bürgerbeteiligung weiter entwickelt. Nachdem die Phase I beendet ist, bleibt die Phase II der Bürgerbeteiligung zum Haushaltsplanentwurf 2014/2015 abzuwarten. Danach ist die Bürgerbeteiligung auszuwerten.
Über Art und Umfang künftiger Bürgerbeteiligungen im Rahmen des Haushaltsplans wird danach zu entscheiden sein.

Teil-Back up der Bürgervorschläge auf ...

05.10.2013 12:30 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Auf der Webseite des Kompetenznetz Bürgerhaushalt findet man 11 Artikel (von "Die Rolle der Politik im Bürgerbeteiligungsprozess" bis zu "Von der Stadtsparkasse zu 'Unserer Sparkasse' durch Civic Banking", die im Frühjahr auf der Webseite der Stadt als Vorschläge zur Gestaltung des Beteiligungsprozesses am Haushalt eingereicht wurden. http://www.buergerhaushalt-wuppertal.de/wp/category/allgemein/magazin/

Auswertung des Beteiligungsverfahrens

05.10.2013 13:15 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Da die Vorstufe des laufenden Beteiligungsverfahrens am Haushalt, bei der es um Vorschläge zur Ausgestaltung des Beteiligungsprozesses ging - bis heute nicht transparent ausgewertet, sondern die Bürgervorschläge jetzt einfach gelöscht wurden https://haushalt.wuppertal.de/dito/explore?action=lukarticleshow&id=2262&#topic, stellt sich die Frage wie man die Auswertung des Gesamtverfahrens zukünftig produktiv und kooperativ gestalten kann, so dass alle Beteiligten dabei etwas für die Optimierung zukünftiger Beteiligungsverfahren lernen können.

Hierzu schlage ich die Einrichtung eines offenen Beirats nach Münsteraner Vorbild vor http://zumlink.de/jd88 und verweise auf einen ähnlich gelagerten Vorschlag von STanneberger hier

https://haushalt.wuppertal.de/dito/explore?action=basearticleshow&id=2164&#topic

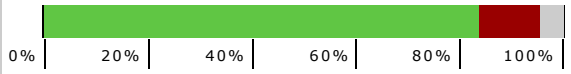
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E026	Ruinensteuer	2013-06-18 02:06:11	AT	12

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Finanzen / Steuern
Erstellungsdatum:	2013-06-18 02:06:11
Autor:	AT

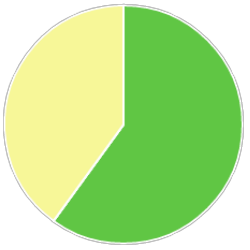
gp.pstatus	grün 5
Vorschlagscode	E026
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	36	5	2	43
Bewertungen (abs.)	83,7%	11,6%	4,7%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	11		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	8	Unterstützt den Vorschlag	3
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	2
		Sonstiges	0



Schlagworte

Stadtentwicklung, Steuern

Vorschlagsbeschreibung

Neben der Hundesteuer wurde hier eine Pferdesteuer vorgeschlagen... Ich möchte mal eine "Ruinensteuer" vorschlagen, diese Idee ist was ganz neues aber vielleicht lohnt es sich mal darüber nachzudenken. Ruinensteuer soll heißen, wenn der Eigentümer einer Immobile diese nicht nutzt und einfach verkommen und verfallen lässt, soll der Eigentümer eine Strafgebühr abhängig der Grundfläche zahlen. Diese Vermeidungsgebühr soll steuern, dass Gebäude zu einem Schandfleck innerhalb des Stadtgebietes verkommen. Der Eigentümer hat die Möglichkeit die Steuer zu vermeiden in dem er die Immobilie in einen akzeptablen Zustand überführt oder er kann sich von der Immobilie trennen. Beispiele gibt es im Stadtgebiet genug, so war beispielsweise das Haus Friedrich-Engels-Allee 140 in der Vergangenheit ein gutes Beispiel dazu. Auch für die Gebäude an der Hatzfelder Str. (die deutlich von der A46 sichtbar sind), sehe ich ein guter Grund für so eine Maßnahme. Viele Flächen könnten so wieder sinnvoll einer neuen Nutzung überführt werden und es brauchen keine neuen Flächen am Stadtrand für neue Wohnbebauung geopfert werden. Parallelen sehe ich mit den Kraftfahrzeugen, diese dürfen auch nur mit gültigen TÜV am Straßenrand stehen, So dürfen m.M. Immobilen in der Stadt auch nicht einfach vor sich hin verfallen und eine Gefahr für Passaten darstellen. Das Potential der Gebühren könnte mehre 10.000 bis zu einigen Millionen Euro ausmachen und das Stadtbild und der Immobilenmarkt profitiert auch davon.

Zur Ruinensteuer

21.06.2013 10:06 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

eine Kommune hat kein unbegrenztes Steuer- Erfindungsrecht. Es muss sich um eine Verbrauch- bzw. Aufwandsteuer handeln, die an einen privaten Konsum anknüpft. Darüber hinaus darf es nicht bereits eine gleichartige Steuer geben. Bei einer „Ruinensteuer" sind die Voraussetzungen nicht erfüllt. Es fehlt die Anknüpfung an einen Konsum einer Privatperson. Und zudem gibt es für Grundeigentum schon eine Steuer, die Grundsteuer.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Es gibt schon andere Gemeinden mit einer Ruinensteuer

18.06.2013 02:08 von AT

Inhaltliche Ergänzung

Es gibt schon andere Gemeinden mit einer Ruinensteuer, einfach mal googlen...

Möglichkeiten begrenzt...

18.06.2013 09:38 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Man kann wohl zumindest Abrisskosten bereits heute auf den Eigentümer übertragen lassen, das Problem dabei ist allerdings, wie wohl bei dem Gebäude Hatzfelder Straße, dass dieser oder diese (Stichwort Eigentümergemeinschaften, gerade bei Großbauten) nicht immer auffindbar sind. Das selbe Problem ergäbe sich natürlich bei der "Ruinensteuer". Ansonsten ein interessanter Gedanke. Man sollte nur strenge Vorgaben setzten, dass nicht unnötig Bausubstanz (gerade historische) abgerissen wird, um den Sanierungszwang zu umgehen.

Eigentum verpflichtet...

18.06.2013 10:48 von AT

Wenn "Eigentümer nicht auffindbar"... ja dann die Verwaltung in Aktion treten. Vergleichbar mit einen Schrott-PKW auf einer städischen Straße. Wenn diser Schrott-PKW ewig und drei Tage vor sich hin gammelt, dann wird er entsorgt. Falls der Eigentümer dann doch noch ermittelt werden kann - trägt er sich Kosten. Das Problem ist, dass es für einige Großinvestoren güstiger ist - eine Runie vor sich gammeln zu lassen als abzureißen. Nahe der Stadtgrenze kann man sich am Haltepunkt Wülfrath-Aprath (im Gebiet Wülfrath) noch so eine schöne Gammelruine sich aus nächster Nähe anschauen. Und gerade historische Bausubstanz (= Baudenkmal) lassen sich so gezielter schützen, da hier Druck auf dem Eigentürmer machen kann. Es soll (es muss) billiger sein, eine Immobile zu nutzen als einfach sich selbst zu überlassen.

Rechtliche Möglichkeiten ausschöpfen

21.06.2013 12:08 von zimmerine

Unterstützt den Vorschlag

Es gibt rechtliche Möglichkeiten, Eigentümer von Schrottimmobilien in die Pflicht zu nehmen. Nachzulesen in "Tagungsband Forum 'Schrottimmobilien'" der Stiftung Schloss Ettersburg. Bestellung bei zinecker@stiftung-ettersburg.de
Das muss sich eine Kommune dann trauen umszusetzen!

Beispiel

21.06.2013 13:25 von AT

Inhaltliche Ergänzung

Nahe unserer Stadtgrenze auf dem Gebiet Wülfraths kann man sich ein "schönes" Beispiel anschauen.

Voisberger Weg 4–5, erreichbar vom Haltepunkt Wülfrath-Aprath...

einfach mal googlen: https://www.google.de/search?q=Voisberger+Weg+4%E2%80%935

Es ist für Besitzer deutlich billiger, eine Immobile verfallen zu lassen - als sie in einem akzeptablen Zustand zu überführen. Oft liegt auch eine Verkehrsgefährdung vor. Hier muss die Gemeinde (also die Stadtverwaltung und das Arrangement der Bürger – also WIR!) den Daumen drauf legen und hier steuernd eingreifen. Es geht um UNSER Stadtbild, um unser Image als die schönste Stadt im bergischen Land (selbstbewusst mit Ironie).

Ich schätze, dass im Stadtgebiet von Wuppertal rund 50 bis 100 solcher Ruinen vorhanden sind, die nicht genutzt werden. Zum Teil sind die Besitzer bekanntlich solvent und haben keine finanzielle Sorgen…

Problem nicht verstanden

23.06.2013 21:23 von Ksauerland

Das problem ist nicht, dass die Eigentümer nicht wollen. Oft sind sie nicht auffindbar oder in Insolvenz. Wer Insolvent ist, kann auch die Steuer nicht zahlen.

Nicht nachvollziehbar

24.06.2013 00:57 von AT

Wenn die Eigentümer nicht auffindbar sind, befreit sie das auch von der Grundsteuer?

Wenn ich als Halter eine Kraftfahrzeugs nicht auffindbar bin und eine mehrere Jahre ohne TÜV zugelassene Schrottmühle am Straßenland stehen habe, befreit mich das von den Kosten?

Wer Insolvent ist, kann immer noch den Rest der Immobile (Ruine) mit dem Grundstück verkaufen, um so seine Schuldenlast zu verringern.

Also wer nur mit den Achseln zuckt und auf die Insolvenz verweist verschließt die Augen. Es gibt auch solvente Besitzer, die es sich erlauben Gebäude zu besitzen, die leider stetig ganz verfallen.

Ruinensteuer

09.09.2013 17:12 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Eine Kommune hat kein unbegrenztes Steuer- Erfindungsrecht. Es muss sich um eine Verbrauch- bzw. Aufwandsteuer handeln, die an einen privaten Konsum anknüpft. Darüber hinaus darf es nicht bereits eine gleichartige Steuer geben. Bei einer „Ruinensteuer" sind die Voraussetzungen nicht erfüllt. Es fehlt die Anknüpfung an einen Konsum einer Privatperson. Und zudem gibt es für Grundeigentum schon eine Steuer, die Grundsteuer.

Das Problem der verfallenen Gebäude wird derzeit in der Stadtverwaltung von einer Arbeitsgruppe bearbeitet. Verfallene Immobilien („Schrottimmobilien") wurden erfasst, rechtliche Instrumentarien wurden recherchiert und bewertet. Es sollen Ansätze erarbeitet werden, wie in konkreten Einzelfällen durch informelle und/oder rechtliche Instrumente derartige Schrottimmobilien beseitigt werden können.

Da die Einführung einer Ruinensteuer -wie geschildert- aus Rechtsgründen nicht möglich ist, kann auch keine deutsche Gemeinde benannt werden, die diese Steuer erhebt. Im Internet gibt es den Verweis auf eine Gemeinde Amel, die die Steuer für die Zeit von 2006-2009 eingeführt haben soll. Diese Gemeinde liegt aber im deutschsprachigen Ostkanton Belgiens und unterliegt daher belgischem Recht.

Sehr gute Idee

26.09.2013 11:06 von JFHF

Unterstützt den Vorschlag

Eine solche Ruinensteuer würde ich auch auf alle Gebäude mit mehr als 1 Jahr Leerstand anwenden. Insbesondere Unternehmen der öffentlichen Hand, wie z.B. der Wupperverband, mussen gezwungen

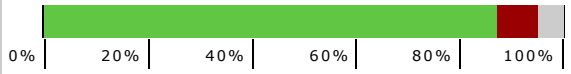
werden, auch rückläufige Mieten zur Anwendung zu bringen. Marktwirtschaft muss selbstverständlich fallende Preise als den Normalfall kennen.
Bei Angebot und Nachfrage ist die Gewinnmaximierungspflicxht der kaiserlichen Gewerbeordnung nicht anzuwenden.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S129	Sinnvolle Fahrzeugbeschaffung in der Feuerwehr	2013-07-02 14:53:43	Albert24B	13

Allgemeine Angaben

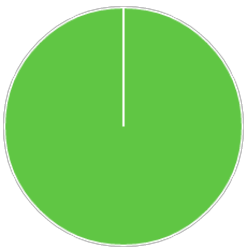
Kategorie:	Stadtentwicklung / Umwelt	gp.pstatus	grün 5
Erstellungsdatum:	2013-07-02 14:53:43	Vorschlagscode	S129
Autor:	Albert24B	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
		Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	34	3	2	39
Bewertungen (abs.)	87,2%	7,7%	5,1%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	5		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Feuerwehr

Vorschlagsbeschreibung

Derzeit laufen erste Planungen für neue Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr. Nach dieser Planung sollen sämtliche neuen Löschfahrzeuge mit Seilwinden ausgestattet werden. Die Einsatzauslastung dieser Seilwinden ist extrem gering.
Dafür sind die Unterhaltskosten und Anschaffungskosten umso gewaltiger. Jede Winde muss einmal im Jahr geprüft werden um auch einsatzbereit zu bleiben.
Derzeit verfügen bereits alle neueren Löschfahrzeuge und Rüstfahrzeuge über kaum genutzte Seilwinden.

Zusätzliches Einsparpotential ergibt sich bei der Fahrzeugnutzung und Neubeschaffung. Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr (BF) werden nach einer bestimmten Frist verkauft. Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr (FF) werden genutzt, bis sie nicht mehr reparabel werden. Eine Neuanschaffung ist dann unausweichlich. Wenn Fahrzeuge der BF nach der Frist nicht verkauft werden, sondern an die FF gegeben werden, kann man bei Neuanschaffungen deutlich sparen und hat zugleich den Vorteil, dass auch neue Technik bei der FF Einzug hält. Beispiel für diese Beschaffungspolitik ist die Stadt München. Auch Remscheid!

Vorschlag:
Anpassung der BF Fahrzeuge an FF und nicht so überdimensioniert. Alle 4 Jahre neue Fahrzeuge mit Technik in den Löschzug! Weitere 4 Jahre in der Reserve und dann zur FF. So bekommen BF und FF gutes Material und die Stadt kann sparen. Ein BF Fahrzeug kostet ca. 450.000,- Euro pro Stück. Ein FF Fahrzeug ca. 300.000,- Euro.

Fahrzeugkonzept 2020 der Freiwilligen Feuerwehr

03.07.2013 13:08 von Gerhard

Unterstützt den Vorschlag

Warum gibt es getrennte Fahrzeugkonzepte für Freiwillige Feuerwehr und Berufsfeuerwehr? Ein enormes Sparpotenzial würde es erst geben, wenn man beide Konzepte miteinander verknüpft.

Keine Kontrolle

03.07.2013 15:18 von Wupperloeschbot

Die Feuerwehr gilt immer als die "Guten". Wer da spart ist böse. Ich gehöre selber zur Feuerwehr und kann bestätigen, dass der Vorschlag schon einmal funktioniert hat. und zwar bis 1982. Da nach bekam die Berufsfeuerwehr Mercedes und die Freiwillige Feuerwehr Iveco Fahrzeuge. Die Berufsfeuerwehr stellte sich so, auf Steuerzahlerkosten über die Freiwillige Feuerwehr ohne technischen Mehrnutzen. Nur die Kosten stiegen. Heute gibt es zwar einen gemischen Fahrzeugpark. Aber die Berufsfeuerwehr hat immer ein größeres und wesentlich kostenintensieveres Fahrgestell. Auch hier besteht kein technischer Vorteil. Nur die Kosten sind höher. Es ist sogar so, ein kleineres billigeres Fahrgestell welches bei den Freiwilligen steht, hat sogar in der Regel Allradantrieb. Die großen und teuren Protzautos der Berufsfeuerwehr haben nur eine Achse angetrieben, was im Winter große Nachteile bringt. Also viel Einsparpotenzial.

Sinnvoller Vorschlag

07.07.2013 22:12 von Eddy

In diesem Bereich schlummert ein immenses Sparpotenzial. Zugeinrichtungen sind jedes Jahr mit hohen Kosten zu prüfen. Es sollten wieder kompatible, normgerechte Fahrzeuge beschafft weden. Ebenso ist nicht einsehbar, dass die Ausbildungsabteilung neu beschaffte Fahrzeuge erhalten muß. Um die Größenordnung zu verdecken, werden die Fahrgestelle in einem anderen Jahr beschafft wie die Aufbauten.
(Verschleierung oder sinnvolle Ausnutzung des Jahresetats?) Zusätzliche PKW's (VW Tiguan) für nachrückende C-Dienste können auch dem Rotstift zum Opfer fallen, da in den meisten Fällen "Führer von Verbänden " der FF zur Verfügung stehen. Es ist bedauerlich, das beim Rechnungsprüfungsamt keine techn. Prüfer für die Beschaffung von Feuerwehrgeräten zur Verfügung stehen. Bei Durchforstung des Geamtetats fallen bestimmt weitere Ungereimtheiten auf.

Fahrzeugbeschaffung bei der Feuerwehr

06.09.2013 10:11 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Beschaffung einer neuen Generation von Hilfeleistungslöschfahrzeugen für die Berufsfeuerwehr erfolgt gemeinsam mit der Feuerwehr Solingen. Die Betrachtung, „kleiner und kompakter" zu werden, ist für die Feuerwehr nicht neu. Als Ergebnis soll ein kompakteres Fahrzeug als jetzt in den Einsatz gehen.

Die Grundlage bildet künftig wie bei den größeren Löschzügen der Freiwilligen Feuerwehr ein genormtes Löschfahrzeug des Typs HLF 20. Tatsächlich liegen die Kosten für ein Löschfahrzeug der Kategorie HLF 20 ohne Zusatzbeladung nach Norm bei ca. 350.000 € (brutto). Mit zusätzlicher ortsspezifischer Ausstattung sind 450.000 € brutto für ein Neufahrzeug zu kalkulieren.

Bei der Planung der nächsten Fahrzeuggeneration stehen feuerwehrtechnische Anforderungen wie z.B. Volumen Löschwasser- und Schaummittelbehälter, maschinelle Zugeinrichtung (Seilwinde) und Beladung mit Blick auf heutige einsatztaktische Notwendigkeiten auf dem Prüfstand.

Auch hinsichtlich der Fahrzeugnutzung bzw. Weiternutzung nach Außerdienststellung bei der Berufsfeuerwehr werden ernsthafte Überlegungen angestellt, die Fahrzeuge nach Abnutzung, Kilometerleistung, etc. umzuverteilen. Reduziert man den geposteten Beitrag und auch die entsprechenden Kommentare auf den Sachinhalt „Downsizing und neue Art der Fahrzeugnutzung im gesamten Lebenszyklus", wollen wir zukünftig genau in diese Richtung gehen.

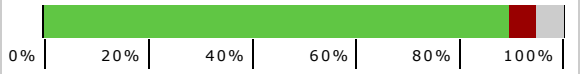
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S019	Umbau auf Solaranlagen auf den Sportplätzen.	2013-06-17 08:43:08	dewupp	14

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Kultur / Bildung / Sport
Erstellungsdatum:	2013-06-17 08:43:08
Autor:	dewupp

gp.pstatus	grün 5
Vorschlagscode	S019
Stadtteil	Elberfeld
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	33	2	2	37
Bewertungen (abs.)	89,2%	5,4%	5,4%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	2		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Energie, Sport

Vorschlagsbeschreibung

Als Sportler in unser Stadt kommen ich auf einige Sportplätze herum und frage mich immer wieder, warum auf soviel Dachflächen keine Solaranlagen für Duschwasser montiert sind. Das kann ich nicht verstehen. Ich habe hier mal eine einfache Rechnung gemacht. Bei einen täglichen Verbrauch von 20 Litern Warmwasser pro Person ergibt sich ein Jahresverbrauch von etwa 7000 Liter bzw. 7 m³. Diese Wassermenge hat bei einer Entnahmetemperatur von 38 °C. (Der Energieinhalt wird die insgesamt freigesetzte Wärmemenge bezeichnet, einem Liter Heizöl wird eine Wärmemenge von rund 10 kWh, aus einem m³ Erdgas H wird eine Wärmemenge von ca. 10,5 kWh freigesetzt)Also wären hier ca. 227 kWh Energie verbraucht. Für eine moderne Heizungsanlage, die kaum auf den Sportanlagen vorhanden sind muß hier eine Energie von 285 kwh von Öl oder Gas aufgebracht werden. Bei einem Brennstoffpreis von ca. 5 Cent pro kWh ergeben sich Kosten der Warmwasserbereitung für eine Person von rund 28 € im Jahr .Erreicht der solare Deckungsgrad einer Solaranlage 60%, können Sie auf das Beispiel bezogen, 60% der bisherigen Öl- oder Gasmenge bzw. der Kosten dafür einsparen. Das sind pro Person ca. 165 kWh. Gerade im Energiebereich ist soviel Einsparung drin. Bei höherem Warmwasserverbrauch, schlechterem Wirkungsgrad der Heizungsanlage, hohen Verlusten auf einer Zirkulationsleitung usw. liegt die Einsparung entsprechend höher. Was auch aufgefallen ist, dass auf Sportanlagen kaum was an Wärmeisolierung gemacht wird.

Solaranlagen auf Sportplätzen

09.09.2013 16:34 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Der Einsatz von thermischen Solaranlagen zur Warmwasser-Bereitung wird bei Objekten mit großem Warmwasserbedarf (wie Sportanlagen und Bädern) nach der internen "Energieeffizienzrichtlinie" im Einzelfall auf seine Wirtschaftlichkeit hin geprüft.

Grundsätzlich sind solche Anlagen nicht wirtschaftlich zu betreiben, wenn sie ganzjährig für die Warmwasserbereitung verwendet werden sollen, die Sonneneinstrahlung aber nicht ausreicht und deshalb parallel eine konventionelle WW-Bereitung benötigt wird.

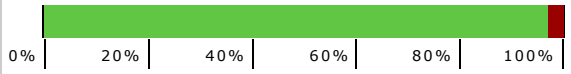
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E086	Bürgerbeteiligung	2013-06-27 16:56:09	Spitzel	15

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Kultur / Bildung / Sport
Erstellungsdatum:	2013-06-27 16:56:09
Autor:	Spitzel

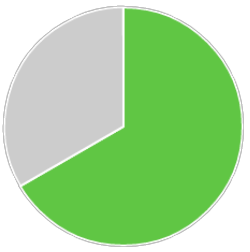
gp.pstatus	grün 2
Vorschlagscode	E086
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	32	1	0	33
Bewertungen (abs.)	97%	3%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	7		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	5	Unterstützt den Vorschlag	2
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	1
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Kultur

Vorschlagsbeschreibung

Nutzung des Zoo-Stadions für mehr Veranstaltungen, wie z.B. Konzerte. Es kann nicht sein, dass aufgrund einzelner Anwohner auf diese Einnahmen verzichtet werden muss. Das Stadion ist schließlich älter als die meisten Anwohner. Dies erhöht auch die Attraktivität der Stadt und es kommen Menschen aus anderen Städten, wodurch auch zusätzliche Einnahmen generiert werden.

Nutzung Stadion am Zoo

01.07.2013 16:41 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

bereits jetzt finden auf dem Stadiongelände auch Veranstaltungen wie Jahr- und Flohmärkte, Stadtfeste und Public-Viewing (Sportveranstaltungen) statt.

Eine Nutzung des Hauptplatzes mit den Zuschauerrängen für Konzerte o.ä. ist zurzeit leider aufgrund der baurechtlichen Situation nicht möglich. Das Stadion liegt am Rande eines reinen Wohngebietes (Zooviertel). Für den Hauptplatz wurde in 2008 bei Errichtung der neuen Stehtribünen nur eine Baugenehmigung für Sportveranstaltungen erteilt.

Ob und in welchem Umfang andere Veranstaltungen möglich sind, muss anhand eines konkreten Veranstaltungskonzeptes im Rahmen eines umfassenden Genehmigungsverfahrens entschieden werden. Dabei spielen u.a. auch immissionsrechtliche und verkehrliche Belange sowie insbesondere Sicherheitsanforderungen eine entscheidende Rolle.

Anfragen für derartige Veranstaltungen liegen dem Sport- und Bäderamt momentan nicht vor.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Wäre schön, aber...

28.06.2013 10:49 von flhah

Ist neutral

Natürlich wäre es super, das Stadion auch für Konzerte zu nutzen. Ist aber bisher nicht möglich, da die Baugenehmigung nur für Sportveranstaltungen erstellt wurde:
"Das Stadion wurde 2008 als reines Sportstadion genehmigt. In der Baugenehmigung wurden als Ausnahme gem. § 6 18. BImSchV drei internationale oder nationale Sportveranstaltungen von herausragender Bedeutung zugelassen.
Veranstaltungen wie z.B. Konzerte sind nach der Baugenehmigung nicht zulässig. Eine andere Nutzung kann nur in einem neuen Baugenehmigungsverfahren geprüft werden" (Verwaltung zum Thema Konzerte im Stadion).
Vielliecht wäre so ein neues Baugenehmigungsverfahren sinnvoll, aufgrund der nahen Wohnbebauung sehe ich aber wenig Chancen auf Erfolg

Stimmt!

28.06.2013 11:14 von JF85

Unterstützt den Vorschlag

Es ist doch auch so, dass die Menschen, die dort wohnen wissen, das es in der Nähe eines Stadion laut werden kann. Also sollen sie sich nicht beschweren! Wem es zu laut ist, sollte wegziehen.

Gute Idee

28.06.2013 12:06 von Eponine

Unterstützt den Vorschlag

Ich unterstütze den Vorschlag und bin Anwohner. Ab und zu ein Konzert oder Open Air Kino wäre klasse.

Noch ein Zoobewohner

28.06.2013 14:24 von phneutral

Ich kann mich Eponine anschließen: Wohne selbst am Zoo und würde mich über mehr Veranstaltungen dort freuen.

Nutzung Zoo-Stadion

09.09.2013 14:33 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Bereits jetzt finden auf dem Stadiongelände auch Veranstaltungen wie Jahr- und Flohmärkte, Stadtfeste und Public-Viewing (Sportveranstaltungen) statt.

Eine Nutzung des Hauptplatzes mit den Zuschauerrängen für Konzerte o.ä. ist zurzeit leider aufgrund der baurechtlichen Situation nicht möglich. Das Stadion liegt am Rande eines reinen Wohngebietes (Zooviertel). Für den Hauptplatz wurde in 2008 bei Errichtung der neuen Stehtribünen nur eine Baugenehmigung für Sportveranstaltungen erteilt.

Ob und in welchem Umfang andere Veranstaltungen möglich sind, muss anhand eines konkreten Veranstaltungskonzeptes im Rahmen eines umfassenden Genehmigungsverfahrens entschieden werden. Dabei spielen u.a. auch immissionsrechtliche und verkehrliche Belange sowie insbesondere Sicherheitsanforderungen eine entscheidende Rolle.

Anfragen für derartige Veranstaltungen liegen dem Sport- und Bäderamt momentan nicht vor.

Die Sportverwaltung ist jedoch im Gespräch mit einer Agentur, die ein attraktives und wirtschaftlich tragfähiges Veranstaltungskonzept für das Stadion erarbeiten will. Auf dieser Grundlage soll dann der erforderliche Bauantrag gestellt werden, um nach Erteilung der Genehmigung Veranstaltungen durchführen und akquirieren zu können.

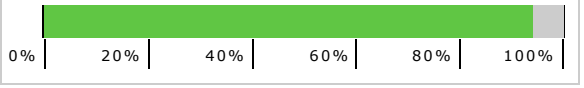
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S020	Kontrolle der Kosten bei den unterschiedlichen Bauvorhaben	2013-06-17 09:20:20	dewupp	16

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtverwaltung
Erstellungsdatum:	2013-06-17 09:20:20
Autor:	dewupp

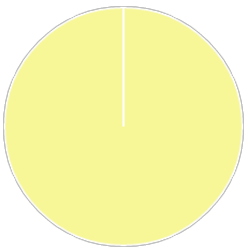
gp.pstatus	grün 2
Vorschlagscode	S020
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	31	0	2	33
Bewertungen (abs.)	93,9%	0%	6,1%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	7		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	4	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	2
		Sonstiges	0



Schlagworte

Stadtentwicklung, Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Man erlebt es immer wieder, dass der Kostenrahmen bei diversen Bauvorhaben überschritten wird. Das beginnt bereits bei den Bietern, wo (prinzipiell ?) der Billigste genommen wird. Oft wird die Bonität nicht entsprechend geprüft, so dass der Bieter u.U. bald das Handtuch wirft. Oder es entstehen Nachforderungen, weil ohne Sorgfalt geplant wurde. Es kann doch nicht sein. Hier sollte also der Hebel angesetzt werden, um Nachträge zu vermeiden. Auch wenn die einzelnen Planungsphasen mit entsprechenden Kostenermittlungen durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft werden wäre es vieleicht besser Aufbau eines effizienten Baukosten-Controlling". Auch Projekte werden zunächst immer "schöngerechnet", um sie politisch durchsetzen zu können auch darüber sollte nachgedacht werden. Fazit ist

Zuschlagskriterien

27.06.2013 14:42 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

bei der Prüfung und Wertung der Angebote werden selbstverständlich vor der Preisprüfung auch die Eignung des Bieters und die der angebotenen Leistung eingehend untersucht. Wenn die Angebote diese Eignungsprüfungen nicht bestehen- obwohl sie die „preiswertesten" wären- so kommt es zum Ausschluss und zur Änderung der Rangfolge. Bei den noch „verbliebenen" Angebote, die die Eignungsprüfung bestanden haben, ist die „Auskömmlichkeit" der angebotenen Preise zu prüfen. Danach ist in den meisten Ausschreibungsverfahren der Preis letztlich das Zuschlagskriterium.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Planungsunternehmen und Öffentlichkeit

02.07.2013 13:31 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Sowohl bei der Nordbahntrasse als auch beim Döppersberg hat die Stadt während der Bauphase das mit der Planung beauftragte Unternehmen gewechselt. Wenn von vornherein unzureichend qualifizierte Planungsunternehmen beauftragt werden, sind Fehlplanungen unvermeidbar. Die Öffentlichkeit sollte grundsätzlich bei allen öffentlichen Bauvorhaben ein wachsames Auge auf den Planungs- und Bauprozess haben können. Bitte unterstützen Sie deshalb auch diesen Vorschlag:
https://haushalt.wuppertal.de/dito/explore?action=basearticleshow&id=433#topic

Bitte streuen Sie keine Gerüchte!

03.07.2013 13:18 von ModerationMW

Hallo DieterHofmann,

bitte behaupten Sie nur, was Sie auch belegen können.

"Wenn von vornherein unzureichend qualifizierte
Planungsunternehmen beauftragt werden...".

Sie tragen so zu einem fairen und transparenten Dialog bei.

Mit freundlichen Grüßen
ModerationMW

Mängel in der Planung und Schlechtleistung

03.07.2013 22:01 von DieterHofmann

Ich weiß nicht woran es im Detail lag, dass die Stadt in beiden Projekten die Planungsbüros gewechselt hat. Ich kenne jedoch folgende Quellen, die eindeutig nahelegen, dass es qualitative Mängel bei der Planungsarbeit gab.:
1.
"Die Stadt hat am 29. November den Vertrag mit dem für den rund 10,9 km langen innerstädtischen Abschnitt der Trasse tätigen Planungsbüro aufgrund von Zeitverzögerungen und Schlechtleistung gekündigt."
http://www.adfc-nrw.de/fileadmin/dateien/Wuppertal/Kreisverband/Bilder/Nordbahn/2012-12-10_Sachstandsberichtx.pdf

2.
"Wie die WZ Mittwoch bekannt machte, liegt die Stadt zudem mit dem Architekturbüro JSWD im Clinch: Die Kölner fordern ausstehende Honorare. Die Stadt beziffert die Summen auf bis zu zwei Millionen Euro. Die Stadt hat sich von den Planern getrennt und wirft ihnen Mängel in der Planung vor."
http://www.wz-newsline.de/lokales/wuppertal/sonderthemen/der-neue-doeppersberg/weitere-hindernisse-beim-umbau-des-doeppersbergs-1.753257

Zuschlagskriterien

09.09.2013 16:35 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 27.06. verwiesen:

Bei der Prüfung und Wertung der Angebote werden selbstverständlich vor der Preisprüfung auch die Eignung des Bieters und die der angebotenen Leistung eingehend untersucht. Wenn die Angebote diese Eignungsprüfungen nicht bestehen- obwohl sie die „preiswertesten" wären- so kommt es zum Ausschluss und zur Änderung der Rangfolge. Bei den noch „verbliebenen" Angeboten, die die Eignungsprüfung bestanden haben, ist die „Auskömmlichkeit" der angebotenen Preise zu prüfen. Danach ist in den meisten Ausschreibungsverfahren der Preis letztlich das Zuschlagskriterium.

Ausschreibungspflichten überprüfen

26.09.2013 10:58 von JFHF

Inhaltliche Ergänzung

Ich bin der Meinung, viele Baumaßnahmen werden ohne Notwendigkeit öffentlich (europaweit) ausgeschrieben und dadurch schon vor Baubeginn viel zu teuer. Auch verzögert das sehr teure Ausschreibungsverfahren solche Projekte in verantwortungsloser Weise.
Ausschreibungen vermeiden hilft zudem erheblich bei der Sanierung öffentlicher Haushalte.

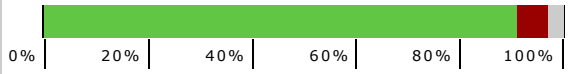
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S079	Stadtmarketing ausschreiben	2013-06-26 16:39:05	GuidoGallenkamp	17

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtverwaltung
Erstellungsdatum:	2013-06-26 16:39:05
Autor:	GuidoGallenkamp

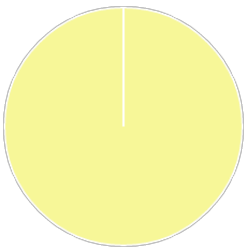
gp.pstatus	rot 3
Vorschlagscode	S079
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	30	2	1	33
Bewertungen (abs.)	90,9%	6,1%	3%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Das Stadtmarketing für die Stadt Wuppertal wird größtenteils durch die Wuppertal Marketing GmbH ausgeführt. Bis zum Jahr 2016 sind im Haushalt jährlich EUR 738.000 eingeplant (siehe Seite 119 des Haushaltsplans im Anhang).

Die Stadt Wuppertal hält maximal 30% an der Wuppertal Marketing GmbH.

Über Ausschreibungen von Einzelprojekten oder Serviceverträgen können die Kosten für das Marketing durch fairen Wettbewerb und Vergleichbarkeit gesenkt werden. Wuppertal ist schließlich eine Kreativ-Hauptstadt. Mit dem jetzt vorliegenden Corporate Design entfällt das Risiko, dass nicht alles "aus einem Guss" wirkt. Das tut es gisher allerdings auch nicht.

Kartellrechtliche Bedenken und das damit verbundene Risiko von Prozesskosten erübrigen sich damit ebenfalls.

Achtung! 22MB!
http://www.wuppertal.de/vv/produkte/Finanzen/
102370100000460096.php.media/460098/
102370100000460098.pdf

Virtuelle Agentur

26.06.2013 22:49 von phneutral

Inhaltliche Ergänzung

Mir persönlich gefällt der Weg, den Eindhoven für die Findung eines neuen CD eingeschlagen hat ja viel besser: Man gründete eine »virtuelle Agentur«, bestehend aus diversen, lokalpatriotischen Kreativen der Stadt, um mit allen gemeinsam an der neuen Erscheinung zu entwickeln.

Nachzulesen ist das unter anderem hier:
http://www.merkeindhoven.nl

Für Wuppertal wäre ähnliches wünschenswert.

Stadtmarketing

09.09.2013 15:01 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stadt ist Gesellschafterin der Wuppertal Marketing GmbH und zahlt aufgrund ihrer Gesellschafterstellung einen Zuschuss. Damit soll die Gesellschaft in die Lage versetzt werden, den Gesellschaftszweck gemäß Satzung zu erfüllen.

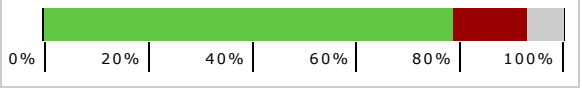
Die Gesellschaft wird aus eigener Veranlassung tätig und nicht im Auftrag der Stadt. Da keine Aufträge seitens der Stadt erteilt werden, ist auch keine Ausschreibung vorzunehmen.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E008	Stadtwerke rekommunalisieren	2013-06-10 21:32:03	Heckinghauser	18

Allgemeine Angaben

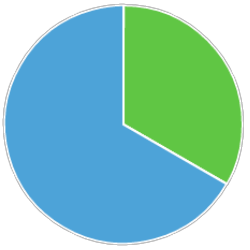
Kategorie:	Stadtleben / Wirtschaft	gp.pstatus	rot 5
Erstellungsdatum:	2013-06-10 21:32:03	Vorschlagscode	E008
Autor:	Heckinghauser	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	33	6	3	42
Bewertungen (abs.)	78,6%	14,3%	7,1%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	7		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	4	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	2
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Die WSW-Anteile, welche von der Stadt an GDF-Suez verkauft wurden zurückkaufen. Hierdurch könnten zukünftig die Renditen welche zur Zeit an die GDF-Suez gezahlt werden in den Haushalt der Stadt fließen. Die Betrachtung ist mittelfristig zu sehen, da erst die Mittel für den Rückkauf finanziert werden müssten. Die Stadtwerke ist für die Stadt und deren Bürger da und gehört nicht in private Hände.

Immer noch privat

11.06.2013 15:12 von DanielKolle

Ist eine Frage

Die Stadtwerke sind dann aber immer noch privatrechtlich organisiert, da in Form einer GmbH mit privaten Tochtergesellschaften. Die Steuerung des Konzerns würde dann lediglich nicht mehr die Abstimmung mit dem Fremdgesellschafter notwendig machen. Eine unmittelbare Steuerung gibt es dann aber immer noch nicht. Die Frage was eine wirkliche Rekommunalisierung an Effekten mit sich bringt, müsste intensiver beleuchtet werden.

Rekommunalisierungseffekte intensiver beleuchtet

12.06.2013 23:40 von DieterHofmann

Sehr geehrter Herr Kolle, bitte helfen Sie doch den Bürgerinnen und Bürgern mit Ihrer Expertise, sich ein genaueres Bild zu machen. Welche Effekte sind denn aus Ihrer Sicht von einer "wirklichen Rekommunalisierung" zu erwarten?

Richtiger Vorschlag

23.06.2013 21:34 von Ksauerland

Unterstützt den Vorschlag

Nur wie finanzieren ?

Stadtwerke

09.09.2013 16:38 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Eine Rekommunalisierung der Stadtwerke ist aus verschiedenen Gründen nicht sinnvoll. Eine strategische Partnerschaft ist unumgänglich, um eine erfolgreiche Positionierung der WSW in einem sich stetig verändernden Markt und den damit verbundenen unternehmerischen Herausforderungen zu realisieren und die erforderliche Stärkung und Substanzerhaltung der WSW zu gewährleisten.

Der kommunale Einfluss ist durch die Entsendung von städtischen Vertretern in den Aufsichtsrat gewährleistet. Die Zusammenarbeit mit dem strategischen Partner GSED läuft hervorragend. Im Übrigen werden die Gewinne aus der Versorgung nicht im städtischen Haushalt vereinnahmt, sondern fließen direkt in die Finanzierung des ÖPNV.

Zusammenarbeit mit dem WSW-Anteilseigner GSED

29.09.2013 20:25 von DieterHofmann

Ist eine Frage

Die Verwaltung schreibt in Ihrer Antwort "Die Zusammenarbeit mit dem strategischen Partner GSED läuft hervorragend." Die Westdeutsche Zeitung berichtete jedoch im Mai 2013 unter der Überschrift "Kraftwerksbeteiligung: Die WSW soll Millionen nachschießen": "Weil der Bau sich aufgrund von Problemen (Risse im Kessel) verzögert hat und zudem teurer wurde, wollen die GSED von den Stadtwerken zusätzliche Millionen, wie Slawig bestätigte. Über die Höhe der Nachforderungen wollte er nichts sagen, das sei vertraulich. Derzeit werden Gutachten erstellt, um die Forderungen zurückzuweisen." http://zumlink.de/eybp

Wenn der Bericht der WZ inhaltlich zutrifft, deutet dies auf massive Differenzen mit der GSED hin. Eine Millionenforderung seitens des Konzerns an die mehrheitlich stadteigene WSW Energie & Wasser AG ist ja schließlich kein Pappenstiel. Warum ist die Höhe der Nachforderungen vertraulich? Werden die Gutachten mit denen die Forderung der GSED zurückgewiesen werden soll veröffentlicht?

Zusammenarbeit mit dem WSW-Anteilseigner GSED

08.11.2013 15:27 von VerwaltungNJ

Hallo DieterHofmann,

die WSW Energie & Wasser AG ist zur Zeit in der Analyse und Begutachtung relevanter Forderungen seitens der GSED für die Kraftwerksbeteiligung in Wilhelmshaven. Der Austausch zwischen den Partnern ist noch nicht abgeschlossen. Sobald erste Ergebnisse vorliegen, wird die Öffentlichkeit darüber zeitnah informiert.

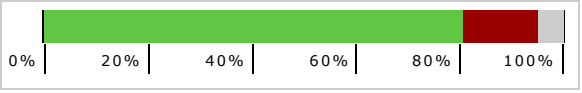
Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S039	Einsparungen durch Betriebsferien	2013-06-20 12:48:01	wtal2013	19

Allgemeine Angaben

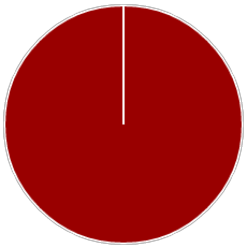
Kategorie:	Stadtverwaltung	gp.pstatus	rot 1
Erstellungsdatum:	2013-06-20 12:48:01	Vorschlagscode	S039
Autor:	wtal2013	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	33	6	2	41
Bewertungen (abs.)	80,5%	14,6%	4,9%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Viele Kommunen machen es bereits vor: Mit Ausnahme von Notdiensten und Bereitschaften (Feuerwehr, Jugendschutz etc.) verordnen sie zwischen Weihnachten und Neujahr Betriebsferien. Die Mitarbeiter sollen Überstunden und Resturlaubstage abbauen. Als Einsparungen sind Strom-, Wasser-, Heiz- und Reinigungskosten zu verzeichnen. Abgebaute Urlaubstage und genommene Überstunden ersparen zudem Rückstellungen für das Folgejahr und entlasten den kommenden Haushalt. Da in der Regel nur 1-3 Arbeitstage durch die Schließung betroffen sind, an denen nur wenige Bürger überhaupt Dienste der Verwaltung in Anspruch nehmen, sind die Einschränkungen für die Bürger gerade noch akzeptabel, führen jedoch zu erheblichen Sparbeträgen, wie Erfahrungen anderer Städte zeigen: So wurde beispielsweise in Mönchengladbach 2012 rund 540.000,- EURO, in Krefeld 2011 rund 1,8 Millionen EURO eingespart.

Zur Entlastung des Haushalt nutzen seit 2011 immer mehr namhafte Städte wie beispielsweise Köln, Essen und Dortmund dieses Sparpotential: Warum nicht auch Wuppertal ?

Bitte genau lesen

23.06.2013 20:30 von Ksauerland

Lehnt den Vorschlag ab

Krefeld hat an Energie- und Bereitschaftskosten nur 10000 Euro eingespart. Die Millionenbeträge sind rein kalkulatorisch an den Personalkosten orientiert. Ennepetal mußte sogar zusätzliche Rückstellungen bilden und hat rechnerisch gar nichts gespart.

Einsparungen durch Betriebsferien

09.09.2013 17:10 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Das Grundanliegen des Beitrages ist bereits im November 2012 mit folgender Frage Gegenstand einer Großen Anfrage im Rat der Stadt Wuppertal gewesen:
„Wie hoch ist das zu erzielende Einsparpotential in Wuppertal, wenn das Rathaus und die Verwaltungshäuser zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen bleiben können?"

Die Verwaltung hat darauf wie folgt geantwortet:
„Nach den Messungen und Berechnungen des Gebäudemanagements für das Rathaus Barmen kann von einer Reduzierung der Strom- und Heizkosten um ca. 1.000 € pro Tag ausgegangen werden. Einflussfaktoren wie z.B. die notwendige stärkere Aufheizphase nach einer längeren Auskühlung sind hier eingerechnet. Für die anderen Verwaltungsgebäude, die alle deutlich kleiner sind, kommen entsprechend niedrigere Einsparungen hinzu. Da der weitaus größte Teil der städtischen Gebäude ohnehin geschlossen ist (Schulen und Kindertageseinrichtungen), ergibt sich für die Strom- und Heizkosten ein so geringes Einsparungspotenzial, dass dieser Faktor für die Entscheidung, Betriebsferien anzuordnen, vernachlässigt werden muss. Dies deckt sich im Übrigen mit den Erkenntnissen anderer Großstadtverwaltungen.

Ausschlaggebender Faktor für die Entscheidung, Betriebsferien anzuordnen, könnte nur die Reduzierung der bilanziellen Rückstellungen für zu übertragende Urlaubstage und Überstunden sein. Im Haushalt käme es allerdings nur zu einer zeitlichen Verschiebung des Aufwandes, wenn städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzliche Urlaubstage in 2012 abbauen würden. Hierdurch würde der Personalaufwand des Jahres 2012 entlastet und der Personalaufwand des Jahres 2013 belastet. Die zeitliche Verschiebung hätte keine Auswirkungen auf die Liquidität."

Zu dieser Einschätzung steht die Verwaltung auch heute. Es besteht nach wie vor nicht die Absicht, in den kommenden Jahren zwischen Weihnachten und Neujahr Betriebsferien einzuführen. Die Verwaltung bleibt dabei, dass sie nicht gerade an Tagen, an denen zahlreiche Bürgerinnen und Bürger Urlaub haben und diese Tage erfahrungsgemäß in hohem Maße für Behördengänge nutzen, ihren Betrieb einstellen kann. Dies insbesondere unter Berücksichtigung der nur geringen tatsächlichen Einsparungen. Die von anderen Großstädten benannten erheblichen

Einsparungsbeträgen basieren nach interkommunaln Recherchen der Verwaltung in erster Linie auf einer rein bilanziellen Betrachtungsweise, die aber keine haushaltsent-lastenden Effekte bewirkt und von daher in Wuppertal nicht der entscheidende Faktor für die Anordnung von Betriebsferien sein kann.

Aus den Erfahrungen des Energiecontrollings im Rathaus lässt sich ableiten, dass pro Tag, an dem das Gebäude geschlossen ist, eine Stromkosteneinsparung in Höhe von ca. 250€ erzielt werden kann.
Aus den Messungen der vergangenen beiden Jahre ist erkennbar, dass der tägliche Stromverbrauch zwischen den Jahren schon jetzt abgesenkt ist und etwa in der Mitte zwischen dem Normalbetrieb und dem Wochenend/Feiertagbetrieb liegt. Dies erklärt sich daraus, dass jetzt schon in dieser Zeit nur ein eingeschränkter Betrieb stattfindet.

Bei der Heizung liegen keine tagesgenauen Messungen im Rathaus vor. Daher lässt sich das genaue Einsparpotential nur mittels Annahmen ableiten. Basierend auf den Jahren 2010 und 2011 lässt sich eine Einsparung aufgrund des abgesenkten Heizbetriebes bei geschlossenem Rathaus von 30- 40% gegenüber dem mittleren Verbrauch an Werktagen ableiten. Wegen der damit verbundenen Auskühlung muss aber am Ende eine verstärkte Aufheizphase ca. 24 h vor Wiederinbetriebnahme berücksichtigt werden. Wir gehen von einem Einsparpotenzial von ca. 600 – 800 € pro zusätzlich geschlossenem Tag aus, so dass in der Summe das Einsparpotenzial ca. 850 € – 1.050 € pro zusätzlich geschlossenem Tag beträgt.

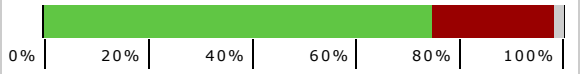
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E073	Hundekot	2013-06-26 08:26:10	buck47	20

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Finanzen / Steuern
Erstellungsdatum:	2013-06-26 08:26:10
Autor:	buck47

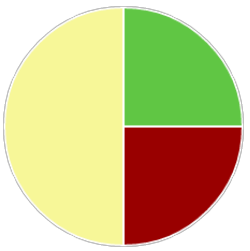
gp.pstatus	rot 1
Vorschlagscode	E073
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	38	12	1	51
Bewertungen (abs.)	74,5%	23,5%	2%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	6		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	5	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	2
		Sonstiges	0



Schlagworte

Gebühren / Entgelte, Hunde

Vorschlagsbeschreibung

Leider gibt es immer noch Hundehalter, die es nicht für notwendig halten, das "Geschäft" ihres Lieblings ordnungsgemäß zu entsorgen. Hier sollte das Bußgeld spürbar erhöht werden.

Ordnungsamt scheut Konfrontation

26.06.2013 23:54 von Kah

Inhaltliche Ergänzung

Grundsätzlich unterstütze ich den Vorschlag, sehe aber Probleme in der Umsetzung.

Die bereits jetzt bestehenden Regelungen werden leider von einigen Hundehaltern in keinster Weise ernst genommen, da die Bediensteten des Ordnungsamtes die direkte Konfrontation mit solchen Hundebesitzern scheuen.

Verwendung der Bußgelder

28.06.2013 11:26 von JF85

Unterstützt den Vorschlag

Von den Einnahmen wiederum könnte man extra Müllcontainer mit einem Spender für ökologisch abbaubaren Tüten für die Häufchen obendrauf überall anbieten..
Damit wird das Stadtbild auch insgesamt sauberer. Und die hohen Bußgelder sind eine zusätzliche Abschreckung!

Keine Hundesteuer, dafür Bußgelder rauf.

02.07.2013 16:53 von steuerallergie

Inhaltliche Ergänzung

Da ja sicher jeder mittlerweile weiß, das Hundekot nichts mit der Hundesteuer zu tun hat, wäre es nur gerecht diese veraltete Steuer ab zu schaffen!! Ich als Hundebesitzer fände es besser, wenn man "den Übeltäter" dementsprechend bestraft und ein gehöriges Bußgeld verhängen würde, sollte er den Hundekot nicht beseitigen. So werden nicht alle Hundehalter über einen Kamm geschoren und ungerechter Weise von der Kommune ausgebeutet!

Die Kontrollen kosten Geld

04.07.2013 20:31 von Odessa

Lehnt den Vorschlag ab

Totaler Quatsch! Die Kontrolleure kosten Geld, welches nicht zur Verfügung steht. Kurzsichtig gedacht!

Hundekot

09.09.2013 15:34 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Bußgeldhöhe liegt bereits bei 75 €. Im Wiederholungsfall wird die Geldbuße erhöht.

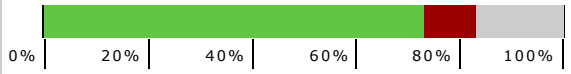
Da das Handeln der Verwaltung dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie der vollen gerichtlichen Überprüfbarkeit unterliegt, ist eine spürbare Erhöhung der Bußgeldbeträge nicht möglich.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S013	Wertschöpfung – regional und verantwortungsvoll!	2013-06-12 02:49:52	bea	21

Allgemeine Angaben

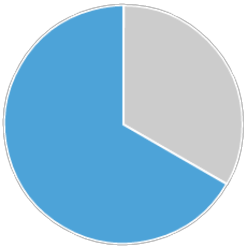
Kategorie:	Stadtentwicklung / Umwelt	gp.pstatus	grün 2
Erstellungsdatum:	2013-06-12 02:49:52	Vorschlagscode	S013
Autor:	bea	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
		Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	30	4	7	41
Bewertungen (abs.)	73,2%	9,8%	17,1%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	9		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	6	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	1
		Ist eine Frage	2
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Energie

Vorschlagsbeschreibung

Erneuerbare Energiequellen in der Region effizient nutzen und neue erschließen, heißt auch, langfristig vor Ort Steuern zu generieren und Wertschöpfung zu sichern. Sonne, Wasser, Wind, Recycling-Biomasse und Geothermie stehen uns als Quellen zur Energiegewinnung unendlich zur Verfügung.Zu umweltschädlichen fossilen und risikoreichen atomaren Energieträgern bieten diese Ressourcen die machbare klimafreundliche und preis-stabile Alternative – mit Bürgerbeteiligung und im gesamtgesellschaftlichen Konsens. Nutzen wir diese auch in Wuppertal/der Region mit ganzheitlichem Energiekonzept, können wir den Klimawandel und Konflikte um Ressourcen in den Griff bekommen. Strom aus erneuerbaren Energiequellen unterstützt uns zudem beim Umstieg auf die Elektromobilität (eMobilität) zB per eAuto, eRad und eSegway – eine leise, saubere Art der Fortbewegung und Energiespeicher zugleich! Dafür Ladeinfrastruktur bereitzustellen, ist ein lobenswerter Schritt in die richtige Richtung – wirklich Sinn macht dies aber nur, wenn dort angebotene Energie auch regional aus erneuerbaren Quellen erzeugt wird. Gelungen ist uns dies über ein Genossenschaftsmodell im Norden. Dezentrale Energieerzeugung am Ort des Verbrauchs erspart uns allen zudem zeit- und kostenintensiven Ausbau der Transportnetzte mit drohender Inanspruchnahme weiterer Flächen. Stattdessen sollten wir rasch mit der Umrüstung der regionalen Verteilnetze beginnen.

Langfristig

13.06.2013 18:03 von Ongerbarmer

Ist neutral

ist der Vorschlag sinnvoll. Wenn aber keine Mittel zur Verfügung stehen und die Planer auch nicht bereit sind eine effektivere Mittelbeschaffung anzugehen, wird das nur heiße Luft ein. Es geht nur darüber, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Und wo kommen die her? Von Gewerbe, Handel und Industrie. Neuansiedlungen und Wegzug von bestehenden Unternehmen, kann nur dadurch gesichert werden, in dem im ersten Schritt die Gewerbesteuerhebesätze gesenkt werden. Der Benefit ist eine massiver Zuzug der Unternehmen. Sie mein Grundsatzvorschlag: "Senkung der Gewerbesteuer"

Starten statt warten!

07.07.2013 16:28 von bea

Die Mittel sind das eine. Insbesondere die praktischen Beispiele der allein im Bergischen Land aktiven Bürgerenergiegenossenschaften zeigen aber deutlich, dass ressourcenschonende und weniger Mensch/Umwelt belastende Energieerzeugung durchaus ein Thema ist, dass viele - genau genommen uns alle - angeht.

Als Hürde stellt sich eher die Umsetzung der Projekte heraus, weniger deren Finanzierung - auch mit Bürgergeld.

Bei der oben erwähnten BEG im Norden wurden zudem öffentliche Fördermittel eingeworben - zu Recht, da das Projekt Region, Umwelt und Menschen zugute kommt. Zudem beinhaltet dieses Projekt - da touristisch eingebunden - einen wichtigen Multiplikationseffekt.

Dies ist in Wuppertal "ausbaufähig":
1. Klarer verlässlicher Wille der Politik - die regionale Energiewende gemeinsam voranzubringen/etablierte Strukturen zu hinterfragen.
2. Einbindung der Bürger/innen als Beteiligte/Partner auf Augenhöhe
3. Bewusstsein f. regionale Energiewende/Nachhaltigkeit/Gemeinwohl schaffen

Kommunale Wertschöpfung

09.09.2013 17:08 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Der Rat der Stadt hat am 15.07.2013 einstimmig das Klimaschutzteilkonzept „Erschließung der verfügbaren Erneuerbare-Energien-Potenziale in der Region Bergisches Städtedreieck Remscheid – Solingen – Wuppertal" (VO/0478/13) zur Kenntnis genommen und ein „Maßnahmenprogramm 2013 – 2020" zur Umsetzung beschlossen.
Die Betrachtung der regionalen Wertschöpfungskette war dabei ein zentraler Punkt der Untersuchung (Seite 79 ff des Konzeptes LINK: http://www.wuppertal.de/rathaus-buergerservice/medien/dokumente/Endfassung_Teilkonzept_EE.pdf) . Die Berechnung der Wertschöpfung erfolgte auf Basis bundesweiter Durchschnittswerte für typische Beispiel-anlagen. Es wurden Wertschöpfungseffekte und Beschäftigungseffekte (kommunale Gewerbesteuer, Anteil an der Einkommenssteuer, Unternehmensgewinne, Einkommen aus Beschäftigung usw.) betrachtet.

Im Ergebnis wurde eine regionale Wertschöpfung von ca. 193 Mio. € als Einmaleffekt und ca. 87 Mio. € als jährlich wiederkehrende Wertschöpfung bei Mobilisierung der festgestellten Potentiale der Erneuerbaren Energien in den bergischen Großstädten ermittelt. Absolut den größten Anteil an der möglichen Wertschöpfung hat die solare Erzeugung von Wärme und Strom; so haben die Solarthermie mit 120 Mio. € und die Photovoltaik mit 45 Mio. € einen Anteil von ca. 85 % an den einmaligen Wertschöpfungseffekten.
Eine differenzierte Darstellung der Wertschöpfung für die drei Städte war aufgrund der intensiven regionalen Verflechtungen schwierig und wurde daher nicht vorgenommen.

Das beschlossene Maßnahmenprogramm soll u.a. auch durch einen Klimaschutzmanager, der infolge des Ratsbeschlusses beantragt wird, umgesetzt werden. Dabei steht neben der Reduzierung des CO2-Ausstoßes auch das Thema Wertschöpfung im Fokus der vorgesehenen Maßnahmen. Die Erschließung der Erneuerbare Energien Potentiale ist daher auch immer ein Thema der Wirtschaftsförderung und eine Möglichkeit die Mittelabflüsse für Energieaufwendungen aller Art aus der Region wirksam zu begrenzen.

Energiekosten, regionale Energiewende & Energiekonzept: - konkret?

30.09.2013 00:15 von bea

Ist eine Frage

Energiekosten sind einer der Hauptkostenfaktoren im Haushaltsplan. Üblicherweise zählen dazu wiederkehrend hohe Beschaffungskosten. Steigende Energiekosten sind schon lange ein Thema!

Im Endbericht aus Januar 2013 zum Klimaschutz-Teilkonzept für das Bergische Städtedreieck sind als übergreifende Maßnahme mit hoher Priorität genannt z. B.

Energiekonzepte für Neubaugebiete unter Berücksichtigung des Einsatzes erneuerbarer Energien

1. Ob/Wie ist die Umsetzung dieser Punkte geplant?

2. Ob/Welche Energiekonzepte gibt es für große Wohn-Neubauprojekte wie z. B. aktuell Bergisches Plateau?

3. Ob/Welche Energiekonzepte gab es in der Vergangenheit z. B. bei "Kattenbreuken"?

4. Ob/Welche Energiekonzepte gab/gibt es für andere große Neubauprojekte wie z. B. Bürokomplex-Ohligsmühle oder aktuell Döppersberg-Umbau?

5. Wurde hier - entlang der Talsohle - ein Fernwärmeanschluss (Zwang) zur besseren Auslastung der örtlichen WSW-Kraftwerke thematisiert?
Falls ja, mit welchem Ergebnis?

Energiekosten, regionale Energiewende & Bürgerbeteiligungsformen - konkret?

30.09.2013 00:41 von bea

Ist eine Frage

Energiekosten sind einer der Hauptkostenfaktoren im Haushaltsplan. Üblicherweise zählen dazu wiederkehrend hohe Beschaffungskosten. Steigende Energiekosten sind schon lange ein Thema!
Im Endbericht aus Januar 2013 zum Klimaschutz-Teilkonzept für das Bergische Städtedreieck sind als übergreifende Maßnahme mit hoher Priorität genannt, z. B.

Ausbau von Bürgerbeteiligungsformen und Energiegenossenschaften

1. Ob/Was ist konkret geplant?

2. Ob/wie wird die bereits existierende Bürgerenergiegenossenschaft ggf. eingebunden?

3. Ob/Welche Formen der Kooperation zwischen z. B. Bürgerenergiegenossenschaft(en)und regionalen Institutionen wie z. B. Kommune, stadtnahe Unternehmen (Energieversorger WSW) und/oder regionale Finanzinstitute sind angedacht?

4. Ob/Welche Projekte sind ggf. angedacht oder sollen ggf. gemeinsam entwickelt werden?

5. Ob/Wie werden dabei Erfahrungen bereits erfolgreich umgesetzter Energie-Einspar-, Energie-Effizienz- und Erneuerbare-Energien-Projekte berücksichtigt?

Energiekosten, regionale Energiewende & Leuchtturmprojekt-1 - konkret?

30.09.2013 01:04 von bea

Energiekosten sind einer der Hauptkostenfaktoren im Haushaltsplan. Üblicherweise zählen dazu wiederkehrend hohe Beschaffungskosten. Steigende Energiekosten sind schon lange ein Thema!
Im Endbericht aus Januar 2013 zum Klimaschutz-Teilkonzept für das Bergische Städtedreieck sind als übergreifende Maßnahme mit hoher Priorität genannt, z. B.

Leuchtturmprojekte im Bereich erneuerbare Energien

1. Ob/Was ist konkret geplant?

2. Leuchtturmprojekt Solarhaus
Warum wurde das Solarhaus der Bergischen Uni nach erfolgreicher Wettbewerbsteilnahme in Madrid am

Ende einer Neubaustraße wiederaufgebaut (und - leider!!! -kürzlich endgültig abgerissen) anstatt es – wie angeboten und unterschriftsreif verhandelt - auf dem Gelände der Ausstellung Eigenheim und Garten zu integrieren?
Dort - am etablierten und überregional bekannten und geschätzten Standort hätten an nur einem (Wochenend)Tag so viele Besucher das Haus besichtigen können wie am bevorzugten aber unbekannten Standort in einem ganzen Jahr.

Energiekosten, regionale Energiewende & Leuchtturmprojekt-2 - konkret?

30.09.2013 01:18 von bea

Fortsetzung:
3. Leuchtturmprojekt-2: BauEnergieKompetenzZentrum W-Nord

Warum wurde die Idee "Vernetzung und Weiterentwicklung der etablierten Hausausstellung" weder öffentlich diskutiert noch in der Lokalpresse thematisiert?
Am etablierten, parkähnlichen, überregional bekannten und geschätzten Standort hätten Kompetenzen aus den Bereichen BAUEN, energetische Sanierung – beides ökologisch und ressourcenschonend sowie ENERGIE – einsparen, effizient nutzen und erneuerbar erzeugen (aus Sonne, Wasser, Wind, Recycling-Biomasse und Erdwärme) sinnvoll gebündelt werden können.
Vernetzt mit regional verhafteten, überregional bekannten und geschätzten Instit(ion)en (z. B. Wuppertal Institut, Uni, NRW-Energie-, -Effizienz-Agentur, Verbraucherzentrale) wäre dies ein innovativer Impuls und ggf fördermittelfähig!
Praxisnahe Erforschung von Uni-Prototypen und ganzjährig zugängliche best-practice-Beispiele energetischer Altbausanierung wären für interessierte Bürger/innen und Fachleute erlebbar!

Regionale Energiewende

08.11.2013 16:53 von VerwaltungNJ

Hallo bea,

die Antworten auf Ihre umfangreichen Fragen finden Sie zur besseren Übersicht hier:

www.wuppertal.de/buergerbeteiligung/131108_Stellungnahme_Regionale Energiewende.pdf

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S046	Auftrags-Pinnwand	2013-06-21 14:05:42	GuidoGallenkamp	22

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Finanzen / Steuern	gp.pstatus	grün 2
Erstellungsdatum:	2013-06-21 14:05:42	Vorschlagscode	S046
Autor:	GuidoGallenkamp	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	28	2	0	30	
Bewertungen (abs.)	93,3%	6,7%	0%	100%	0% 20% 40% 60% 80% 100%

Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	2		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Viele Aufgaben der Kommunen werden an externe Dienstleister vergeben.

Die anonymisierte Veröffentlichung dieser Aufträge kann über eine Art Online-Pinnwand seitens der Verwaltung veröffentlicht werden.

Anstelle der realen Unternehmensbezeichnung tritt dann eine interne Codierung, sodass für die Öffentlichkeit die Privatsphäre der Auftragnehmer gewahrt bleibt.

So sind etwa auftretende, zweifelhafte Vergabemuster für Jedermann nachvollziehbar.

Die Übersicht sollte sortierbar sein, filterbar, das Datum zu etwaigen Auschreibungen und Vertragsabschlüssen sowie einen Link zur Ausschreibung (falls vorhanden) enthalten. Eine Unterscheidung zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen wäre wünschenswert.

Idealerweise in Verknüpfung mit der Visualisierung von NKF-Daten, sodass die Ausgaben direkt ihrem Bereich zugeordnet und verglichen werden können.

Auftrags-Pinnwand

09.09.2013 16:40 von VerwaltungNJ

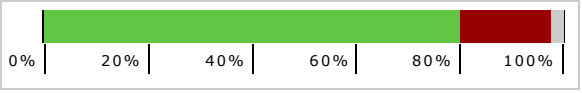
Stellungnahme der Verwaltung	Bereits jetzt werden auf der Internetseite www.wuppertal.de/ausschreibungen „Vergebene Aufträge" ab dort genannten Auftragshöhen, die auf Freihändigen Vergaben und Beschränkten Ausschreibungen (mit eingeschränkten, von der Stadt Wuppertal auf vorherige Eignung geprüften Bieterkreisen) basieren, veröffentlicht. Bei Öffentlichen Ausschreibungen der Stadt Wuppertal hat jeder Interessierte die Möglichkeit, sich über die genannte Internetseite durch die Bekanntmachungen der Veröffentlichungstexte über laufende Vergabeverfahren zu informieren.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
A033	Aufträge an Wuppertaler Unternehmen vergeben	2013-06-18 13:34:15	wupp2000	23

Allgemeine Angaben

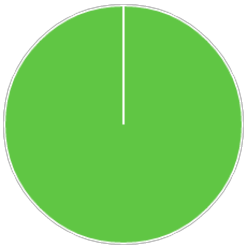
Kategorie:	Stadtverwaltung	gp.pstatus	rot 6
Erstellungsdatum:	2013-06-18 13:34:15	Vorschlagscode	A033
Autor:	wupp2000	Typ	Ausgabevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	32	7	1	40	
Bewertungen (abs.)	80%	17,5%	2,5%	100%	



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Die Pflicht, bestimmte Aufträge öffentlich, ja teils auch europaweit ausschreiben zu müssen, führt vermutlich oft dazu, dass a) Anbieter mit fragwürdiger Qualität genommen werden, was Kosten nach sich zieht (Nachbesserungen, Anbieter geht pleite und ist nicht mehr erreichbar für Gewähr/Regreß) b) das Geld aus der Stadt abfließt. Ich schlage vor zu prüfen, inwieweit rechtlich haltbar Aufträge möglichst innerhalb der Stadt vergeben werden können. Außerdem wäre durchzurechnen, bis zu welchem Mehrbetrag im Vergleich zum günstigsten Anbieter die Stadt durch Vergabe an einen lokalen Anbieter zumindest kostenneutral dastünde, wenn man die Einnahmen durch die verschiendene Steuerarten berücksichtigt.

Rechtliche Würdigung

20.06.2013 15:08 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

die Ortsansässigkeit ist vergaberechtlich kein zulässiges Kriterium für die Vergabe öffentlicher Ausschreibung. Vielmehr müssen die öffentlichen Aufträge in transparenter und nicht diskriminierender Art und Weise in einem fairen und freien (EU-Binnenmarkt-) Wettbewerb vergeben werden. Gegen diese rechtswidrige Handlung können nicht nur Konkurrenten (d.h. andere Firmen) vor den Zivilgerichten unterhalb der EU-Vergabeschwelle bzw. oberhalb der EU-Vergabeschwelle vor der Vergabekammer / OLG Düsseldorf eine gerichtliche Klärung herbeiführen, sondern es drohen auch Schadensersatzansprüche wegen entgangenem Gewinn etc.
Darüber hinaus ist die Eignung eines Bieters (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) vor der Auftragsvergabe zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Aufträger an Wuppertaler Unternehmen....

21.06.2013 09:43 von hajowup

Unterstützt den Vorschlag

Sicher ein sehr guter Vorschlag, dem aber wohl das "Auschreibungsrecht" im Wege steht - schade!!

Lokale Auftragsvergabe

09.09.2013 16:41 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 20.06. verwiesen:

Die Ortsansässigkeit ist vergaberechtlich kein zulässiges Kriterium für die Vergabe öffentlicher Ausschreibungen. Vielmehr müssen die öffentlichen Aufträge in transparenter und nicht diskriminierender Art und Weise in einem fairen und freien (EU-Binnenmarkt-) Wettbewerb vergeben werden. Gegen diese rechtswidrige Handlung können nicht nur Konkurrenten (d.h. andere Firmen) vor den Zivilgerichten unterhalb der EU-Vergabeschwelle bzw. oberhalb der EU-Vergabeschwelle vor der Vergabekammer / OLG Düsseldorf eine gerichtliche Klärung herbeiführen, sondern es drohen auch Schadensersatzansprüche wegen entgangenem Gewinn etc.

Darüber hinaus ist die Eignung eines Bieters (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) vor der Auftragsvergabe zu prüfen.

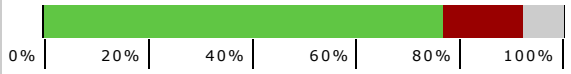
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S070	Zahl der Bezirksvertreter reduzieren	2013-06-26 08:05:56	buck47	24

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtverwaltung
Erstellungsdatum:	2013-06-26 08:05:56
Autor:	buck47

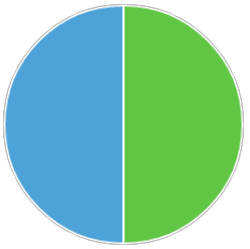
gp.pstatus	gelb 1
Vorschlagscode	S070
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	30	6	3	39
Bewertungen (abs.)	76,9%	15,4%	7,7%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	8		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	4	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	1
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Gebühren / Entgelte, Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Die Zahl der Bezirksvertreter liegt nach der Gemeindeordnung NRW zwischen 11 bis 19 Verretern. Es ist ein offenes Geheimnis, dass auf einige Vertreter getrost verzichtet werden kann, weil sie lediglich anwesend - oft auch nicht anwesend - sind. Eine Mitwirkung im Sinne des Gesetzes kann nur bei wenigen festgestellt werden. Die monatliche Aufwandsentschädigung von 180 Euro könnte so eingespart werden.

Vorschläge mit dem Thema Bezirksvertretungen

28.06.2013 16:42 von ModerationMW

Wichtiger Hinweis der Moderation

Liebe Teilnehmenden,

es gibt drei Vorschläge zum Thema Bezirksvertretungen. Es wurde der Wunsch geäußert diese zu einem Vorschlag zusammenzulegen.

Die drei Vorschläge ähneln sich stark, sie sind aber nicht identisch. Es gibt schon zu allen drei Vorschlägen unterschiedliche Bewertungen und Kommentare. Damit die Diskussion transparent nachvollziehbar bleibt, werden die Vorschläge nicht zusammengelegt.

Bitte lesen Sie die einzelnen Vorschläge und Kommentare und entscheiden Sie sich, an welcher Stelle sich sich einbringen möchten. Hier finden Sie die Links zu den anderen Vorschlägen:

Vorschlag: Bezirksvertretungen zusammenlegen

Vorschlag: Reduzierung von Rat und der BVen

Vorschlag: Anzahl der Bezirksvertretungen reduzieren

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Moderation

Zahl der Bezirksvertretungen reduzieren

26.06.2013 11:24 von pattevujel

Unterstützt den Vorschlag

Köln hat 9 Bezirksvertretungen bei über einer Million Einwohnern. Wuppertal kann sich 10 Bezirksvertretungen leisten.
Da stimmt doch die Relation nicht.
Hier könnte zusätzliches Geld eingespart werden.

Stadtbezirke zusammenlegen

06.07.2013 23:42 von pattevujel

Was spricht dagegen, Stadtbezirke zusammenzulegen, wie das in Köln geschehen ist außer der Aufgabe von Pfründen?

Ich verstehe das nicht so ganz...

26.06.2013 12:23 von flhah

Ist eine Frage

Was ist genau jetzt der Bezirksvertreter?
Es gibt ja die Bezirksvertretungen (10 Stück), dazu gibt es bereits einen Reduzierungsvorschlag hier auf der Plattform.

https://haushalt.wuppertal.de/dito/explore?action=basearticleshow&id=282#topic

Was sind denn aber die 19 Bezirksvertreter hier in Wtal und ihre Aufgabe? Oder sind damit die Leute in den Bezirksvertretungen gemeint? Dann wäre das doppelt.

Zu den Bezirksvertretungen

27.06.2013 14:53 von VerwaltungNJ

Hallo flhah,

nach der Gemeindeordnung NRW (§ 35) muss das Stadtgebiet jeder kreisfreien Stadt (wie Wuppertal) in -

bis zu zehn - Stadtbezirke aufgeteilt werden.

Die Stadt Wuppertal ist in folgende zehn Stadtbezirke eingeteilt: Elberfeld, Barmen, Oberbarmen, Heckinghausen, Langerfeld-Beyenburg, Ronsdorf, Cronenberg, Uellendahl-Katernberg, Elberfeld-West, Vohwinkel.

Für jeden Stadtbezirk ist eine Bezirksvertretung zu wählen, die aus mindestens elf und höchstens neunzehn Mitgliedern besteht (§ 36 GO NRW). Die Anzahl der Mitglieder in den Bezirksvertretungen orientiert sich in Wuppertal an der Größe (nach Einwohnern) der jeweiligen Stadtbezirke - so haben die Bezirksvertretungen Elberfeld und Barmen jeweils 19 Mitglieder, die Bezirksvertretung Ronsdorf beispielsweise hingegen 15 Mitglieder.

Soweit nicht der Rat ausschließlich zuständig ist, entscheiden die Bezirksvertretungen in allen Angelegenheiten, die nicht wesentlich über ihren Stadtbezirk hinausgehen (§ 37 GO NRW) - zum Beispiel bei kulturellen Angelegenheiten im Stadtbezirk, bei der Betreuung und Unterstützung örtlicher Vereine und Initiativen oder in Fragen der Pflege des Ortsbildes sowie der Grünpflege.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Danke..

28.06.2013 10:53 von flhah

für die ausführliche Antwort. Dann ist es so, wie ich gedacht habe, den Vorschlag gibt es in ähnlicher Form bereits 3 Mal :) Kann man die zusammenführen?

Bezirksvertretungen

09.09.2013 17:04 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Vorschlag Nr. 8 der Top 50 verwiesen:

Nach der Gemeindeordnung NRW (§ 35) muss das Stadtgebiet jeder kreisfreien Stadt – wie Wuppertal – in Stadtbezirke aufgeteilt werden. Das Stadtgebiet soll in nicht weniger als 3 und nicht mehr als 10 Bezirke eingeteilt werden.
Der Rat der Stadt hat in unserer Hauptsatzung festgelegt, dass es 10 Stadtbezirke gibt: Elberfeld, Barmen, Oberbarmen, Heckinghausen, Langerfeld-Beyenburg, Ronsdorf, Cronenberg, Uellendahl-Katernberg, Elberfeld-West und Vohwinkel.
Für jeden Stadtbezirk ist eine Bezirksvertretung zu wählen, die aus mindestens 11 und höchstens 19 Mitgliedern besteht. Die Anzahl der Mitglieder in den Bezirksvertretungen orientiert sich in Wuppertal an der Größe (nach Einwohnern) der jeweiligen Stadtbezirke und ist ebenfalls in der vom Rat beschlossenen Hauptsatzung festgelegt worden. So haben die Bezirksvertretungen Elberfeld und Barmen – als größte Stadtbezirke – jeweils 19 Mitglieder; die Bezirksvertretung Ronsdorf beispielsweise hingegen nur 15 Mitglieder. Eine Reduzierung der Anzahl der Mitglieder würde einen Ratsbeschluss erforderlich machen.
Die Bezirksvertretungen entscheiden – soweit der Rat nicht ausschließlich zuständig ist – in allen Angelegenheiten, die nicht wesentlich über ihren Stadtbezirk hinaus gehen, insbesondere in folgenden Angelegenheiten:

- Unterhaltung/Ausstattung der im Stadtbezirk gelegenen Schulen und öffentlichen Einrichtungen
- Angelegenheiten des Denkmalschutzes
- Kulturelle Angelegenheiten des Stadtbezirkes
- Festlegung der Reihenfolge der Arbeiten zum Um- und Ausbau sowie zur Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen
- Betreuung und Unterstützung örtlicher Vereine und Verbände.

Detaillierte Regelungen enthält die Gemeindeordnung NW (§§ 35 – 39) und die Hauptsatzung der Stadt Wuppertal, die im Internet abrufbar ist.

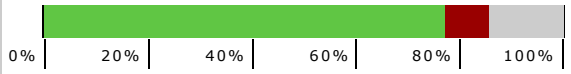
Da die Neufestlegung der Stadtbezirksgrenzen und damit die vorgeschlagene Reduzierung der Stadtbezirke/Bezirksvertretungen rechtzeitig zum Ende der Wahlzeit des Rates erfolgen muss, hat die Verwaltung auch hierzu alternative Vorschläge unterbreitet.
Für eine Reduzierung der Bezirksvertretungen gibt es jedoch aktuell keine politische Mehrheit im Rat der Stadt, so dass auch in der kommenden Kommunalwahlperiode 10 Bezirksvertretungen in Wuppertal bestehen werden (s. Ratsbeschluss vom 07.05.12 zur Drucksache Nr. VO/0114/12: **http://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/vo0050.php?__kvonr=13413&search=1**).

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S037	Soziales: Einsparungen durch Transparenz und Koproduktion	2013-06-20 10:26:09	DieterHofmann	25

Allgemeine Angaben

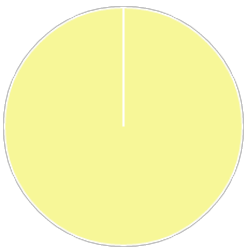
Kategorie:	Soziales / Jugend / Integration	gp.pstatus	grün 2
Erstellungsdatum:	2013-06-20 10:26:09	Vorschlagscode	S037
Autor:	DieterHofmann	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
		Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	27	3	5	35
Bewertungen (abs.)	77,1%	8,6%	14,3%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	9		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	4	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	3
		Sonstiges	0



Schlagworte

Dienstleistungen, Soziales, Zuschüsse

Vorschlagsbeschreibung

Ein erheblicher Teil der Gelder des Wuppertaler Haushalts werden über sogenannte Freie Träger in soziale Unterstützungsprojekte individueller, institutioneller und sozialraumbezogener Art in die Stadt kanalisiert. Über diese Vergabeprozesse gibt es wenig Transparenz. Die Träger selbst, allen voran Diakonie und Caritas, kommen offensichtlich sehr gut mit den bestehenden Verhältnissen zurecht.

Sicher wäre es für viele Bürger der Stadt interessant zu erfahren, wie diese Vergabeprozesse laufen, welche Zielvereinbarungen es gibt, wie diese überwacht werden, inwieweit Qualitäts- und Kostenwettbewerbe eine Rolle spielen usw. Freie Träger, die mit Steuergeldern arbeiten, müssen zukünftig transparenter handeln. Es mag gute Gründe geben, weshalb die Diakonie in Wichlinghausen mit Steuergeld ein Nagelstudio eröffnet, aber dann sollte sie auch in der Lage sein, den Bürgern den Sinn dieser Investition überzeugend zu erklären. Vielfach setzt die Stadt gezielt auf Freie Träger, damit diese wiederum ehrenamtliches Engagement mobilisieren, um bestimmte Leistungen überhaupt noch erbringen zu können. Wenn man den Zahlen von (M)eine Stunde für Wuppertal glaubt, bedeutet dieses ehrenamtliche Engagement in unserem Gemeinwesen eine zusätzliche jährliche Wertschöpfung in Höhe von Zig-Millionen Euro.

Koproduktion in den sozialen Diensten bedeutet, dass Bürger an der Planung und Erstellung von Dienstleistungen mitwirken. Die Politik muss dafür die Weichen stellen. 1. Schritt ist Transparenz.

Stellungnahme der Verwaltung

07.07.2013 14:05 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Die Verwaltung wird gebeten, in ihrer Stellungnahme zu diesem Vorschlag, der dem Stadtrat im September 2013 im Appendix zum Haushaltsplanentwurf vorgelegt wird, folgende Informationen bereitzustellen:
1. Auflistung der Haushaltsprodukte, die mit Hilfe der Freien Träger erbracht werden.
2. Auflistung der Beträge, die seit 2013 pro Jahr aus dem Kommunalhaushalt an die Freien Träger geflossen sind, um öffentliche Leistungen zu erbringen.
3. Beschreibung der Verfahren nach denen Freie Träger mit der Erbringung öffentlicher Leistungen beauftragt werden.
5. Beschreibung der Zielvorgaben, die mit den Auftragsvergaben verbunden sind.
4. Beschreibung der Kontrollmechanismen mit denen geprüft wird inwieweit Zielvorgaben erreicht werden.
5. Beschreibung inwieweit sich obengenannte Zielvorgaben im Haushaltsplan in Produktzielen und Zielkennzahlen widerspiegeln.
6. Maßnahmen, die zeitnah umgesetzt werden können, um die Freien Träger zu mehr Transparenz, Beteiligung und Kooperation zu verpflichten.

Korrektur Jahresangabe in Punkt 2

07.07.2013 22:14 von DieterHofmann

2. Auflistung der Beträge, die seit 2003 pro Jahr aus dem Kommunalhaushalt an die Freien Träger geflossen sind, um öffentliche Leistungen zu erbringen.

Erbringung öffentlicher Leistungen durch Ehrenamtliche

07.07.2013 17:45 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Die Stadt Hagen hat kürzlich eine Übersicht zum Einsatz von Ehremamtlichen in der Öffentlichen Verwaltung vorgestellt. http://www.buergerhaushalt-wuppertal.de/wp/wp-content/uploads/2013/07/13-07-02-Bürgerbeteiligung-in-Hagen-als-Säule-der-Daseinsvorsorge.pdf Demnach werden ca. Ein Drittel aller Stellen von Ehrenamtlichen besetzt. Die Stadt legt auch viel Wert darauf, ihre Mitarbeiter zu ehrenamtlichem Engagement zu ermutigen.
Die Wuppertaler Verwaltung wird gebeten, mit ihrer Stellungnahme zu obigem Vorschlag eine Übersicht des Einsatzes von Ehremamtlichen in der Wuppertaler Verwaltung (analog zur Hagener Aufstellung) vorzulegen. Zusätzlich wird darum gebeten, möglichst detaillierte Angaben zum Umfang des Einsatzes von ehrenamtlichen Kräften bei den Freien Trägern zu machen. Falls es in der Verwaltung der Stadt Wuppertal ein Konzept gibt, die Mitarbeiter der Verwaltung zu ehrenamtlichem Engagement zu ermutigen, wird um nähere Angaben dazu und zum Erfolg desselben gebeten.

Vergaben im sozialen Bereich

09.09.2013 16:45 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

In den letzten Jahren sind keine neuen Leistungen mit den freien Trägern vereinbart worden, daher waren auch keine Vergaben notwendig.
Gesetzliche Ansprüche gegen den Sozialhilfeträger werden im Rahmen der vorhandenen Leistungsvereinbarungen abgegolten, die die Verwaltung mit den Trägern vereinbart hat. Die freien Träger setzen zudem Eigenmittel ein. Das Controlling erfolgt über das Sozialressort. Im Rahmen der Abrechnung müssen Verwendungsnachweise eingereicht werden, die umfassend geprüft werden.

Nachfragen zur Vergabepraxis

17.09.2013 13:59 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Sie schreiben, es seien in den letzten Jahren keine neuen Leistungen mit freien Trägern vereinbart worden. Dazu habe ich einige Nachfragen:
1. Welche Leistungen meinen Sie damit genau?
2. Werden die "vorhandenen Leistungsvereinbarungen" zeitlich unbegrenzt abgeschlossen?

3. Wie wird entschieden welcher freie Träger welches Stück vom Kuchen abbekommt?
4. In welchem Umfang werden von welchen freien Trägern für welche Leistungen Eigenmittel eingesetzt?
5. Können die Zielvereinbarungen - falls es sie gibt - offengelegt werden?
6. Hat die Verwaltung Kenntnisse darüber in welchem Umfang die verschiedenen freien Träger zur Erbringung einzelner Leistungen ehrenamtlich tätige Bürger beschäftigen?
7. Die WZ titelte im Juni 2012 "Soziale Stadt: Bezirksregierung beanstandet den Vertrag". www.zumlink.de/rsbb Die Bezirksregierung hatte Vorbehalte "hinsichtlich der freien Vergabe der Stadt an die Diakonie." Ging es dabei denn nicht um die Vereinbarung einer "neuen Leistung"?

Weitere Nachfragen und Hinweise

30.09.2013 16:52 von VerwaltungNJ

Hallo DieterHofmann,

in der Stellungnahme sind wir bereits auf dieses Thema eingegangen. Auch die weiteren Nachfragen und Hinweise verfolgen wir weiter.

Eine ausführliche Beantwortung ist aber sehr zeitaufwändig und würde den Rahmen dieser Online-Bürgerbeteiligung zum Haushaltsplanentwurf 2014/2015 sprengen.

Die Verwaltung nimmt mit dem Fragensteller Kontakt auf und kümmert sich um die Klärung der angesprochenen Punkte.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Einfache Fragen gleich beantworten

01.10.2013 09:12 von DieterHofmann

Hallo VerwaltungNJ,

ich habe Ihren Hinweis, dass eine Beantwortung meiner Fragen sehr zeitaufwändig sei und den Rahmen der Online-Bürgerbeteiligung zum Haushalt sprengen würde, zum Anlass genommen, meine Fragen noch einmal zu überprüfen. Die meisten der oben aufgelisteten Fragen scheinen mir sehr einfache Fragen zu sein. Ich schlage deshalb vor, dass Sie die einfachen Fragen sofort und die "komplizierten", die eine aufwendigere Recherche erfordern, später beantworten.

Zuschüsse im Sozialbereich

06.11.2013 11:48 von VerwaltungNJ

Hallo DieterHofmann,

Zuschüsse können von allen Trägern beantragt werden.

Im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanberatungen werden die Anträge und die daraus folgenden Zuschüsse in die entsprechenden Gremien (Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit, Rat) eingebracht und letztlich im Rat in öffentlicher Sitzung entschieden.

Aktuell wird die Haushaltsvorlage des Sozialressorts inclusive der Zuschussanträge in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit am 7.11.2013 beraten. Die Einstellung der Mittel in den Haushalt begründet dabei noch keinen Anspruch der Träger auf die Leistung der Zuschüsse in voller Höhe.

Die zweckentsprechende Verwendung der Zuschüsse wird inhaltlich und der Höhe nach vielmehr mittels Jahrersberichten sowie geprüften Gewinn- und Verlustrechnungen der Zuschussempfänger überprüft.

Hier finden Sie die aktuelle Liste der Zuschüsse des Sozialressorts aus dem Haushaltsplanentwurf 2014/2015:
https://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/vo0050.php?__kvonr=15260&search=1

Die Unterlagen der vergangenen Jahre finden Sie hier:

Haushalt 2008/2009:
https://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/vo0050.php?__kvonr=8704&search=1

Haushalt 2010/2011:
https://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/vo0050.php?__kvonr=11530&search=1

Haushalt 2012/2013
https://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/to0050.php?__ktonr=53711

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

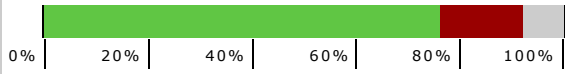
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S057	Open Source Software für die Verwaltung	2013-06-23 17:16:17	flhah	26

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtverwaltung
Erstellungsdatum:	2013-06-23 17:16:17
Autor:	flhah

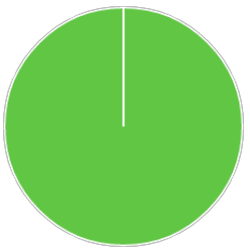
gp.pstatus	grün 5
Vorschlagscode	S057
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	29	6	3	38
Bewertungen (abs.)	76,3%	15,8%	7,9%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Ich weiß nicht, welche Softwares von der Stadtverwaltung genutzt werden, angefangen mit dem Betriebssystemen (vermutlich Windows), über Officesoftware o.ä.
Viele dieser Standardsoftwares benötigen teure Lizenzen. Gibt es dort Möglichkeiten, auf günstigere Software oder sogar kostenlose Software umzusteigen? Betriebssystem: Linux, Officesoftware z.B. Open Office.
Hier könnte man vielleicht mit engagierten Bürgern (Open Source Projekt?) vielleicht mal nach guten Alternativen suchen!

Open Source Software in der Verwaltung

28.06.2013 18:01 von rsgowu

Unterstützt den Vorschlag

Das ist generell eine gut Idee, es ist aber nicht sicher, dass die Kosten dadurch kurzfristig sinken Die Städte München und Schwäbsich Hall setzen in Ihrer Verwaltung schon seit längerem Linux und Open Source Software ein. Hier gibt es sicherlich Erfahrungsberichte die man vor einer Entscheidung kritisch prüfen sollte

Open Source Software

09.09.2013 16:58 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung setzt bereits heute überall dort Open Source ein, wo es nur geht. Dies sind insbesondere Serversysteme, die dann auf Varianten des Betriebssystems Linux basieren. Dies hat aber dort sein Ende, wo ein Softwarehersteller zwingend die Verwendung z.B. des Betriebssystems Windows vorschreibt. Auch betreibt die Verwaltung bereits einige Open Source Infrastrukturkomponenten (z.B. Datenbanken).

Die Verwaltung sieht im Client-Bereich bis auf wenige Ausnahmen keine Möglichkeit, flächendeckend auf das Betriebssystem Linux und / oder OpenOffice / LibreOffice umzusteigen. Der Grund liegt in den Fachverfahren, die auf den meisten Arbeitsplatz-PCs eingesetzt werden. Diese Fachprogramme sind fast durchweg für Microsoft Windows geschrieben. Auch München hat auf den Linuxsystemen vielfach virtuelle Windowssysteme laufen, damit die Fachsoftware betrieben werden kann. Schnittstellen zu Office stehen meist nur für die Microsoft Office Version zur Verfügung. Hinzu kommen diverse Inkompatibilitäten zwischen den Office Paketen der Fa. Microsoft und den Open Source Derivaten. Ein flächendeckender Umstieg bedeutete Investitionen und Schulungsaufwände in einer Höhe wie sie eine Stadt wie Wuppertal nicht zur Verfügung hat. Ein Mischbetrieb (Open/Libre-Office dort wo es geht) erzeugt durch die vorhandenen Inkompatibilitäten enormen laufenden Aufwand bei den Mitarbeitern – eine Ressource, die beim notwendigen Personalabbau immer weniger zur Verfügung steht. Sowohl das Auswärtige Amt als auch die Stadt Freiburg haben sich nach einer längeren Testphase mit OpenOffice zur Wiedereinführung von Microsoft Office entschieden.

Letztlich ist zu konstatieren, dass zwar die Lizenzen noch kostenfrei sind, Service und Support für die notwendige professionelle Umgebung ebenso teuer sind, wie bei üblicher Software.
Das führt dazu, dass immer mehr Unternehmen, die kostenpflichtige Lizenzen vertreiben sich auch dem Open Source zuwenden, weil sie den Service rund um Open Source als Geschäftsmodell entdeckt haben, z.B. Oracle. Oracle hat mittlerweile OpenOffice und MySQL im Portfolio. Der professionelle Service ist ein Produkt der Fa. Oracle.

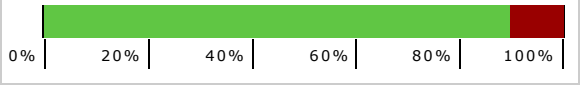
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S051	Zahlen beleben!	2013-06-22 09:34:22	terveld	27

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Finanzen / Steuern
Erstellungsdatum:	2013-06-22 09:34:22
Autor:	terveld

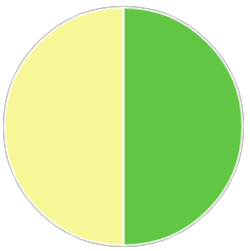
gp.pstatus	grün 5
Vorschlagscode	S051
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	26	3	0	29
Bewertungen (abs.)	89,7%	10,3%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	5		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Problem: Der Wuppertaler Haushaltsplan besteht aus 2572 Seiten!
Lösung: Plan Herunterbrechen und Einsage/Kontrolle durch BürgerInnen. Eine offene Datengrundlage: Open-Source.

Bei so einen umfangreichen Plan ist erstens die Frage berechtigt ob die Zahlen/Summen, welche in dieses Dokument enthalten sind, zu 100% Korrekt sind.

Zweitens, ist es sehr schwer um als Wuppertaler BürgerInnen sich mit so einen Plan zu befassen, sich inhaltlich mit den Inhalt "zu identifizieren" scheint mir fast unmöglich. Ob die Wuppertaler Verwaltung dazu in der Lage ist bei 2572 Seiten...

Der Wuppertaler Haushaltsplan kann aber nur so gut/schlecht sein wie seine Ausgangsdaten. Hier sollte man ansetzen!

Für alle 17 Produktbereiche (Schulträgeraufgaben, Bauen und Wohnen, usw.) soll die Wuppertaler BürgerInnen die Gelegenheit gegeben werden Einsage in die Ausgangsdaten zu erhalten. Sachkundige ehrenamtliche BürgerInnen sammeln zusammen die Ausgangsdaten der Ressorts. Nur so entsteht einen Haushaltsplan der von Grund auf objektiv überprüft wurde. Auch ist man dann anschließend in der Lage einzelne Bereiche BürgerIn-nah zu kommunizieren, was weitere Bürgerbeteiligung ermöglicht. Bei einen bereits erhobenen Plan mit 2572 Seiten ist das eher unrealistisch.

Zahlen sollen also nicht nur aus Ziffern bestehen, die/der BürgerIn soll sie beleben! Die Zahlengrundlage öffnen, Open-Source also.

Open Data Wuppertal

05.07.2013 10:57 von phneutral

Unterstützt den Vorschlag

Hallo terveld,
wir — die Open Data Initiative Wuppertal (kurz: opendatal) — unterstützen Deinen Vorschlag vollkommen, können aber an dieser Stelle bereits sagen, dass wir im Dialog mit der Stadt an diesen Punkten arbeiten und auch bei der Stadt auf entsprechendes Engagement gestoßen sind. Der Prozess ist allerdings langwierig.

Unsere Webseite www.opendatal.de wird in den kommenden Monaten über unsere Fortschritte berichten. Wir freuen uns über jede Unterstützung (Programmierer, Grafiker etc.), auch über Klicks bei unserem Mikroprojekt: https://haushalt.wuppertal.de/dito/explore?action=basearticleshow&id=522#topic

Jeder ist bei unseren Treffen in Utopiastadt willkommen! Der nächste Termin steht allerdings noch nicht fest :)

Lesbarkeit des Haushaltes

09.09.2013 16:57 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Haushaltsplanung basiert auf den gesetzlichen Bestimmungen zum „Neuen kommunalen Finanzmanagement" (NKF). Die Darstellung der aggregierten Zahlen sowie die Form der Darstellung sind darin weitestgehend vorgegeben.
Auf Basis der Daten auf Produktebene soll der Rat der Stadt anhand von Zielen und Kennzahlen steuern und Leitlinien vorgeben, während die Verwaltung für die Umsetzung verantwortlich ist.

Die zugrunde liegenden Daten werden aufgrund von Erfahrungswerten und Prognosen ermittelt und bilden die tatsächlichen Erwartungen ab.
Die Lesbarkeit eines Haushaltes ist nicht einfach. Der Umfang kann individuell eingeschränkt werden, indem eine feinere Gliederung (Produkte - Band 3) oder eine grobere Gliederung (Produktgruppen - Band 2) aufgerufen wird.
Der Vorschlag einer kompletten Verfahrensänderung, die Daten in allen Produktbereichen durch sachkundige ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger aufbereiten zu lassen, kann aufgrund der Komplexität eines Haushaltsplanes nicht aufgegriffen werden.

Gegen eine Öffnung der Daten im Rahmen des technisch Machbaren bestehen grundsätzlich keine Bedenken. Dieses wird auch bereits jetzt schon umgesetzt.

Aufgaben der öffentlichen Verwaltung (Administrative)

17.09.2013 14:06 von terveld

Inhaltliche Ergänzung

Ich danke die Stadtverwaltung Wuppertal für ihre Stellungnahme.
Die landesweite finanzwirtschaftliche Umstellung auf das neue Doppik System möge das Rahmenwerk für dem Haushaltsplan ergeben, der eingereichte Vorschlag lässt dieses Verfahren unberührt. Bedenken diesbezüglich seitens der Stadtverwaltung erscheinen mir darum nicht notwendig.
Sicher wenn die Ausgangsdaten für dem Haushaltsplan teils auf Prognosen beruht, sollte der Bürger eingebunden werden bei der Erfassung dieser Ausgangsdaten. Der Bürger kann dies nur auf Basis der Ausgangsdaten und nicht nachträglich beim bereits erstellten Haushaltsplan. Welche Ausgangsdaten genau bereits offen zugänglich sind für einzelne Bürger bedarf bitte nähere Beschreibung seitens der Verwaltung. So können wir erste Zahlen beleben. Ein kleiner Anfang, ein erster Schritt.
Der Trend zur Bürgerbeteiligung ist sowohl für Bürger als auch Exekutive noch sehr neu. Wir sollten darum statt mit "Nein, geht nicht" besser mit kleinen Schritten anfangen.

Open Data Initiative Wuppertal

20.09.2013 17:53 von ModerationSL

Hallo tervelf,

wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass phneutral Sie in dem Beitrag "Open Data Wuppertal" auf die Open Data Initiative Wuppertal hinweist. Diese steht bereits im Kontakt mit der Stadt und arbeitet an

den von Ihnen angesprochenen Punkten.

Weitere Informationen hierzu finden Sie auf der Homepage der Inititative "www.opendatal.de".

Mit freundlichen Grüßen
ModerationSL

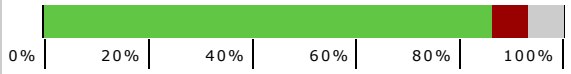
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S031	Plattform Immobilien-Börse	2013-06-18 12:11:11	AT	28

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtverwaltung
Erstellungsdatum:	2013-06-18 12:11:11
Autor:	AT

gp.pstatus	grün 2
Vorschlagscode	S031
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	25	2	2	29
Bewertungen (abs.)	86,2%	6,9%	6,9%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Stadtentwicklung, Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Die Stadt besitzt zahlreiche Immobilien. Einige davon sind nicht zu 100% genutzt. Durch eine Art von Immobilien-Börse könnte die Nutzung verbessert werden. Das Angebot könnte enthalten ganze Gebäude oder auch nur einzelne Räume. Die Angebote müssen nicht zwangsläufig Verkaufsangebote sein, sondern können auch eine kurzfriste, unbürokratische zeitlich begrenzte Überlassung im Rahmen eines Co-Workingplatzes sein. Startup-Unternehmen brauchen erst mal ein Ein- oder Zweimann-Büro. Oder es können Übungsräume für junge Rockbands in Bunkeranlagen vermittelt werden oder Atelier-Zimmer für Künstler. Durch die Immobilien-Börse kann man öffentlich gemeinsam auch über Problem-Bauwerke nachdenken, die im Grunde nicht richtig genutzt werden. Das ein- oder andere Projekt kann dann durch die öffentliche Diskussion vielleicht vermittelt werden. Die Vermittlung kann dann auch über 3 oder mehr Parteien erfolgen (Anbieter, Ideengeber, Moderation, Investor). Hier können/sollen auch ganz unkonventionelle Ideen entwickelt werden. Die Plattform könnte auch offen für Gewerbliche Immobilien sein, so dass die Bürger über Problem-Bauwerke die in der Innenstädten stehen diskutieren und dann einer sinnvollen funktionalen Nutzung überführt werden können. Beispiel : die ehem. Tankstelle Wittensteinstr. 320... ein Baudenkmal und eine Ruine. Wie kann man den Rest des Gebäudes noch sinnvoll und dauerhaft erhalten? Die Zoo-Gaststätte, wie wird das Gebäude genutzt, wenn es saniert ist?

Immobilien-Börse

01.07.2013 16:59 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

die Vermarktung der zur Vermietung und zum Verkauf geeigneten leer stehenden Objekte und Räume wird bereits auf den Internet-Plattformen des Gebäudemanagements der Stadt Wuppertal (GMW), der Immowelt sowie des ImmoScout betrieben.

Die Plattform des GMW finden Sie hier.

Außerdem ist zu beachten, dass in einigen Leerständen eine Vermietung auch wegen baulicher Mängel zz. nicht möglich ist oder diese zz. nicht kostendeckend erfolgen kann.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Gewinn für alle

18.06.2013 12:11 von AT

Ich denke, so eine Plattform wäre ein innovatives Leuchtturmprojekt. Jeder Raum, der in einem städtischen Bauwerk genutzt wird ist dann kein verlorener Raum mehr. Selbst wenn eine Auslastung von 95 auf 98 % gesteigert wird, ist das ein Gewinn für alle.

Immobilien-Börse

09.09.2013 16:55 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 01.07. verwiesen:

Vermarktung der zur Vermietung und zum Verkauf geeigneten leer stehenden Objekte und Räume wird bereits auf den Internet-Plattformen des Gebäudemanagements der Stadt Wuppertal (GMW), der Immowelt sowie des ImmoScout betrieben.

Die Plattform des GMW finden Sie **hier**.

Außerdem ist zu beachten, dass in einigen Leerständen eine Vermietung auch wegen baulicher Mängel zz. nicht möglich ist oder diese zz. nicht kostendeckend erfolgen kann.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S010	Bürgerausschreibungen	2013-06-11 11:23:49	GuidoGallenkamp	29

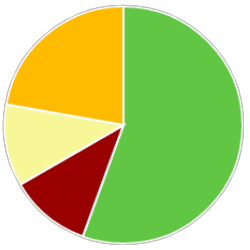
Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtentwicklung / Umwelt	gp.pstatus	grün 5
Erstellungsdatum:	2013-06-11 11:23:49	Vorschlagscode	S010
Autor:	GuidoGallenkamp	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	34	12	5	51	
Bewertungen (abs.)	66,7%	23,5%	9,8%	100%	0% 20% 40% 60% 80% 100%

Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	13		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	10	Unterstützt den Vorschlag	5
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	2



Vorschlagsbeschreibung

Wuppertal ist voll von fähigen und hilfsbereiten Menschen. Anstehende Aufgaben, die nicht mit eigenem Personal erledigt werden können, können vor einer kostenintensiven Vergabe auf einer Plattform für Bürgerausschreibungen veröffentlich werden, auf der Bürger Ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklären können. Wird ein Mindestmaß an Helfern nicht erreicht, wird die Aufgabe wie gewohnt für Externe ausgeschrieben. Wichtige Eckpunkte: - Lorbeeren / Wertschätzung statt Geld - Mediale Aufbereitung: Helferfoto pro Projekt für das öffentliche online-Archiv - Anleitung / Einarbeitung durch Fachpersonal der Stadt oder freiwillige, fachkundige Bürger - Material und Werkzeug wird von der Stadt bereitgestellt. Im Gegenzug muss ein krasses Sparprogramm innerhalb der Stadtverwaltung erkennbar sein. Bürger engagieren sich nicht, wenn nicht alle Beteiligten am eigenen Leibe mitsparen. Bereitschaft und realer Verzicht müssen klar und authentisch erkennbar sein. D.h. auch in einer Sprache, die der Bürger versteht, dargelegt werden. Alle städtischen Mitarbeiter in eigene Vereine / Eigenbetriebe auszulagern gilt beispielsweise nicht. Selbst die benötigte Plattform könnte in ehrenamtlicher Arbeit erstellt werden.

Kategorie

11.06.2013 11:32 von GuidoGallenkamp

Inhaltliche Ergänzung

Der Vorschlag lässt sich leider nicht in einer allgemeinen Kategorie ablegen, daher passt er am besten in "Stadtentwicklung".

Super Idee!

11.06.2013 12:13 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Auf jeden Fall dafür! Minimaler Aufwand kann so richtig was bewegen... Das Wuppertaler Bürger gerne sich engagieren, wenn sie einen Sinn dahinter sehen, zeigte ja letztes Wochenende wieder das Bürgerpflastern auf der Nordbahntrasse, aber auch viele kleinere Projekte, von den Bürgerbad, über die Grüne Meile Wuppertal, und und und. Wichtig dabei: Die Politik muss ehrlich zu den Ehrenamtlern sein und die Verwaltung sollte beratend zu Seite stehen. Negativbeispiele wie das Ende des Vohwinkler Bürgerbads und die Verzögerungen der Nordbahntrasse können sonst für Ernüchterung sorgen und neue Initiativen hemmen.

Ein sehr guter Vorschlag!

11.06.2013 12:44 von ZetaSchmitt

Unterstützt den Vorschlag

Denn diese Idee stellt eine wahre Bürgerbeteiligung sicher.

Guter Vorschlag, aber überdenkenswert...

11.06.2013 13:41 von meinestadt

Sonstiges

Das ist eine schöne Idee und könnte die "Wuppertaler Gemeinschaft" fördern. Aber: Ich bin der Meinung, dass die Verwaltung und die Bürger Hand in Hand gehen müssen. Es geht schließlich um unser aller Interessen. Damit will ich sagen, dass solche Initiativen seitens der Bürger entsprechend anerkannt und honoriert werden müssen. Z.B. dadurch, dass eine städtische Abgabe eben n i c h t erhöht wird... und dass Buslinien eben n i c h t eingestellt werden... usw. . Sonst würden sich die Wuppertaler wohl die Frage stellen, warum setzen wir uns derart in unserer Freizeit für unsere Stadt ein, wenn wir dafür auf der anderen Seite immer mehr bezahlen und auf immer mehr verzichten (Busse, Schwimmbäder...) müssen.

Zustimmung

11.06.2013 15:09 von GuidoGallenkamp

Ich denke, dass man das einige Zeit ausprobieren müsste und dann ggf. das real ersparte Geld wiederum in die Stadt stecken könnte. Oder direkt genau so herangehen: 50% sparen wir ein und 50% kommen in den Topf für Lebensqualität-Projekte. Wie jetzt z.B. am Samstag beim Bürgerpflastern auf der Nordbahntrasse. Werte sind nur geraten und dienen nur der Veranschaulichung: 85 Meter Pflastern = 4 Mann * 4 Tage = ~ 16 Tagessätze = ~ € 4.000 Summe der Arbeitskosten. € 2.000 gehen in den Fördertopf und 2.000 werden nicht ausgegeben. Kosten = -50%, Beteiligung, Identifikation, Stolz = +100%, Nachhaltigkeit = +100% Ganz klar ist, dass da nicht nur "die Bürger" anpacken sollen.

Öffentliche Dienstleistungen müssen vollumfänglich sein

11.06.2013 15:05 von DanielKolle

Lehnt den Vorschlag ab

Ich kann den Vorschlag nicht unterstützen. Aus meiner Sicht geht es nicht alleineum die Frage, gute Ideen der Bürgerinnen und einzusammeln. Dazu fände ich eine Ideenschmiede, die unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters öffentlich spannende Vorschläge mit Bürgerschaft, Politik und Verwaltung diskutiert und erörtert spannender. Wenn die Stadt nicht in der Lage ist, solche Leistungen zu stemmen, müssen wir uns aber die Frage stellen, ob dann nicht der Personalabbau zu einer

"Privatisierung von Stadtentwicklung" führt. Ich glaube, dass die Sparpolitik in der Verwaltung so am Ende mehr Geld kostet.

Äpfel und Birnen

11.06.2013 15:12 von GuidoGallenkamp

Es gibt bereits genügend Ideenschmieden, aber darum geht es hier nicht. Es hat ebenso wenig mit Privatisierung zu tun, wenn Bürger selbst mithelfen, die städtischen Aufgaben zu erledigen und somit Kosten einsparen UND die Stadt nach vorne bringen.

Ausschreibungsplattform

17.06.2013 10:37 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Vielleicht kann man dieses Projekt auch hier als Mikroprojekt einreichen, in dem Sinne, dass mit den 1000 Euro die professionelle Programmierung und anfängliche Pflege einer Ausschreibungsplattform finanziert wird :)

Entlohnung

18.06.2013 15:43 von AT

Unterstützt den Vorschlag

1 Tag Bürgerarbeit kann dadurch anerkannt werden mit 1 Tag freien Zoobesuch (o.ä.)

"Bürgerausschreibun ...

19.06.2013 01:09 von bea

Unterstützt den Vorschlag

"Bürgerausschreibungen" sind ein Schritt in die richtige Richtung! Insgesamt wäre m.E. wichtig, Profil und Wir-Gefühl aufzubauen. Dies zu erreichen und weg von Projektentwicklung durch den Investor hin zu Stadtentwicklung - auch durch die Bürger/innen, die in dieser Stadt leben und arbeiten und kein Interesse mehr daran haben, nur als Stimmvieh zur Wahlurne zu gehen und dann die Politik(er/innen) machen zu lassen. Erfahrungen der Vergangenheit und insbesondere die - inzwischen in allen Stadtteilen gebildeten - Bürgerinitiativen gegen aktuell geplante Großprojekte zeigen, dass Bürger/innen sich einbringen wollen, um Fragestellungen und Alternativen mit zu diskutieren und konsensfähige Lösungen zu erarbeiten. Offene Fragen haben in Wuppertal einen Umfang angenommen, der m.E. nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe lösbar ist, in der Stadtverwaltung und Politik sich nicht als Voll-Service-Leister sehen sondern Verantwortung auch an die Bürger/innen abgeben und als Chance sehen sollten.

Ist geschenkte Leistung kritikwürdig?

20.06.2013 10:47 von DieterHofmann

Sonstiges

Dazu ein Beitrag aus der Westdeutschen Zeitung: Wuppertaler Designer kritisieren Schenkung an die Verwaltung http://www.wz-newsline.de/lokales/wuppertal/wuppertaler-designer-kritisierenschenkung-an-die-verwaltung-1.1348983

Bürgerausschreibungen

09.09.2013 16:52 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Solange kein Entgelt als wirtschaftlicher Vorteil gezahlt wird, ist das Vergaberecht nicht einschlägig. Fraglich ist jedoch, ob Freiwillige in allen Bereichen die entsprechende Qualität der Arbeit erbringen, die für die Öffentlichkeit vorliegen muss. Bei Arbeiten im öffentlichen Bereich spielt der Versicherungsschutz eine entscheidende Rolle. Dieser unterscheidet sich erheblich von Arbeiten im privaten Bereich

(Beispielsweise Kinderschaukeln im privaten und öffentlichen Bereich).
Von daher besteht eine Haftpflichtdeckung beim Kommunalen Schadensausgleich nur für städtische Mitarbeiter und nicht für ehrenamtlich Tätige.

Dennoch bestehen außerhalb von versicherungspflichtigen Arbeiten Möglichkeiten für ehrenamtlich Tätige, sich bei Arbeiten der Verwaltung für die Öffentlichkeit einzubringen.
Hier seien beispielhaft Spielplatzpaten, Grünflächen- und Kübelpatenschaften genannt.

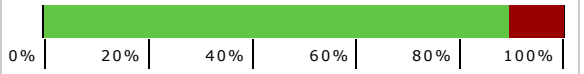
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S125	Arbeit der Aufsichtsräte transparent machen	2013-07-02 10:27:03	DieterHofmann	30

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Finanzen / Steuern
Erstellungsdatum:	2013-07-02 10:27:03
Autor:	DieterHofmann

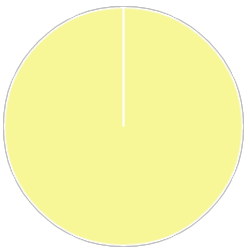
gp.pstatus	rot 1
Vorschlagscode	S125
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	25	3	0	28
Bewertungen (abs.)	89,3%	10,7%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	8		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	6	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	3
		Sonstiges	0



Schlagworte

Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Wuppertal hat leidvolle Erfahrungen mit dem wirtschaftlichen Niedergang kommunaler Gesellschaften. Die Pleite der Klinikum Wuppertal GmbH konnte nur durch den Verkauf an den Helios-Konzern vermieden werden. Es blieb ein Schuldenberg zurück. Die Wuppertal GmbH versank im Korruptionssumpf. Es blieb ein Schuldenberg zurück. Die GWG konnte im vergangenen Jahr nur durch eine viele Millionen schwere Kapitaleinlage der Stadt vor dem Untergang gerettet werden. Die WSW steht vor enormen wirtschaftlichen Herausforderungen, so dass der Kämmerer in diesem Jahr schon wiederholt weitere Einschränkungen des öffentlichen Nahverkehrs ankündigte, um die Kosten in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig geht der Fernwärmeabsatz zurück und die Investition in das Kohlekraftwerk in Wilhelmshaven erweist sich zusehends als großer Fehler.

Auch wenn die Problemlagen in den Gesellschaften unterschiedlich waren und sind und unternehmerische Tätigkeit natürlich immer mit wirtschaftlichen Risiken verbunden ist, so scheint doch eins deutlich: Die Aufsichtsgremien all dieser kommunalen Gesellschaften haben nicht das geleistet, was man zumindest von Ihnen erwarten kann: Schaden abzuwenden.

Um hier Verbesserungen einzuleiten, schlage ich im ersten Schritt vor, die Arbeit der Aufsichtsräte der kommunalen Gesellschaften – insbesondere der WSW – transparent zu machen. Die Bürger müssen wissen was dort diskutiert wird und wer welche Positionen vertritt.

Rechtliche Würdigung

02.07.2013 15:13 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

für Aktiengesellschaften bestimmt § 109 AktG, dass Aufsichtsratssitzungen nicht öffentlich sind. Von diesem Grundsatz kann nur in Einzelfällen z. B. bei der Hinzuziehung von Sachverständigen oder Auskunftspersonen (z. B. Wirtschaftsprüfern) abgewichen werden.

Für den obligatorischen Aufsichtsrat (über 500 Mitarbeiter, verpflichtend) einer GmbH ergibt sich dies bereits aus § 25 Abs. 1 Nr. 2 MitbestG und § 1 Abs. 1 Nr. 3 Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat (DrittelbG).
Für den fakultativen Aufsichtsrat (bis max. 500 Mitarbeiter, freiwillig) einer GmbH fehlt zwar eine entsprechende ausdrückliche Regelung, jedoch ist der Rechtsgedanke des § 109 AktG anzuwenden, sodass auch in diesem Fall die Aufsichtsratssitzungen nach der ganz herrschenden Rechtsprechung und Literatur1 grundsätzlich nichtöffentlich sind.

Als wesentliche Argumente werden dabei genannt, dass die Aufsichtsratsmitglieder bei der Kontrolle der Geschäftsführung Kenntnis von Vorgängen, Informationen und Geschäftsgeheimnissen erlangen, die im Interesse der Gesellschaft einer vertraulichen Behandlung bedürfen. Zudem bestehen häufig schutzwürdige Interessen Dritter, wie beispielsweise im Hinblick auf persönlichkeitsbezogene Daten bei der Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern oder Prokuristen.

Die in einem Kommentar zu diesem Vorschlag genannte Anfrage der Fraktion DIE LINKE wird in der Ratssitzung am 15.09.2013 beantwortet und ist dann im Ratsinformationsystem der Stadt öffentlich zugänglich.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Fortsetzung: Arbeit der Aufsichtsräte transparent machen

02.07.2013 10:28 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Dass dies möglich ist, machen einige bayerische Kommunen mit Ihren Stadtwerken vor („Mehr Licht in die ‚Dunkelkammern der Demokratie'" http://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/kommunales/detailansicht-kommunales/artikel/mehr-licht-in-die-dunkelkammern-der-demokratie.html. Transparenz bei der Arbeit des Stadtwerke-Aufsichtsrats ist demnach offensichtlich nur eine Frage des politischen Willens. Der Wuppertaler Stadtrat sollte diesen Willen eindeutig formulieren und damit dazu beitragen, Schaden von unserem Gemeinwesen abzuwenden.

Passend dazu:

02.07.2013 12:59 von flhah

Die Linken haben dies bereits vorgeschlagen, es wurde wohl durch die Verwaltung aufgrund bestimmter Rechtvorschriften abgelehnt. In anderen Städten wird dies jedoch seltsamerweise durchgeführt.
http://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/vo0050.php?__kvonr=14870&voselect=8158

Nicht genannt

02.07.2013 15:33 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Liebe Stadtverwaltung,

ich habe in meinem Vorschlag keinen Bezug auf die Anfrage der Linken im Stadtrat genommen, da ich diese Anfrage nicht kannte. Ich bitte Sie, Ihren Powerkommentar entsprechend zu ändern.
Der Artikel in der Bayerischen Staatszeitung macht deutlich, dass Transparenz der Aufsichtsratsarbeit in kommunalen Unternehmen vor allem eine politische und keine rechtliche Frage ist. Mein Vorschlag sollte demnach vom Stadtrat diskutiert und politisch bewertet werden. Wieviel Transparenz ist gewünscht? Welche Fraktionen bekennen sich öffentlich zu ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgern? Wer ist

bereit, bei Fehlentscheidungen öffentlich geradezustehen?

Korrektur

04.07.2013 11:31 von VerwaltungNJ

Hallo DieterHofmann,

der Hinweis auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE erfolgte in einem Kommentar zu Ihrem Vorschlag, der PowerKommentar wurde entsprechend geändert. Die Beantwortung dieser Anfrage wird den Sachverhalt noch genauer beleuchten, deswegen der Hinweis. Bei entsprechender Bewertung wird Ihr Vorschlag natürlich gemäß dem veröffentlichten Vorgehen mit einer Stellungnahme der Verwaltung versehen und dem Rat zugeleitet.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Die Konsequenz aus § 109 AktG

03.07.2013 17:52 von GuidoGallenkamp

Inhaltliche Ergänzung

...lautet dann also, dass eine Aktiengesellschaft als Form des städtischen Eigenbetriebs ungeeignet ist.

Transparenz in Aufsichtsräten

06.09.2013 13:36 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 02.07. verwiesen:

Für Aktiengesellschaften bestimmt § 109 AktG, dass Aufsichtsratssitzungen nicht öffentlich sind. Von diesem Grundsatz kann nur in Einzelfällen z. B. bei der Hinzuziehung von Sachverständigen oder Auskunftspersonen (z. B. Wirtschaftsprüfern) abgewichen werden.

Für den obligatorischen Aufsichtsrat (über 500 Mitarbeiter, verpflichtend) einer GmbH ergibt sich dies bereits aus § 25 Abs. 1 Nr. 2 MitbestG und § 1 Abs. 1 Nr. 3 Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat (DrittelbG).
Für den fakultativen Aufsichtsrat (bis max. 500 Mitarbeiter, freiwillig) einer GmbH fehlt zwar eine entsprechende ausdrückliche Regelung, jedoch ist der Rechtsgedanke des § 109 AktG anzuwenden, sodass auch in diesem Fall die Aufsichtsratssitzungen nach der ganz herrschenden Rechtsprechung und Literatur grundsätzlich nichtöffentlich sind.

Als wesentliche Argumente werden dabei genannt, dass die Aufsichtsratsmitglieder bei der Kontrolle der Geschäftsführung Kenntnis von Vorgängen, Informationen und Geschäftsgeheimnissen erlangen, die im Interesse der Gesellschaft einer vertraulichen Behandlung bedürfen. Zudem bestehen häufig schutzwürdige Interessen Dritter, wie beispielsweise im Hinblick auf persönlichkeitsbezogene Daten bei der Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern oder Prokuristen.

Die in einem Kommentar zu diesem Vorschlag genannte Anfrage der Fraktion DIE LINKE wird in der Ratssitzung am 30.09.2013 beantwortet und ist dann im Ratsinformationsystem der Stadt öffentlich zugänglich.

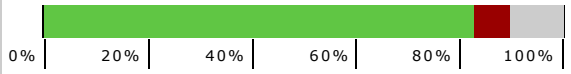
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S030	Ratsmitglieder übernehmen Patenschaft für Sparvorschläge	2013-06-18 11:36:34	dewupp	31

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Sonstiges
Erstellungsdatum:	2013-06-18 11:36:34
Autor:	dewupp

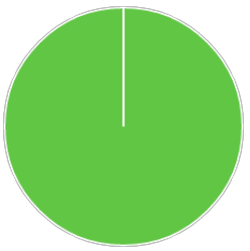
gp.pstatus	gelb 2
Vorschlagscode	S030
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	24	2	3	29
Bewertungen (abs.)	82,8%	6,9%	10,3%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Ratsmitglieder übernehmen die Patenschaften für einen oder wahrscheinlich mehrere Vorschläge. Sie sind dann quasi für die Umsetzung Verantwortlich. Und damit wir Bürger die Umsetzung verfolgen können, führen die Paten öffentlich eine Liste wie der aktuelle Stand ist. Die Paten könnten sich profilieren für die nächste Wahl und man bekommt als Bürger mit, wie unsere gewählten Ratsmitglieder arbeiten (Transparenz).

... und Verantwortung für Entscheidungen!

07.07.2013 16:58 von bea

Unterstützt den Vorschlag

Guter Vorschlag! Ich erweitere möchte Politiker für-oft kurzsichtige-Entscheidungen/Handeln generell zur Verantwortung ziehen. M.E. würde dabei helfen,

1. Prognosezahlen des Investors zur Kosten-Nutzen-Analyse weiterzuentwickeln - inkl. aller Kosten, die auf dafür zur Kasse gebetene Bürger/innen zukommen - zB Infrastruktur-/UmweltFOLGE-kosten, Gebühren zB für erstmalige Entwässerung (bisher Versickerung).

2. Bürgerbeteiligung - ernstgemeint und nicht scheinheilig/auf Information reduziert, wo Ergebnis feststeht (Vorteil: Vermeidung von BI-Protesten)

3. Politiker finanziell zur Verantwortung ziehen - dafür machte jüngst ein Nachbar den Vorschlag, Entscheidungsträger für Fehlentscheidungen/geschönte Planungen zur Verantwortung zu ziehen, indem deren Pensions-/Altersbezüge entsprechend gekürzt werden. (Vorteil: Vermeidung von Kostenexplosion wie zB beim Umbau Döppersberg mit nun deutlichen Mehrkosten, vor denen weitsichtige Unternehmer bereits im Entscheidungsstadium gewarnt hatten

Nehmt Politiker in diePflicht...

07.07.2013 21:40 von TottiWHaushalt

... und das Meiste wendet sich zum Guten.
Wenn Politiker wissen, dass Sie für Ihre Entscheidungen die Verantwortung übernehmen müssen und damit die Konsequenzen, positiv oder negativ tragen müssen, wird der gemeine Politiker sich die nötige Kompetenz zur seriösen und langfristig erfolgreichen Entscheidungsfindung aneignen.
Das ist dann das überfällige Ende der uferlosen Kostensteigerungen, Fehlwirtschaft und Planlosigkeit.

In Wuppertal ist seit Bestehen der Schwebebahn mehr sinnlos ausgegebenes Geld durch selbstherrliche Dummheit und Ignoranz in die Kostenstelle Schwebebahn geflossen, als der ganze Apparat in der Erstellung jemals gekostet hat. Kurzfristiges Denken, Handeln und Entscheiden muss in der Politik illegal werden.

Einbindung der Ratsmitglieder in die Bürgerbeteiligung

09.09.2013 17:26 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung wird die sich aus der Bürgerbeteiligung ergebenden 50 am besten bewerteten Vorschläge mit einer ausführlichen Stellungnahme und Empfehlung dem Rat der Stadt zu den Haushaltsplanberatungen vorlegen.
In diesem Zusammenhang müssten dann die Fraktionen klären, inwieweit sie es für sinnvoll und notwendig halten, dass Ratsmitglieder die Patenschaft für Vorschläge übernehmen.
Die Verwaltung wird den Vorschlag daher an die Fraktionen weiterleiten.

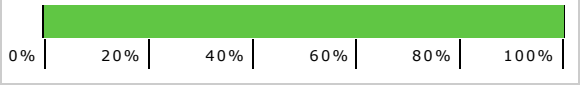
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S158	Einsparung	2013-07-06 18:55:09	gaja1957	32

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtverwaltung
Erstellungsdatum:	2013-07-06 18:55:09
Autor:	gaja1957

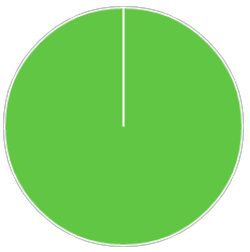
gp.pstatus	rot 1
Vorschlagscode	S158
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	21	0	0	21
Bewertungen (abs.)	100%	0%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

Anzahl der Kommentare	5	**Kategorien**	
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Der OB sollte mit gutem Beispiel voran gehen und ein Zeichen setzen, indem er auf einen Dienstwagen incl. Fahrer in der jetzigen Größenordnung verzichtet. In Tübingen fährt der OB einen Smart und in Weeze teilt sich der OB mit anderen Mitarbeitern der Verwaltung einen Opel Astra.

Unverständnis über Vorschlag

07.07.2013 15:42 von Gerrit

Es ist doch relativ klar, dass jemand der den Döppersbergumbau und die Schaffung eines neuen zentralen Busbahnhofs derart engagiert verteidigt wie Herr Jung zukünftig nur noch mit dem Bus fahren wird.

Scherz

08.07.2013 08:13 von gaja1957

Hauptsache wir Wuppertaler verlernen das Lachen nicht.

Dienstfahrrad

08.07.2013 00:47 von wuppertalbybike

Unterstützt den Vorschlag

Der Papst hat ein Dienstfahrrad geschenkt bekommen, warum nicht auch der OB? Angestrebt wird, dass 10 % aller dienstlichen Wegstrecken mit diesem Fahrrad zurückgelegt werden, so geht die Verwaltung mit dem Bürgermeister an der Spitze im Sinne der ideellen Förderung des Radverkehrs in Wuppertal mit gutem Beispiel voran.

Dienstwagen des Oberbürgermeisters

05.09.2013 16:15 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hierzu gibt Oberbürgermeister Peter Jung folgende Stellungnahme ab:

Als Oberbürgermeister habe ich eine Fülle von Terminen – sowohl in meiner Funktion als Leiter der Verwaltung als auch als von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählter oberster Repräsentant unserer Stadt und als Vorsitzender des Rates - wahrzunehmen.
Diese Termine finden überwiegend in Wuppertal statt – teilweise aber auch außerhalb unserer Stadt, z. B. wenn ich meine Ämter innerhalb des Städtetages Nordrhein Westfalen und des Deutschen Städtetages ausübe.
Zu Terminen innerhalb Wuppertals nutze ich im Regelfall mein Dienstfahrzeug – einen Mercedes Benz, E 250 CDI.
Da ich mich während der Fahrt auf die einzelnen Termine vorbereiten muss, bin ich auf einen Fahrer angewiesen.
Zu auswärtigen Terminen nutze ich fast immer die Deutsche Bahn und verfüge hier über eine Bahn-Card.

Als Oberbürgermeister bin ich bereits mit gutem Beispiel voran gegangen:
Im ersten Quartal d. J. ist ein Dienstfahrer in den Ruhestand versetzt worden; auf meine Veranlassung hin ist diese Stelle ersatzlos eingespart worden. Dies hat die Konsequenz, dass ich – wegen der vorgeschriebenen Höchstarbeitszeiten meines jetzt einzigen Fahrers - an bestimmten Tagen auch selbst fahre.
Im Übrigen hat die Stadtverwaltung ihren Dienstwagenbestand in den vergangenen Jahren deutlich abgebaut. Dies führt u. a. auch dazu, dass – anders als in vielen anderen Kommunen – meine Repräsentationsvertreter (also insbesondere die beiden Bürgermeister, Frau Schulz und Herr Kühme) zu ihren Terminen im Regelfall nicht auf Dienstfahrzeuge zurück greifen können.

Eine „Teilung" des Fahrzeuges im Sinne einer Mehrfachnutzung – wie in dem Einsparvorschlag formuliert – ist wegen der begrenzten Fahrzeugkapazitäten und wegen meines dicht gedrängten Terminkalenders nicht möglich.

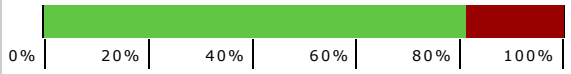
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S139	Fraktionszuwendungen reduzieren	2013-07-03 15:45:32	Buerger2	33

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtverwaltung
Erstellungsdatum:	2013-07-03 15:45:32
Autor:	Buerger2

gp.pstatus	grün 9
Vorschlagscode	S139
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	26	6	0	32
Bewertungen (abs.)	81,2%	18,8%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

Anzahl der Kommentare	3	**Kategorien**	
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Zuschüsse

Vorschlagsbeschreibung

(Der Beitrag von Armin Overbeck ging am 27.06.2013 schriftlich bei der Stadtverwaltung ein und wurde von der fachlichen Redaktion manuell auf der Plattform eingepflegt.)

Die Fraktionszuwendungen der Parteien sind zu reduzieren. Sie stellen einen "Luxus" dar, der unter Berücksichtigung der notwendigen Sparmaßnahmen nicht mehr zu vertreten ist. Soweit mir bekannt ist, erhalten die Fraktionen der CDU und der SPD für die Unterhaltung ihrer Parteibüros in Wuppertal eine Zuwendung von ca. 500.000 €/a, ein Betrag, der eine drastische Kürzung unumgänglich macht.

Fraktionszuwendungen

10.07.2013 11:36 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

in der Gemeindeordnung ist festgelegt, dass die Stadt den im Rat vertretenen Fraktionen und Gruppen aus Haushaltsmitteln Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung gewährt (§ 56 Absatz 3 GO NRW). Wichtig ist der Hinweis, dass es sich um Leistungen an die Ratsfraktionen und -gruppen handelt, nicht jedoch an die Parteien, denen sie gegebenenfalls nahestehen. Die Zusammensetzung und die Aufgaben von Ratsfraktionen sind ebenfalls grundsätzlich in § 56 GO NRW geregelt.

Die Höhe der Zuwendungen wurden vom Rat der Stadt beschlossen, indem er sich hierzu die "Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und Einzelmitglieder im Rat der Stadt Wuppertal" gegeben hat, die zu Beginn der laufenden Kommunalwahlperiode im Jahre 2009 in Kraft getreten sind (Beschluss des Rates vom 10. November 2008 - VO/0861/08). Im Rahmen des Haushaltssanierungsplans hat der Rat im Jahre 2012 mit Wirkung zum 01. Januar 2013 eine Kürzung der Zuwendungen um zehn Prozent beschlossen, so dass aktuell folgende jährliche Zahlungen der Stadt zur Geschäftsführung der Ratsfraktionen und der -gruppe festgelegt sind:

CDU-Fraktion (24 Mitglieder): Sockelbetrag 36.000 Euro + 360.000 Euro (24 x 18.000 Euro/Jahr/Fraktionsmitglied bis einschließlich 20 Personen) + 21.600 Euro (4 x 5.400 Euro/Jahr/Fraktionsmitglied ab der 21. Person) = 417.600 Euro/Jahr.

SPD-Fraktion (19 Mitglieder): Sockelbetrag 36.000 Euro + 342.000 Euro (19 x 18.000 Euro/Jahr/Fraktionsmitglied) = 378.000 Euro/Jahr.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11 Mitglieder): Sockelbetrag 36.000 Euro + 198.000 (11 x 18.000 Euro/Jahr/Fraktionsmitglied) = 234.000 Euro/Jahr.

FDP-Fraktion (5 Mitglieder): Sockelbetrag 36.000 Euro + 90.000 Euro (5 x 18.000 Euro/Jahr/Fraktionsmitglied) = 126.000 Euro/Jahr.

Fraktion DIE LINKE (4 Mitglieder): Sockelbetrag 36.000 Euro + 72.000 Euro (4 x 18.000 Euro/Jahr/Fraktionsmitglied) = 108.000 Euro/Jahr.

WfW-Fraktion (3 Mitglieder): Sockelbetrag 36.000 Euro + 54.000 Euro (3 x 18.000 Euro/Jahr/Fraktionsmitglied) = 90.000 Euro/Jahr.

Neben den Fraktionen (die für den Fraktionsstatus mindestens drei Mitglieder benötigen) besteht außerdem noch die Ratsgruppe DCW. Eine Ratsgruppe erhält gemäß § 56 GO NRW proportional eine Ausstattung zur Geschäftsführung, die zwei Dritteln der Mittel der kleinsten Fraktion (hier: der WfW-Fraktion mit 90.000 Euro/Jahr) entspricht, also 60.000 Euro/Jahr.

Weitere finanzielle Ansprüche bestehen darüber hinaus nicht. Insbesondere werden den Fraktionen und Gruppen keine geldwerten Leistungen gewährt. So müssen also beispielsweise Geschäftsräume im Rathaus gegen Entgelt angemietet werden und sämtliche Telekommunikationsausstattung und -kosten müssen aus den vorgenannten Mitteln gezahlt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Fraktionszuwendungen

06.09.2013 13:50 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 04.07. verwiesen:

In der Gemeindeordnung ist festgelegt, dass die Stadt den im Rat vertretenen Fraktionen und Gruppen aus Haushaltsmitteln Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung gewährt (§ 56 Absatz 3 GO NRW). Wichtig ist der Hinweis, dass es sich um Leistungen an die Ratsfraktionen und -gruppen handelt, nicht jedoch an die Parteien, denen sie gegebenenfalls nahestehen. Die Zusammensetzung und die Aufgaben von Ratsfraktionen sind ebenfalls grundsätzlich in § 56 GO NRW geregelt.

Die Höhe der Zuwendungen wurden vom Rat der Stadt beschlossen, indem er sich hierzu die "Richtlinien

über die Gewährung von Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und Einzelmitglieder im Rat der Stadt Wuppertal" gegeben hat, die zu Beginn der laufenden Kommunalwahlperiode im Jahre 2009 in Kraft getreten sind (Beschluss des Rates vom 10. November 2008 - VO/0861/08). Im Rahmen des Haushaltssanierungsplans hat der Rat im Jahre 2012 mit Wirkung zum 01. Januar 2013 eine Kürzung der Zuwendungen um zehn Prozent beschlossen, so dass aktuell folgende jährliche Zahlungen der Stadt zur Geschäftsführung der Ratsfraktionen und der -gruppe festgelegt sind:

CDU-Fraktion (24 Mitglieder): Sockelbetrag 36.000 Euro + 360.000 Euro (24 x 18.000 Euro/Jahr/Fraktionsmitglied bis einschließlich 20 Personen) + 21.600 Euro (4 x 5.400 Euro/Jahr/Fraktionsmitglied ab der 21. Person) = 417.600 Euro/Jahr.

SPD-Fraktion (19 Mitglieder): Sockelbetrag 36.000 Euro + 342.000 Euro (19 x 18.000 Euro/Jahr/Fraktionsmitglied) = 378.000 Euro/Jahr.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11 Mitglieder): Sockelbetrag 36.000 Euro + 198.000 (11 x 18.000 Euro/Jahr/Fraktionsmitglied) = 234.000 Euro/Jahr.

FDP-Fraktion (5 Mitglieder): Sockelbetrag 36.000 Euro + 90.000 Euro (5 x 18.000 Euro/Jahr/Fraktionsmitglied) = 126.000 Euro/Jahr.

Fraktion DIE LINKE (4 Mitglieder): Sockelbetrag 36.000 Euro + 72.000 Euro (4 x 18.000 Euro/Jahr/Fraktionsmitglied) = 108.000 Euro/Jahr.

WfW-Fraktion (3 Mitglieder): Sockelbetrag 36.000 Euro + 54.000 Euro (3 x 18.000 Euro/Jahr/Fraktionsmitglied) = 90.000 Euro/Jahr.

Neben den Fraktionen (die für den Fraktionsstatus mindestens drei Mitglieder benötigen) besteht außerdem noch die Ratsgruppe DCW. Eine Ratsgruppe erhält gemäß § 56 GO NRW proportional eine Ausstattung zur Geschäftsführung, die zwei Dritteln der Mittel der kleinsten Fraktion (hier: der WfW-Fraktion mit 90.000 Euro/Jahr) entspricht, also 60.000 Euro/Jahr.

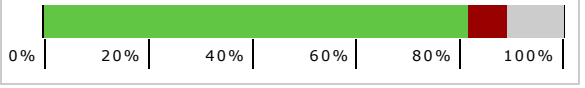
Weitere finanzielle Ansprüche bestehen darüber hinaus nicht. Insbesondere werden den Fraktionen und Gruppen keine geldwerten Leistungen gewährt. So müssen also beispielsweise Geschäftsräume im Rathaus gegen Entgelt angemietet werden und sämtliche Telekommunikationsausstattung und -kosten müssen aus den vorgenannten Mitteln gezahlt werden.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S095	Schulsozialarbeit auf Bundeskosten fortführen	2013-06-28 12:34:33	oekioeki	34

Allgemeine Angaben

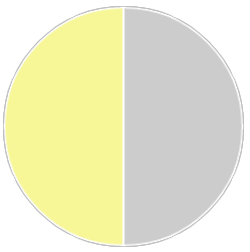
Kategorie:	Soziales / Jugend / Integration	gp.pstatus	grün 4
Erstellungsdatum:	2013-06-28 12:34:33	Vorschlagscode	S095
Autor:	oekioeki	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
		Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	22	2	3	27
Bewertungen (abs.)	81,5%	7,4%	11,1%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	1
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

Schule, Soziales

Vorschlagsbeschreibung

Seit rund drei Jahren unterstützen an 53 Wuppertaler Schulen Sozialarbeiter bei einer großen Fülle von Themen und Problemen. Der Bund will jetzt nach drei Jahren diese Förderung (3 Mio. Euro) einstellen. Direkt oder indirekt würden dann erhebliche Mehrbelastungen auf Schulen, Eltern und letztlich unsere Stadt zukommen. Diesen Schaden gilt es durch Engagement der Bürger und ihrer Abgeordneten abzuwenden. Eine Unterstützung und erhöhte Aufmerksamkeit auch über dieses Forum Bürgerbeteiligung mag dabei helfen.

Falsches Forum

28.06.2013 13:31 von flhah

Ist neutral

Das THema wird bereits breit diskutiert und von den Stadtverantwortlichen auch an die entsprechenden Landes-/Bundesstellen getragen, es fällt aber nicht in den Handlungsrahmen der Stadt und hat somit hier mit dem Haushalt nicht sonderlich viel zu tun.

Falscher Eindruck Schulsozialarbeit

28.06.2013 14:42 von buck47

Inhaltliche Ergänzung

Richtig ist, dass die Schulsozialarbeit eine wichtige unterstützende Leistung erbringt, die unbedingt aufrecht erhalten werden muss. Falsch ist aber die Annahme, der Bund setze jetzt (unvorhergesehen) die finanzielle Unterstützung aus.
Die Landesregierung NRW hat bereits mit Erlass vom 07.07.2011 auf das Auslaufen der Unterstützung zum 31.12.2013 hingewiesen. Die politischen Lager aller Parteien hatten also genügend Zeit, die weitere Unterstützung für die Zeit nach dem 31.12.2013 zu klären. Erst kurz vor Toresschluss zu brüllen und einseitg Schuld zuzuweisen, ist unredlich.

Schulsozialarbei

09.09.2013 13:11 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Rat und Verwaltung teilen die Auffassung, dass die im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes mit Bundesmitteln an den Wuppertaler Schulen aufgebauten Strukturen der Schulsozialarbeit möglichst fortgeführt werden sollten. Die erheblich ausgeweitete Schulsozialarbeit, die über eine Finanzierung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes ermöglicht wurde, hat sich als ein wirksames Instrument zur Förderung der Kinder und Jugendlichen in benachteiligten Lebenslagen erwiesen.

Parteiübergreifend hat der Rat am 17.12.12 eine Resolution zur langfristigen Sicherung der Schulsozialarbeit verabschiedet. (http://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/to0050.php?__ktonr=56891)

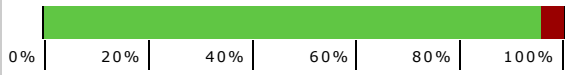
Es bleibt deshalb zu hoffen, dass sich der Bund und die Länder in dieser wichtigen bildungspolitischen Frage verständigen und eine Weiterfinanzierung sicherstellen.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S116	Mieteinsparung	2013-06-30 19:23:29	Rudi	35

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Sonstiges	gp.pstatus	grün 6
Erstellungsdatum:	2013-06-30 19:23:29	Vorschlagscode	S116
Autor:	Rudi	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	21	1	0	22
Bewertungen (abs.)	95,5%	4,5%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Durch bessere Nutzung von städtischen Gebäuden und Aufgabe von Mietimmobilien könnte sicherlich Geld eingespart werden. Ein Beispiel ist das Bürgerbüro in Cronenberg. Es hat eine große Quadratmeterfläche, die nur zum Teil genutzt wird. Die Stadt zahlt Miete und laufende Kosten bei sehr eingeschränkter Öffnungszeit.
Dem gegenüber steht die Hauptschule Berghauser Straße. Das Gebäude wird nicht mehr ausreichend genutzt und könnte das Bürgerbüro sicher sehr gut aufnehmen. Es stehen Parkplätze und eine Bushaltestelle direkt vor der Tür zur Verfügung.

Städtisches Facility-Management

02.07.2013 13:42 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

die optimale Ausnutzung städtischer und stadtseitig angemieteter Flächen gehört zu den Kernaufgaben des städtischen Facility-Managements.
Bei dem angesprochenen Bürgerbüro Cronenberg hat sich aktuell die Verlagerung von Teilen der Familienberatung dorthin ergeben, womit alle von der Stadt dort angemieteten Büros im Laufe dieses Monats wieder voll ausgelastet sind. Ein perspektivisches Verlagern von stadtteilbezogenen Nutzungen in die Berghauser Str. bleibt weiter im Fokus, wird aber angesichts der schulischen Folgenutzung des Objektes bis 2018 derzeit nicht prioritär verfolgt.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Städtisches Facility-Management

09.09.2013 09:34 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 02.07. verwiesen:

Die optimale Ausnutzung städtischer und stadtseitig angemieteter Flächen gehört zu den Kernaufgaben des städtischen Facility-Managements.
Bei dem angesprochenen Bürgerbüro Cronenberg hat sich aktuell die Verlagerung von Teilen der Familienberatung dorthin ergeben, womit alle von der Stadt dort angemieteten Büros im Laufe dieses Monats wieder voll ausgelastet sind. Ein perspektivisches Verlagern von stadtteilbezogenen Nutzungen in die Berghauser Str. bleibt weiter im Fokus, wird aber angesichts der schulischen Folgenutzung des Objektes bis 2018 derzeit nicht prioritär verfolgt.

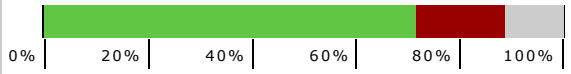
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S012	Wuppertal „Stadt der kurzen Wege“	2013-06-12 02:35:53	bea	36

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtleben / Wirtschaft
Erstellungsdatum:	2013-06-12 02:35:53
Autor:	bea

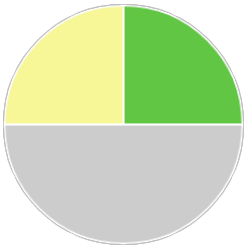
gp.pstatus	grün 2
Vorschlagscode	S012
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	25	6	4	35
Bewertungen (abs.)	71,4%	17,1%	11,4%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	8		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	5	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	2
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

ÖPNV, Stadtentwicklung

Vorschlagsbeschreibung

Intelligente Mobilität, Nahversorgung im Bezirk und Bündelung geeigneter Themen spart Zeit, schont Geldbeutel und Umwelt. BauEnergieKompetenz- statt EinkaufsZentrum, MöbelMeile statt Leerstand, AutoMeile wo auch TÜV und Kfz-Zulassung zu finden sind/waren. W-Elberfeld: Möbler mit Parkfläche - auch für Park & Ride Personenindividualverkehr nicht in die City lenken sondern am Stadtrand parken - mit kurztaktiger eKleinbus-ÖPNV-Anbindung an die Talachse und zur Schwebebahn, um zum Stadtbummel zu schweben zB nach Elberfeld, Barmen, zum Museums- oder Zoobesuch, zu Stadion oder Uni. W-Langerfeld: MöbelMeile als Folgenutzung im traditionellen Möbelbezirk: Nutzung der integrierten Metro-Brache mit Möbler (z. B. Ikea) als ergänzender Magnet zu etablierten Einrichtungshäusern, erreichbar mit Auto, Bus und Bahn sowie – interkommunal! Brachen/Leerstandsimmobilien und abgewirtschaftete Ecken in den Wuppertaler Zentren fallen auch Gästen auf, da nicht zu übersehen. Zum Verweilen laden sie nicht ein. Aufwertung wäre wichtig. Um-nutzbar wären alle – mit innovativen Ideen und Unterstützung auch durch Politik/Verwaltung! Das wäre viel wichtiger als ein neues drittes (Einkaufs)Zentrum am Wuppertaler Stadtrand. Zu be-kannten Unwägbarkeiten entstünden der Stadt vermeidbare Mehr- und Folgekosten für ein bislang nicht nötiges Regenrückhaltebecken sowie für Geringverdiener Transferleistungen aus Sozialtöpfen. Es drohen negative Folgewirkungen – auch den Wuppertaler (Haupt)Zentren Barmen und Elberfeld.

Wer macht es ?

23.06.2013 21:30 von Ksauerland

Ist neutral

Alles gute Ideen. Nur wer macht es? Die Stadt hat kein Geld und zuwenig Personal. Event. Stadtteilinitativen. Die Probleme des Einzelhandels können sie auch nicht lösen.

Leerstände

27.06.2013 06:47 von kukki

Unterstützt den Vorschlag

"Brachen/Leerstandsimmobilien und abgewirtschaftete Ecken in den Wuppertaler Zentren fallen auch Gästen auf, da nicht zu übersehen."

Zurzeit sind einige Bürgervereine bemüht die Leerstände zu bearbeiten, was aber nicht Sache der Stadt ist. Das trübe Bild der Leerstände ist nur zu lösen, wenn man Kleingewerblichen u.a. Künstler, Fahrrad-Reparatur usw., diese Leerstände anbietet und das vom Hausherrn. Leerstände sind in den verschiedenen Stadtteilen überwiegend in Altbauten zu finden, hier sollte der Hausherr flexibel sein und sein Eigentum schützen, indem er diese Immobilie preiswert anbietet. Somit wird diese genutzt, gepflegt und beheizt. Hier sollte die Politik beratend auf die Hausbesitzer einwirken. Der Bürgerverein Unterbarmen hat diesbezüglich den Loher Frühling gestartet, mit einem erfolgreichen Fest.

Sehr allgemein...

02.07.2013 21:33 von SebastianSteirl

Ist neutral

...und der große Rundumschlag. Daher sind de Äußerungen nicht wirklich falsch, aber welche konkreten Handlungsanweisungen erwachsen daraus, insbesondere bei knapper Kasse?

Planung für Gemeinwohl und Zukunft!

07.07.2013 17:57 von bea

ganz konkret zB die Möbel-Meile:
umrahmt von den traditionellen Einrichtungshäusern Möbel Weltecke (W-Langerfeld) und Hüls (EN)mit Magnet-Möbler (zB IKEA) als Nachnutzung der Metro-Brache, die für Möbelkauf per Auto (A1/AS-Langerfeld, für Systemgastronomie (billig frühstücken) und Deko-/Sattelitenartikel (ein bischen shoppen)mit Bus und Bahn (Schwelm-West/2-3 Min)und zur Warenanlieferung per Schiene (einer von die NRW-Container-Bahnhöfen)gut erreichbar wäre, könnte sich mittelfristig eine MöbelMeile entwickeln. Vorteil: Langerfeld könnte sich mit dem - dort traditionellen (Grüner Möbelmarkt) - Thema Möbel identifizieren.

Gebündelt fahren Kunden zu Möbelsuche/-kauf nach Langerfeld -umweltschonend und Zeit sparend!

Konkretisieren ließe sich dies auch für die anderen "Ideen" BauEnergieKompetenzZentrum in W-Nord: etablierte Hausausstellung, Motto Energie; AutoMeile... Aufgabe der Politik wäre es, das gemeinsame Zukunftsziel zu formulieren & den Rahmen dafür zu schaffen - verlässlich!

Ziel formulieren und Weg suchen!

06.07.2013 02:06 von bea

Inhaltliche Ergänzung

Auch Wuppertal hat die Chance, zukunftsfähige Ideen zu entwickeln. Die werden nicht am Geld scheitern - wichtiger wäre es, mit Weitsicht zu planen und Prognosen von nur punktuell interessierten Investoren zur Kosten-Nutzen Analyse zu ergänzen, die auch Infrastruktur-Folgekosten aufzeigt und durch Verlagerung und Verdrängung entfallende Einnahmen saldiert.

Innovative Projekte können auch aus Fördertöpfen auf den Weg gebracht werden und zahlen sich langfristig aus - möglicherweise mit Arbeitsplätzen, deren Einkommen wieder zum Auskommen reicht, regionaler Wertschöpfung mit verlässlichen Steuereinnahmen, intakter Lebens- und Umweltqualität - allerdings erfordert das weitsichtige Steuerung im Gesamtkontext und verlässliche Umsetzung...

Wer?

06.07.2013 02:25 von bea

Engagieren für gemeinsame Ziele - kann nur mit Verlässlichkeit, Wertschätzung, ehrlicher Transparenz und im offenem Dialog gelingen.

Lohnt es, mitzumachen? Auf welche Erfahrungen greifen wir zurück?
Wenn sich eh nichts ändert oder nur Ideen abgegriffen und dann doch ganz anders umgesetzt werden, wird kaum jemand mitmachen.

Geht es aber um eine gemeinsame Vision, in der sich Innovation mit Bewährtem verbinden darf, wird sich Kompetenz aus allen Gesellschaftsbereichen einbringen - allerdings auch Zukunft wirklich ergebnisoffen mitgestalten wollen!

Stadtentwicklung

09.09.2013 17:55 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregung stellt auf Leitbilder der Stadtentwicklung ab. Zum einen die „Stadt der kurzen Wege", welche durch eine räumliche Bündelung und Konzentration von Wohnen, Arbeiten, Erholen sowie öffentlichen und privaten Infrastruktureinrichtungen, die Mobilitätskosten für die Bürger minimiert und eine gute wirtschaftliche Ausnutzung der bestehenden öffentlichen Verkehrsinfrastruktur sicherstellt.

Zum anderen wird die Nachnutzung von brachgefallen Flächen und Gebäuden im Sinne der „Innenentwicklung" gefordert. Auch diese Anregung führt in der Konsequenz zu einer nachhaltigen Siedlungsstruktur, die keine zusätzlichen öffentliche Investitionen für die Erschließung (Straßen, Ver- und Entsorgungsleitungen u. a.) neuer Siedlungsbereiche und die Einrichtung und den Betrieb von neuen Infrastruktureinrichtungen erfordert.

Wenngleich die Anregungen keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Haushalt 2014/ 2015 haben, so führen nachhaltige Siedlungsstrukturen mittelbar zu einer Kostenentlastung für den städtischen Haushalt insgesamt. Die Umsetzung dieses Leitbildes fließt bereits mit fortlaufend steigender Gewichtung in die städtische Stadtentwicklungs-planung ein. Konkret wird in der Bürgeranregung auch auf die die Angebotssituation im Möbelbereich Wuppertal eingegangen und konkrete Standortalternativen (ehemaliges Metro-Gelände) für das IKEA Projekt werden angeregt. Hierzu ist anzumerken, dass die Standort-entscheidung für das IKEA-Projekt am Autobahndreieck Wuppertal-Nord im Rahmen einer intensiven Prüfung von Standortalternativen erfolgt ist. Wenngleich die nunmehr erfolgte Standortentscheidung im Zusammenhang mit dem Leitbild der „Stadt der kurzen Wege" möglicherweise nicht die optimale Lösung darstellt, so handelt es sich um einen Kompromiss, der unterschiedlichste Interessen und Belange berücksichtigt.

Desweiteren werden die Nachnutzungen von leerstehenden Gebäuden und Brachflächen insbesondere in den Zentren angeregt. Diesbezügliche Bemühungen werden von Politik und Verwaltung ausdrücklich unterstützt. Allerdings stehen hier in erster Linie die jeweiligen Grundstücks- und Immobilieneigentümer in der Verantwortung. Städtischerseits können hier die rechtlichen Rahmenbedingungen für die bauliche Nachnutzung der betroffenen Liegenschaften verändert werden. Aber auch informelle Ansätze wie sie die Wuppertaler Quartiersentwicklungsgesell-schaft derzeit in Oberbarmen durchführt, werden von der Stadt unterstützt. Die Gründung der WQG geht auf eine städtische Inititaive im Rahmen des „Stadtumbau West" zurück. Zudem arbeitet eine städtische Arbeitsgruppe aktuell an Strategien zum Umgang mit Problemimmo-bilien.

Negative Veränderungen des Arbeitsmarktes wie sie sich u. a. in der Zunahme von Arbeitsverhältnissen im Niedriglohnsektor und damit einhergehend auch in steigenden Aufwändungen für Transferleistungen widerspiegeln, könne nicht auf kommunaler Ebene gelöst werden. Auf die auf Bundesebene geführte Diskussion im Hinblick auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes sei weiterführend verwiesen.

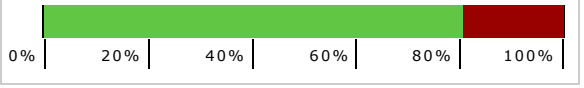
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S093	Einsparung	2013-06-28 11:21:57	BuergerLarsD	37

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtverwaltung
Erstellungsdatum:	2013-06-28 11:21:57
Autor:	BuergerLarsD

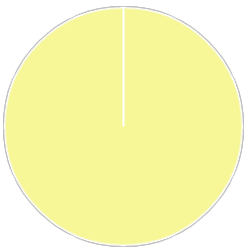
gp.pstatus	gelb 3
Vorschlagscode	S093
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	25	6	0	31
Bewertungen (abs.)	80,6%	19,4%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

Gebühren / Entgelte, Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Der Oberbürgermeister sollte mit gutem Beispiel vorangehen und seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten, in dem er die Kommunalwahl vorzieht und mit der Bundestagswahl verknüpft. Die Kosten für die Kommunalwahl werden im Haushaltsplan 2012 mit über einer halben Million Euro beziffert.

Einfacher wäre:

28.06.2013 13:33 von flhah

Inhaltliche Ergänzung

Eine Kommunalwahl lässt sich glaube ich nicht ohne weiteres verschieben. Einfacher wäre die Verlegung der Oberbürgermeisterwahl auf die Kommunalwahl, dafür müsste der Herr OB nur freiwillig auf 1 Jahr seiner Amtszeit zum Wohle der Stadt verzichten. Gibts schon als Vorschlag hier.

Zusammengelegte Wahlen

09.09.2013 17:49 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Vorschlag Nr. 2 dieser Top 50 verwiesen:

Bei der vergangenen Kommunalwahl 2009 wurde der Rat der Stadt für fünf Jahre - bis 2014 -, der Oberbürgermeister hingegen für sechs Jahre - seine Wahlzeit endet erst am 20. Oktober 2015 - gewählt. Die Wahlen und Wahlzeiten sollen künftig (ab dem Jahre 2020) wieder am gleichen Tag stattfinden und die selbe Dauer haben (5 Jahre). Um dies zu erreichen, wird der kommende Rat (ab 2014) einmalig für sechs Jahre gewählt und die OB-Wahl im Herbst 2015 für fünf Jahre durchgeführt.

Damit eine gleichzeitige Wahl bereits 2014 stattfinden könnte, hat der Landtag mehrheitlich ein "Gesetz zur Stärkung der kommunalen Demokratie" beschlossen, das unter anderem ein einmaliges Niederlegungsrecht für (Ober-) Bürgermeister und Landräte beinhaltet. Die kommunalen Spitzenverbände sehen in dieser Änderung erhebliche Probleme, etwa beamtenrechtlicher Art. Der Vorstand des Städtetages Nordrhein-Westfalen, dessen Vorsitzender der Mönchengladbacher Oberbürgermeister Bude (SPD) ist (sein Stellvertreter ist Wuppertals OB Jung) hat sich in dieser Hinsicht eindeutig positioniert:

1. Der Vorstand hält das Vorhaben der Koalitionsparteien, die Wahl der (Ober-) Bürgermeisterinnen und (Ober-) Bürgermeister und der Räte bis zum Jahr 2020 wieder zusammenzulegen für geeignet, den mit den einzelnen Wahlen verbundenen Aufwand zu vermindern. Zudem könnte so eine Verbesserung der Wahlbeteiligung erreicht werden.

2. Der Vorstand hält jede nachträgliche Änderung von Wahlzeiten für verfassungsrechtlich unzulässig. Der Vorstand weist darauf hin, dass die Überlegungen, über einen freiwilligen Amtsverzicht von Hauptverwaltungsbeamten zu einer vorzeitigen Zusammenlegung der Wahlen bereits im Jahr 2014 zu gelangen, eine Reihe verfassungsrechtlicher Fragestellungen aufwerfen.

Oberbürgermeister Jung stellt hierzu fest: "Die Wuppertalerinnen und Wuppertaler haben mir bei der Kommunalwahl 2009 mit großer Mehrheit ihr Vertrauen geschenkt und ich habe ihnen versprochen, mich mit voller Kraft über die Amtszeit von sechs Jahren als Oberbürgermeister für unsere Stadt einzusetzen. Dies werde ich auf jeden Fall bis zum Ende dieser Wahlperiode im Herbst 2015 fortführen und, wenn die Menschen in Wuppertal dies wollen, auch darüber hinaus."

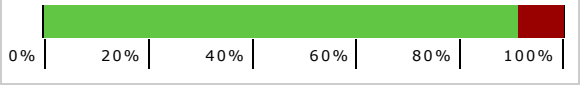
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E085	Einnahmen durch Ordnungsamt	2013-06-27 14:23:49	Schmitz	38

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Straßen / Verkehr
Erstellungsdatum:	2013-06-27 14:23:49
Autor:	Schmitz

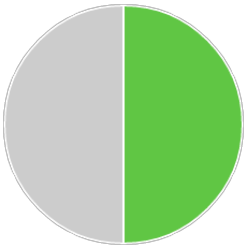
gp.pstatus	grün 5
Vorschlagscode	E085
Stadtteil	Vohwinkel
Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	21	2	0	23
Bewertungen (abs.)	91,3%	8,7%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	5		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	4	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	1
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Gebühren / Entgelte, Schule

Vorschlagsbeschreibung

An allen Vohwinkeler Grundschulen (wahrscheinlich auch an allen anderen Wuppertaler Grundschulen) herrschen in der Zeit von 7.45 bis 8.10 Uhr schreckliche Zustände beim Straßenverkehr. Park-, Wende- und Überholmanöver, welche die Grundschulkinder auf das Schlimmste gefährden. Uneinsichtige und nichtbelehrbare Eltern und Erziehungsberechtigte, welche ihre Kinder zur Schule bringen. Mangels Personal können die vorhandenen Ordnungskräfte nur gelegentlich eingreifen. Hier könnten zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Sicherheit für die Schulkinder und Einnahmen durch Ordnungsgelder. Fazit: Mehr Personal gleich mehr Sicherheit und Einnahmen.

Schulwegsicherung

01.07.2013 16:45 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

Schulwegsicherung wird jeden Morgen an abwechselnden Schulen durch Mitarbeiter/-innen des Ordnungsdienstes betrieben. Diese Kontrollen werden bei Einschulungsterminen noch verstärkt.

Eine flächendeckende Überwachung ist mit der vorhandenen Personalressource nicht möglich.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Drive-In-Schule

28.06.2013 15:25 von AT

Unterstützt den Vorschlag

Ich finde auch, dass hier an den Schulen oft die Unvernunft regiert. Am liebsten würden manche Elten ganz auf den Schulhof fahren und die Kinder in den Klassenraum tragen.

Wie sollen aus den Schülern selbstbewußte Bürger werden?

Rücksichtsloses Parken...

03.07.2013 22:11 von Kah

Ist neutral

...ärgert mich auch.

Allerdings habe ich auch teilweise Verständnis für Eltern die Beruf und Kinder unter einen Hut bringen müssen und nicht jeden Morgen eine halbe Stunde nach einem Parkplatz suchen können um die Kinder kurz auszuladen.

Deutlich asozialer finde ich es, wenn auf Mütter+Kind-Parkplätzen oder Frauenparkplätzen geparkt wird, weil man zu faul ist, um 10 Meter mehr zu laufen.
Leider in Wuppertal auch sehr verbreitet.

Schulwegsicherung

09.09.2013 14:34 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 01.07. verwiesen:

Schulwegsicherung wird jeden Morgen an abwechselnden Schulen durch Mitarbeiter/-innen des Ordnungsdienstes betrieben. Diese Kontrollen werden bei Einschulungsterminen noch verstärkt.

Eine flächendeckende Überwachung ist mit der vorhandenen Personalressource nicht möglich.

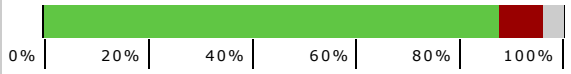
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E107	Mehr Geschwindigkeitskontrollen	2013-06-30 16:45:42	Dudu	39

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Finanzen / Steuern
Erstellungsdatum:	2013-06-30 16:45:42
Autor:	Dudu

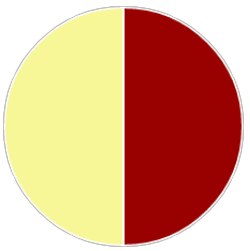
gp.pstatus	rot 6
Vorschlagscode	E107
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	21	2	1	24
Bewertungen (abs.)	87,5%	8,3%	4,2%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	5		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Die Einnahmesituation der Stadt kann erheblich verbessert werden, wenn Sie mobile Geschwindigkeitsmessgeräte an mehr Stellen aufstellen. "Knipsen" Sie bitte morgens, mittags, abends.

Moderne Wegelagerei

02.07.2013 18:22 von Holzwurm

Lehnt den Vorschlag ab

Andauernd die Autofahrer mit Blitzkisten abzuzocken, halte ich für ein falsches Signal. Es ist seid einigen Jahren eine Unsitte geworden, das die Städte die Einnahmen aus Verkehrsverstößen fest einplanen. Hier mehr zu fordern ist also unnötig. Wenn es um Verkehrswidriges Verhalten geht , bin ich durchaus dafür, jedoch sollte es dann wirlklich umdie Sicherheit und nicht um das Abkassieren gehen. Denn die Stadt hat als Grundaufgabe die Erhaltung und Weiterentwicklung von Lebensqualität und nicht deren monetäre kaputtverwaltung.. Man kann eine Stadt auch kaputtsparen. Dem Bürger, der hier lebt, dann auch noch mit solchen Aktionen zu melken ist falsch. Geht es um die Sicherung von Schul und Kindergartengebieten sowie verkehrsberuhigten Zonen bin ich mit jeder Form der rechtlichen Ahndung einverstanden. Jedoch wird an vielen Stellen geblitzt, die aus Verkehrstechnischer Sicht als eher unbedenklich anzusehen sind. Weniger wäre mehr

Warum eigentlich nicht?

06.07.2013 01:45 von bea

"Erhaltung und Weiterentwicklung von Lebensqualität" - die würde durch weniger Lärm, Abgase und Erschütterungen unterstützt.

Da wäre weniger Geschwindigkeit mehr Lebensqualität - zumindest für diejenigen, die nicht im Auto sitzen, sondern in den Häusern am Straßenrand wohnen!

Geschwindigkeitskontrollen

09.09.2013 10:02 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stadt Wuppertal hat bereits im vergangenen Jahr beschlossen, die Verkehrsüberwachung auch auf das Wochenende auszudehnen.

Was die quantitative Überwachung angeht, ist die Stadt Wuppertal mit vier Fahrzeugen ausreichend aufgestellt.

nur kurzfristiger Effekt

25.09.2013 01:07 von 135797531

Inhaltliche Ergänzung

Ich halte eine zu groß angelegte Überwachung der Geschwindigkeit auf Dauer für kontraproduktiv, um die Steuereinnahmen zu verbessern. Klar, im ersten Moment wird man womöglich viel mehr Geld einnehmen, bis die vielen zusätzlichen Knöllchen ihre Empfänger erreichen. Spätestens dann wissen viele Bescheid, sich an die Geschwindigkeitsbegrenzungen zu halten. Wird eine Straße jeden Tag einmal oder sogar mehrfach kontrolliert, spricht sich das schnell herum und jemand, der sich auskennt, fährt dementsprechend. Nur auswärtige Autofahrer kennen diese Stellen womöglich nicht. Je mehr Autofahrer sich an Geschwindigkeitsbegrenzungen halten, desto größer ist die Verkehrssicherheit, aber so geringer sind die Einnahmen aus den Verstößen. Wird nicht jeden Tag an einer Straße geblitzt, ist die Wahrscheinlichkeit, bei Geschwindigkeitsüberschreitung geblitzt zu werden gering, aber je öfter dort geblitzt wird, desto wahrscheinlicher wird es, geblitzt zu werden.

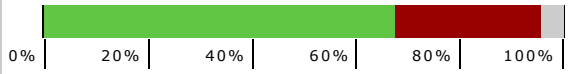
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
M081	Kindergartengebühren abschaffen	2013-06-26 22:53:28	Kah	40

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtleben / Wirtschaft
Erstellungsdatum:	2013-06-26 22:53:28
Autor:	Kah

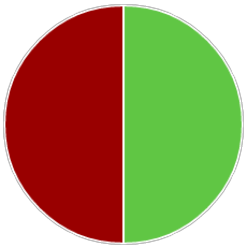
gp.pstatus	rot 1
Vorschlagscode	M081
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	31	13	2	46
Bewertungen (abs.)	67,4%	28,3%	4,3%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Kinderbetreuung

Vorschlagsbeschreibung

Studium und Schule sind gebührenfrei, für den Kindergartenbesuch werden dagegen in Wuppertal horrende Beiträge verlangt.

Hinzu kommt eine (ungerechte) Staffelung nach Einkommensverhältnissen der Eltern, d.h. im Ergebnis eine Quersubventionierung von Eltern an andere Eltern.

Sofern sich Eltern einen Kindergartenplatz nicht leisten können, ist es Sache aller Steuerzahler dafür aufzukommen.

Eine gute und kostenlose Kinderbetreuung wäre attraktiv für junge Familien (mit Ausbildung und Einkommen).
Diese Bevölkerungsgruppe sorgt für Steuereinnahmen und belastet die Sozialetats nicht.

Schon jetzt orientieren sich leider viele eher in Richtung Düsseldorf und Umgebung.

Sehr guter Vorschlag

28.06.2013 14:56 von fly

Unterstützt den Vorschlag

Das Geld welches die Familien sparen, würden sie in Wuppertal wieder ausgeben.
Familien mit Kindern aus den Nachbarstädten würden nach Wuppertal ziehen und hier Steuern zahlen und die Stadt beleben. Bei der zu erwartenden Überalterung unserer Gesellschaft sehr wichtig.
Einsparung von Verwaltungskosten für die Erhebung der Beiträge, Einforderung der Einkommensbescheide usw.

Kindergartengebühren

09.09.2013 14:42 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Sowohl im Sozialgesetzbuch VIII (§ 90) als auch im Kinderbildungsgesetz (§ 23) ist eine finanzielle Beteiligung bei der Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertagesbetreuung über Elternbeiträge vorgesehen. Die durch örtliche Satzung festgelegte Staffelung der Elternbeiträge in Abhängigkeit vom Einkommen der Sorgeberechtigten entspricht den gesetzlichen Vorgaben und wurde in der Vergangenheit bereits höchstrichterlich geprüft und nicht beanstandet. Darüber hinaus ist die Beteiligung des Landes an den Kosten der Kindertageseinrichtungen unter Berücksichtigung der Erhebung von Elternbeiträgen berechnet.

Dass der Verzicht auf Elternbeiträge und damit die kostenlose Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten die Attraktivität einer Kommune stärkt, wird nicht verkannt. Für Wuppertal würde dies jedoch eine Verminderung der Einnahmen um rd. 5 Mio. Euro jährlich bedeuten, die durch entsprechende Einsparungsmaßnahmen in anderen Bereichen kompensiert werden müssten.

Beibehaltung aktuelles System

25.09.2013 00:35 von 135797531

Lehnt den Vorschlag ab

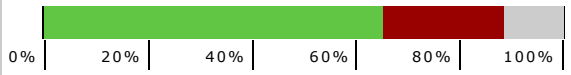
Ich halte es für gut so, dass die Kindergartenbeiträge sich nach dem Einkommen der Eltern richten. Finanziell schlechter gestellte zahlen einen geringeren Beitrag für die Betreuung ihrer Kinder, finanziell besser gestellte gleichen die Einnahmeverluste aus. Eltern werden nicht gezwungen, Kinder in den Kindergarten zu schicken, sie können ihre Kinder auch selber betreuen und erhalten sogar noch ein Betreuungsgeld. Das die Schule kostenlos ist, ist für mich selbstverständlich, schließlich möchte der Staat, dass wir möglich viel wissen und hoch qualifiziert sind. Wir sollen den Staat durch unsere Arbeitsleistung und die Einkommenssteuer finanzieren, daher hat der Staat die Ausbildung hierfür zu bezahlen.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S004	Effizientere Gestaltung der Verwaltungsorganisation	2013-06-10 13:45:27	theduckling	41

Allgemeine Angaben

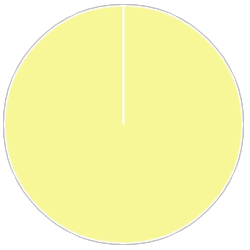
Kategorie:	Stadtverwaltung	gp.pstatus	rot 7
Erstellungsdatum:	2013-06-10 13:45:27	Vorschlagscode	S004
Autor:	theduckling	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	28	10	5	43
Bewertungen (abs.)	65,1%	23,3%	11,6%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Die Wege von Genehmigungsverfahren, Abreitsabläufen und die allgemeine Organisation in vielen Fällen eine massive Bremse und teilweise auch Fallstrick für Prozesse in der Verwaltung. Teilweise ist das Fehlen so banaler Dinge, wie eine übersichtliche und gut erreichbare Aktenablage Ursache für massive Verzögerungen, die sogar bis zum Scheitern von z.B Bauprojekten führen, da die Investoren resigniert aufgeben, was sich Wuppertal einfach nicht leisten kann. Wege sind oft zu kompliziert, Prozesse kommen immer wieder ins Stocken und die Mitarbeiter müssen sich mit organisatorischen Grundfragen aufhalten, weil über vieles kaum oder gar keine Informationen existieren, bzw. es schlicht und ergreifend gar nicht klar geregelt ist. Ein autonomes Schalten und Walten einzelner Abteilungen ist oft in Fachfragen sehr wünschenswert, aber in Fragen der grundlegenden Organisation eher hinderlich, weil jeder sein eigenes Süppchen kocht. Viele Mitarbeiter wissen über grundlegende Organisationssturkturen nicht Bescheid und haben bei aufkommenden Fragen keinen Ansprechpartner. Daher wäre mein Vorschlag, mit Hilfe neuer Personalstellen die grundlegende Organisation der Stadtverwaltung zu analysieren, zu vereinheitlichen und für Mitarbeiter und Bürger transparenter zu machen.

Nicht nur eine Frage der Organisation

13.06.2013 19:04 von Ayad

Inhaltliche Ergänzung

Fallstrick allein ist nicht fehlendes Personal oder schlechte Organisation, es geht hier auch um Motivation der Mitarbeiter. Ein gutes Beamtengehalt spornt leider nicht zu guten Leistungen an - wichtig ist auch zu wissen, welche Konsequenzen das Handeln oder eben die Handlungsuntätigkeit zur Folge hat. Die Stadtverwaltung benötigt dringend einen Moderator der fähig ist allen Mitarbeitern das Motto : " wir sind Dienstleister" zu vermitteln . Erst wenn die zu erfüllende Aufgabe echte Bedeutung hat gelingt auch eine reibungslose Antragsbearbeitung.

Gesamtpaket

17.06.2013 13:10 von theduckling

Natürlich wäre mit meinem Vorschlag noch lange nicht das Optimal erreicht. Die mangelnde Motivation der Mitarbeiter halte ich für ein noch viel größeres Problem, als mangelnde Organisation. Wäre die Motivation aller Mitarbeiter zumindest zufriedenstellend, würde wahrscheinlich die Organisation gar nicht so aussehen, wie sie es tut, weil jeder an einem guten Arbeitsablauf interessiert ist. Wenn die Motivation fehlt, werden Defizite in der Organisation viel eher mit einem Schulterzucken hingenommen. In den Bereichen, in die ich bisher Einblick hatte, muss man sich jedoch seine Motivation selbst mitbringen, denn von Seiten der Vorgesetzten ist leider oft kein Zuspruch zu erwarten. Auch ein massiver Mangel an Beweglichkeit in der Verwaltung setzt der Motivation zu, da man das Gefühl hat, ständig gegen Mauern zu laufen, wenn man etwas ändern möchte. Alles hängt miteinander zusammen und muss als Gesamtheit angegangen werden.

Kommunale Verwaltungsorganisation

09.09.2013 17:46 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag, innerhalb der Verwaltung auf schlanke und zuverlässige Prozesse zu achten, ist richtig. Prozessoptimierung ist daher seit Jahren eines der Schlüsselthemen der städtischen Organisationsentwicklung. Innerhalb der Stadtverwaltung Wuppertal gehören die Optimierung und die Standardisierung von Prozessen zum Arbeitsalltag, auch zwischen den Kommunen werden die Möglichkeiten einheitlicher Prozessgestaltung erarbeitet.

Organisatorische Grundfragen wie „das autonome Schalten und Walten einzelner Abteilungen“ werden von der Verwaltungsleitung nicht als Problem gesehen. Die bestehenden Arbeitsstrukturen mit dezentraler Fach- und Entscheidungskompetenz bei zentraler Steuerung funktionieren einwandfrei. Auch der Hinweis, dass „viele Mitarbeiter über grundlegende Organisationsstrukturen nicht Bescheid wissen und keinen Ansprechpartner haben“ mag von individuell schlechten Erfahrungen geprägt sein, ist aber in seiner Pauschalität unangemessen.

Dieser Sparvorschlag führt im Ergebnis zu zusätzlichem Personalbedarf. Damit läuft er den Beschlüssen und Auflagen zur Haushaltskonsolidierung entgegen, die die Verwaltung zu weitergehendem Personalabbau verpflichten. Echten Mehrkosten durch zusätzliches Personal stehen erhoffte Verbesserungen gegenüber, die nicht quantifizierbar sind.

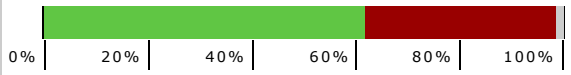
Eine tatsächliche Haushaltsentlastung wird in diesem Sparvorschlag nicht gesehen. Er sollte daher aus der Sicht der Verwaltung nicht zu einer geänderten Schwerpunktsetzung bei der Aufstellung des Haushalts 2014/15 führen.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E007	Solidarisches Bürgerticket (Fahrscheinfreier Nahverkehr)	2013-06-10 20:30:05	JNK	42

Allgemeine Angaben

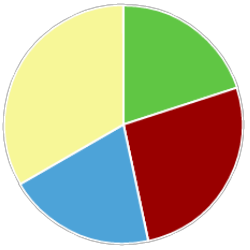
Kategorie:	Straßen / Verkehr	gp.pstatus	rot 1
Erstellungsdatum:	2013-06-10 20:30:05	Vorschlagscode	E007
Autor:	JNK	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	42	25	1	68
Bewertungen (abs.)	61,8%	36,8%	1,5%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	30		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	19	Unterstützt den Vorschlag	3
		Lehnt den Vorschlag ab	4
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	3
		Inhaltliche Ergänzung	5
		Sonstiges	0



Schlagworte

ÖPNV

Vorschlagsbeschreibung

Die Idee: Wir Bürger übernehmen alle zusammen mittels einer Erhöhung der Grundsteuer B die Kosten des Nahverkehrs der WSW mobil GmbH. Die Grundsteuer B sorgt für eine sozial gerechte Erhebung der Kosten, da Wohnungsgröße und Ausstattung Besteuerungsgrundlage sind. Außerdem beteiligen sich auch Unternehmen und Hotels. Die Rechnung: 2010 betrugen die Kosten 133.181.000 €, das ergibt einen Schnitt von 47,04 € pro Haushalt im Monat, um mal eine Größenordnung zu nennen. Die genaue Summe richtet sich nach der Wohnungsgröße jedes einzelnen. Als Gegenleistung dürfen wir und unsere Gäste alle fahrscheinlos den ÖPNV nutzen. Die Größenordnung der Mehrnutzung müsste noch ermittelt werden, um realistische Kosten zu anzunehmen, allerdings fallen auch Posten wie Ticketing weg. Dafür können dann die WSW den Nahverkehr abgeben und nur noch das Energiegeschäft betreiben. Der Überschuss (ca. 45 Mio €), der bisher für das Defizit des Nahverkehrs verwendet wurde, kann für zwei Dinge genutzt werden: a) Gas- und Strompreise können gesenkt, neue Kunden gewonnen werden. b) Der verbleibende Überschuss kann an den Besitzer ausgezahlt werden: Die Stadt Wuppertal. Das Wuppertal Institut rechnet nach der Einführung des Bürgertickets mit einer deutliche Klimaschutzwirkung, mehr sozialer Teilhabe und einem Anstieg der Lebensqualität im Vergleich zu anderen Städten. Eine ausführliche Vorstellung des Vorschlags gibt es hier: http://www.tal-journal.net/2013/03/ein-solidarmodell-fur-den-nahverkehr.html

Erhöhung der Grundsteuer

21.06.2013 10:16 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

der Grundsteuerhebesatz beträgt in Wuppertal nach einer deutlichen Anhebung in 2013 bereits 620 %. Die jährlichen Einnahmen sind im Haushalt mit rd. 72 Mio € prognostiziert. Die skizzierten Beträge von über 100 Mio. € zusätzlicher Einnahme im Jahr bedeuten eine Hebesatzerhöhung bei der Grundsteuer auf 1.500 v. H.. Bisher hat die Rechtsprechung lediglich einen Hebesatz von 800 % noch für rechtlich zulässig erachtet.
(Ergänzung: bzw. nach neuerer Rechtsprechung unter bestimmten Bedingungen 825 %)

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Erhebliche zusätzliche Belastung

24.06.2013 12:47 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

Sie haben u.a. um mehr Information gebeten zu der Frage, welcher maximale Hebesatz rechtlich vertretbar sein könnte. Die Frage, ob ein Hebesatz von 1.500 % und mehr von der Rechtsprechung wegen einer erdrosselnden Wirkung für rechtswidrig erklärt würde, ist jedoch schwer zu beurteilen. Auf das Urteil zum Hebesatz der Stadt Selm wurde bereits Ihrerseits hingewiesen.

Fakt ist, dass bei dieser Größenordnung eine erhebliche zusätzliche Belastung (Stichwort: Zweite Miete) zu verzeichnen wäre. Das soll an einem Beispiel erläutert werden:

Beispiel:
Einfamilienhaus mit 150 m ² Grundfläche/
Grundsteuermessbetrag des Finanzamtes: 155

Grundsteuerfestsetzung Hebesatz 510 % (alter Hebesatz bis Ende 2012)
= 790,50 € im Jahr und 65,90 € im Monat

Grundsteuerfestsetzung Hebesatz 620 % (z.Zt. gültiger Hebesatz)
= 961,- € im Jahr und 80,10 € im Monat

Grundsteuerfestsetzung Hebesatz 1.500 % (Vorschlag aus dem Forum)
= 2.325,- € im Jahr und 193,75 € im Monat

Ausgehend von dem bis Ende 2012 gültigen Hebesatz von 510 % würde man die Grundsteuerbelastung in dem gewählten Beispiel Einfamilienhaus in etwa verdreifachen.

Mit freundlichem Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Interessante Idee...

10.06.2013 23:04 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Nicht unbedingt einfach durchzusetzen, verdient aber zumindest eine engagierte Diskussion statt pauschaler Ablehnung.

Das kann ja wohl nicht wahr sein,...

11.06.2013 17:54 von meinestadt

Lehnt den Vorschlag ab

... jeder soll also über die Grundsteuer ein grundsätzliches Ticket finanzieren? Und das finden Sie fair? Unglaublich. 1. Was ist mit denen, die keine öffentlichen Verkehrsmittel nutzen oder nur ganz selten? 2. Was haben Größe und Ausstattung der privaten Wohnung mit einem öffentlichen Ticket zu tun? Der, der viele qm hat, soll also viel bezahlen, obwohl er nicht, selten oder weniger mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fährt, als die Person, die weniger qm bewohnt?! Ich denke, so wie es jetzt ist, ist es gut und fair gelöst. Wer heute mit dem Bus fahren möchte, bezahlt auch für die Fahrt. Und wer morgen nicht mit dem Bus fährt, der bezahlt auch nicht. Es regen sich jetzt schon genug Menschen darüber auf, dass sie an die GEZ bezahlen müssen, obwohl sie noch nicht einmal einen Fernseher haben. Nach dem Motto: "Aber Sie könnten ja, wenn Sie wollten. Wir stellen Ihnen die Möglichkeit jedenfalls zur Verfügung." So wäre es mit dem Ticket auch: "Sie können ja .., wenn Sie ..."

Der Nutzen des Nahverkehrs

12.06.2013 09:36 von JNK

Verkehrspolitik ist komplex. Wenn Sie glauben, Sie zahlten nichts für den Nahverkehr, wenn Sie ihn nicht nutzen, muss ich Sie enttäuschen. Der ÖPNV trägt sich ebenso wie der Autoverkehr nicht selbst. So wie Sie über Strom/Gas/Abfall-Gebühren dazu beitragen, das Defizit des ÖPNV zu decken, decken diejenigen ohne Auto über die Steuern das Defizit des MIV, also des Autos, das nach Schätzungen in einer deutschen Großstadt bei 145,5 € pro Kopf und Jahr liegt. Das Defizit des Nahverkehrs beträgt 138 € pro EW/Jahr (2010. Außerdem verkennen Sie, dass der Nahverkehr für Sie einen Nutzen hat, auch wenn Sie ihn nicht benutzen. Die Schwebebebahn z.B. sorgt dafür, dass jedes Jahr Staukosten von 15 Mio. € eingespart werden. Und jeder, der den ÖPNV nutzt, steht nicht vor ihnen im Stau. Der Kosten-Nutzen-Faktor der KVB in Köln beträgt 5,3 d.h. die Stadt Köln erhält für jeden investierten Euro einen Nutzen von 5,30 € zurück. Das kommt allen zu gute. Zu Ihrem Punkt 2: siehe meine zweiten Kommentar.

Keine gute Idee

11.06.2013 18:08 von meinestadt

Lehnt den Vorschlag ab

Dann müssen auch die Personen zahlen, die nicht oder selten mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Soll das fair sein? Für mich hört es sich auch sinnfrei an, dass der Beitrag für ein "Dauerticket" danach berechnet wird, wieviele qm die Person bewohnt. Was hat denn das Eine mit dem Anderen zu tun? Ich denke, so wie es jetzt ist, ist es gut. Ich zahle die Leistung, wenn ich sie in Anspruch nehme. Und zwar für mich als Mensch, der jetzt gerade z.B. mit dem Bus von A nach B fährt. Und nicht als Mensch, der viele oder wenige qm sein Zuhause nennt!

Ergänzung

12.06.2013 09:27 von JNK

Sie kritisieren die Besteuerung nach qm-Zahl. Dazu möchte ich ergänzen, dass dies der Ausgewogenheit dient. So wie jeder mit unterschiedlichem Einkommen einen anderen Steuersatz zahlt, soll es auch bei der Finanzierung des Solidartickets geschehen, damit kleine Einkommen nicht so belastet werden wie große. Studenten wohnen zum Beispiel auf kleinem Raum und haben wenig Geld zur Verfügung. Das soll auch berücksichtig werden und ist in meinem Augen fairer als eine Pro-Kopf-Abgabe, die die Leistungsfähigkeit des einzelnen unberückstichtigt lässt. Außerdem können so Familien entlastet werden, wenn sie keine Pro-Kopf-Abgabe zahlen müssen.

Immer zu Lasten derer, die sich mehr/angeblich mehr leisten können...

12.06.2013 19:19 von meinestadt

Inhaltliche Ergänzung

Zu Ihrer Ergänzung vom 12.06.2013, 09.27 Uhr: Sie merken an, dass durch die Zugrundelegung von Wohnraum (viele qm gegenüber weniger qm) Studenten entlastet werden, wie auch Familien - weil das Ticket dann nicht pro Kopf bezahlt wird. Wer sagt denn, dass es fair oder richtig ist, wenn Studenten und Familien entlastet werden? Wenn Studenten und Familien, dann bitte auch Rentner mit kleiner und mittelmäßiger Rente und dann bitte auch die alleinerziehenden Mütter und Väter...undundund... Am Ende sollen wieder die Bürger mehr bis viel zahlen, die nicht in die "entlastungswerte Kategorie" fallen. Solidarität und Sozialstaat sind ja gut und schön, aber bitte alles im Rahmen.

Lastenverteilung

12.06.2013 20:50 von JNK

Über eine gerechte Lastenverteilung kann man natürlich lang und breit streiten. Das Problem ist, dass die Stadt als Kommune nur begrenzt neue Steuern erheben kann und die Grundsteuer B schon erhoben wird und somit sehr unkompliziert und unbürokratisch ist. Alternativ könnte man auch von jedem Bürger 24 € im Monat fordern, vom Millionär wie vom Hartz IV-Empfänger, vom Single wie von der vierköpfigen Familie, die dann 96 € zahlen müsste. Ich persönlich halte es aber für falsch, wenn wir Familien das Geld aus der Tasche ziehen. Die Entscheidung eine Familie zu gründen, hängt - neben der Lebenssitutaion und -qualität - auch von den Finanzmitteln ab.

Rechtsprechung

21.06.2013 11:08 von JNK

Ist eine Frage

@VerwaltungNJ

Vielen Dank für den Hinweis, zu einer Diskussion gehört aber mehr als der Verweis auf die Rechtsprechung. Ein bisschen mehr Info wäre schon hilfreich. Gibt's denn dazu auch ein Aktenzeichen? Und das urteilende Gericht? Und wie erklärt es sich dann, dass die Gemeinde Dierfeld in Rheinland-Pfalz einen Hebesatz von 900 anwendet?

Mehr ÖPNV!

21.06.2013 11:23 von phneutral

Unterstützt den Vorschlag

Auch wenn die alte Autofahrergarde sich hier aufbläst und viel Gegenwind erzeugt, ist die Idee von JNK eine richtig gute. Wuppertal ist mit seinen engen Gassen, Einbahnstraßen und der Tallage überhaupt keine Autostadt. Da können auch noch so viele Parkhäuser nichts dran ändern. Ganz im Gegenteil: wer eine Schwebebahn hat, der sollte sie fördern, mehr noch: befördern! Und zwar möglichst viele Menschen!

Die Ignoranz der Umwelt gegenüber mit der hier manche Kommentatoren auftreten, nur auf das eigene Scherflein bedacht, ist beschämend!

Rechtsprechung

21.06.2013 11:27 von JNK

Inhaltliche Ergänzung

Das VG Gelsenkirchen hat am 25.10.2012 geurteilt, dass die Erhöhung der Grundsteuer B in Selm auf 825% rechtmäßig war. Das Urteil kann im Wortlaut hier eingesehen werden: http://openjur.de/u/562532.html

Darin heißt es "Der Gemeinde steht bei der Festlegung des Grundsteuerhebesatzes ein weiter (kommunalpolitischer) Entschließungsspielraum zu. Das Gericht prüft nur, ob die Gemeinde die sich aus höherrangigem Recht ergebenden Grenzen dieses Entschließungsspielraums willkürfrei eingehalten hat." Weiter wird ausgeführt: "Die Gemeinde handelt willkürfrei, wenn sie bei ihrer eigenverantwortlichen Abschätzung des Finanzbedarfs keine grob unsachlichen Entschließungskriterien tragend werden lässt oder gar den zu bestimmenden Hebesatz ohne jede Würdigung seiner Wirkung auf die Steuerpflichtigen "greift"." Die Grundsteuer B darf außerdem nicht erdrosselnd sein, d.h. zur Vernichtung der Steuerquelle führen. Wäre das bei 1.500 gegeben? Lässt sich das zweifelsfrei beantworten?

Geht nur NRW weit

23.06.2013 21:35 von Ksauerland

Inhaltliche Ergänzung

Event. kann Wuppertal an einem Modellversuch teilnehmen.

An die Verwaltung...

24.06.2013 13:32 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Klar sind die ca. 100 € mehr pro Monat nicht wenig. Geht man allerdings davon aus, dass in einem Einfamilienhaus meist 4 Personen leben, dann bekommt man praktisch für 28€ im Monat ein Monatsicket für Wuppertal, das ist weniger, als das Sozialticket heute kostet. Außerdem muss man wie gesagt die eingesparten Kosten des Individualverkehrs auf Dauer gegenrechnen, vielleicht kann man da mittelfristig an anderer Stelle Steuern erniedrigen.

PS: Das man nicht direkt auf die Kommentare der Verwaltung antworten kann ist ein Unding auf einer Plattform, in der es um Dialog geht.

Mehr Belastung - Mehr Leistung

24.06.2013 14:27 von JNK

Ich möchte an der Stelle auch noch einmal darauf hinweisen, dass der Mehr-Belastung auch eine Mehr-Leistung entgegensteht. Wuppertal hat beispielsweise die höchsten Trinkwasserpreise der BRD, um den ÖPNV zu subventionieren. Ähnlich sehen die Subventionen über Gas, Strom und Abfall aus. Diese Produkte könnten im Preis anschließend deutlicht und spürbar gesenkt werden. Es ist eine andere Form der Finanzierung mit vielen verschiedenen Auswirkungen und Einflüssen.

Grundsteuer

24.06.2013 14:17 von JNK

Ist eine Frage

@VerwaltungNJ

Vielen Dank für dieses ausführliche Antwort und Rechnung. Ich finde es zwar ein bisschen schade, dass Sie erst nach 14 Tagen auf den Vorschlag eingehen, aber nun gut. Können Sie mir denn auch sagen, wie sich die Grundsteuer B-Zahler in Wuppertal verteilen? Also wieviele Häuser haben einen Grundsteuermessbetrag von ca. 155, wieviele liegen höher oder drunter? Gibt es dazu eine Statistik? (Man kann in diesem Forum auch verlinken) Liegt ein Grundsteuermessbetrag von 155 in der Mitte, oder eher am oberen oder unteren Rand?

Statistik vorhanden

01.07.2013 11:16 von VerwaltungNJ

Hallo JNK,

abrufbar vorgehalten wird eine Statistik zum Gebäude- und Wohnungsbestand (Link anbei). Auf S.9 der Statistik-Info sieht man, dass es 52.197 Gebäude für Wohnzwecke gibt, von denen 30.059 Ein- und Zweifamilienhäuser sind. Diese Angaben können jedoch nur ein sehr grobes Bild zeichnen, da je nach baulichem Standard und baulicher Ausnutzung vom Finanzamt unterschiedliche Messbeträge festgesetzt werden. Gewerblich genutzte Objekte, die z.T. mit erheblichen Messbeträgen belegt sind, finden sich in dieser Statistik nicht wieder. Der Durchschnitt aller Grundsteuermessbeträge vom kleinsten unbebauten Grundstück bis hin zum größten Gewerbegelände liegt in Wuppertal bei rd. 114 €. Eine Auswertung nach bestimmten Grundsteuer-B – Kategorien wäre vermutlich mit einigem Aufwand zu einem späteren Zeitpunkt möglich.

http://www.wuppertal.de/wirtschaft-stadtentwicklung/medien/dokumente/ber_2012_4.pdf

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Alternative Abgabe pro Person

24.06.2013 14:20 von JNK

Ist eine Frage

Wenn man die Besteurung nicht pro Haushalt, sondern pro Kopf machen würde, kämen bei den derzeitigen Ausgaben auf jeden Wuppertaler 24 €/ Monat zu. Also etwas über dem im Hartz-IV vorgesehenen Satz von 20 €. Wäre eine solche Abgabe rechtlich möglich?

Besteuerung pro Kopf

01.07.2013 11:22 von VerwaltungNJ

Hallo JNK,

eine Kommune hat kein unbegrenztes Steuer- Erfindungsrecht. Es muss sich um eine Verbrauch- bzw. Aufwandsteuer handeln, die an einen privaten Konsum anknüpft. Eine Kommune kann aus Rechtsgründen nicht allen Bürgern eine solche Verpflichtung auferlegen. Nur in begrenztem Umfang besteht die Möglichkeit, kommunale Verbrauch- und Aufwandsteuern einzuführen bzw. die Grundsteuer zu erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Kosten des ÖPNV senken

25.06.2013 09:37 von flhah

Inhaltliche Ergänzung

Wenn man es schafft, die Kosten des ÖPNV zu senken, könnte auch die Grundsteuererhöhung geringer ausfallen. Ein Weg, der bereits beim Zugverkehr in NRW erfolgreich durchgeführt wird, ist die Ausschreibung und Vergabe von Linien an private Anbieter. Mein Vorschlag dazu hier: https://haushalt.wuppertal.de/dito/explore?action=basearticleshow&id=343

Der Verschlag ist zusammenhangslos

26.06.2013 22:01 von Martin_Barluschke

Lehnt den Vorschlag ab

Eine Finanzierung des ÖPNVs in Abhängigkeit der Wohnungsgröße und -art eines Bürgers ist inakzeptabel und willkürlich. Man kann hier sicherlich unendlich viele andere Abhängigkeiten erfinden (Höhe des Einkommens, Gewerbesteuer, die Mehrwertsteuer bei einer bundesweiten Ausdehnung der Idee, ...), jedoch gibt es, bei aller Solidaritätsbereitschaft, die sich bereits ausdrückt, indem Tickets für Hartz-IV-Empfänger, Studenten, Schüler, Behinderte und Rentner zu Recht und selbstverständlich vergünstigt sind, für alle anderen nur ein gerechtes Finanzierungssystem, eines welches von jenen mehr Entgelt verlangt, welche die Verkehrsmittel am häufigsten benutzen, und nicht von denen, die in einer größeren Wohnung leben.

Status Quo

27.06.2013 09:54 von JNK

Hallo Herr Barluschke,

man kann sicher trefflich darüber streiten, ob es sinnvoll ist die Finanzierung über die Grundsteuer B durchzuführen, oder ob es nicht eine bessere, "gerechtere" Variante gibt. Allerdings muss dabei auch gesagt werden, dass das Prinzip "wer am meisten fährt, zahlt am meisten" im ÖPNV nicht funktioniert, da er sich selbst nicht trägt. Auch beim Automobilverkehr - der "Konkurrenz" - wird das ja nicht angewendet. Wir leisten uns in Wuppertal zwei defizitäre Verkehrssysteme, die vom Steuerzahler / Kunden der WSW Energie & Wasser AG finanziert werden, unabhängig von der (Häufigkeit der) Nutzung. Der Autoverkehr kostete die Stadt (geschätzt) 145 €/Jahr/Einwohner, der ÖPNV 138,25 €/Jahr/Einwohner. Wir müssen hier dringend tätig werden.

Hohe Grundsteuer = Unattraktiv für junge Familien

26.06.2013 23:25 von Kah

Lehnt den Vorschlag ab

Vorweg:
Ich zahle die außerordentlich hohen Wuppertaler Grundsteuern und nutze den ÖPNV praktisch überhaupt nicht, da er auf den von mir benötigten Strecken/Zeiten nicht existiert oder sehr unattraktiv ist (ich arbeite nicht in Wuppertal).

1.
Schon jetzt ist der Standort Wuppertal unattraktiv für junge Familien mit gutem Einkommen, da die Gebührenlast hoch und Wohnwert + Leistungen niedrig sind.

Wuppertal steht hier mittlerweile in einem spürbaren Wettbewerb mit Düsseldorf und den angrenzenden Kreisen.

2.
Wenn die Einnahmen für den ÖPNV nicht mehr erwirtschaftet werden müssen, ist für mich absehbar, dass die Qualität deutlich sinken wird.

3.
Die soziale Gerechtigkeit kann ich nicht erkennen, da es eine sehr willkürliche Umverteilung ist.
Sie berücksichtigen überhaupt nicht, dass es viele Fallkonstellationen gibt, in denen Ihr Modell sogar sehr ungerecht ist.

Anmerkungen

27.06.2013 10:08 von JNK

Hallo kah,

das Angebot des ÖPNV kann erst angepasst werden, wenn die Finanzierung geändert wird. Nach der Ankündigung des Kämmerers wird er demnächst weiter gekürzt.

Zu 1: Familien profitieren vom Solidarischen Nahverkehr, schließlich zahlen sie die Abgaben pro Haushalt. Je größer die Familie, desto geringer der Preis pro Person. Ich bezweifle, das Düsseldorf günstigeren Wohnraum als Wuppertal zu bieten hat, und wer in die Kreise zieht und dort billig wohnt und viel Sprit zahlt, der soll das halt machen.

Zu 2: Das ist in der Tat eine Herausforderung. Hier könnte man mit Ausschreibungen und Pönalen arbeiten, damit Schlechtleistungen wehtun.

Zu 3: Doch berücksichtige ich. Aber ich hatte hier nur 1500 Zeichen um diese komplexe Idee vorzustellen, die übrigens auf dem gleichen Prinzip basiert, wie ihre Idee, die KiGa/KiTa-Gebühren abzuschaffen.
https://haushalt.wuppertal.de/dito/explore?action=basearticleshow&id=660

Es gibt Aufgaben, die wir nur als Gemeinschaft schaffen.

Fahrscheinfreier Nahverkehr

09.09.2013 17:29 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die neuere Rechtsprechung in NRW hat einen Grundsteuerhebesatz von 800 bzw. unter Bedingungen 825% noch als zulässig erachtet. Wie die Gerichte einen noch höheren Hebesatz beurteilen würde, kann niemand abschätzen. Eine ausschließliche Finanzierung des ÖPNV über eine Erhöhung der Grundsteuer dürfte jedoch in jedem Fall unrealistisch sein.

Dies insbesondere auch aufgrund der Tatsache, dass Wuppertal im Rahmen des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr keine eigene Tarifstruktur einführen kann.

Quelle

09.09.2013 17:48 von JNK

Lieber VerwaltungNJ,

können Sie für Ihre Stellungnahme auch Quellen angeben? Da sist für eine Diskussion so unheimlich hilfreich. Ein Aktenzeichen vielleicht? Oder ein Link zu dem Vertrag, der einen Austritt offenbar nicht vorsieht? Zum Thema VRR verweise ich auf eine ältere Antwort des VRR, hat sich die Rechtslage geändert?
http://www.tal-journal.net/2012/07/fahrscheinloser-nahverkehr-geht-auch.html

---

Quelle

17.09.2013 11:03 von VerwaltungNJ

Hallo JNK,

die Rechtslage hat sich nicht geändert, die aktuelle Fassung des ÖPNVG NRW finden Sie hier:
https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?anw_nr=2&gld_nr=9&ugl_nr=93&bes_id=3913&menu=1&sg=0&aufgehoben=N&keyword=ÖPNVG

Ein Austritt Wuppertals aus dem VRR ist von der Stadt derzeit nicht vorgesehen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Ungerechtigkeit

25.09.2013 01:14 von 135797531

Inhaltliche Ergänzung

Ich halte es für durchaus sinnvoll, dass der ÖPNV zum Teil subventioniert wird, um bezahlbar zu sein. Allerdings halte ich es für den falschen Weg, eine Art Zwangsabgabe dafür von jedem Bürger zu verlangen. Wer für die Arbeit und zum Einkaufen auf sein Auto angewiesen ist und so gut wie nie den ÖPNV nutzt, soll Geld pauschal 47 € bezahlen? Dies ist viel zu ungerecht. Für noch ungerechter halte ich es, wenn Besucher/Touristen kein Geld mehr für den ÖPNV zahlen sollten, während jeder heimische Bürger einen Großteil seines Verdienstes zahlen soll. Außerdem ist die Frage, wie stark der ÖPNV ausgebaut werden müsste, um die zusätzlichen Fahrgäste aufzufangen und welche Zusatzkosten zu den angeblich 47€ noch entstehenen würden.

Die Frage der Gerechtigkeit

25.09.2013 10:29 von JNK

Sie können es auch anders sehen. Für die 47€ (Sie haben Recht, man müsste die Kosten natürlich neukalkulieren) erhalten Sie und Ihre Familie nicht nur die Möglichkeit den ÖPNV zu nutzen (man kann damit auch zum Einkaufen fahren, zum Tanzen oder zu Veranstaltungen), sondern Sie entlasten damit zeitgleich die WSW Energie und Wasser AG um 60 Mio. € /Jahr. Diese 60 Mio € können in geringere Strom/Gaspreise investiert und/oder in den Haushalt investiert werden. Stellen Sie sich vor, was man mit 60 Mio. € zusätzlich im Haushalt anfangen könnte. Der Haushaltsausgleich könnte schon 2015 erreicht werden, ab 2016 könnte man Schulden zurückzahlen und das Geld sinnvoller als in Banken investieren. Touristen werden übrigens auch belastet, wenn sie hier übernachten und wenn sie hier einkaufen (Unternehmen zahlen Gewerbesteuer und Grundsteuer B). Wenn das Modell Schule macht, wovon das Wuppertal Institut ausgeht, fahren Sie als Tourist woanders auch fahrscheinfrei oder kostenlos.

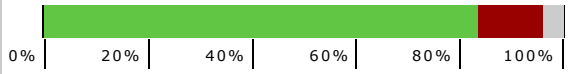
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E045	Geschenkte Brücken: Folgekosten neu regeln	2013-06-21 11:07:47	DieterHofmann	43

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Straßen / Verkehr
Erstellungsdatum:	2013-06-21 11:07:47
Autor:	DieterHofmann

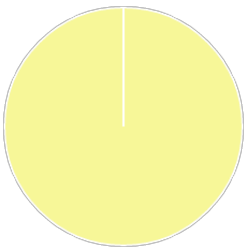
gp.pstatus	grün 7
Vorschlagscode	E045
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	20	3	1	24
Bewertungen (abs.)	83,3%	12,5%	4,2%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Die WZ berichtete im März 2013: „Mit den Eisenbahnbrücken im Stadtgebiet hat Wuppertal unfreiwillig eine hohe Hypothek übernommen. Unter Bahnchef Hartmut Mehdorn waren die Brücken den Kommunen geschenkt worden, ein Schachzug, der die Lasten auf Städten und Gemeinden ablud und Mehdorn selbst beträchtliches Ansehen eintrug. Weil der Coup über den Bund abgewickelt wurde, konnten sich die Kommunen nicht gegen die Schenkung wehren und müssen sich nun mit den Folgekosten plagen.“ http://www.wz-newsline.de/lokales/wuppertal/stadtteile/elberfeld-mitte-west/sonnborn-bruecke-kirchhofstrasse-soll-noch-2013-abgerissen-werden-1.1276492

Diese „Schenkung“ erfolgte zu Zeiten der Großen Koalition. Unsere Bundestagsabgeordneten Manfred Zöllmer und Peter Hintze haben dieser „Schenkung“ zugestimmt. Die Bürger Wuppertals sowie die Stadt sollten diese Politiker vor der kommenden Wahl in die Pflicht nehmen, für eine Übernahme der Folgekosten dieser „Schenkung“ zu sorgen.

Die Verwaltung wird hiermit gebeten, eine vollständige Auflistung der „geschenkten“ Objekte und die bis jetzt bekannten Folgekosten öffentlich bereitzustellen.

CDU thematisert Folgen des Danaergeschenks

21.06.2013 12:06 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Die CDU beschäftigt sich heute in einer aktuellen Pressemitteilung mit den Folgen eines der maroden Brückengeschenke der Bahn an die Stadt. Die Ursache dieses inakzeptablen und für die Stadt problematischen und teueren Zustands wird allerdings nicht benannt.
http://www.njuuz.de/beitrag21027.html

DIW: Bund hat Geld für Infrastrukturinvestitionen

23.06.2013 15:22 von DieterHofmann

Marode Straßen und Brücken: Forscher fordern Milliardeninvestitionen in Infrastruktur

Die Mittel dafür sind nach Einschätzung der Forscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Bundeshaushalt vorhanden. Sie rechnen allein für 2017 mit Haushaltsüberschüssen von 28 Milliarden Euro.
http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/diw-fordert-milliardeninvestitionen-in-infrastruktur-a-907378.html

Folgekosten geschenkter Brücken

09.09.2013 17:45 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Mit der Änderung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes wurden 1994 folgende 16 Brücken in die Unterhaltungslast der Stadt übertragen: Falkenrath/Holtkamp, Markusstraße, Taubenstraße/Heubruch, Clausen/Konsumstraße, Unterer Dorrenberg, Dorp, Gruitener Straße, Nördliche Homannstraße, Südliche Homannstraße, Boltenberg, Kölner Straße, Distelbeck, Hainholz, Hammesberg, Kupferhammer, Oberblombach. (Die Brücke Kirchhofstraße gehört entgegen der fälschlichen Darstellung in der Lokalpresse demzufolge nicht dazu.)

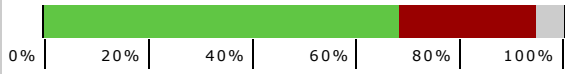
Die Übertragung erfolgte seinerzeit für die Bahn nicht kostenfrei, sondern es wurde ein Abfindungsbetrag von rd. 1,74 Mio.€ an die Stadt Wuppertal als Ausgleich für den Erhaltungszustand der Brücken gezahlt. Bis zum heutigen Zeitpunkt mussten von der Stadt zwei Brücken komplett erneuert und drei Brücken ersatzlos abgebrochen werden. An den anderen Bauwerken fanden übliche Instandsetzungs- und Unterhaltungsarbeiten statt. Zusammen mit den Betriebskosten für die Bauwerksüberwachung und -prüfung sind für Erhaltungskosten an den genannten Brücken bislang ca. 2,55 Mio. € verausgabt worden.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
014	Aufwertung der Stadt durch neues ÖPNV-Konzept	2013-06-13 10:19:50	kirchturm	44

Allgemeine Angaben

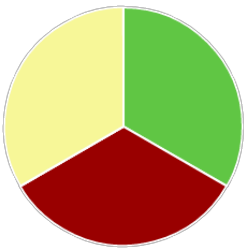
Kategorie:	Stadtentwicklung / Umwelt	gp.pstatus	rot 1
Erstellungsdatum:	2013-06-13 10:19:50	Vorschlagscode	014
Autor:	kirchturm	Stadtteil	Barmen
		Typ	Ausgabevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	26	10	2	38
Bewertungen (abs.)	68,4%	26,3%	5,3%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	5		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	4	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Trotz großer Armut ist Wuppertal eine sehr schöne Stadt mit reichem Kulturangebot. Hier zu wohnen ist auch wegen der niedrigen Preise für Immobilien attraktiv. Damit es das auch für Leute ist, die in Düsseldorf oder Köln arbeiten, wären drei Maßnahmen sinnvoll und würden sich langfristig "rechnen": 1. Der ÖPNV sollte in Wuppertal generell KOSTENFREI sein, indem jeder Bürger automatisch ein Ticket 2000 Stufe C erhält (Skandinavisches Modell). 2. Die Zugverbindungen sollten sowohl in Richtung Düsseldorf als auch in Richtung Köln direkt von Barmen bzw Oberbarmen aus bestehen. Dies sollte die Stadt mit der Bahn verhandeln. 3. Das neue ÖPNV-Konzept sollte in einer großen Werbekampagne bekannt gemacht werden und die Stadt sollte sich wegen vorbildlichen Umweltschutzes um Fördergelder von Staat bzw. von der EU bewerben.

Abwertung statt Aufwertung

13.06.2013 17:04 von Paetzig

Lehnt den Vorschlag ab

Dieser Vorschlag wertet die Stadt eher ab als auf. Statt den Zufluss nach Wuppertal zu fördern wird hier der Abfluss in andere Wirtschaftsregionen gestärkt. Dies noch mit einer teuren Werbekampagne zu finanzieren ist kontraproduktiv.

Zugverbindung ab Barmen...

14.06.2013 10:36 von flhah

Inhaltliche Ergänzung

Die RB48 aus Köln wird ab 2016 wieder bis Oberbarmen verlängert :)

Klare Aufwertung

17.06.2013 17:23 von phneutral

Unterstützt den Vorschlag

Es geht hier doch nicht vorrangig um den Abfluss sondern um die allgemeine vor allem innerstädtische Mobilität ohne Kraftfahrzeug. Dieser Vorschlag ist absolut zu befürworten!

Neues ÖPNV-Konzept

09.09.2013 17:32 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Maßnahme 1:
Hier gibt es leider keinen Vorschlag zur Finanzierung des "Skandinavischen Modells". Die Kosten, z. B. für ein Ticket 2000 der Preisstufe C, zu kommunalisieren, ist vor dem Hintergrund der städtischen Haushaltslage nicht machbar.

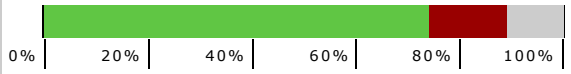
Maßnahme 2:
Zugverbindungen nach Köln und Düsseldorf sind im Nah- bzw. Regionalverkehr bereits heute vorhanden (ab Barmen Bf: RE4, RE13, S8 und RB48; ab Oberbermen Bf: RE4, RE7, RE13, S8, RB48). Die Zuständigkeit liegt beim VRR. Weitere Anbindungen von z. B. Barmen oder Oberbarmen im Fernverkehr sind aufgrund des zu geringen Fahrgastpotenzials unrealistisch.

Maßnahme 3:
Siehe Maßnahme 1.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
A065	Kinderbetreuung während den Ferien	2013-06-25 14:28:34	Buergerin1	45

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Soziales / Jugend / Integration	gp.pstatus	rot 1
Erstellungsdatum:	2013-06-25 14:28:34	Vorschlagscode	A065
Autor:	Buergerin1	Stadtteil	Langerfeld-Beyenburg
		Typ	Ausgabevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	20	4	3	27	
Bewertungen (abs.)	74,1%	14,8%	11,1%	100%	

Kommentare zum Vorschlag

Anzahl der Kommentare	2	**Kategorien**	
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Kinderbetreuung, Soziales

Vorschlagsbeschreibung

Während der Ferien sind die Kindergärten der Stadt geschlossen. Um auch in der Ferienzeit eine Betreuung sicherzustellen (gerade für alleinerziehende Elternteile), sollte die Stadt die Räumlichkeiten der Kindergärten zur Verfügung stellen. Die Betreuung der Kinder könnte dort dann von Tagesmüttern und Ehrenamtlichen erfolgen.

Kinderbetreuung während den Ferien

09.09.2013 17:33 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung	Die Kindergärten sind im Sommer drei Wochen geschlossen. Diese Zeit wird für die jährliche Grundreinigung benötigt. Für die Sommerschließung der städtischen Kindergärten wird eine Notbetreuung in einem Kindergarten im Stadtgebiet angeboten und der tatsächliche Bedarf überprüft. Dabei kommt bisher nur eine Gruppe zusammen, da sich die Eltern auf die Ferienzeit eingestellt haben. Das Angebot wird also nur bedingt nachgefragt.

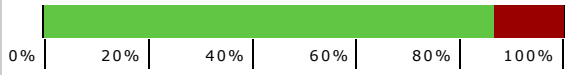
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
A097	Private Unterstützung bei der Umstellung auf energiesparende Beleuchtung	2013-06-28 20:27:22	GuidoGallenkamp	46

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Straßen / Verkehr
Erstellungsdatum:	2013-06-28 20:27:22
Autor:	GuidoGallenkamp

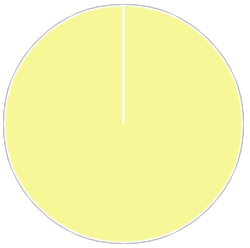
gp.pstatus	grün 2
Vorschlagscode	A097
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Ausgabevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	19	3	0	22
Bewertungen (abs.)	86,4%	13,6%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

Energie, Zuschüsse

Vorschlagsbeschreibung

Die Investitionskosten für den Umbau auf energiesparende Straßenbeleuchtung sind hoch, nebenbei droht die Frist der EU zur Umsetzung in den nächsten Jahren.

Über Privatpersonen oder Bürgervereine könnten die Investitionskosten vorgestreckt werden. Die Ersparnis an den Energiekosten könnte zu 50% an diese Person bzw. den Bürgerverein ausgeschüttet werden. Die anderen 50% gleichen die investitionskosten aus.

Alternativ könnte ein Verein mit der Umrüstung beauftragt werden. Fallen für diese Umrüstung beispielsweise 1.000 Euro an, so erhält der Verein so lange diese 50% der Ersparnis, bis durch die anderen 50% die Investitionskosten gedeckt / abbezahlt sind. Werden beispielweise 250 Euro im Jahr eingespart, so sind die "gewonnenen" Anteile je 125 Euro. Nach 8 Jahren wäre der Umbau bezahlt, der Bürgerverein um 1.000 Euro reicher, die sicherlich dem Lebensumfeld zugute kommen würden.

Eine Anpassung der Laufzeiten und Anteile an den Haushaltsplan und eine Einbeziehung der Laufzeiten der Zuschüsse vom Land etc. wäre denkbar und wünschenswert. So dass z.B. die Ersparnis zu 100% an die Stadt gehen, sobald die Zuschüsse des Landes wegfallen. Priorität ist in jedem Fall die Unterstützung der Stadt durch engagierte Bürger und Vereine.

Da sicherlich für so etwas eine Ausschreibung nötig ist, könnte man das als "Bürgerbeteiligungsprojekt" ausschreiben, an dem Stadt und Bürger gleichermaßen gewinnen.

Quelle: http://forum.wuppertal.de/index.php?page=Thread&threadID=64

Steuern auf Straßenbeleuchtung

04.07.2013 15:00 von GuidoGallenkamp

Inhaltliche Ergänzung

http://www1.wdr.de/themen/infokompakt/nachrichten/nrwkompakt/nrwkompakt18294.html

Neue Zusatzinfo, die noch ins Gewicht fallen wird.

Umstellung auf energiesparende Beleuchtung

09.09.2013 13:09 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen vom Konjunkturprogramm II wurden bereits 8.000 Leuchten durch energieeffizientere ausgetauscht, so dass sich die Amortisationszeit neuer Leuchten durch Stromeinsparung verlängert.

Bei einem Energie-Contracting für die Steigerung der Energieeffizienz bei der Straßenbeleuchtung durch Beteiligung von Bürgern sind für die Wirtschaftlichkeit Faktoren wie Laufzeit, Verzinsung, veraltete ineffiziente Leuchten, Strompreis, Investitionskosten usw. zu berücksichtigen. Die Beispielrechnung von Herrn Gallenkamp bei 1.000 € Investition 250 € jährlich bei den Energiekosten einzusparen ist zurzeit nicht realistisch. Hierfür müsste entweder der Strompreis oder die Energieeffizienz neuer Leuchten deutlich steigen. Die vorgeschlagene Refinanzierung des Kapital (50% Tilgung - 50% Verzinsung) erscheinen für die Stadt ein schlechtes Geschäft.

Um ein sinnvolles Projekt entstehen zu lassen, sind neben geeigneten Leuchtentechnologien auch die Energie-Contracting-Konditionen zu verbessern. Es erscheint sinnvoller lukrative Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung durch andere Finanzierungsformen ((Haushaltsanmeldungen, Fördermaßnahmen, Kredite usw.) zu ermöglichen und die Einsparungen bei den Stromkosten sofort in voller Höhe für den städtischen Haushalt zu erzielen. Ob dieser Vorschlag für die Stadt sinnvoll ist, kann letztlich nur an konkreten Maßnahmen mit den entsprechenden Randbedingungen beurteilt werden. Auch die rechtliche und finanzielle Abwicklung wäre zu prüfen.

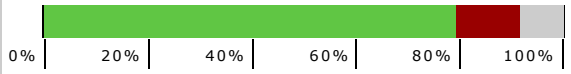
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
A126	Asphaltrecycling statt Schlaglochflickerei	2013-07-02 10:57:01	flhah	47

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Straßen / Verkehr
Erstellungsdatum:	2013-07-02 10:57:01
Autor:	flhah

gp.pstatus	grün 2
Vorschlagscode	A126
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Ausgabevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	19	3	2	24
Bewertungen (abs.)	79,2%	12,5%	8,3%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	2		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Dienstleistungen, Gebühren / Entgelte

Vorschlagsbeschreibung

Wuppertals Straßen sind marode, nach jedem strengeren Winter gibt es viele Schlaglöcher, die notdürftig geflickt werden und im nächsten Winter wieder aufgehen. Das ist mittelfristig nicht kostensparend, sondern ein Kampf gegen Windmühlen.
Alternativ könnte man (vielleicht zusammen mit Solingen/Remscheid -> Bergische Kooperation zur Kostenteilung) eine Asphaltrecyclemaschine anschaffen. Diese nimmt die oberste Asphaltschicht ab, erhitzt und recyclet sie und eine neue, glatte Asphaltdecke entsteht.

http://extratip.de/2012/11/30/aus-alt-mach-neu-asphalt-recycling-als-echte-alternative-fuer-laestige-schlagloecher/

Diese Art der Reparatur hält deutlich länger, die Autofahrer freuts und die Stadtkasse mittelfristig auch.
Zumindest sollte man die Anschaffung so einer Maschine einmal durchrechnen und sich bei Städten informieren, die dieses Verfahren bereits nutzen.

Asphaltrecycling

06.09.2013 10:16 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Das beschriebene Verfahren "Asphaltrecycling in situ" oder "Reshape" stellt sich auf den ersten Blick als kostengünstige Sanierung dar. Allerdings eignet es sich nur für bestimmte Schadensarten. Bei Netzrissen, eine Folge mangelnder Tragfähigkeit, lässt sich mit diesem Verfahren keine dauerhafte Reparatur erreichen. Die Investitionskosten und der Wartungsaufwand für die hoch entwickelte Maschinentechnik sind erheblich.

In Verbindung mit der Personalsituation beim Betriebshof der Stadt Wuppertal ist allenfalls ein "Einkauf" dieser Leistung denkbar. Diese Möglichkeit, oder ob die Beschaffung in der Kooperation mit den Städten Solingen und Remscheid zielführend ist, wird geprüft.

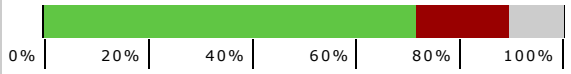
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S035	Lösung des Altschuldenproblems	2013-06-19 15:16:50	DieterHofmann	48

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Finanzen / Steuern
Erstellungsdatum:	2013-06-19 15:16:50
Autor:	DieterHofmann

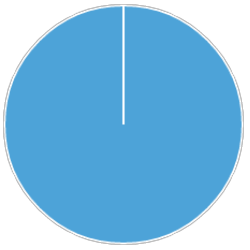
gp.pstatus	grün 8
Vorschlagscode	S035
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	20	5	3	28
Bewertungen (abs.)	71,4%	17,9%	10,7%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	9		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	5	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	3
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Tatsache ist, dass der Schuldenberg der Stadt Wuppertal so eine Größe erreicht hat, dass die Stadt ihn aus eigener Kraft nicht wieder abtragen kann. Dr. Slawig spricht von 70 oder mehr Jahren, die das selbst unter den relativ günstigen Startbedingungen, die der Stärkungspakt Kommunalfinanzen derzeit bietet, dauern würde. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir nicht auf eine solide Haushaltsführung achten müssen, sondern das bedeutet, dass wir gemeinsam – die Stadt, die Parteien und die Bürger – uns mit ähnlich betroffenen Kommunen für eine Altschuldenübernahme durch den Bund einsetzen müssen.

Die CDU Wuppertal fordert in ihrem aktuellen kommunalpolitischen Programm: "Die Altschulden aller Kommunen, die zum großen Teil durch bundes- und landesgesetzliche Vorgaben verursacht worden sind, sollen in einem nationalen Fonds zusammengeführt und gemeinsam entsprechend der Leistungsfähigkeit langfristig zurückgeführt werden."

Vor einigen Jahren kämpfte ein breites Wuppertaler Bündnis in der Organisation "Wuppertal wehrt sich" sowie die Stadt Wuppertal im Verbund mit anderen Kommunen aus NRW im Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden" erfolgreich für mehr Unterstützung durch das Land. Der Stärkungspakt Kommunalfinanzen aus dem über 10 Jahre ca. 500 Millionen Euro nach Wuppertal fließen, ist ein großartiges Ergebnis dieser Anstrengungen.

Jetzt brauchen wie wieder vergleichbare Aktivitäten um die nötige Hilfe des Bundes bei den Altschulden zu erreichen. Was tut die Stadt dafür?

Zur Altschuldenproblematik

20.06.2013 14:47 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

die Stadt Wuppertal wird sich sowohl über die Einschaltung der kommunalen Spitzenverbände als auch über "politische Lobbyarbeit" bemühen, Möglichkeiten für eine zeitnähere Lösung der Altschulden-Problematik zu finden.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Aufstellung extern verursachte kommunale Schulden

21.06.2013 09:40 von DieterHofmann

Ist eine Frage

Stadtdirektor Dr. Slawig benannte kürzlich bei einer Veranstaltung des Kompetenznetz Bürgerhaushalt einige Ursachen der enormen Verschuldung unserer Stadt:
1. Zahlungen in den Solidarpakt Ost bisher insgesamt ca. 300 Millionen Euro.
2. Eigenkapitalverzehr bei der GWG teilweise verursacht durch Korruption.
3. Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips durch Land und Bund
4. Unternehmenssteuerreform um die Jahrtausendwende
5. Hohe Sozialausgaben aufgrund von Bundesgesetzen

Kann die Stadtverwaltung eine Übersicht der größten extern verursachten Schuldenpositionen erstellen, um die berechtigte Forderung nach einer externen Schuldenhilfe argumentativ zu unterstützen?

Schätzungen vorhanden

01.07.2013 17:28 von VerwaltungNJ

Hallo DieterHofmann,

Überschlägige Schätzungen, wie sich Änderungen in Bundes- und/oder Landesgesetzen auf den Wuppertaler Haushalt auswirken, gibt es schon seit 2009. Sie sind auszugsweise sowohl im HSK als auch im HSP zu finden.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Modell für einen Altschuldenfonds

21.06.2013 09:46 von DieterHofmann

Ist eine Frage

Hat sich die Stadtverwaltung mit dem Positionspapier "Raus aus der Altschuldenfalle – Ein Modell für einen Altschuldenfonds zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen" befasst? http://library.fes.de/pdf-files/dialog/09683.pdf Falls ja, mit welchem Ergebnis?

Memorandumgruppe „Raus aus den Schulden"

01.07.2013 17:32 von VerwaltungNJ

Hallo DieterHofmann,

die Stadt Wuppertal hat sich an anderen Stellen, z. B. im Rahmen der Memorandumgruppe „Raus aus den Schulden" mit anderen Städten und Kreisen zusammengeschlossen und auf die schlechte finanzielle Lage und auf die Aussichtslosigkeit, Stichwort „Vergeblichkeitsfalle" aufmerksam gemacht. In Gesprächen mit

Vertretern des Landes haben die Kommunen Hilfe von Bund und Land eingefordert.

Nicht zuletzt auch aus dieser Initiative wurde von Seiten des Landes das Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) am 9. Dezember 2011 verabschiedet.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Bitte beantworten Sie meine Fragen

02.07.2013 10:50 von DieterHofmann

Ist eine Frage

Hallo Stadtverwaltung,
vielen Dank für Ihre Nachrichten. Leider beantworten Sie keine meiner Fragen. Der Erfolg des Bündnis "Raus aus den Schulden" ist mir bekannt, sonst hätte ich es ja nicht zum Ausgangspunkt meiner Argumentation (siehe oben) gemacht. Meine Fragen sind:
1. Kann die Stadtverwaltung eine Übersicht der größten extern verursachten Schuldenpositionen erstellen, um die berechtigte Forderung nach einer externen Schuldenhilfe argumentativ zu unterstützen? (Ihr Hinweis darauf, dass es dazu "auszugsweise" Informationen im HSK und im HSP gibt, ist keine befriedigende Antwort und wird Ihrem eigenen Anspruch auf Transparenz nicht gerecht.)
2. Hat sich die Stadtverwaltung mit dem Positionspapier "Raus aus der Altschuldenfalle – Ein Modell für einen Altschuldenfonds zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen" befasst? http://library.fes.de/pdf-files/dialog/09683.pdf Falls ja, mit welchem Ergebnis?
Vielen Dank im Voraus für eine zeitnahe Antwort!

Antwort

08.07.2013 16:08 von VerwaltungNJ

Hallo DieterHofmann,

Zu 1.: Die größten extern verursachten Schuldenpositionen:

Kommunaler Beitrag Wuppertal zur Finanzierung der einheitsbedingten Lasten FDE: ca. 330 Mio. € seit 1991 bis 2012

Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer: ca. 20 Mio. bis 2012

Mindereinnahme beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer
aufgrund der regelmäßigen Reduzierungen der Schlüsselzahlen: ca. 22 Mio. bis 2012

Krankenhausinvestitionspauschale (incl. Erhöhung des prozentualen
Anteils der Kommunen von 20 auf 40 %): ca. 37 Mio. bis einschl. 2013

Kosten der Unterkunft: diese erhebliche Belastung lässt sich nicht beziffern

Flüchtlinge: diese erhebliche Belastung lässt sich nicht beziffern

Zu 2.: Eine separate Stellungnahme zu dem von Ihnen genannten Positionspapier wurde nicht erstellt. Die Erkenntnisse aus dem Positionspapier sind in dem Diskussionsprozess des Bündnisses „Raus aus den Schulden“ eingeflossen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Lösung des Altschuldenproblems

09.09.2013 17:39 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen der verwaltungsseitigen Stellungnahmen zu den zahlreichen Hinweisen wurde zur Höhe der „extern verursachten Altschulden“ beispielhaft (keinesfalls abschließend) auf die größten Positionen

verwiesen und z. T. auch bewusst auf die Nennung von Beträgen verzichtet.
So hat beispielsweise der Übergang von der „Sozialhilfe/Arbeitslosenhilfe" in die neue Sozialgesetzgebung für die Kommunen zu Änderungen geführt. Diese kann man jedoch nicht beziffern, weil eben nicht exakt darstellbar ist, wie sich die Entwicklung bei einer unveränderten Gesetzeslage ausgewirkt hätte.
Für die damaligen Aktionen des Bündnisses „Raus aus den Schulden" wurden lediglich punktuelle Verschlechterungen für einen begrenzten Zeitraum hochgerechnet bzw. geschätzt, um den inhaltlichen Forderungen durch Zahlen Nachdruck zu verleihen.

Für ein Fortschreiben / Aufaddieren von extern verursachten Verschlechterungen gibt es nach Auffassung der Verwaltungsleitung keine Notwendigkeit, weil hierfür weder ausreichendes Personal zur Verfügung steht noch erkennbar ist, dass ein jahrzehntelanges Aufrechnen zur Lösung unserer Finanzprobleme beitragen könnte.

Stattdessen ist die Verwaltung gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden bemüht, aktuell vorgesehene Gesetzesvorhaben, die trotz zusätzlicher Aufgabenübertragung ohne finanzielle Kostenübernahmen von Bund und Land ins Verfahren gebracht werden sollen, frühzeitig zu verhindern. Hier sei beispielhaft die vom Land NRW vorgesehene Einführung eines inklusiven Schulsystems genannt.

Angesichts der zuletzt erzielten „Erfolge" bei den Hilfen von Bund (Übernahme der Kosten der Grundsicherung für Ältere ab 2014 zu 100 %) und Land (Stärkungspaktgesetz) konzentriert sich die Verwaltungsführung z. Z. darauf, weitere Entlastungen durch die Beteiligung des Bundes an den Kosten von sozialen Leistungen, vor allem im Bereich der Eingliederungshilfe, zu erreichen.

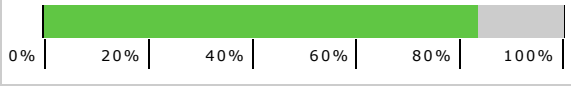
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
A082	»Erprobungsraum Rheinland für innovative, vernetzte Verwaltung« fördern	2013-06-26 23:00:45	phneutral	49

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtverwaltung
Erstellungsdatum:	2013-06-26 23:00:45
Autor:	phneutral

gp.pstatus	grün 5
Vorschlagscode	A082
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Ausgabevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	15	0	3	18
Bewertungen (abs.)	83,3%	0%	16,7%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	2		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Vorschlagsbeschreibung

Die Stadt Wuppertal ist Teil des »Erprobungsraum Rheinland für innovative, vernetzte Verwaltung«.
Die fünf zentralen Aktionsfelder sind »Offene Bildungsinfrastruktur« (Open-Education), »Politische Teilhabe« (E-Governance), »Offene Verwaltungsdaten« (Open Government), mobile sowie vernetzte Verwaltung. Dinge, die eben nicht nur der Verwaltung, sondern auch den Bürger*innen helfen die Prozesse ihre Stadt besser zu verstehen und mitgestalten zu können. Leider ist in der Wuppertaler Verwaltung zur Zeit keinerlei Budget für Verbesserungen in diesem Erprobungsraumfeld vorgesehen, obwohl Open Data an vielen Stellen ein strukturelles Standbein der zukünftigen Gesellschaft sein muss. Die Open Data Initiative Wuppertal (Opendatal) setzt sich im Dialog mit der Stadt dafür ein das Erprobungsraumfeld mit Leben zu füllen. Doch auch auf Seiten der Stadt müssen entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt und Paradigmen im Verwaltungsprozess propagiert werden.

Erprobungsraum Rheinland für innovative, vernetzte Verwaltung

09.09.2013 14:40 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Es ist richtig, dass sich die Stadt Wuppertal innerhalb des Erprobungsraums Rheinland für innovative, vernetzte Verwaltung engagiert. Zu dem Thema Mobile Government hat Wuppertal sogar die Federführung übernommen. Des Weiteren ist Wuppertal engagiert im KDN – dem Dachverband der kommunalen IT-Dienstleister in NRW und in der Oberbürgermeister-Initiative zur Kooperation der nordrheinwestfälischen Großstädte unter Münsteraner Leitung zur Umsetzung verschiedener eGovernment-Projekte. Hier wird die gemeinsame Vorgehensweise zur Umsetzung des nationalen eGovernmentstrategie-Gesetzes (NEGS), das dieses Jahr von Bundestag und Bundesrat verabschiedet worden ist, geplant und soweit möglich auch gemeinsam umgesetzt.

Für den Erprobungsraum Rheinland und die anderen Initiativen steht ein - wenn auch nicht gesondert ausgewiesenes - Budget zur Verfügung. Das Investitionsbudget ist in den zentralisierten Haushaltsmitteln für die technikunterstützte Informationsverarbeitung enthalten. Jedoch muss festgehalten werden, dass auch hier die Spielräume für innovative Maßnahmen in Richtung eGovernment knapper werden.

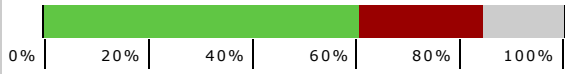
Zusätzliche Personalressourcen für neue Aufgaben wie z.B. OpenData jedoch können bei dem zwingenden Stellenabbau weder temporär noch dauerhaft zur Verfügung gestellt werden. Eine Refinanzierung aus der Prozessoptimierung bei eGovernment-Projekten oder durch Entlastung an anderer Stelle (z.B. Datenaufbereitung durch OpenData-Initiativen) hält die Stadt Wuppertal jedoch für möglich. Deswegen wird auch dieser Ansatz konsequent weiterverfolgt.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S029	Solardach auf der Schwimmoper	2013-06-18 10:59:37	AT	50

Allgemeine Angaben

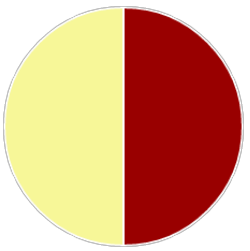
Kategorie:	Stadtentwicklung / Umwelt	gp.pstatus	grün 5
Erstellungsdatum:	2013-06-18 10:59:37	Vorschlagscode	S029
Autor:	AT	Stadtteil	Elberfeld
		Typ	Ausgabevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	23	9	6	38
Bewertungen (abs.)	60,5%	23,7%	15,8%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	5		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	4	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

Energie, Kultur

Vorschlagsbeschreibung

Die Schwimmoper hat eine sehr große Dachfläche, dieses Gebäude steht daher exemplarisch für alle städtischen Gebäude. Hier lassen sich auf dem gewölbten Flachdach einige Solarpanelle anbringen. Es kann gut sein, dass dann die Schwimmoper im Sommer deutlich mehr Strom produziert als drinnen für Licht, Wasseraufarbeitung, Heizung und Sauna verbraucht wird. Ein Gegenargument wäre der Denkmalschutz - aber ich glaube, da kann man vernünftig darüber reden. Wenn auf dem Dach die Solarzellen flach aufgebracht sind, sind dieser nur aus der Luft und vom Sparkassenhochhaus zu sehen. Evtl. kann man die Solarpanelle so geschickt anbringen, dass das Wuppertal-Logo, dem sog. Wupperwurm zu sehen ist. Das wäre dann eine besondere pfiffige Stadt-Image-Werbung, die dann aus der Luft und später mit Google Maps zu sehen ist.

Leider nicht möglich

27.06.2013 14:34 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

die Idee auf der Schwimmoper eine Solaranlage zu installieren ist bereits vor Beginn der Sanierungsphase geprüft worden. Es trifft zu, dass die gesamte Schwimmoper unter Denkmalschutz steht und es sicherlich nicht einfach geworden wäre eine denkmalgerechte Gestaltung einer solchen Anlage zu ermöglichen. Letztlich ist die Umsetzung einer Solaranlage auf dem Dach aber an den baulichen Gegebenheiten gescheitert. Die Schwimmoper ist in den Jahren 1955 – 57 als Stahlbeton-Binderkonstruktion konstruiert und gebaut worden. Das Leichtbeton- Hängedach ist an Spannseilen an den Binderköpfen der Wandkonstruktionen aufgehängt. Die Berechnungen der Dachstatik haben es gerade noch zugelassen eine erforderliche Dämmung des Daches aufzubringen, weitere Dachlasten sind aber nicht mehr möglich. Leider sind daher Solaranlagen auf diesem Dach auf keinen Fall möglich.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

nicht besonders gut geeignet

24.06.2013 21:27 von benruba

Lehnt den Vorschlag ab

Prinzipiell eine gute Idee, aber die Schwimmoper ist ein Baudenkmal und es gibt genügend andere Dachflächen, die benutzt werden können. Ich glaube das ist auch genau das, was die Denkmalpfleger sagen werden.
Die Dachform ist sehr ungünstig und nicht nach Süden orientiert.
Photovoltaik: ja
auf der Schwimmoper: nein

Bitte folgenden Satz beachten:

06.07.2013 22:34 von flhah

Inhaltliche Ergänzung

"dieses Gebäude steht daher exemplarisch für alle städtischen Gebäude". Ich sehe den Vorschlag als Auftrag zur Prüfung auch anderer städtischer Gebäude, wie den Schulen.

Solardach auf der Schwimmoper

09.09.2013 17:38 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Idee, auf der Schwimmoper eine Solaranlage zu installieren, ist bereits vor Beginn der Sanierungsphase geprüft worden. Es trifft zu, dass die gesamte Schwimmoper unter Denkmalschutz steht und es sicherlich nicht einfach geworden wäre, eine denkmalgerechte Gestaltung einer solchen Anlage zu ermöglichen. Letztlich ist die Umsetzung einer Solaranlage auf dem Dach aber an den baulichen Gegebenheiten gescheitert. Die Schwimmoper ist in den Jahren 1955 – 57 als Stahlbeton-Binderkonstruktion konstruiert und gebaut worden. Das Leichtbeton- Hängedach ist an Spannseilen an den Binderköpfen der Wandkonstruktionen aufgehängt. Die Berechnungen der Dachstatik haben es gerade noch zugelassen eine erforderliche Dämmung des Daches aufzubringen, weitere Dachlasten sind aber nicht mehr möglich. Leider sind daher Solaranlagen auf diesem Dach auf keinen Fall möglich.

Beim Bau von Solaranlagen (sowohl thermischer als auch elektrischer Solaranlagen) haben die infrage kommenden Dächer verschiedene Kriterien zu erfüllen. Zum einen ist die statische Resttragfähigkeit des jeweiligen Daches zu prüfen und zu bewerten. Dies schließt viele ältere Dächer bereits aus, da diese die erforderliche Zusatzlast einer Solaranlage nicht tragen können. Zum anderen ist der Aufbau einer Solaranlage nur dann sinnvoll, wenn die eigentliche Dachhaut neu oder erst vor wenigen Jahren saniert wurde. Ein Ab- und anschließender Wiederaufbau einer Anlage infolge auszuführender Dachreparaturen, wirkt sich sehr negativ auf die Wirtschaftlichkeit aus. Die verbleibenden Dächer sind dann wiederum nur zum Teil an Objekten mit ausreichendem Warmwasserbedarf verortet, so dass sich die Einsatzmöglichkeit weiter reduziert. Im Fall von Fotovoltaikanlagen, stellt sich die Situation zurzeit so dar, dass infolge steuerlicher Modalitäten und zum Teil erheblicher weiterer eforderlicher Infra-strukturmaßnahmen zur Einbindung des Ertrages in die eigene Versorgungsstruktur oder das Netz des übergeordneten Versorgers, sich die wirtschaftliche Umsetzung dieses Anlagentyps überaus schwierig gestaltet. Im

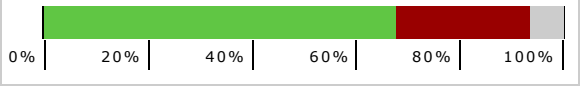
Einzelfall wird dies durch das GMW geprüft und bewertet. In Einzelfällen konnten so bereits beide Anlagentypen realisiert werden.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S043	Gebührenbescheide elektronisch	2013-06-21 09:14:32	dewupp	51

Allgemeine Angaben

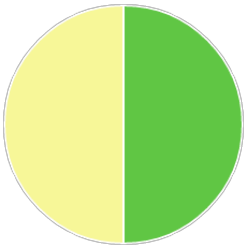
Kategorie:	Stadtverwaltung	Vorschlagscode	S043
Erstellungsdatum:	2013-06-21 09:14:32	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	dewupp	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	21	8	2	31
Bewertungen (abs.)	67,7%	25,8%	6,5%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

Gebühren / Entgelte, Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Könnte man den Bewohnern der Stadt Wuppertal nicht die Möglichkeit geben sich auf der Internetseite der Stadt zu registrieren um Informationen über Neuerungen etc zu bekommen.

Ein Emailversand wäre dann sinnvoll mit dem jeweiligen Hinweis.

Auch Gebührenbescheide könnten dann vom Konto abgebucht werden und im Postfach des Einwohners/in (zum Ausdruck) hinterlegt werden. Große Konzerne in der Privatwirtschaft verschicken ihre Rechnungen und Bescheide ja auch nicht mehr auf dem Postweg, sondern hinterlegen diese nur online.

Die Bürgerinnen und Bürger die diese Variante nicht in Anspruch nehmen möchten bekommen die benötigten Infos natürlich weiterhin per Post.

Save Paper, nutzt die modernen Kommunikationsmöglichkeiten.

Newsletter

21.06.2013 09:25 von dewupp

Inhaltliche Ergänzung

Mir ist bewust das die Stadt mehre EMail Newsletter hat.
Newsletter des OB.
Newsletter amtliche Bekanntmachungen.
Newsletter des Kulturbüros

Elektronische Gebührenbescheide

30.06.2013 19:20 von Ipapitter

Unterstützt den Vorschlag

Elektronischer Versand ja, aber bitte nur auf sicherem Wege durch Nutzung der elektronischen Post wie epost oder de-mail.

Elektronische Gebührenbescheide

09.09.2013 18:03 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die immer weiter fortschreitende Technisierung auch in der öffentlichen Verwaltung legt den Gedanken an einen elektronischen Bescheidversand nahe. Das Steueramt beschäftigt sich daher seit einiger Zeit mit den rechtlichen und technischen Voraussetzungen, unter denen ein solcher Versand stattfinden könnte. Hierbei müssen natürlich insbesondere auch die datenschutzrechtlichen Aspekte berücksichtigt werden. Mittelfristig ist davon auszugehen, dass probeweise bei einer bestimmten Anzahl von Gebührenpflichtigen mit der elektronischen Versendung begonnen werden kann.

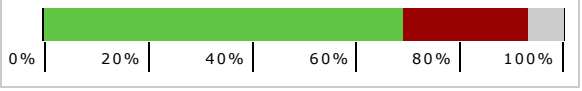
Die Stadt Wuppertal ist verpflichtet, das nationale eGovernment-Gesetz (NEGS) umzusetzen. Dieses schreibt zwingend als sicheren Kommunikationsweg DE-Mail in Kombination mit der eID des nPA (neuer Personalausweis) vor. Auch die Stadt Wuppertal wird diesen sicheren Kommunikationsweg anbieten. Hierzu werden innerhalb des KDN – Dachverbandes der kommunalen IT-Dienstleister in NRW und / oder der Oberbürgermeister-Initiative zur Kooperation der nordrheinwestfälischen Großstädte unter Münsteraner Leitung gemeinsame Lösungen erarbeitet. So braucht synergetisch nicht jeder Teilnehmer die gleiche Infrastruktur aufzubauen.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S059	Sparanreiz in Verwaltung erhöhen	2013-06-24 07:29:09	dewupp	52

Allgemeine Angaben

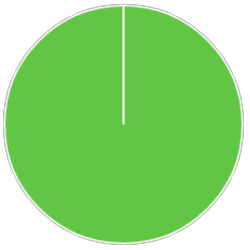
Kategorie:	Stadtverwaltung	Vorschlagscode	S059
Erstellungsdatum:	2013-06-24 07:29:09	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	dewupp	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	20	7	2	29
Bewertungen (abs.)	69%	24,1%	6,9%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Zusage, dass jede Abteilung/Organisationseinheit von jedem am Jahresende eingesparten Euro die Hälfte behalten und selbstbestimmt für abteilungsinterne Zwecke einsetzen darf. Das würde den Anreiz steigern, Ausgabeorgien zum Jahresende ("...Budget verfällt sonst...") vermieden werden und die Bürger würden auch unmittelbar profitieren

Gefahr

25.06.2013 08:14 von GuidoGallenkamp

Unterstützt den Vorschlag

Es muss dabei allerdings gewährleistet sein, dass die Servicequalität des Ressorts / der Abteilung nicht unter den selbst eingeführten Einsparungen leidet. Das setzt voraus, dass die Qualität messbar ist und auch wirklich gemessen wird. Der Sparvorschlag muss sich unterm Strich trotzdem noch rechnen.

Sparanreize in der Stadtverwaltung

09.09.2013 18:04 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

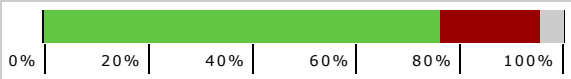
Ausgaben aus dem Wuppertaler Haushalt werden nach dem Prinzip der Notwendigkeit geleistet. Angesichts der seit Jahren bestehenden Nothaushalte und den hiermit einhergehenden Restriktionen gibt es nach Einschätzung der Verwaltung daher keine erheblich vermehrten Ausgaben zum Jahresende. Vielmehr gehen die Beschäftigten der Stadt Wuppertal und die Budgetverantwortlichen in den Abteilungen pflichtgemäß und kostenbewusst mit notwendigen Ressourcen und Anschaffungen und damit mit Ausgaben um. Aus diesen Gründen kann die Umsetzung des Vorschlages einer Bereitstellung von eingesparten Geldern des Vorjahres nicht zum Erfolg führen.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S121	Straßenzustand verbessern	2013-07-01 14:40:55	Buerger1	53

Allgemeine Angaben

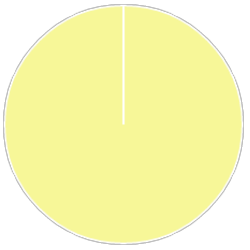
Kategorie:	Straßen / Verkehr	Vorschlagscode	S121
Erstellungsdatum:	2013-07-01 14:40:55	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	Buerger1	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	16	4	1	21
Bewertungen (abs.)	76,2%	19%	4,8%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Die Straßen in Wuppertal sind bekanntermaßen in einem bedauernswerten Zustand. Frostschäden resultieren u.a. auch aus einem vorherigen unfachmännisch ausgeführten Eingriff in den Straßenkörper. Als Straßenbaulastträger genehmigen Sie die Aufbrüche und kontrollieren die fachgerechte Wiederherstellung der Straßen. Leider, so scheint es, geschieht dies nicht überall, oder die Stichproben sind nicht umfangreich genug.

Beispiel:
Eine Firma erstellt Tiefbau für die Wuppertaler Stadtwerke um Netzanschlüsse zu erneuern. Diese Firma erhält eine Beauftragung zur fachgerechten Ausführung der Arbeiten und wird dafür bezahlt. Diese Bezahlung beinhaltet auch einen fachgerechte Wiederherstellung der Straße! Das Geld welches die Stadtwerke an eine externe Firma ausgeben, kann nicht als Gewinn oder Abgabe an die Stadt Wuppertal verbucht werden, ein fremder Unternehmer verbucht dieses Geld auf seiner Habenseite. Um den Gewinn zu maximieren, wird oftmals auf vertraglich zugesicherte Leistungen verzichtet. Dies fällt nur dann auf, wenn kontrolliert wird.

Schauen Sie sich bitte mal die Straße „Zaunbusch" an. Hier wurden Leitungen instandgesetzt und die Straßenoberfläche ist, vermutlich wegen fehlerhafter Verdichtung, an einigen Stellen abgesackt. Die bauausführende Firma hat kassiert, aber nicht geleistet! So etwas gilt es zu vermeiden.

Ergänzung

01.07.2013 14:41 von Buerger1

Inhaltliche Ergänzung

Sofern noch Gewährleistung (üblicherweise 5 Jahre) besteht, sollte dies durch die Stadt Wuppertal gegenüber den Stadtwerken eingefordert und auf Vertragseinhaltung plädiert werden.

Durch ein verschärftes Einfordern von vertraglicher Leistung in angemessener Qualität kann sehr viel (öffentliches) Geld gespart werden.

Straßenzustand

09.09.2013 09:28 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die kommunale Infrastruktur für die Ver- und Entsorgung befindet sich fast ausschließlich unter den öffentlichen Verkehrsflächen. Die Wuppertaler Stadtwerke unterhalten ein 4600 km langes Leitungsnetz für die Entwässerung, Gas und Wasser. Dazu kommen unzählige Kabel für Strom und Telekommunikation.

Es werden jährlich 3000 bis 4000 Aufgrabungen gemeldet. Dazu kommen mehrere hundert unerwartete Störungen. Daher stellen die Aufgrabungen in der Tat einen wesentlichen Faktor bei der Zustandsentwicklung des Wuppertaler Straßennetzes dar.

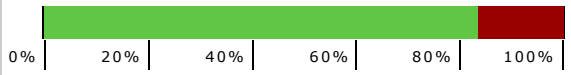
Selbstverständlich findet eine Eigen- und Fremdüberwachung statt. Aufgrund der genannten Fallzahlen hängt es maßgeblich von den verfügbaren Personaleressourcen ab, wie wirksam diese Kontrolle im Ergebnis ist. Unabhängig davon gibt es Handlungsansätze auf organisatorischer Ebene. Zum Beispiel wurde kürzlich das technische Regelwerk verbessert und die handelnden Personen seitens der Wuppertaler Stadtwerke wurden geschult.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S133	Nebenkostenabrechungen sachkundig überprüfen	2013-07-03 01:27:47	DieterHofmann	54

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtverwaltung	Vorschlagscode	S133
Erstellungsdatum:	2013-07-03 01:27:47	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	DieterHofmann	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	15	3	0	18
Bewertungen (abs.)	83,3%	16,7%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Im Jahre 2009 informierte der Mieterbund die Öffentlichkeit, dass etwa 50 Prozent der Nebenkostenabrechnungen falsch und zu hoch seien. Dies habe die Überprüfung bei zahlreichen Wuppertaler Mietern ergeben. Bei Hartz-IV-Empfängern, deren Wohnkosten von Bund und Stadt getragen werden, gehen die überhöhten Nebenkosten in der Regel zu Lasten der Kommune. Das bedeute eine jährlich Belastung für den Kommunalhaushalt in Höhe von etwa 1,6 Millionen Euro durch falsche Abrechnungen bei den Mietnebenkosten. Der Mieterbund bot der Stadt seine Hilfe bei der Abstellung dieses Missstandes an. In Zusammenarbeit mit der Stadt müsse verhindert werden, dass „unseriöse und kapitalgierige Wohnungsgesellschaften die Mieter ausnutzen und überzogene Mietkosten für Hilfeempfänger von der öffentlichen Hand kassieren."

Was wurde seither konkret unternommen, um falsche Nebenkostenabrechnungen zu identifizieren und ungerechtfertigte oder nicht ausreichend begründete Forderungen zurückzuweisen? Welche Einsparungen konnten hierdurch erzielt werden? Welche Maßnahmen müssen noch unternommen werden, um eine durchgängig fundierte Prüfung von den obengenannten Nebenkostenabrechnungen durch die Verwaltung sicherzustellen?

Prüfungen durch das Jobcenter

04.07.2013 13:27 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

durch einen nunmehr stabilen Personalkörper und zusätzliches Personal ist das Jobcenter nach intensiven Schulungen in der Lage eigene Prüfungen vorzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Prüfung von Nebenkostenabrechnungen

06.09.2013 10:01 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

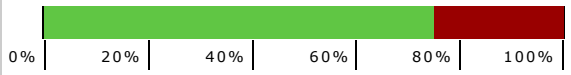
Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 04.07. verwiesen:

Durch einen nunmehr stabilen Personalkörper und zusätzliches Personal ist das Jobcenter nach intensiven Schulungen in der Lage, eigene Prüfungen vorzunehmen.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
A140	Anzahl der Bezirksvertretungen reduzieren	2013-07-03 19:01:30	bnaguib	55

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Finanzen / Steuern	Vorschlagscode	A140
Erstellungsdatum:	2013-07-03 19:01:30	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	bnaguib	Typ	Ausgabevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	15	5	0	20	
Bewertungen (abs.)	75%	25%	0%	100%	

Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Die Basis Organisation der Stadt lässt sich auch mit weniger Bezirksvertretungen ohne Qualitätsverluste organisieren.

Die freigesetzten Gelder sollten in einer konstanten (das ganze Jahr) repräsentativen!!! Bürgerbeteiligung den Bürgern in den Stadtteilen wieder zu Gute kommen.

Bürger sollten hier direkt Projekte vorschlagen können bzw. aus Vorschlägen (Stadtteilbezogen) auswählen können. Die Vorschläge / und Abstimmungen könnten in den jeweiligen Bürgerbüros stattfinden - durch entsprechend zur Verfügung gestellte PC's bzw Eingabeportale realisiert werden.

Das vorhandene Personal könnte hier auch entsprechend Hilfestellung bei Anwendungsproblemen geben!

Man kann darüber nachdenken ob solch ein Budget nicht dynamisiert werden kann.

Vorschläge mit dem Thema Bezirksvertretungen

04.07.2013 22:02 von ModerationVB

Wichtiger Hinweis der Moderation

Liebe Teilnehmenden,

es gibt drei Vorschläge zum Thema Bezirksvertretungen. Es wurde der Wunsch geäußert diese zu einem Vorschlag zusammenzulegen.

Die drei Vorschläge ähneln sich stark, sie sind aber nicht identisch. Es gibt schon zu allen drei Vorschlägen unterschiedliche Bewertungen und Kommentare. Damit die Diskussion transparent nachvollziehbar bleibt, werden die Vorschläge nicht zusammengelegt.

Bitte lesen Sie die einzelnen Vorschläge und Kommentare und entscheiden Sie sich, an welcher Stelle sich sich einbringen möchten. Hier finden Sie die Links zu den anderen Vorschlägen:

Vorschlag: Zahl der Bezirksvertreter reduzieren

Vorschlag: Reduzierung von Rat und der BVen

Vorschlag: Bezirksvertretungen zusammenlegen

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Moderation

Bezirksvertretungen

09.09.2013 18:09 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Vorschlag Nr. 8 der Top 50 verwiesen:

Nach der Gemeindeordnung NRW (§ 35) muss das Stadtgebiet jeder kreisfreien Stadt – wie Wuppertal – in Stadtbezirke aufgeteilt werden. Das Stadtgebiet soll in nicht weniger als 3 und nicht mehr als 10 Bezirke eingeteilt werden.
Der Rat der Stadt hat in unserer Hauptsatzung festgelegt, dass es 10 Stadtbezirke gibt: Elberfeld, Barmen, Oberbarmen, Heckinghausen, Langerfeld-Beyenburg, Ronsdorf, Cronenberg, Uellendahl-Katernberg, Elberfeld-West und Vohwinkel.
Für jeden Stadtbezirk ist eine Bezirksvertretung zu wählen, die aus mindestens 11 und höchstens 19 Mitgliedern besteht. Die Anzahl der Mitglieder in den Bezirksvertretungen orientiert sich in Wuppertal an der Größe (nach Einwohnern) der jeweiligen Stadtbezirke und ist ebenfalls in der vom Rat beschlossenen Hauptsatzung festgelegt worden. So haben die Bezirksvertretungen Elberfeld und Barmen – als größte Stadtbezirke – jeweils 19 Mitglieder; die Bezirksvertretung Ronsdorf beispielsweise hingegen nur 15 Mitglieder. Eine Reduzierung der Anzahl der Mitglieder würde einen Ratsbeschluss erforderlich machen.
Die Bezirksvertretungen entscheiden – soweit der Rat nicht ausschließlich zuständig ist – in allen Angelegenheiten, die nicht wesentlich über ihren Stadtbezirk hinaus gehen, insbesondere in folgenden Angelegenheiten:

- Unterhaltung/Ausstattung der im Stadtbezirk gelegenen Schulen und öffentlichen Einrichtungen
- Angelegenheiten des Denkmalschutzes
- Kulturelle Angelegenheiten des Stadtbezirkes
- Festlegung der Reihenfolge der Arbeiten zum Um- und Ausbau sowie zur Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen
- Betreuung und Unterstützung örtlicher Vereine und Verbände.

Detaillierte Regelungen enthält die Gemeindeordnung NW (§§ 35 – 39) und die Hauptsatzung der Stadt Wuppertal, die im Internet abrufbar ist.

Da die Neufestlegung der Stadtbezirksgrenzen und damit die vorgeschlagene Reduzierung der Stadtbezirke/Bezirksvertretungen rechtzeitig zum Ende der Wahlzeit des Rates erfolgen muss, hat die Verwaltung auch hierzu alternative Vorschläge unterbreitet.
Für eine Reduzierung der Bezirksvertretungen gibt es jedoch aktuell keine politische Mehrheit im Rat der Stadt, so dass auch in der kommenden Kommunalwahlperiode 10 Bezirksvertretungen in Wuppertal bestehen werden (s. Ratsbeschluss vom 07.05.12 zur Drucksache Nr. VO/0114/12: **http://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/vo0050.php?__kvonr=13413&search=1**).

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E038	Strafen für Verschmutzung des Stadtgebietes	2013-06-20 10:39:01	dewupp	56

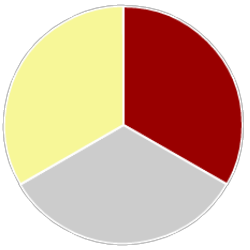
Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtentwicklung / Umwelt	Vorschlagscode	E038
Erstellungsdatum:	2013-06-20 10:39:01	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	dewupp	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	21	12	2	35	
Bewertungen (abs.)	60%	34,3%	5,7%	100%	0% 20% 40% 60% 80% 100%

Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	6		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	4	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	1
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

Gebühren / Entgelte

Vorschlagsbeschreibung

Einführung von Strafen am Beispiel Singapurs. Wenn jemand Kaugummi, Papier oder sonstigen Müll wegwirft sollten extreme Strafen kassiert werden. Damit würde die Stadt wie man in Singapur sieht deutlich aufgeräumter sein.
Um die Wirkung zu erhöhen müssten natürlich zivile Streifen das Verbot kontrollieren.
Mein Vorschlag: 200 Euro Strafe (kann beim 1. Verstoß auf Antrag auf 100 Euro reduziert werden, um in der Einführungsphase soziale Härten abzufedern) für das Wegwerfen von Müll und nichtbeseitigen von Hundekot außerhalb von Mülleimern. Wer die Strafe nicht zahlen kann oder will, könnte z.B. 1 Samstag (8h) beim Auflesen von Müll in Parks helfen oder überfüllte Mülleimer leeren.
Durchsetzung der Strafe durch zivile Streifen.
Jede Wette, dass innerhalb von 12 Monate die Stadt tip top sauber ist. Wer kann hier was dagegen haben? .

ja, aber

20.06.2013 22:36 von AT

Lehnt den Vorschlag ab

Grundsätzlich finde ich das eine gute Idee. Hier hohe Strafen einzuführen (die es m.M. aber auch schon gibt), wenn jemand unsere "schöne Stadt" beschmutzt.

Aber möchte kein Denunziantentum fördern und in Richtung eines Überwachungsstaat gehen. Nicht den Bürger Schritt für Schritt überwachen. Keine Videokameras, die darüber wachen wie der Hund auf dem Bürgersteig kackt.

Jein

21.06.2013 13:33 von GuidoGallenkamp

Sehe ich auch so. Grundsätzlich gut, die erste Strafe schon hoch anzusetzen. Allerdings sind das Wuppertaler Überwachungspersonal und Führungskräfte derart unflexibel, dass die Strafen sehr wahrscheinlich eher zur Füllung des Stadtsäckels statt zur Säuberung der Stadt genutzt werden. Also: Vorschlag gut, aber nicht in Wuppertal.

Ja, aber ...

02.07.2013 17:44 von Raoul-Klein

Ist neutral

es müßten allerdings auch außerhalb der Fußgängerzonen dementsprechend Mülleimer mit Aschenbechern aufgestellt werden!

gehört Sie dat?

07.07.2013 17:29 von bea

Inhaltliche Ergänzung

Strafe ja, aber die verlockt dazu, es (heimlich) doch wieder zu tun - wenn (vermeintlich) niemand hinschaut!

Wichtig wäre auch: Bewusstseinsänderung - auf charmante Art!

Mitnahmeverpackungen zB für Coffee-to-go und zB Joghurtbecher, Bonbonpapier oder Zigarettenkippen gehören ebenso wenig aus dem Autofenster in die Natur "entsorgt" wie leere Wodka-Flaschen und Windelpakete (an Hauptstraße/Autobahnabfahrt sammeln wir das bei Nachbarschaftsmüllsammlungen regelmäßig reichlich ein und fragen: Gehört letzteres zB im Fahrzeug, aus dem es entsorgt wurde???

Ob pfiffige Schilder helfen, weiß ich nicht, es wäre aber einen Versuch wert! Sprüche wie den in der Elberfelder Apotheke sprechen zumindest einige an und prägen sich ein...
s. dazu Mikroprojekt-Ideen:
"Sauber-fant" und "Wir machen sauber - im Sinne der Natur".

Passt nur zT, schärft aber Bewusstsein: zum BauEnergieKompetenzZentrum entwickelte alte Hausausstellung könnte Tipps/Motivation zur regionalen Energiewende vermitteln-für alle

Strafen für Verschmutzung des Stadtgebietes

09.09.2013 18:10 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

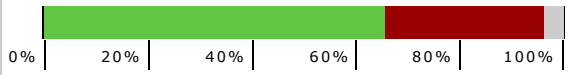
Die Einführung eines mit den Verhältnissen in Singapur vergleichbaren Bußgeldkatalogs scheitert am grundgesetzlich manifestierten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie am Übermaßverbot. Darüber hinaus würde kein Amtsrichter eine Geldbuße von 200 € für weggeworfenes Papier bestätigen, sondern die Buße reduzieren. Dies hätte für die Einnahmen der Stadt Wuppertal den Effekt, dass das Bußgeld in die Landeskasse (nicht in die Stadtkasse) fließt und auf Seiten der Stadt Wuppertal lediglich die Arbeit, nicht aber die Einnahmen verbucht werden.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S075	Schuldenerlass	2013-06-26 14:18:14	minimex	57

Allgemeine Angaben

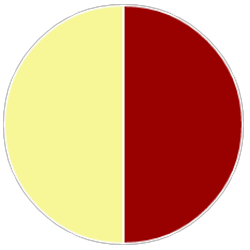
Kategorie:	Finanzen / Steuern	Vorschlagscode	S075
Erstellungsdatum:	2013-06-26 14:18:14	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	minimex	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	17	8	1	26
Bewertungen (abs.)	65,4%	30,8%	3,8%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	5		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Ich plädiere dafür, dass die Stadtspitze, womöglich im Verbund mit anderen Pleitekommunen in NRW, Verhandlungen mit sämtlichen Gläubigerbanken der Stadt Wuppertal aufnimmt, mit dem Ziel einen 50-prozentigen Schuldenerlass zu erzielen. Sollte dazu der politische Mut fehlen, sollte die Stadtspitze unverzüglich die Zahlungsunfähigkeit der Stadt Wuppertal erklären. Sollte dazu der politische Mut fehlen, sollte die Stadtspitze zurücktreten.

Rechtliche Hürden

26.06.2013 17:09 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Falls eine Kommune nicht mehr zahlen kann, haftet das Land. Es gibt aktuell kein kommunales Insovenzrecht. Die Banken, die man um Forderungsverzicht bitten würde, würden entweder auf noch vorhandenes Anlagevermögen der Kommune verweisen, das man doch bitteschön veräußern solle, z.B. die Stadtsparkasse, oder sich an das Land NRW wenden, um sich schadlos zu halten.

Es gibt nur 2 Wege, um die Wuppertaler Schulden loszuwerden:
1. selber abbezahlen (dauert ca. 100 Jahre)
2. Altschuldenfonds beim Bund einrichten und Schulden (zumindest teilweise) dorthin transferieren.
Weiteres dazu sehen Sie bei den Vorschlägen
Lösung des Altschuldenproblems
https://haushalt.wuppertal.de/dito/explore?action=basearticleshow&id=406#topic
und
Sonderbeauftragten für Altschuldenfonds ernennen
https://haushalt.wuppertal.de/dito/explore?action=basearticleshow&id=529#topic

Mut zur Politik

26.06.2013 17:52 von minimex

Sehr geehrter Herr Hofmann,

vielen Dank für Ihren Kommentar.

Ich sehe in absehbarer Zeit keinen Altschuldenfonds und auch nicht die Möglichkeit, die Schulden aus eigener Kraft abzutragen.Was ich sehe,ist, dass weitere Sparprogramme die Stadt tiefer in die Abwärtsspirale ziehen werden.Also muß irgendetwas Revolutionäres, noch nie Dagewesenes her. Dazu bedarf es aber politischen Mutes und Kreativität.Der gordische Knoten wurde durch Gewalt gelöst.Sie schreiben,es gäbe kein kommunales Insolvenzrecht:dann schaffen wir es durch die Macht des Faktischen!Sie schreiben,die Gläubigerbanken würden sich beim Land schadlos halten und auf Veräußerung kommunalen Anlagevermögens pochen.Ich schätze , daß 90 Prozent der Wuppertaler Schulden bei öffentlich-rechtlichen Banken anfallen. Es geht also primär um politische und nicht ökönomische Entscheidungen.Wir brauchen Mut zur Politik!

Wenn das so einfach wäre...

26.06.2013 17:42 von flhah

Lehnt den Vorschlag ab

dann hätten das die Verantwortlichen vermutlich schon gemacht :)

Schuldenerlass

09.09.2013 15:12 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Für den Vorschlag gibt es derzeit keinerlei rechtliche Grundlagen. Deshalb spielt auch die Frage des „politischen Mutes" keine Rolle.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E094	Bessere Werbung für Kulturveranstaltungen	2013-06-28 11:53:37	Eponine	58

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Kultur / Bildung / Sport	Vorschlagscode	E094
Erstellungsdatum:	2013-06-28 11:53:37	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	Eponine	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	12	3	6	21	
Bewertungen (abs.)	57,1%	14,3%	28,6%	100%	0% 20% 40% 60% 80% 100%

Kommentare zum Vorschlag

Anzahl der Kommentare	2	**Kategorien**	
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Kultur, Schwebebahn

Vorschlagsbeschreibung

Kulturveranstaltungen im Tal besser bewerben. Als Beispiel "Kolpings Traum" im Opernhaus. Außer einer kleinen Zeitungsmeldung bisher nichts dazu entdeckt. Wie wäre es mit Werbung im Internet, Kombiangebote (Schwebebahn, Hotels, Restaurants) ?

Werbung für Kulturveranstaltungen

09.09.2013 13:12 von VerwaltungNJ

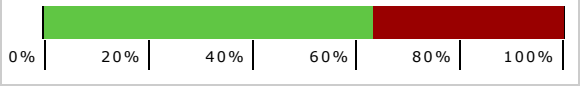
Stellungnahme der Verwaltung	Das Musical Kolping‘s Traum wird von der Fa. Spotlight Musicalproduktion GmbH, Fulda, aufgeführt, vermarktet und beworben. Die Stadt Wuppertal ist nicht Veranstalter. Eine auch von der Stadt gewünschte intensivere Werbung des Veranstalters ist inzwischen wahrnehmbar. Im Zusammenhang mit der zeitgleich im Historischen Zentrum stattfindenden Ausstelllung "Auf, ihr Bürder, reicht die Hand..." zu Adolph Kolping und dem Gesellenverein gibt es einige Kombinationsangebote.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E088	Erhöhung der Gartenpacht	2013-06-27 19:36:47	GER_WUPPI	59

Allgemeine Angaben

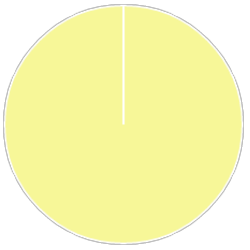
Kategorie:	Sonstiges	Vorschlagscode	E088
Erstellungsdatum:	2013-06-27 19:36:47	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	GER_WUPPI	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	19	11	0	30
Bewertungen (abs.)	63,3%	36,7%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

Gebühren / Entgelte

Vorschlagsbeschreibung

Seit 2004 zahlen die Kleingärtner eine Pacht in Höhe ca. 0,23 € je qm Gartengrundstück. Bei einer durchschnittlichen Gartengröße von 400 qm sind dies 92 € im Jahr bzw. 7,65 € im Monat.
In ihrer Bedeutung haben sich Kleingärten von Nutzgärten zu Freizeiteinrichtungen gewandelt.
Ich schlage vor, die Pacht in vier Teilschritten auf O,50 €/m² zu erhöhen. Dies entspricht einem Jahresbetrag von 200 € = 16,70 € im Monat für die durchschnittliche Gartengröße.
Für die Stadt Wuppertal ergibt sich eine Erhöhung der Einnahmen in Höhe von ca. 1654.000 € im Jahr.

Erhöhung der Gartenpacht

27.06.2013 19:44 von GER_WUPPI

Inhaltliche Ergänzung

Leider ist mir ein Schreibfehler unterlaufen. Die jährliche Einnahmen Erhöhung beträgt ca. 165.000 €

Gartenpacht

09.09.2013 14:30 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Höhe des Pachtpreises für Kleingärten in Wuppertal orientiert sich an der Beurteilung des Gutachterausschusses für Grundstückswerte. Entsprechend wurde in den vergangenen Jahrzehnten regelmäßig der Pachtpreis angepasst. Die Pachtpreiserhöhung muss mit der Aussage des Bundeskleingartengesetzes konform gehen, dass „als Pacht … höchstens der vierfache Betrag der ortsüblichen Pacht im erwerbsmäßigen Obst- und Gemüseanbau, bezogen auf die Gesamtfläche der Kleingartenanlage, verlangt werden" darf. Das Bundeskleingartengesetz lässt das Heranziehen vergleichbarer Gemeinden als Bemessungsgrundlage zu. Die letzte Pachtpreiserhöhung erfolgte 1994 auf den heutigen Wert von 0,205 €/qm.

Ein Vergleich der Pachtpreise mit umliegenden Städten und Gemeinden stellt sich wie folgt dar:

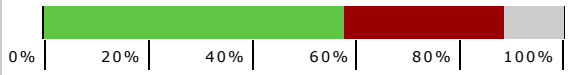
Schwelm 0,07 €/qm
Solingen 0,12 €/qm
Remscheid 0,20 €/qm
Wuppertal 0,205 €/qm
Mettmann 0,23 €/qm
Essen 0,24 €/qm

Bei einer durchschnittlichen Gartengröße von 300 qm ergibt sich derzeit für einen Kleingartenbesitzer ein jährlicher Pachtpreis von 61,50 €. Bei einer Erhöhung des Pachtpreises auf 0,22 €/qm beläuft sich der Pachtpreis auf 66 €. Bei einem Pachtpreis von 0,24 €/qm ergibt sich eine jährliche Pacht in Höhe von 72 €. Bei Betrachtung der Gesamtfläche der Kleingärten würde die Stadt Wuppertal bei einer Erhöhung des Pachtpreises auf 0,22 €/qm Mehreinnahmen in Höhe von 24.975 € erzielen, bei einer Erhöhung auf 0,24 €/qm ergäben sich Mehreinnahmen in Höhe von 58.275 €. Hierbei sind die über den Generalpachtvertrag geregelten 10 % der beim Kreisverband Wuppertal der Kleingärtner e.V. verbleibenden Gebühren für die Deckung seiner Kosten bereits eingerechnet.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S128	Zusammenarbeit mit Remscheid und Solingen	2013-07-02 14:11:21	MiKu	60

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtverwaltung	Vorschlagscode	S128
Erstellungsdatum:	2013-07-02 14:11:21	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	MiKu	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	15	8	3	26	
Bewertungen (abs.)	57,7%	30,8%	11,5%	100%	

Kommentare zum Vorschlag

Anzahl der Kommentare	2	**Kategorien**	
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Die Zusammenarbeit mit den Städten Remscheid und Solingen sollte ausgedehnt werden. Die Aufgabenbereiche sind daraufhin zu untersuchen, ob die Aufgabenerledigung nicht an einer Stelle gemeinsam für alle drei Städte erfolgen kann.
Das Beispiel des Veterinäramtes zeigt, dass man so Geld sparen kann, ohne den Bürger zu belasten.

Bergische Zusammenarbeit

06.09.2013 10:14 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Zusammenarbeit zwischen Remscheid, Solingen und Wuppertal läuft vor dem Hintergrund der schlechten Finanzlage der drei Städte und der gemeinsamen Suche nach Möglichkeiten der Kostensenkung bereits seit vielen Jahren auf den unterschiedlichsten Gebieten. Seit 2004 ist die Zusammenarbeit durch Gründung der Steuerungsgruppe Bergische Zusammenarbeit in eine verbindliche Arbeitsstruktur überführt worden. Die Kämmerer der drei Städte und weitere Mitarbeiter aus den Büros der Oberbürgermeister treffen sich in der Regel vier Mal jährlich, um Projekte der Zusammenarbeit zu starten, zu steuern und umzusetzen. Die drei Stadträte erhalten jährlich Bericht hierüber.

Der letzte Bericht gegenüber dem Rat der Stadt Wuppertal am 12.11.2012 macht deutlich, wie der Stand der bergischen Zusammenarbeit ist und welche Projekte bereits erfolgreich umgesetzt und Teil der täglichen Verwaltungspraxis geworden sind.
Siehe hierzu Ratsdrucksache VO/0717/12
(http://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/vo0050.php?__kvonr=14034&search=1)

Ein entscheidendes Hemmnis für den Start weiterer bergischer Projekte ist die Umsatzsteuerproblematik. Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofes, mit dem geltendes EU-Recht umgesetzt wird, unterliegt interkommunale Zusammenarbeit zukünftig der Umsatzbesteuerung in Höhe von 19%, es sei denn, es handelt sich um die Wahrnehmung von kommunalen Pflichtaufgaben. Dieses Urteil erschwert und bedroht die interkommunale Zusammenarbeit massiv. Bis zur Klärung der zukünftigen steuerlichen Rahmenbedingungen durch die Finanzverwaltungen des Bundes und des Landes und der damit verbundenen wirtschaftlichen Risiken hat es insofern keinen Sinn, neue Projekte in Angriff zu nehmen.

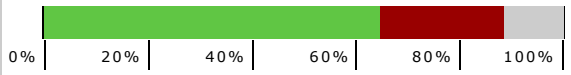
Die finanziellen Verbesserungen der erfolgreich umgesetzten Projekte sind bereits zeitnah in die jeweiligen Haushaltsplanungen eingeflossen.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S153	Schulbusverkehr in Wuppertal	2013-07-05 20:19:14	Besti62	61

Allgemeine Angaben

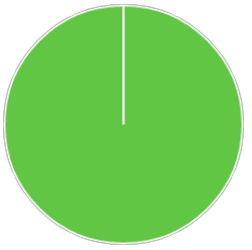
Kategorie:	Straßen / Verkehr	Vorschlagscode	S153
Erstellungsdatum:	2013-07-05 20:19:14	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	Besti62	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	11	4	2	17
Bewertungen (abs.)	64,7%	23,5%	11,8%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3	Unterstützt den Vorschlag	1
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

ÖPNV, Schule

Vorschlagsbeschreibung

Warum findet keine Ausschreibung des Schulbusverkehrs in der Stadt Wuppertal statt.
Eine Ausschreibung ist anderen bergischen Städten und Kreisen obligatorisch.
Ein Einsparungspotential ist so auch ohne Qualitätsverlust möglich.

Nicht nur Schulbusverkehr...

06.07.2013 22:35 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Auch für den restlichen Busverkehr wäre die Ausschreibung sinnvoll!

Schulbusverkehr in Wuppertal

05.09.2013 16:21 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

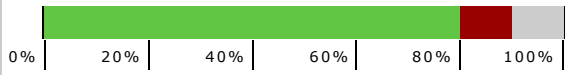
Der Betrieb des freigestellten Schülerverkehrs (Schul- und Schwimmbusbeförderung, sowie Fahrten zu den Standorten der Jugendverkehrsschule) erfolgt auf der Grundlage eines ungekündigten Vertrages. Es werden schultäglich für 7 Grundschulen und 1 Förderschule 12 Schulbuslinien betrieben. Darüber hinaus werden für das Schulschwimmen z. Zt. wöchentlich ca. 35 Buslinien zu den Hallenbädern eingesetzt. Für die Fahrten zur Jugendverkehrsschule sind an den Nutzungstagen bis zu 3 Grundschulen zu befördern.

An eine Kündigung wird auf Grund der für die Stadt günstigen Vertragsbedingungen zurzeit nicht gedacht. Sollten sich diese Bedingungen ändern, wären die Vertragskündigung und die nachfolgende Neuausschreibung entweder als „Komplettpaket" oder einzeln je Linie erforderlich.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
A163	Pina-Bausch-Tanzzentrum	2013-07-07 16:20:54	Jule	62

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Kultur / Bildung / Sport	Vorschlagscode	A163
Erstellungsdatum:	2013-07-07 16:20:54	Stadtteil	Elberfeld
Autor:	Jule	Typ	Ausgabevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	8	1	1	10	
Bewertungen (abs.)	80%	10%	10%	100%	

Kommentare zum Vorschlag

Anzahl der Kommentare	2	**Kategorien**	
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Kultur

Vorschlagsbeschreibung

Geld einnehmen ist nur möglich, wenn auch vorher investiert wurde, nicht nur finanziell, sondern auch durch Ideen, Mut, Weitsicht und vor allen Dingen Gestaltungskraft. Das Schauspielhaus kostete in den 60ziger Jahren über 12 Millionen DM. Rechnet man die Inlfation, Verdienste und die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten, entspricht diese Summe ca. den benötigten 38 Millionen €. Köln und Düsseldorf haben keine eigene Kompanien, so dass hier wunderbar synergistische Kräfte zu bündeln wären. Lokale Experten arbeiten zum Selbstkostenpreis (siehe z.B.Stadthallen-Archtekt Prof. Blazer), die vorhandenen Stifungen werden konzentriert, große Benefiz-Vorstellugen und feste werden organisiert, etc.
Wo bleibt der Mut der Stadtspitze, wo der Genius lock?

Pina-Bausch-Tanzzentrum

05.09.2013 15:17 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Das Plädoyer für die Nutzung des Schauspielhauses als Internationales Tanzzentrum Pina Bausch nimmt Bezug auf die Errichtungskosten der Immobilie zu Beginn der 60er Jahre in Höhe von seinerzeit 12,5 Mio. DM. Die daran anschließende Bezugnahme auf in diesem Zeitraum gestiegene Lebenshaltungskosten, Verdienste etc. sollen die nach einer ersten Schätzung bei 42 Mio. Euro liegenden Baukosten als vergleichsweise angemessen erscheinen lassen.
Gleichwohl ist diese Summe für die Sanierung des Gebäudes aufzubringen. Die derzeitige finanzielle Situation der Stadt Wuppertal im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen lässt eine solche Investition nicht zu.

Auch die Annahme, ortsansässige Architekten würden für das Gebäudemanagement, soweit überhaupt erforderlich, zum Selbstkostenpreis arbeiten, erscheint nicht belastbar. Die Investitionskosten in dieser Höhe sind nicht allein durch eine Zusammenarbeit von Stiftungen und Benefizvorstellungen zu erzielen, sondern nur durch eine finanzielle Förderung von Land und Bund.

Darüber hinaus ist in Betracht zu ziehen, dass der Kern des Problems nicht allein die Aufbringung der Investitionskosten ist, sondern der jährlich anfallenden Betriebskosten. Deshalb ist ja das Schauspielhaus als Theatergebäude der Wuppertaler Bühnen aufgegeben worden, denn der Betriebskostenzuschuss der Stadt Wuppertal an die Bühnen GmbH reicht nicht dafür aus, zwei große Theatergebäude neben der Stadthalle pro Saison zu bespielen.

Zu dem Hinweis auf die Tanzszene in Köln und Düsseldorf ist folgendes anzumerken: Die Stadt Köln unterhält derzeit keine eigene Tanzkompagnie, dies ist in Düsseldorf anders. Hier gibt es mit dem Ballett in der Deutschen Oper am Rhein eine Kompagnie von 48 Tänzerinnen und Tänzern unter der Leitung von Martin Schläpfer. Darüber hinaus gibt es mit dem Tanzhaus NRW unter Leitung von Bertram Müller ein profiliertes Zentrum für den Tanz.

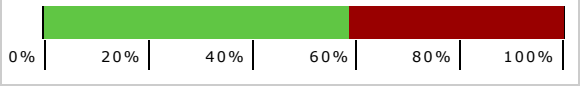
Soweit hier auf mögliche Synergieeffekte im Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit Köln abstellt werden soll, erscheint es vorstellbar, dass für einen Finanzbeitrag der Stadt Köln ein Aufführungskontingent des Tanztheaters Wuppertal eingekauft werden würde, sowie andere Städte weltweit dies derzeit tun. Das Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH hat keinen Mangel an Nachfrage oder Aufführungsorten. Es erscheint jedoch weniger vorstellbar, dass Köln über die regelmäßige Buchung von Aufführungskontingenten im Rahmen einer fiktiven Kooperation hinaus Finanzierungsbeiträge für ein Internationales Tanzzentrum in Wuppertal entrichtet

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S002	Bezirksvertretungen zusammenlegen	2013-06-10 10:46:03	flhah	63

Allgemeine Angaben

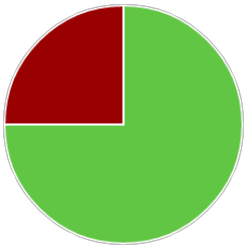
Kategorie:	Stadtverwaltung	Vorschlagscode	S002
Erstellungsdatum:	2013-06-10 10:46:03	Typ	Sparvorschlag
Autor:	flhah		

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	17	12	0	29
Bewertungen (abs.)	58,6%	41,4%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	8		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	6	Unterstützt den Vorschlag	3
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Es wird Zeit, auch in der Politik selbst zu sparen und eine gute Möglichkeit stellen die Bezirksvertretungen da. So gibt es bisher oft einzelne Sitzungen, mit gerade einmal 3-4 Tagesordnungspunkten. Hier kann keiner sagen, dass dies Notwendig wäre. Mein Vorschlag: 6 Bezirksvertretungen (z.B. Barmen, Elberfeld, Vohwinkel, Cronenberg, Ronsdorf, Langenfeld-Beyenburg) müssen reichen.

Vorschläge mit dem Thema Bezirksvertretungen

28.06.2013 16:38 von ModerationMW

Wichtiger Hinweis der Moderation

Liebe Teilnehmenden,

es gibt drei Vorschläge zum Thema Bezirksvertretungen. Es wurde der Wunsch geäußert diese zu einem Vorschlag zusammenzulegen.

Die drei Vorschläge ähneln sich stark, sie sind aber nicht identisch. Es gibt schon zu allen drei Vorschlägen unterschiedliche Bewertungen und Kommentare. Damit die Diskussion transparent nachvollziehbar bleibt, werden die Vorschläge nicht zusammengelegt.

Bitte lesen Sie die einzelnen Vorschläge und Kommentare und entscheiden Sie sich, an welcher Stelle sich sich einbringen möchten. Hier finden Sie die Links zu den anderen Vorschlägen:

Vorschlag: Zahl der Bezirksvertreter reduzieren

Vorschlag: Reduzierung von Rat und der BVen

Vorschlag: Anzahl der Bezirksvertretungen reduzieren

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Moderation

Guter Vorschlag

23.06.2013 21:43 von Ksauerland

Unterstützt den Vorschlag

6 Bezirksvertetungen statt 10 wären möglich. 7 wäre auch schon ein Schritt. CDU und SPD wollen das nicht, weil sie viele altgediente Parteimitglieder haben, die da nicht mitmachen.

Lange überfällig

25.06.2013 13:03 von Hanna

Unterstützt den Vorschlag

Wuppertal hat mehr Bezirksvertretungen als Köln! Diesen Vorschlag hatte OB Jung selbst vor Jahren öffentlich angekündigt und ist dann wohl am Widerstand der vielen Bezirksbürgermeister gescheitert. Da der Stadtrat selbst einstimmigen Beschlüssen der BV nicht folgt oder BV häufig nur Empfehlungen abgeben dürfen, verstehe ich nicht, wieso an der Vielzahl der BV gehangen wird.

Bezirksvertretungen müssen bleiben und gestärkt werden

02.07.2013 18:33 von Holzwurm

Lehnt den Vorschlag ab

Der Vorschlag, die direkte unterste Bezugsebene der Bürger zur Quartierpolitik zusammen zu streichen ist absolut unsinnig. Die Bezirksvertretungen haben eine wichtige Funktion und sollten eher gestärkt als abgeschafft werden. Es werden zur Zeit viel zu viele Entscheidungen einfach in den Rat exportiert, weil sie von überbezirklicher Bedeutung seien. Das ist ein Todschlagargument und gleichzeitig ein wunderbares Steuerungsmodul von Rat und Verwaltung um unliebsame Entscheidungen entweder zu verlagern oder prestigeträchtige Endscheidungen in den Rat zu ziehen. Wie unsinnig diese Vorgehensweise ist, kann man am Beispiel von Solingen sehr gut festmachen. Dieser Vorschlag ist für die Verwaltung natürlich bequemer, da mit weniger Störfeuer zu rechnen ist. Es geht hier aber um Bürgerrechte und die müssen wir behalten und nicht auf Grund von monetären Kleinkrieg opfern, denn wir beschneiden dadurch uns selbst in unseren Rechten

Bezirksvertretungen

09.09.2013 18:11 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Vorschlag Nr. 8 der Top 50 verwiesen:

Verwaltung

Nach der Gemeindeordnung NRW (§ 35) muss das Stadtgebiet jeder kreisfreien Stadt – wie Wuppertal – in Stadtbezirke aufgeteilt werden. Das Stadtgebiet soll in nicht weniger als 3 und nicht mehr als 10 Bezirke eingeteilt werden.
Der Rat der Stadt hat in unserer Hauptsatzung festgelegt, dass es 10 Stadtbezirke gibt: Elberfeld, Barmen, Oberbarmen, Heckinghausen, Langerfeld-Beyenburg, Ronsdorf, Cronenberg, Uellendahl-Katernberg, Elberfeld-West und Vohwinkel.
Für jeden Stadtbezirk ist eine Bezirksvertretung zu wählen, die aus mindestens 11 und höchstens 19 Mitgliedern besteht. Die Anzahl der Mitglieder in den Bezirksvertretungen orientiert sich in Wuppertal an der Größe (nach Einwohnern) der jeweiligen Stadtbezirke und ist ebenfalls in der vom Rat beschlossenen Hauptsatzung festgelegt worden. So haben die Bezirksvertretungen Elberfeld und Barmen – als größte Stadtbezirke – jeweils 19 Mitglieder; die Bezirksvertretung Ronsdorf beispielsweise hingegen nur 15 Mitglieder. Eine Reduzierung der Anzahl der Mitglieder würde einen Ratsbeschluss erforderlich machen.
Die Bezirksvertretungen entscheiden – soweit der Rat nicht ausschließlich zuständig ist – in allen Angelegenheiten, die nicht wesentlich über ihren Stadtbezirk hinaus gehen, insbesondere in folgenden Angelegenheiten:

- Unterhaltung/Ausstattung der im Stadtbezirk gelegenen Schulen und öffentlichen Einrichtungen
- Angelegenheiten des Denkmalschutzes
- Kulturelle Angelegenheiten des Stadtbezirkes
- Festlegung der Reihenfolge der Arbeiten zum Um- und Ausbau sowie zur Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen
- Betreuung und Unterstützung örtlicher Vereine und Verbände.

Detaillierte Regelungen enthält die Gemeindeordnung NW (§§ 35 – 39) und die Hauptsatzung der Stadt Wuppertal, die im Internet abrufbar ist.

Da die Neufestlegung der Stadtbezirksgrenzen und damit die vorgeschlagene Reduzierung der Stadtbezirke/Bezirksvertretungen rechtzeitig zum Ende der Wahlzeit des Rates erfolgen muss, hat die Verwaltung auch hierzu alternative Vorschläge unterbreitet.
Für eine Reduzierung der Bezirksvertretungen gibt es jedoch aktuell keine politische Mehrheit im Rat der Stadt, so dass auch in der kommenden Kommunalwahlperiode 10 Bezirksvertretungen in Wuppertal bestehen werden (s. Ratsbeschluss vom 07.05.12 zur Drucksache Nr. VO/0114/12: **http://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/vo0050.php?__kvonr=13413&search=1**).

Sparen muss wehtun

10.09.2013 08:36 von Vohwinkel2013

Unterstützt den Vorschlag

Die Politik behandelt den Bürger wie eine Melkkuh und jedes neue Finanzloch wird immer wieder auf die Steuerzahler abgewälzt.
Es wird Zeit, das die Politik nicht nur unbequeme Entscheidungen für die Bürger, sondern zur Abwechslung auch mal für sich selbst trifft.
Die Reduzierung der Bezirksvertretungen ist ein Signal der Politik an die Wuppertaler Bürger - man könnte ja ansonsten denken, dass unsere Politiker nur an ihre Pöstchen denken ...

Bezirksvertretung muss sich ganz genau auskennen

25.09.2013 00:27 von 135797531

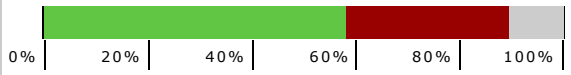
Ich halte es für falsch, wenn die Anzahl der Bezirksvertretungen reduziert wird. Gerade die Abgeordneten der Bezirksvertretung kennen sich gut in ihrem Bezirk aus und wissen um die Probleme, die dort sind. Bei größeren Bezirken befürchte ich, dass womöglich nicht die richtigen Entscheidungen getroffen werden, sondern einfach die Partei, die der Abgeordnete angehört, die Richtung vorgibt. Wenn ein Politker sich aber bestens in seinem Bezirk auskennt, widerspricht er viel eher der Ansicht seiner Partei. Klar kann man und muss man aber auch für eine Reduzierung der Bezierksvertretungen von derzeit 10 auf weniger Bezirksvertretungen stimmen, wenn Wuppertal weiter an Einwohnern verliert. Hat Wuppertal z. B. nur noch 320.000 Einwohner, halte ich 9 Bezirksvertretungen für angebracht.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
150	Kunst und Wuppertal	2013-07-04 22:17:26	Wupperbartsch	64

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Kultur / Bildung / Sport	Vorschlagscode	150
Erstellungsdatum:	2013-07-04 22:17:26	Typ	Einnahmevorschlag
Autor:	Wupperbartsch		

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	11	6	2	19
Bewertungen (abs.)	57,9%	31,6%	10,5%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	2		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Kultur, Stadtentwicklung

Vorschlagsbeschreibung

Wuppertal hat eine grosses anarchisches Kunst und Künstlerpotential . Neue ungewöhnliche Ideen. Fern vom Mainstream, die in Herzstücken Wuppertals Industriegeschichte , tollen alten Gebäuden , im richtigen Rahmen gezeigt werden können. Nutzt dieses Potenzial holt Kunst und Künstler in die Stadt. Pina war nur der Anfang. Das kann Wuppertals Profil werden. Mehr als Zoo und Schwebebahn gibt es allemal! Wege durch Wuppertal, die diese Kunst zeigen. Nach Brüssel pilgern Leute um Comic Szenen auf den Wänden zu sehen. Holt Graffiti Künstler nach Wuppertal. Schafft Kunst, die so ruppig und unbequem ist, wie die Stadt selbst.

Unterstützt die Schaffung von schönen lebenswerten Plätzen. Der Karlsplatz ist an sich schön. Nur treffen sich dort außer Pennern im Moment keine . Der Laurentiusplatz ist Kapital. Aber wo ist ein Spielplatz für Kinder. Der Deweerthsche Garten ist toll. Die anliegenden Cafés der letzte Schrott. Hat Wuppertal kein Interesse solche neuralgischen Punkte zu gestalten?

Kunst in Wuppertal

05.09.2013 16:24 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Vielfalt bringt Qualität, insofern gibt es für zahlreiche Orte in der Stadt unterschiedliche Aktivitäten und Initiativen, die die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt und lenkt. In der Stadt gibt es belebte Orte und Nischen (auch für marginalisierte Personengruppen), die jeweils unter einem spezifischen Focus betrachtet werden müssen. Dies ist ebenfalls sehr stark abhängig von den Fußgängerfrequenzen am jeweiligen Ort. In diesen Kontext ist auch das angesprochene Thema um die Kunst im öffentlichen Raum zu stellen.

Grundlage aller Aktivitäten muss jedoch das Engagement der Privaten und Sponsoren sein. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Projekt StreetArt im TunnelDöppersberg, das überwiegend aus privater Hand initiiert und durchgeführt wurde, bis hin zur gesponserten Verpflegung der Künstler. Das Kulturbüro der Stadt hat das Projekt unterstützt.

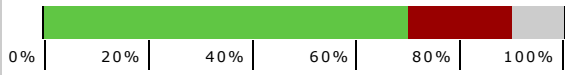
Aufgrund der bekannten Haushaltslage weist dieses Vorgehen den richtigen Weg und kann als gutes Beispiel gesehen werden, wie durch die Kooperation zwischen Stadt und BürgerInnen die Kunst im öffentlichen Raum gefördert werden kann

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
A159	Investition in ehrenamtliche Tätigkeiten	2013-07-06 22:02:18	buerger2025	65

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Finanzen / Steuern	Vorschlagscode	A159
Erstellungsdatum:	2013-07-06 22:02:18	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	buerger2025	Typ	Ausgabevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	7	2	1	10
Bewertungen (abs.)	70%	20%	10%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	2		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Vorschlagsbeschreibung

Jeder Euro, der in ehrenamtliche Tätigkeiten investiert wird, macht sich um ein vielfaches bezahlt.

Die Bürger Wuppaertal sind durchaus gewillt sich zu engagieren. Allerdings brauchen sie die Unterstützung und den Zuspruch der Stadt.

Jeder Euro der hier investiert wird lohnt sich. Ehrenamtliche fangen heute schon viel auf, was die Stadt nicht mehr zu leisten vermag, allerdings darf man die Leute nicht im Regen stehen lassen, sondern muss ihnen zeigen, dass ihre Arbeit geschätzt wird und wertvoll ist.

Negativ-Beispiele wie das Bürgerbad in Vohwinkel sind dabei strikt zu vermeiden. Damit wird ehrenamtliche Tätigkeit im Keim erstickt.

Ehrenamt in Wuppertal

05.09.2013 16:09 von VerwaltungNJ

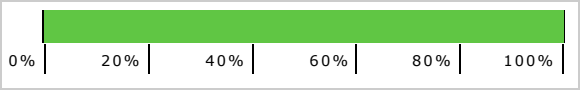
Stellungnahme der Verwaltung	Die Stadt Wuppertal hat sich entscheiden, die Arbeiten im Bereich des Ehrenamtes verstärkt direkt durch die Bürgerschaft selbst erbringen zu lassen. Aus diesem Grund wurde im Februar 2013 das „Zentrum für gute Taten" gegründet. Dort engagieren sich rund 70 ehrenamtlich Tätige in unterschiedlichsten Bereichen für unser Gemeinwesen. Die Stadt Wuppertal stellt unterstützend Personalressourcen. Finanziert wird „Zentrum für gute Taten" allein aus Mitteln der Wuppertaler Bürgerschaft, die auch die einzelnen Maßnahmen und Projekte selbst verabreden und betreiben.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S167	Alle Vorschläge kritisch prüfen	2013-07-08 07:50:50	flhah	66

Allgemeine Angaben

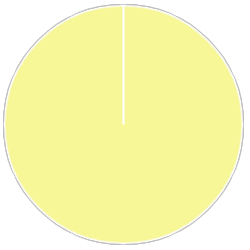
Kategorie:	Stadtverwaltung	Vorschlagscode	S167
Erstellungsdatum:	2013-07-08 07:50:50	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	flhah	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	5	0	0	5
Bewertungen (abs.)	100%	0%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	2
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Mir fällt auf, dass gerade in den letzten Tagen noch viele neue Vorschläge entstanden sind, die es aufgrund der nur noch knappen Teilnahmezeit gar nicht mehr in die Top50 schaffen können. Zudem sind in den Top50 viele ähnlich lautende Vorschläge, z.B. in Bezug auf die OB-Wahlen oder die Bezirksvertretungen, die "Platz" für alternative Vorschläge nehmen. Die Verwaltung sollte deshalb zumindest alle Vorschläge begutachten (zumindest oberflächlich) und sich so zum Einsparen inspirieren lassen.

Auch negativ bewertete Vorschläge weiterleiten

08.07.2013 08:28 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Wenn ich mich recht erinnere wurde die Regel, welche Vorschläge an den Stadtrat weitergeleitet werden, im laufenden Verfahren geändert, ohne dies klar zu kommunizieren. Ursprünglich hieß es die 50 Vorschläge mit den meisten Stimmen sollten weitergegeben werden. Jetzt ist die Regel die, dass die 50 Vorschläge (exklusive Mikroprojekte) mit den meisten Positivstimmen an den Stadtrat weitergeleitet werden sollen.

Allerdings ist es so, dass natürlich auch die Vorschläge, die stark negativ gevoted wurden, eine starke Botschaft für den Stadtrat sind. Es sollte diesem nicht vorenthalten werden, welche Maßnahme er besser nicht ergreifen sollte. Ich schlage deshalb vor, dem Stadtrat auch eine Liste der 10 am meisten abgelehnten (Einnahme-, Ausgabe, Spar-)Vorschläge vorzulegen.

Unabhängig davon schließe ich mich dem obenstehenden Vorschlag von flhah an.

Top50 Rangfolge ist suboptimal

08.07.2013 09:03 von AT

Inhaltliche Ergänzung

Auch sind in der Top50 Vorschläge vorhanden, die aus dem einen oder anderen Grund nicht umgesetzt werden können. Desto mehr lohnt es sich alle Vorschläge auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen.

Die Rangfolge der Top50 kann eigentlich nur ein sekundären Kriterium sein, will man sich das Votum und die Meinung der Bürger ansehen.

Also, Vorschläge auf den hinteren Plätzen einfach zu löschen und nicht von dem Gemium prüfen zu lassen.

Stellungnahmen zu allen Vorschlägen

05.09.2013 14:57 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Aufgrund des geschilderten Sachverhalts hat der Stadtkämmerer bereits zugesagt, dass die Verwaltung zu allen Vorschlägen eine Stellungnahme auf der Beteiligungsplattform einstellen wird. Unverändert sieht die Verwaltung allerdings vor, dem Rat der Stadt eine Stellungnahme zu den „TOP 50 Vorschlägen" im Rahmen einer Drucksache zuzuleiten.

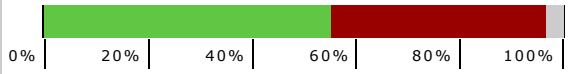
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
A076	Wuppertal wird schöner	2013-06-26 16:09:22	slashtm	67

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtentwicklung / Umwelt
Erstellungsdatum:	2013-06-26 16:09:22
Autor:	slashtm

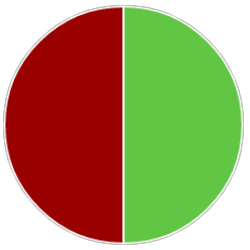
Vorschlagscode	A076
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Ausgabevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	16	12	1	29
Bewertungen (abs.)	55,2%	41,4%	3,4%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Stadtentwicklung

Vorschlagsbeschreibung

Ich bin vor zwei Jahren nach Wuppertal gezogen und habe mich wirklich sehr erschrocken! Ich finde Wuppertal nicht wirklich schön!
Meine Idee wäre, um Wuppertal auch für Touristen interessanter zu gestalten, folgende:
Man könnte die Schwebebahn-Säulen bunt bemalen oder anleuchten, sodass diese auch ein "Hingucker" sind und als wichtigster Punkt von Wuppertal auch schöner anzusehen ist!
Desweiteren finde ich sollte es mehr gefördert werden, dass die Vermieter gefördert werden, die Häuser wieder in einen schönen Zustand zu bringen! Es ist wirklich teilweise kein schöner Anblick! Ich fänd eine Aktion: "Wuppertal wird bunt" z.b. ansprechend!
Wo sich Schulen und Kindergärten daran beteiligen können und Hauswände bemalen oder Stromkästen etc.

Für was darf ich hier meine Bewertung abgeben?

26.06.2013 17:15 von AT

Lehnt den Vorschlag ab

Schwebebahn-Gerüst in Regenbogenfarben - nein. Das war schon immer so grün... und das ist auch schön.

Neuer Anstrich für Häuser - ja. Auf jeden Fall... so viel Förderung wie möglich.

Wuppertal wird schöner

28.06.2013 09:23 von biest_e

Unterstützt den Vorschlag

Den Vorschlag finde ich gut. Die Wuppertaler Stadtwerke haben schon damit angefangen, indem sie Stromkästen durch Graffiti-Künstler verschönern ließen.

Wuppertal wird schöner

09.09.2013 15:11 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

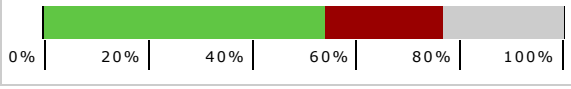
Hierbei handelt es sich um keinen originären Vorschlag mit Bezug zum Haushalt 2014/2015.
Da er jedoch interessante Ideen zur Attraktivitätssteigerung Wuppertals enthält, sollte er im laufenden Prozess der Entwicklungen einer Strategie Wuppertal 2025 aufgenommen und in dem Arbeitskreis „Facettenreich, urbane Lebensräume“ eingesteuert werden.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E137	Ziele und Zielkennziffern am Beispiel Hallenbäder	2013-07-03 14:02:06	DieterHofmann	68

Allgemeine Angaben

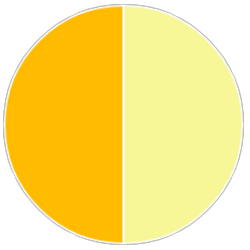
Kategorie:	Kultur / Bildung / Sport	Vorschlagscode	E137
Erstellungsdatum:	2013-07-03 14:02:06	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	DieterHofmann	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	7	3	3	13
Bewertungen (abs.)	53,8%	23,1%	23,1%	100%



Kommentare zum Vorschlag

Anzahl der Kommentare	9	Kategorien	
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	1



Schlagworte

Sport, Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

In den vergangen Jahren wurde zwar sehr viel über Defizite bei den kommunalen Bädern diskutiert, aber man hat offensichtlich versäumt, der Verwaltung angemessene Ziele und ergeizige Zielkennziffern bei der Erbringung des Produkts 4203020 Hallenbäder vorzugeben. Ohne Ziele und ohne Zielkennziffern ist keine angemessene Steuerung möglich.

Vorschlag:
1. Die Versäumnisse der Vergangenheit schnellstmöglich beseitigen.
2. In Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern angemessene Ziele und Zielkennziffern festlegen.

Ziele:
1. Bessere Steuerung.
2. Mehr einnehmen.
3. Weniger ausgeben.

Da die Verwaltung auf dieser Beteiligungsplattform keine einzelnen Produkte darstellt, muss sich der Leser im Dokument https://haushalt.wuppertal.de/dito/explore/Haushaltsplan-2012-2013.pdf?action=openattachment&id=206&attachmentid=92 auf Seite 2239 über die Details meines Vorschlags informieren.

Da sowohl Darstellungsmöglichkeiten als auch -umfang auf dieser Seite stark begrenzt sind, biete ich hier http://www.buergerhaushalt-wuppertal.de/wp/wp-content/uploads/2013/07/13-07-03-Ziele-und-Zielerreichungskriterien-B%C3%A4der.pdf ergänzende und leicht zugängliche Hintergrundinformationen an und bitte die Moderation, diesen Link diesmal nicht zu löschen, sondern sich an der Verfahrensweise beim Beitrag "Solidarisches Bürgeticket" zu orientieren, wo ebenfalls ein Link auf ein externes Dokument mit ergänzenden Informationen zugelassen wurde.

Bitte korrigieren Sie den Link

05.07.2013 01:46 von DieterHofmann

Sonstiges

Sie haben oben hinter diesen Link http://www.buergerhaushalt-wuppertal.de/wp/wp-content/uploads/2013/07/13-07-03-Ziele-und-Zielerreichungskriterien-B%C3%A4der.pdf vermutlich auf Grund eines Bearbeitungsfehlers dieses Dokument https://haushalt.wuppertal.de/dito/explore/Haushaltsplan-2012-2013.pdf?action=openattachment&id=206&attachmentid=92 gelegt. Korrekter Weise müsste der Link den Leser jedoch auf dieses http://www.buergerhaushalt-wuppertal.de/wp/wp-content/uploads/2013/07/13-07-03-Ziele-und-Zielerreichungskriterien-Bäder.pdf führen. Bitte korrigieren Sie Ihren Fehler. Danke im voraus.

Städtische Bäder in Wuppertal

05.09.2013 16:56 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Seit mehr als 10 Jahren sind die Besuche in den städtischen Frei- und Hallenbädern kontinuierlich rückläufig. Neben der demografischen Entwicklung in der Stadt Wuppertal ist dies u.a. auf die Schließung von Hallen-und Freibädern bzw. Übertragung der Bäder an Fördervereine zurück zu führen.

Nach der Aufgabe des Stadtbades Friedrich-Engels-Allee (Kurbad) im Jahre 2005 verfügt der Stadtteil Barmen weder über ein Hallen- noch ein Freibad. Obwohl die verbliebenen fünf Hallenbäder (Schwimmoper, Schwimmsportleistungszentrum, Stadtbad Uellendahl und die Gartenhallenbäder Cronenberg und Langerfeld) in den letzten Jahren zum Teil grundlegend saniert wurden und derzeit technisch und energetisch auf dem neusten Stand sind, fehlt es den Bädern an besonderen Attraktionen (Solebecken, Whirlpools, Rutsche, Strömungskanäle, Wassergleiten, Beckendifferenzierungen mit Wasserfällen, Massagedüsen, Sprudelliegen usw.), die nachweisbar Besucher anlocken.
Es sei aber angemerkt, daß der Betrieb der städtischen Bäder vorrangig eine andere Aufgabe hat. Bäder haben einen hohen Stellenwert für die Gesundheit und Erholung der Bevölkerung.

Die Nutzung der Bäder durch die Öffentlichkeit soll zu sozial verträglichen Eintrittspreisen möglich sein, die Grundversorgung für die Schulen muß gewährleistet sein und sie dienen den Vereinen als Stätten zur Sportausübung und Schwimmausbildung. Das Bäderangebot dient somit unmittelbar der Bevölkerung und der Grundversorgung für Schulen und Vereine.

Eine Maßnahme zur besseren Vermarktung ist mit dem bereits seit Jahren bestehenden umfangreichem Angebot unterschiedlichster Wasserkurse (derzeit ca. 55 Kurse Aqua-Fitness und ca. 25 Kurse im Rehabilitationssport) zu sehen. Ein weiterer Ausbau des Kursangebots und damit eine weitere Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ist gewünscht, scheitert aber derzeit zum einen an der nicht ausreichenden Zahl an Übungsleitern und zum anderen an fehlender Wasserfläche. In diesem Zusammenhang haben sich die Ziele des Bäderamtes, die anhand einer Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW gebildet wurden, bisher als tauglich erwiesen.

Fragen, die sich aus der Stellungnahme der Verwaltung ergeben, Teil 1

14.09.2013 18:42 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Sie schreiben "Bäder haben einen hohen Stellenwert für die Gesundheit und Erholung der Bevölkerung" und weiter "In diesem Zusammenhang haben sich die Ziele des Bäderamtes ... bisher als tauglich erwiesen."

Im Haushaltsplan 2012/2013 gab es ein einziges Ziel für das Produkt "4203020 Hallenbäder". Das Ziel lautete "Erweiterung der angebotenen Aqua-Kurse um 2 pro Jahr".
Die Zielerreichung wollte man anHand dieser Zielkennzahlen messen:
1. Anzahl bezahlter Besuche /qm Wasserfläche
2. Anzahl unbezahlter Besuche / qm Wasserfläche
3. Krankenstand
4. Anzahl der Aquakurse (825A41)
5. Anzahl der Aquakurse (825A42)

Quelle: http://zumlink.de/p6jk

Im Haushaltsplanentwurf 2014/2015 gibt es für das Produkt Hallenbäder das gleiche Ziel wie zuvor. Neu ist, das die Zielkennzahlen reduziert wurden. Jetzt soll nur noch
5. Anzahl der Aquakurse (825A42)
gemessen werden.

Quelle: http://zumlink.de/yp7p

Fragen, die sich aus der Stellungnahme der Verwaltung ergeben, Teil 2

14.09.2013 18:55 von DieterHofmann

Fragen:
1. Verfolgt die Verwaltung mit dem Betrieb der Hallenbäder Ziele, die nicht im Haushaltsplan dokumentiert sind? Falls ja, welche sind das und warum werden sie im Haushaltsplan nicht angegeben?

2. Hat die Verwaltung die Daten zu den Zielkennzahlen
- Anzahl bezahlter Besuche /qm Wasserfläche
- Anzahl unbezahlter Besuche / qm Wasserfläche
- Krankenstand
- Anzahl der Aquakurse (825A41)
seit Einführung des NKF erhoben? Falls ja, können Sie hier öffentlich publiziert werden? Falls nein, warum nicht?

3. Warum wurden die Zielkennzahlen im laufenden Haushaltsplanentwurf von 5 auf nur noch 1 reduziert? Insbesondere angesichts des von der Verwaltung beschriebenen Sachverhalts, dass die Besucherzahlen seit Jahren zurückgingen und dies mit der Schließung der Bäder zusammenhinge, wäre es doch sehr interessant, zu erfahren, wie sich die Besucherzahl je Quadratmeter Wasserfläche entwickelt hat.

4. Ist die Verwaltung bereit, mit den Bürgern über die Aufnahme weiterer Ziele zu diskutieren?

Fragen, die sich aus der Stellungnahme der Verwaltung ergeben, Teil 3

14.09.2013 19:12 von DieterHofmann

5. Auf einen Fragenkatalog zur Optimierung der Steuerung des Produkts "4203020 Hallenbäder" mittels differenzierter Ziele und Kennzahlen zur Zielerreichung antwortete die Verwaltung am 08.07.2013:

"Bei vielen Fragen müssen wir aber selbst erst recherchieren oder uns mit den Vorschlägen näher befassen, denn wir möchten Ihnen qualifizierte Antworten geben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass dies manchmal etwas länger dauert und zum Teil erst nach der Auswertungsphase geschehen kann."
https://haushalt.wuppertal.de/dito/explore?action=lukarticleshow&id=864

Leider ist auch 2 Monate später noch keine Antwort eingetroffen. Ist zeitnah mit einer Antwort auf die dort gestellten sechs Fragen zu rechnen?

6. Wie wird die maximal mögliche Zahl an Aquakursen in Relation zur zur Verfügung stehenden Wasserfläche errechnet? Ist diese Obergrenze in allen Hallenbädern erreicht?

7. Welche weiteren Maßnahmen zur öffentlichen Gesundheitsförderung in den Bädern sind denkbar?

Weitere Nachfragen und Hinweise

30.09.2013 16:54 von VerwaltungNJ

Hallo DieterHofmann,

in der Stellungnahme sind wir bereits auf dieses Thema eingegangen. Auch die weiteren Nachfragen und Hinweise verfolgen wir weiter.

Eine ausführliche Beantwortung ist aber sehr zeitaufwändig und würde den Rahmen dieser Online-Bürgerbeteiligung zum Haushaltsplanentwurf 2014/2015 sprengen.

Die Verwaltung nimmt mit dem Fragensteller Kontakt auf und kümmert sich um die Klärung der angesprochenen Punkte.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Ziele und Kennzahlen bei den Bädern

08.11.2013 15:02 von VerwaltungNJ

Hallo DieterHofmann,

hier die Antworten auf Ihre Fragen:

Zu 1.:
Mit dem Betrieb der Hallenbäder werden auch Ziele verfolgt, die nicht im Haushaltsplan dokumentiert sind. Die Bereitstellung von Bädern ist eine wichtige kommunale Aufgabe im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bäder haben einen hohen Stellenwert für die Gesundheit und Erholung der Bevölkerung und tragen zur Sicherung der Lebensqualität in den Kommunen bei. Sie sind als Stätten zur Sportausübung für Öffentlichkeit, Vereine und Schulen ein unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Infrastruktur.
Im Übrigen wird auf die bereits abgegebene Stellungnahme der Verwaltung verwiesen.

Zu 2.:
- Daten zu der Anzahl bezahlter Besuche je qm Wasserfläche liegen nicht vor
- Daten über die Anzahl unbezahlter Besuche liegen nicht vor
- Daten über den Krankenstand liegen der Verwaltung vor
- Die Anzahl der Aquakurse kann benannt werden

Die Daten könnten nach Vorliegen veröffentlich werden. Bei den Angaben zum Krankenstand sind zusätzlich die Vorgaben des Datenschutzes zu beachten.

Zu 3.:
Eine Reduzierung der Zielkennzahlen bei den Bädern von 5 auf 1 hat nicht stattgefunden. Für das Produkt „Hallenbäder" wurde für die Haushaltsplanung ein Ziele mit einer Kennzahl formuliert. Im HHPlan 2012/2013 wurden nur noch IST-Zahlen von vier alten, nicht mehr benutzten Zielkennzahlen aus dem Jahr 2009 ausgewiesen.

Zu 4.:
Grundsätzlich besteht dazu die Bereitschaft. Voraussetzung wäre, ein entsprechendes Verfahren im Vorhinein abzustimmen.

Zu 5.:
Die Beantwortung der Fragen erfolgte mitlerweile an der entsprechenden Stelle.
https://haushalt.wuppertal.de/dito/explore?action=lukarticleshow&id=864&#2758

Zu 6.:
Die Anzahl von Aquakursen hängt von der zur Verfügung stehenden Wasserfläche und dem notwendigen Personaleinsatz für den gesamten Schwimmbetrieb in den städtischen Bädern ab. Die Anzahl der qualifizierten Übungsleiter ist begrenzt. Eine Errechnung lediglich in Relation der zur Verfügung stehenden Wasserfläche ist ungeeignet.

Eine Obergrenze der Kursangebote ist aufgrund der genannten Rahmenbedingungen erreicht.

Zu 7.:
Neben den Aqua-Kursen werden bereits Kurse im Rehabilitationssport durchgeführt.

Aufgrund der bestehenden Ressourcen sind weitere Maßnahmen nicht geplant.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Kann die Verwaltung ihr Handeln erklären?

01.10.2013 09:21 von DieterHofmann

Hallo VerwaltungNJ,

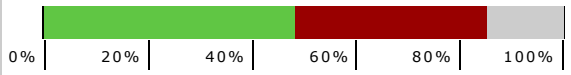
ich habe Ihren Hinweis, dass eine Beantwortung meiner Fragen sehr zeitaufwändig sei und den Rahmen der Online-Bürgerbeteiligung zum Haushalt sprengen würde, zum Anlass genommen, meine Fragen noch einmal zu überprüfen. Die meisten der oben aufgelisteten Fragen scheinen mir sehr einfache Fragen zu sein. In den Fragen 1-3 sowie 6 geht es lediglich darum, dass die zuständige Fachverwaltung ihr Handeln erklärt. Frage 4 bezieht sich auf das Procedere im laufenden Beteiligungsprozess. Ich schlage deshalb vor, dass Sie die einfachen Fragen sofort und die "komplizierte" Frage 7, die vielleicht eine aufwendigere Recherche erfordert, später beantworten.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E042	Energiegewinnung durch Lärmschutzwände	2013-06-21 08:35:04	KarenBluemcke	69

Allgemeine Angaben

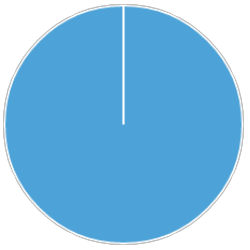
Kategorie:	Straßen / Verkehr	Vorschlagscode	E042
Erstellungsdatum:	2013-06-21 08:35:04	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	KarenBluemcke	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	13	10	4	27
Bewertungen (abs.)	48,1%	37%	14,8%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	1
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Energie

Vorschlagsbeschreibung

An der A46 sollten Lärmschutzwände mit Energiegewinnungsfunktion anfgebaut werden. Mit dieser Kombination kann die Kommune bereits nach vier Jahren Geld verdienen.
Die mit Photovoltaik-Panels ausgestatteten Öko-Lärmschutzwände halten bis zu 80 Jahre [...].

Das wäre eine nachhaltige Form der Energiegewinnung, würde Einküfte bringen und die Lebensqualität der Büger_innen maßgeblich verbessern, denn Lärm ist ein gesundheitsgefährdender Stressor.

Aufgabe der Stadt?

21.06.2013 09:50 von flhah

Ist eine Frage

Hat die Stadt selber was mit den Lärmschutzwänden zu tun oder ist das nicht Aufgabe von StraßenNRW? Wenn ja, dann hat die Stadt da vermutlich nichts zu melden und Ansprüche anzusetzen.

@Verwaltung

26.06.2013 09:55 von flhah

Stimmt das oder ist das Projekt an sich möglich?

Lärmschutzwände an der A46

09.09.2013 18:12 von VerwaltungNJ

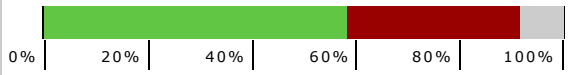
Stellungnahme der Verwaltung

Die Lärmschutzwände an der A46 befinden sich nicht in kommunaler Hand, daher kann die Stadt Wuppertal weder über die Umbauten aus Energiegewinnungsgründen noch über die potentiell daraus resultierenden Einnahmen verfügen

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S157	Für geregeltes Parken in Wuppertal	2013-07-06 15:57:24	Fussel	70

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Straßen / Verkehr	Vorschlagscode	S157
Erstellungsdatum:	2013-07-06 15:57:24	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	Fussel	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	7	4	1	12	
Bewertungen (abs.)	58,3%	33,3%	8,3%	100%	

Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	2		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Vorschlagsbeschreibung

Dieser Vorschlag ist gleichzeitig Spar- und Einnahmevorschlag.

Vielerorts im Stadtgebiet wird von Kraftfahrern widerrechtlich ein Teil des Gehweges mit zum Parken verwendet.
Gehwege sind i.d.R. für den Fußgängerverkehr und nicht für solch hohe Lasten ausgelegt, sodass unnötige Schäden entstehen, die der Stadt Kosten verursachen.
Keine Angst, es geht keine Parkplätze verloren: In seltenen Fällen, in denen durch Gehwegparken zusätzlicher Parkraum entstehen könnte, kann nach Prüfung der baulichen Anlage und der VwV-StVO ggf. einseitiges oder beidseitiges Gehwegparken angeordnet werden, bzw ist es bereits jetzt. In anderen Fällen bietet die Fahrbahn genügend Platz für parkende und fahrende Fahrzeuge.

Des Weiteren ergäben sich hier zusätzliche Einnahmemöglichkeiten durch Bußgelder für Fehlverhalten, welches vom Ordnungsamt heute noch geduldet und so auf Einnahmen verzichtet wird.

Zusammengefasst ergeben sich so Einsparungen durch weniger Gehwegschäden, Einnahmen durch Bußgelder und eine erhöhte Lebensqualität durch Rückgewinnung der Fußgängerfläche für ungestörtes Vorankommen und Flanieren, auch für mobilitätseingeschränkte Personen oder Kinder auf dem Fahrrad.

Gehwegparken

05.09.2013 16:17 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Leider ärgert dieses Thema fast alle Städte. Nach der Straßenverkehrsordnung (StVO) muss am rechten Fahrbahnrand geparkt werden. Aufgrund des immens hohen Parkdrucks wird aber in vielen Straßen entweder nur mit den Reifen, mit der Hälfte, zu ¾ des Fahrzeuges oder voll auf dem Gehweg geparkt. Das geht nicht anders, da ansonsten aufgrund der zu geringen Straßenbreiten in Wuppertal nur auf einer Straßenseite geparkt werden könnte. Dadurch würden etwa die Hälfte aller Parkplätze entfallen.

Als Beispiel sei die Straße „Hombüchel" (Nordstadt) genannt. Wenn dort das Parken – mit Zustimmung von Ordnungsamt und dem Ressort Straßen und Verkehr – nicht geduldet werden würde, stünden nur 50 % der Parkplätze zur Verfügung. Die Straße ist lediglich etwa 6 Meter breit. Da für Rettungswege, Busse, Müllfahrzeuge, LKW und sonstige große Fahrzeuge etc. mindestens 3 Meter Fahrbahnbreite erforderlich sind, kann nicht beidseitig auf der Straße geparkt werden. Da in der Straße jedoch beidseitig etwas auf dem Gehweg geparkt wird, arrangieren sich Autofahrer und Fußgänger. Natürlich sollte immer genug Platz für Fußgänger verbleiben, was aber in der Regel der Fall ist.
Heute werden die Straßen unter ganz anderen Gesichtspunkten ausgebaut und es werden entsprechende Stellplatznachweise gefordert. In sehr verkehrsarmen Straßen wird der Gehweg teilweise sogar zum Parken freigegeben, da die Straße nach heutigen Gesichtspunkten in einen verkehrsberuhigten Bereich ausgebaut werden würde.

Außerdem könnte nach Mitteilung vom Ressort Straßen und Verkehr in vielen Bereich das Gehwegparken legalisiert werden. Dazu sind jedoch nicht nur Beschilderungen oder Markierungen notwendig, unter Umständen muss der Gehweg mit umfangreichen Baumaßnahmen zunächst nach den Vorgaben des Baulastträgers hergerichtet werden. In der Regel stehen keine Gelder zur Verfügung, um Schilder aufzustellen, Markierungen aufzubringen und Baumaßnahmen durchzuführen. Daher wird das Gehwegparken dort geduldet.
Auf die Einhaltung einer Mindest-Gehwegbreite von einem Meter wird allerdings geachtet. In neu ausgebauten Straßen wird das Gehwegparken konsequent geahndet. Das gleiche gilt für Straßen in denen aufgrund der Straßenbreite problemlos – ohne Behinderung des fließenden Verkehrs – auf der Straße geparkt werden könnte.

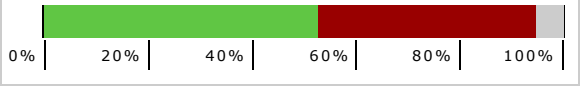
Aus den vorgenannten Gründen muss das Gehwegparken in vielen Bereichen geduldet werden.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E011	Wuppertal - auf dem Weg in die Zukunft!	2013-06-12 02:16:07	bea	71

Allgemeine Angaben

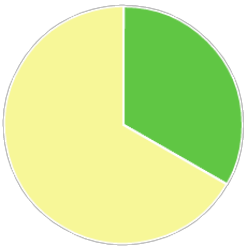
Kategorie:	Stadtentwicklung / Umwelt	Vorschlagscode	E011
Erstellungsdatum:	2013-06-12 02:16:07	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	bea	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	10	8	1	19
Bewertungen (abs.)	52,6%	42,1%	5,3%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	9		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	4	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	2
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

„Tor zur Stadt" - einladend und innovativ, mit Mut zur Zukunft W-Nord: „BauEnergieKompetenz" im Energie-affinen Stadtrandbezirk: Optimal – da hinreichend groß (75 000qm) und mit Potential wäre der etablierte Standort der Ausstellung Eigenheim und Garten, die sich regional vernetzen und hier investieren wollte. Seit über vier Jahrzehnten konnten Besucher „Wohnen erleben" - in ökologisch gebauten Holzhäusern mit effizienter Nutzung erneuerbar erzeugter Energie. Auf parkähnlichem Gelände inmitten gewachsener Natur könnte der langjährige Geschäftspartner die „Energiewende erlebbar machen, Beispiele energetischer Sanierung zeigen und dauerpräsente Energieberatung mit bereits praxistauglichen Energiesparartikeln und innovativen Prototypen rund um die Energiewende, all dies interkommunal - zur Freude von Nachbarkommunen aber auch Anwohner/innen und Land. Die aktuell im Bau befindliche FertighausWelt ist auf ca. 18.000 qm Gelände deutlich kleiner und arg eng. Die – 1974 naturverträglich errichtete - etablierte Hausausstellung wird sie nach nunmehr vier Jahrzehnten nicht annähernd ersetzen können. Raum wäre für beide! Ohne Planungssicherheit muß die etablierte Hausausstellung ihr angestammtes Gelände zum 31.12.2013 räumen und Wuppertal auf lukrative Miet-/Pachteinnahmen und ein echtes Alleinstellungsmerkmal mit Zukunftspotential verzichten. Schade, da eigentlich unnötig. W-West W-Sonnborn/-Vohwinkel: Umnutzung stillgelegter Lichtmasten für Vertikalwindkraftanlagen.

Zu spät..

12.06.2013 09:59 von flhah

Inhaltliche Ergänzung

Die alte Fertighausausstellung geht weg, das ist schon beschlossene Sache... zum Thema Windräder am Sonnborner Kreuz, dies wurde von StraßenNRW (?) bereits abgelehnt, da Autofahrer abgelenkt werden können. Folglich werden beide Vorhaben leider so nicht umsetzbar sein.

...kann sein, muß aber nicht!

12.06.2013 14:05 von bea

Die Ausstellung Eigenheim und Garten geht nicht freiwillig sondern wollte sich regional vernetzen und am etablierten Standort W-Nord investieren. Geht aber nicht ohne Planungssicherheit. Diese wurde ihr per Absichtserklärung(03/2009) pro Neuinvestor sowie Ablehnung der Angebote zu Kauf(06/2009) und Interimsmiete/Investition(09/2011) entzogen - ohne dass ein ergebnisoffener Dialog dazu je stattgefunden hätte - trotz von Anfang an und auch weiterhin deutlicher Kritik / bestehender Unwägbarkeiten. Insbesondere angesichts des den Bezirk völlig umprägenden Mega-Projektes (Einkaufszentrum)im bisher städtischen, zugänglichen Natur-Raum, den nun der Neuinvestor erwerben will m.E. ein Fehler. Ablehnung wegen Ablenkung durch Vertikalwindkraftanlage oben auf Lichtmasten leuchtet mir nicht so recht ein, da die Autobahn zB im Münsterland sogar mitten durch riesige Windparks führt. Gibt es dort nun mehr Unfälle? Lenken Partei-Banner neben der A 46 (Wichl.) oder Riesen-Pilon (Oberb.)nicht auch ab?

Keine Bewertung

12.06.2013 14:32 von flhah

Das sollte keine inhaltliche Bewertung der Vorschläge sein, ob beide Punkte sinnvoll sind oder nicht, der Zug ist glaube ich bei beiden abgefahren. :) Die Hausaustellung kommt nicht mehr zurück (da die damaligen Entscheidungen pro IKEA gefallen sind) und die Windräderentscheidung wurde auch schon gefällt und lässt sich auch mit Bürgerwillen dahinter nicht einfach gegen Straßen NRW durchsetzen. Siehe dazu auch hier: http://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/to0040.php?__ksinr=8399

Einladung zum Dialog

13.06.2013 01:52 von bea

Danke für Anmerkung und Link zur Windkraft im Sonnborner Kreuz. Bewertung hätte ich auch akzeptiert, noch lieber aber den überfälligen Dialog zur konsensfähigen Lösung, die sich auch zur Gemengelage W-Nord erarbeiten ließe. Ergebnisoffen diskutiert werden sollten auch Großprojekte - unabhängig davon, ob/welche Gespräche/Zusagen frühzeitig nicht öffentlich erfolgten. Der Investor will Planungssicherheit. Die Bürger/innen wollen Entscheidungen verstehen und die demokratischen Prozesse dahinter nachvollziehen. Warum Realisierungsrisiko für ein umstrittenes Großprojekt tragen ohne zuvor die Kosten-Nutzen-Analyse und Alternativen wirklich zu kennen? Nach vier Jahrzehnten ab 2014 keine lukrativen Miet-/Pachteinnahmen mehr, Transferleistungen/Aufstocker, Prozeßrisiko (Kosten, Zeit, Außenwirkung), Infrastruktur-/Umwelt-(Folge)Kosten etc. - all dies sollte Bürger/innen und die Gesamtstadt interessieren, da dies ggf. alle schultern müssen. Auch Windkraft auf Lichtmasten wäre den Dialog wert.

Ablenkungsmanöver

17.06.2013 17:33 von phneutral

Wenn Autofahrer bereits von vertikal drehenden Windmasten abgelenkt werden, dann darf wohl demnächst auch niemand mehr über die A2 in Höhe Magdeburg fahren. Ich halte dieses Argument für an den Haaren herbeigezogen und absolut neu verhandelbar.

Besser spät als nie!

07.07.2013 18:51 von bea

Inhaltliche Ergänzung

Schließe mich Kommentar von phneutral an und halte die Begründung zur Ablehnung der Umnutzung von

abgeschalteten Lichtmasten im Sonnborner Kreuz durch (Vertikal-)Windräder für neu verhandelbar - dringend -im Sinne der regionalen Energiewende - für Mensch/Umwelt!

Verhandelbar/ebenso wenig belastbar ist die alternativlose Standortbestimmung für den Möbler! Warum bietet man dem Konzern IKEA den Wunschstandort in W-Nord vorschnell an,
obwohl damit ein langjähriger Partner mit - auch finanziellem - Zukunftspotential verdrängt und eine einmalige interkommunale Chance vertan wird,
obwohl die Machbarkeit bereits 2009 und auch 2013 - wg. struktureller Negativfolgen für Wuppertaler und benachbarte Stadtzentren (s. dazu Untersagungsverfügung/Planungsstopp bis Mitte 2014, zwischenzeitlich gefestigte höchstrichterliche Rechtsprechung), Folge-/Mehrkosten/-Gebühren (wg. demografischem Wandel für jeden einzelnen Wuppertaler), Verkehrs-/Umweltbelastung, Flächenverbrauch ... höchst fraglich ist?

Vorhandene Ressourcen nutzen

07.07.2013 21:31 von TottiWHaushalt

Unterstützt den Vorschlag

Warum sollen die Lichtmasten am Sonnbornerkreuz nicht mit einer neuen Verwendung als Windräder Nutzen finden?

Vorhandene Ressourcen kreativ nutzen spart immens viel Geld. Es heißt immer die Stadt Wuppertal hat kein Geld, aber sehr hohe Schulden. Also bitte, das was da ist konsequent nutzen. Ganz einfach, bevor man wieder neues Geld ausgibt und in 10 Jahren feststellt es ist veraltet und nutzlos.

Stadtführung muss Verantwortung lernen und zwar massivst!!!

Zukunft in Wuppertal-Nord

09.09.2013 18:19 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Entscheidung den IKEA-Homepark auf dem bisherigen Standort der Fertighausausstellung Eigenheim & Garten zu etablieren, ist nach sorgfältiger Alternativenprüfung getroffen worden. Selbstverständlich wurden der Geschäftsführung der Fertighausausstellung Alternativen zum aktuellen Standort angeboten, sie fanden bei dem Betreiber jedoch keine Akzeptanz.

Die Energiewende und das Thema „Bau-Energie-Kompetenz" sind zentrale Themen der Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung. Aufgrund der hohen Bedeutung haben sich die Bergischen Großstädte, Wirtschaft (Stadtwerke und Privatunternehmen) sowie Wissenschaft (Bergische Universität und Wuppertal Institut) in der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz (www.neue-effizienz.de) zusammengefunden. Hier wird u.a. der Bereich „Gebäude und Infrastruktur" intensiv bearbeitet. Ein zentrales Projekt ist die Effizienzhaus-Route.
In einer dezentralen Hausausstellung im Bergischen Städtedreieck werden nachahmenswerte Neubau-Projekte sowie Projekte, die eine Bestandssanierung zum Inhalt hatten, mit allen wichtigen Informationen in einem Katalog zusammengefasst. Durch die Benennung von Ansprechpartnern ist eine zielgenaue Beratung sichergestellt. Das Projekt Effizienzhaus-Route geht im Oktober an den Start.

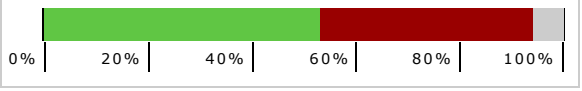
Ein weiteres wichtiges Projekt besteht in der Zusammenarbeit zwischen der neuen Fertighauswelt und der Wissenschaft. Geplant sind Forschungsprojekte mit der Universität in den Bereichen Smart-Grid (intelligentes Stromnetz) und Smart-Home (intelligente Energiesteuerung). Zusammenfassend betrachtet ist Wuppertal und das Bergische Städtedreieck insgesamt in dem Bereich „Bau-Energie-Kompetenz" gut aufgestellt. Durch den Wegfall der Pachteinnahmen entsteht kein wirtschaftlicher Schaden, denn diesen Einnahmen stehen ein höherer Erlös aus dem Verkauf, höhere Gewerbesteuereinnahmen sowie ein höherer Arbeitsplatzeffekt gegenüber.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E106	Mehr Knöllchen schreiben	2013-06-30 16:42:01	Dudu	72

Allgemeine Angaben

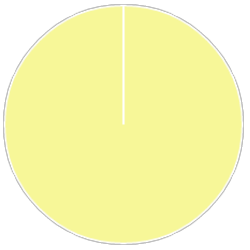
Kategorie:	Finanzen / Steuern	Vorschlagscode	E106
Erstellungsdatum:	2013-06-30 16:42:01	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	Dudu	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	9	7	1	17
Bewertungen (abs.)	52,9%	41,2%	5,9%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

Gebühren / Entgelte

Vorschlagsbeschreibung

Die Einnahmesituation der Stadt kann erheblich verbessert werden, wenn mehr Knöllchen für Falschparker geschrieben werden. Dazu lassen Sie bitte Abschleppen, wo es nur geht.
Die Politessen sollten eine Erfolgsprämie erhalten. Der Tarif für den öffentlichen Dienst (TV-ÖD) lässt eine "Leistungsorientierte Bezahlung" zu. Diese Prämie sollte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zukommen, die die meisten Knöllchen schreiben.

Falschparker

09.09.2013 12:12 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Das Abschleppen eines Fahrzeuges stellt einen massiven Eingriff in die Persönlichkeitsrechte einer Kraftfahrzeugführerin/eines Kraftfahrzeugführers dar. Das Ordnungsamt muss sich daher bei einer derartigen Maßnahme an strenge Vorgaben halten.

Eine leistungsorientierte Bezahlung können tarifgemäß alle Mitarbeiter der Stadt Wuppertal, somit auch die Politessen, erhalten. Eine leistungsorientierte Bezahlung entsprechend des Vorschlages wird geprüft.

Mehreinnahmen nur von kurzer Dauer

25.09.2013 00:55 von 135797531

Inhaltliche Ergänzung

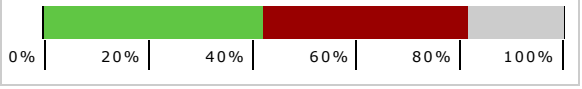
Ich denke, wenn zuviel kontrolliert wird bzw. abgeschleppt wird, halten sich immer mehr Bürger an die Parkregeln, womit es auch immer weniger Falschparker gibt. Am Anfang wird vermutlich viel mehr Geld eingenommen, mit der Zeit aber immer weniger. Irgendwann wird es sogar deutlich weniger Geld an Einnahmen geben, als aktuell. Vielen wird es irgendwann zu teuer, und sie nehmen längere Fußwege in Kauf, anstatt sich in Parkverboten hinzustellen.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E003	Mit niedrigerer Gewerbesteuer zu mehr Arbeitsplätzen	2013-06-10 11:20:47	Ongerbarmer	73

Allgemeine Angaben

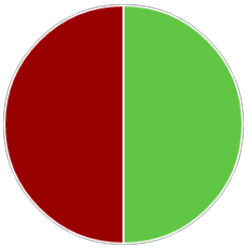
Kategorie:	Finanzen / Steuern	Vorschlagscode	E003
Erstellungsdatum:	2013-06-10 11:20:47	Stadtteil	Uellendahl-Katernberg
Autor:	Ongerbarmer	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	18	17	8	43
Bewertungen (abs.)	41,9%	39,5%	18,6%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Steuern

Vorschlagsbeschreibung

Mit den erheblich verbesserten Standortbedingungen durch Senkung des Gewerbesteuersatzes folgt eine Anpassung der Ansiedlungsstrategie und Flächenpolitik, um in den nächsten Jahren um durch Zuwanderung von Unternehmen die Gewerbesteuereinahmen weiter zu steigern und den wirtschaftlichen Strukturwandel abzuschließen. Derzeit liegt Wuppertal im Ranking der Hebesätze auf einem der letzten Plätze. Kommunen die die Sätze drastisch senkten, konnten über eine erfolgreiche Zuwanderung berichten. Das Ergebnis sind höhere Einnahmen bei der Gewerbesteuer und wesentlich niedrigere Arbeitslosenzahlen. Höhere Einnahmen ermöglichten eine Optimierung der Infrastruktur und Schaffung eines adäquaten Kulturangebotes. Somit eine lebenswerte Stadt. Die praktizierte Umkehrung mit Erhöhung der Gewerbesteuersätze sorgt letztendlich für Mindereinnahmen, Wegfall von Arbeitsplätzen und folglich der gelebten Unzufriedenheit der Bürger.

Gewerbesteuer

21.06.2013 10:04 von hajowup

Unterstützt den Vorschlag

Vollkommen richtig!! Mit geringeren Steuersätzen, z.B auch günstigen Grundstücken lassen sich Unternehmen MOTIVIEREN, nach Wuppertal zu kommen! Gehen wir einen Schritt weiter: Unternehmen haben Miratbeiter, die u.U. nicht in Wuppertal wohnen. Auch sie müssten MOTIVIERT werden nach Wuppertal zu kommen, ein Zuschuß zu den Umzugskosten z.B. wäre eine solche MOTIVATION. Die Leute verdienen Ihr Geld in Wuppertal, warum sollen sie es nicht hier ausgeben?

Wo sollen die Unternehmen denn herkommen ?

23.06.2013 21:40 von Ksauerland

Lehnt den Vorschlag ab

Die Idee funktioniert nur, wenn auch viele Unternehmen nach Wuppertal kommen. Wo sollen sie denn her kommen ? Monheim und Langenfeld profitieren von iher Lage im Speckgürtel von Düsseldorf.
In ganz Deutschland geht das produzierende Gewerbe durch Verlagerung ins Ausland zurück.

Niedrigere Gewerbesteuer

09.09.2013 18:20 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Angesichts der Beschluss- und Genehmigungslage zum Haushaltssanierungsplan 2012 bis 2021 sieht die Verwaltung keine Möglichkeit zur Senkung von Steuern und Gebühren.
Als pflichtiger Teilnehmer nach dem Stärkungspaktgesetz ist die Stadt Wuppertal aufgefordert, alles zu unternehmen, um möglichst ab 2016 dauerhaft den Haushaltsausgleich erreichen zu können. Hierzu tragen in besonderem Maße die vorgenommenen Erhöhungen der Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer bei.

Einer nachträglichen Reduzierung mit dem Ziel der Gewinnung von Familien und/oder zusätzlichen Gewerbebetrieben kann und wird die Aufsichtsbehörde nicht zustimmen.

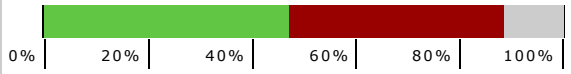
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S089	Kindergärten und freie Träger	2013-06-28 00:27:29	Neubuerger	74

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Soziales / Jugend / Integration
Erstellungsdatum:	2013-06-28 00:27:29
Autor:	Neubuerger

Vorschlagscode	S089
Stadtteil	Uellendahl-Katernberg
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	8	7	2	17
Bewertungen (abs.)	47,1%	41,2%	11,8%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Kinderbetreuung, Soziales

Vorschlagsbeschreibung

Als Neubuerger aus dem Kreis Neuss kann ich die Kindergartenpolitik der Stadt Wuppertal nicht verstehen. Als Vertreter der freien Träger im Kreis Neuss habe ich eine ganz andere enge Zusammenarbeit erfahren. In Dormagen hat man auf jeden Fall versucht, möglichst viele Kindergärten der Stadt in die Trägerschaft freier Träger zu geben, weil es für die Stadt sehr viel kostengünstiger war. Hier erlebe ich eine große Reserviertheit und Bestreben der Stadt, trotz höherer Kosten, Kindergärten selber zu betreiben. In meinem Stadtteil höre ich von Plänen, dass in der Kohlstrasse die Stadt einen Kindergarten bauen will, direkt daneben die im Domagkweg der evangelische Kindergartenverein ebenfalls einen zweigruppigen zu einem viergruppigen ausbauen will, anstatt dass nach einer kostengünstigen Zusammenarbeit gesucht wird, indem man die Trägerschaft Kohlstrasse und Domagkweg zusammenfasst, um das städtische Grundstück Domagkweg bei späteren Rückgang der Nachfrage gut anders vermarkten zu können und in der Kohlstrasse durch den freien Träger Kosten zu sparen. Darüberhinaus würde ich nachhaltiger bauen. In Dormagen hat man zum Beispiel Kindergärten in Wohnhäuser integriert, um sie später zu behindertengerechten Wohnungen zurückbauen zu können, denn absehbar wird der Betreuungsbedarf in einigen Jahren auch wieder abnehmen und wenn nicht, auch gut. Ich sehe als Neubürger noch viel Einsparpotenzial, wenn die Stadt noch mehr auf Subsidiarität setzt und gemeinsam nachhaltig plant!

Freie Träger

01.07.2013 15:18 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

die Stadt fördert freie Träger. Gerne führen wir dazu Gespräche mit Interessenten.
Ihre Ansprechpartner finden Sie hier.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Kindergärten und freie Träger

09.09.2013 14:27 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Dem gesetzlich verankerten Vorrang der freien Träger der Jugendhilfe bei Gestaltung und Betrieb von Einrichtungen, Diensten und Veranstaltungen (Subsidiaritätsprinzip gem. § 4 Abs. 2 SGB VIII) wird seitens der Stadt Wuppertal grundsätzlich Rechnung getragen. Dies gilt ohne Einschränkung auch für den Bereich der Kindertagesbetreuung. Alle Träger werden bei der Planung neuer Einrichtungen umfassend beraten und auf finanzielle Fördermöglichkeiten hingewiesen.

Alleine im letzten Jahr sind zwei neue Einrichtungen von Trägern der freien Jugendhilfe mit fast 100 Betreuungsplätzen für Kinder von 3 Monaten bis zum Beginn der Schulpflicht an den Start gegangen. Für die kommenden Monate wurde außerdem die Inbetriebnahme von zwei neuen Tageseinrichtungen für Kinder und die Erweiterung bestehender Einrichtungen durch freie Träger der Jugendhilfe angezeigt, die das Angebot um weitere 140 Betreuungsplätze erweitern.

Unabhängig hiervon werden auch weiterhin Gespräche mit Investoren und Trägern geführt, die die Schaffung weiterer Betreuungsplätze zum Ziel haben. Da alle diese Anstrengungen der freien Träger der Jugendhilfe jedoch nicht alleine ausreichen, um den gesetzlich vorgesehenen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr langfristig sicherzustellen, werden auch Neu- und Ausbauten von städtischen Tageseinrichtungen nicht zu vermeiden sein. Schon aus Gründen der Wirtschaftlichkeit wird bei den Planungen auch die Möglichkeit von Umnutzungen bedacht.

Dass es keineswegs im Bestreben der Stadt steht, möglichst viele Betreuungsplätze unter städtischer Trägerschaft zu betreiben, lässt sich im Übrigen an den Planungen zur Umsetzung eines Investorenwettbewerbes erkennen. Hierbei ist vorgesehen, städtische Grundstücke an Investoren abzugeben, die sich verpflichten, eine Kindertageseinrichtung zu bauen und an einen freien Träger der Jugendhilfe zu den Bedingungen des Kinderbildungsgesetzes zu vermieten. In einem fachübergreifenden Team wurden die ersten Grundstücke hierfür bereits identifiziert.

Bezogen auf den konkret angesprochenen Planungsbereich Kohlstraße/Domagkweg ist festzustellen, dass sowohl der Ausbau der bestehenden evangelischen Tageseinrichtung Domagkweg als auch der Neubau an der Kohlstraße dringend erforderlich sind, um dem Betreuungsbedarf im Stadtgebiet langfristig nachzukommen. Der Hinweis, dass eine gemeinsame Planung beider Träger kostengünstig sei und die Zusammenlegung der beiden Einrichtungen eine wirtschaftlich sinnhafte Nutzung auch in späteren Zeiten erlauben werde, lässt sich nur im Einzelfall unter Hinzuziehung weiterer Daten prüfen.

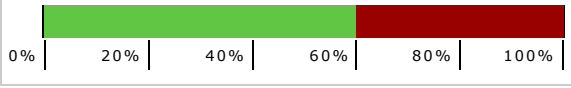
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E165	Willi's Mitmachhaus	2013-07-07 23:32:25	NANK	75

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Soziales / Jugend / Integration
Erstellungsdatum:	2013-07-07 23:32:25
Autor:	NANK

Vorschlagscode	E165
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	3	2	0	5
Bewertungen (abs.)	60%	40%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	2		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Soziales

Vorschlagsbeschreibung

Jugendliche und Erwachsene brauchen eigene Räume, in denen sie in Eigenverantwortung leben, lernen und arbeiten können. Es wird lange schon an kreativen, partizipativen Ansätzen gearbeitet, um Teilnahme am Leben und in den Stadtvierteln zu ermöglichen. Wir denken an ein innerstädtisches Haus oder am Stadtrand mit Raum für Wohnen, Werkstätten und Außenraum. Zustand egal. Eine der leerstehende Liegenschaften nutzen, z.Bsp. Haus Ecke Hochstraße-Ludwigstraße. Wer mag der Eigentümer sein?
Mit Hannelore Krafts Aussagen und Unterstützung "Werte, Wissen, Wachstum" soll im Prozess der Mensch Aufwertung erfahren überhaupt zunächst mal durch Kennenlernen und Entfaltung seines Könnens in der praktischen Anwendung. Kompetenz und Selbstwertgefühl über praxisbezogene Begegnung z.B. mit Gemüseanbau, ernten und kochen. In Gemeinschaft etwas schaffen, ein Haus entrümpeln, Lebensräume planen, Handwerkliches mit verschiedenen Materialien vermitteln und erfahren. Aufgaben, die durch die tägliche praktische Herausforderung von lernen und arbeiten im Miteinander entstehen, erfahren, erleben und lösen. Gemeinschaftliche Werkstätten sind offen für alle in regionaler Eigenversorgung im weitesten Sinne von Inklusion. Teilhabe von Allen an Allem.
Produkte, die aus diesen Prozessen hervorgehen, können höchst individuell und neuartig sein - jenseits der Zwänge von Lohnarbeit oder Hartz IV.
Willi's Mitmachhaus kann ein beispielhafter überregionaler Lernort für tragfähige Wege in die Zukunft werden.

Willi's Mitmachhaus

05.09.2013 16:57 von VerwaltungNJ

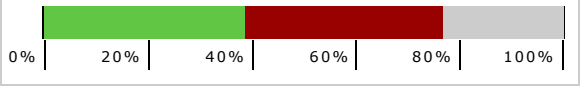
Stellungnahme der Verwaltung	Der betreffende Verein hat sich mit diesem Vorschlag unmittelbar an die Fachverwaltung gewendet. Diese wird dem Gesprächswunsch des Vereins nachkommen.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E122	Sauberkeit der Stadt	2013-07-01 17:23	Orbit	76

Allgemeine Angaben

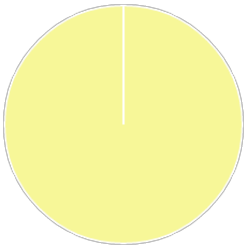
Kategorie:	Sonstiges	Vorschlagscode	E122
Erstellungsdatum:	2013-07-01 17:23	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	Orbit	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	5	5	3	13
Bewertungen (abs.)	38,5%	38,5%	23,1%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Ist es nicht möglich wie in anderen Städten auch,die Strassen mit der
Kehrmaschine zu säubern?
Man braucht dazu nur die vorhandenen
Strassenschilder mit einem zusatz
zu versehen das der betreffende abschnitt zu einer gewissen Zeit
gesäubert wird.Bei nicht einhalten
wir durch den Fahrer der Kehrmaschine ein Ordnungsverfahren(des falsch abgestellten KFZ mit Kennzeichen)
an die Bußgeldstelle der Stadt
weitergeleitet.
Zwei vorteile;1:die stadt ist auch in den Außenbereichen sauberer,
2:Die stadt nimmt auch noch Geld
damit ein.

Zu temporären Parkverboten

11.07.2013 15:29 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

dieser Vorschlag wurde bereits mehrfach geprüft. Leider kam die Prüfung zu dem Ergebnis, dass er sich leider nicht umsetzen lässt.

Die einschlägigen Erfahrungen in Nachbarstädten (z.B. Schwelm) die solche Parkverbote aussprechen, zeigen, dass sich die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht oder nur mit großem Aufwand (Abschleppaktionen, "Knöllchen", etc.) durchsetzen lassen, ohne dass eine vollständige Umsetzung des Vorschlages gelingt. Ferner werden die Regelungen durch eine Vielzahl von (begründeten) Ausnahmen immer wieder durchbrochen (Sonderparkplätze, etc.). In der Praxis steht daher der administrative und tatsächliche Aufwand auf der Straße in keinem vernünftigen Verhältnis zum gewünschten Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Temporäre Parkverbote

02.07.2013 09:56 von flhah

Inhaltliche Ergänzung

wurden bereits von der Politik im Rahmen von Straßensäuberungen gefordert und werden momentan von der Verwaltung geprüft. Also so ziemlich das, was sie fordern :)

Straßenreinigung

06.09.2013 14:00 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 04.07. verwiesen:

Dieser Vorschlag wurde bereits mehrfach geprüft. Dabei kam die Prüfung zu dem Ergebnis, dass er sich nicht umsetzen lässt.

Die einschlägigen Erfahrungen in Nachbarstädten (z.B. Schwelm), die solche Parkverbote aussprechen, zeigen, dass sich die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht oder nur mit großem Aufwand (Abschleppaktionen, "Knöllchen", etc.) durchsetzen lassen, ohne dass eine vollständige Umsetzung des Vorschlages gelingt. Ferner werden die Regelungen durch eine Vielzahl von (begründeten) Ausnahmen immer wieder durchbrochen (Sonderparkplätze, etc.). In der Praxis steht daher der administrative und tatsächliche Aufwand auf der Straße in keinem vernünftigen Verhältnis zum gewünschten Erfolg.

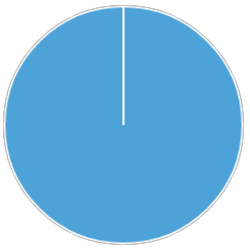
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S168	Energiemanagement in öffentlichen Gebäuden	2013-07-08 09:02:57	smh	77

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtentwicklung / Umwelt	Vorschlagscode	S168
Erstellungsdatum:	2013-07-08 09:02:57	Stadtteil	Elberfeld-West
Autor:	smh	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	0	0	1	1	
Bewertungen (abs.)	0%	0%	100%	100%	0% 20% 40% 60% 80% 100%

Kommentare zum Vorschlag

Anzahl der Kommentare	4	**Kategorien**		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	0	
		Lehnt den Vorschlag ab	0	
		Ist neutral	0	
		Ist eine Frage	1	
		Inhaltliche Ergänzung	0	
		Sonstiges	0	

Schlagworte

Energie

Vorschlagsbeschreibung

Seit Jahren beobachte ich, dass in der Schule an der Bayreuther Straße zu jeder Tages- und Nachtzeit, egal ob Schule oder Ferien, der Schornstein qualmt - nur jetzt kann man es nicht sehen. Das lässt darauf schließen, dass die Heizung durchläuft. Zur Ressourcenschonung und Einsparung sollte hier eine bessere Regulierung stattfinden. Und ich gehe davon aus, dass dies nicht das einzige städtische Gebäude ist, in dem Energie verschwendet wird ...

Energiemanagement bereits vorhanden

08.07.2013 14:45 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

hier verweisen wir auf unseren Hinweis zu dem Vorschlag Temperatur senken:

Für die städtischen Gebäude gibt es Vorgaben für Temperaturen, die im Beheizungsfall nicht unter- aber auch nicht überschritten werden sollen. Dies ist für Klassenräume und Büroarbeitsplätze z.B. 19°C bei Nutzungsbeginn und 20°C während der Nutzung.
Natürlich kommt es vor, dass in Einzelfällen diese Temperaturen auch mal überschritten werden. Daher betreibt das Gebäudemanagement der Stadt Wuppertal(GMW) ein intensives Energiemanagement als auch aufwendige Regelungstechnik, um eine Überheizung von Räumen zu vermeiden und den Energieeinsatz zu begrenzen (s.a. **Aufgaben im Energiemanagement**)

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Warmwasser?

08.07.2013 09:52 von AT

Ist eine Frage

Warmwasser?

Energiemanagement in öffentlichen Gebäuden

09.09.2013 18:23 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 08.07. verwiesen:

Für die städtischen Gebäude gibt es Vorgaben für Temperaturen, die im Beheizungsfall nicht unter- aber auch nicht überschritten werden sollen. Dies ist für Klassenräume und Büroarbeitsplätze z.B. 19°C bei Nutzungsbeginn und 20°C während der Nutzung.
Natürlich kommt es vor, dass in Einzelfällen diese Temperaturen auch mal überschritten werden. Daher betreibt das Gebäudemanagement der Stadt Wuppertal(GMW) ein intensives Energiemanagement als auch aufwendige Regelungstechnik, um eine Überheizung von Räumen zu vermeiden und den Energieeinsatz zu begrenzen (s.a. **Aufgaben im Energiemanagement**)

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S171	Insolvenz der GWG	2013-07-08 16:51:02	Buerger2	78

Allgemeine Angaben

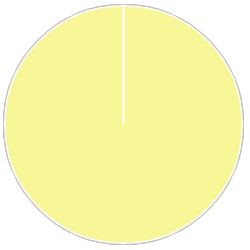
Kategorie:	Finanzen / Steuern	Vorschlagscode	S171
Erstellungsdatum:	2013-07-08 16:51:02	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	Buerger2	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	0	0	0	0
Bewertungen (abs.)				100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

Stadtentwicklung

Vorschlagsbeschreibung

(Der Beitrag von Armin Overbeck ging am 05.07.2013 schriftlich bei der Stadtverwaltung ein und wurde aufgrund des späten Eingangs erst nach dem Wochenende von der fachlichen Redaktion manuell auf der Plattform eingepflegt.)

Gemäß Beschlussvorlage Drucks.-Nr. VO/0500/12 hat der Stadtrat beschlossen, die GWG GmbH mit zusätzlichem eigenkapital in Höhe von 62,1 Mio. € auszustatten. Die zur Finanzierung der hierfür notwendigen Liquidität stand angeblich durch die Begleichung der Forderungen unserer Stadt an die AIG zur Verfügung (Auflösung des „border-leasing-Verfahrens" für die Abwasserkanalnetze).

Die GWG hat damit einen Schuldenberg von über 360 Mio. € angehäuft, der mittel- bis langfristig nicht abgebaut werden kann, zumal ihr Jahreserlös „nur" ca. 28 Mio. €/a beträgt und die jährliche Schuldenzinslast z.Zt. mindestens 16 Mio. € betragen dürfte (Tendenz: langfristig steigen!). Der Jahresumsatz wird demnach zu fast 60 % durch die Schuldenzinslast aufgezehrt, sodass eine Gesundung des Unternehmens kaum möglich sein dürfte, zumal dann, wenn die Zinsen mittelfristig ansteigen werden. In der o.g. Beschlussvorlage wurde nicht eine einzige Zahl genannt, wie sich die Geschäftsentwicklung der GWG gemäß Planung entwickeln wird bzw. soll.

Ergänzung

08.07.2013 16:54 von Buerger2

Inhaltliche Ergänzung

Die Bürger unserer Stadt haben das Recht zu erfahren, wie sich der GWG-Aufsichtsrat, die GWG-Geschäftsleitung, die Führung unserer Stadtverwaltung, die Fachausschüsse und die im Stadtrat vertretenen Parteien die kurz- und mittelfristigen Planungen zur Gesundung des Wohnungsunternehmens vorstellen.

Da m. E. eine Gesundung des Unternehmens kaum möglich sein dürfte, zumal der Verkehrswert der ca. 6.000 GWG-Wohnungen „nur" ca. 200 bis 230 Mio. € betragen dürfte, ist zu prüfen, ob die Einleitung des Insolvenzverfahrens kurzfristig erforderlich wird, da außerdem der Strafbestand der Insolvenzverschleppung nicht auszuschließen ist.

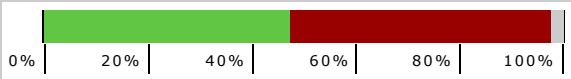
Die von unserer Stadt der GWG gewährte Kapitalspritze von 62,1 Mio. € muss zurückgefordert und zur Entlastung des städtischen Etats eingebracht werden. Sie hat in etwa die Größenordnung der jährlichen finanziellen Stützung unserer Stadt durch das Land NRW. Dieser Vergleich macht das Desaster überdeutlich, das bei der GWG über viele Jahre „aufgebaut" und verschleppt wurde. Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass jeder Wuppertaler Einwohner indirekt mit ca. 1.000 € am Schuldenberg des (kleinen) Wohnungsunternehmens unfreiwillig beteiligt ist.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E028	Anwohnerparken im gesamten Stadtgebiet	2013-06-18 08:51:08	dewupp	79

Allgemeine Angaben

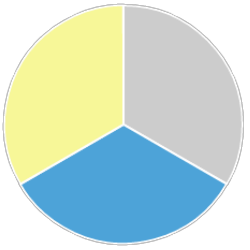
Kategorie:	Straßen / Verkehr	Vorschlagscode	E028
Erstellungsdatum:	2013-06-18 08:51:08	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	dewupp	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	18	19	1	38
Bewertungen (abs.)	47,4%	50%	2,6%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	9		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	5	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	1
		Ist eine Frage	1
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

Gebühren / Entgelte, Parkgebühren

Vorschlagsbeschreibung

Jeder KFZ-Eigentümer, der seinen Wagen auf öffentlichem Grund ständig parkt und keinen Stellplatz nachweisen kann, sollte mit einer angemessenen Gebühr belegt werden.Dieses Geld sollte dann zweckgebunden in die Errichtung von Parkhäusern, Einstellplätzen und intelligenter Verkehrsleitung gesteckt werden. Man muss den Bürgern nur klar machen, dass diese Maßnahme nur zum eigenen Vorteil ist.

Zum Anwohnerparken

01.07.2013 10:58 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

die Überschrift „Anwohnerparken im gesamten Stadtgebiet" kann missverstanden werden. Unter „Anwohnerparken" im straßenverkehrsrechtlichen Sinne versteht man die Privilegierung von Bewohnern in städtischen Quartieren mit erheblichem Parkraummangel (durch besondere Kennzeichnung von Parkmöglichkeiten, die allein ihnen vorbehalten sind). Der Vorschlag sieht jedoch etwas anderes vor, nämlich alle Fahrzeughalter, die keinen Stellplatz nachweisen können, mit einer Gebühr zu belegen.

Dieser Vorschlag erfordert eine Betrachtung unter zwei Aspekten:

1. Einführung einer kommunalen Abgabe in Wuppertal für alle Fahrzeuge, für die kein Stellplatz nachgewiesen werden kann:

Eine Kommune kann sich nur in begrenztem Umfang neue kommunale Abgaben ausdenken. Bei neuen Steuern muss sich um eine Verbrauch- bzw. Aufwandsteuer handeln, die an einen privaten Konsum anknüpft. Darüber hinaus darf es nicht bereits eine gleichartige Steuer geben. Bei einer Zusatzsteuer für Fahrzeuge, die keinen Stellplatz nachweisen können, besteht das Problem, dass es bereits die KfZ-Steuer gibt, so dass für eine weitere Besteuerung von Fahrzeugen kein Raum mehr ist.

2. Flächendeckende Parkraumbewirtschaftung auf allen Straßen im Stadtgebiet

Parkraumbewirtschaftung ist die zielgerichtete Steuerung des Verhältnisses von Parkplatzsuchverkehr zur Anzahl verfügbarer Parkplätze im öffentlichen Straßenraum. Parkraum wird vor allem dort bewirtschaftet, wo die Zahl der parkenden Fahrzeuge die Zahl der verfügbaren Parkplätze übersteigt. Somit kommt eine flächendeckende Parkgebührenpflicht nach den Vorgaben der Straßenverkehrsordnung nicht in Frage.

Nachrichtlich: Derzeit ist in Wuppertal aufgrund kommunalpolitischer Beschlüsse bezahltes Parken nur in den Innenstadtbereichen von Elberfeld und Barmen zulässig.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Rückfrage

18.06.2013 10:40 von AT

Ist eine Frage

Soll die Regelung in allen Gebieten der Stadt, auch den ländlichen Außenbezirken, gelten? Oder nur den Problemviertel wie beispielsweise der Elberfelder Nordstadt?

Antwort: Parken im Stadtgebiet

18.06.2013 20:14 von dewupp

Die Regelung kann Diskutiert werden,ich würde aber alle Gebiete einbeziehen.

ÖPNV

18.06.2013 12:24 von phneutral

Ist neutral

Das eingenommene Geld sollte zweckgebunden in die Verbesserung des ÖPNV fließen. Die Errichtung von noch mehr Parkhäusern und Einstellplätzen in Wuppertal halte ich für wenig zukunftstauglich.

Zweckgebunden geht nicht

23.06.2013 21:20 von Ksauerland

Das Geld geht in den allgemeinen Haushalt. Eine Zweckbindung funktioniert nicht.

Diese Ergänzung ist sehr sinnvoll

23.09.2013 17:30 von Friedrich_List

Den Ausgangsvorschlag würde ich dahingehend erweitern, dass Falschparken (z.B. in Einmündungsbereichen von Kreuzungen oder gegen die Fahrtrichtung oder halbseitig auf dem Gehweg) stadtweit oder zumindest, wo städtebaulich vertretbar, konsequent geahndet wird.

Mit der Einnahme aus diesen beiden Bereichen sollten die Kürzungen des ÖPNV vom Frühjahr 2013 im wesentlichen revidiert werden können.

Zweckgebunden

28.06.2013 09:13 von Rieke

Inhaltliche Ergänzung

Nur die Einnahmen aus kommunalen Steuern gehen in den allgemeinen Topf.
Abgaben sind sehr wohl zweckgebunden und die Vewendung muß nachweißbar sein.
Für Gebühren bekommt man sogar eine Gegenleistung.

Anwohnerparken

09.09.2013 18:28 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 01.07. verwiesen:

Die Überschrift „Anwohnerparken im gesamten Stadtgebiet" kann missverstanden werden. Unter „Anwohnerparken" im straßenverkehrsrechtlichen Sinne versteht man die Privilegierung von Bewohnern in städtischen Quartieren mit erheblichem Parkraummangel (durch besondere Kennzeichnung von Parkmöglichkeiten, die allein ihnen vorbehalten sind). Der Vorschlag sieht jedoch etwas anderes vor, nämlich alle Fahrzeughalter, die keinen Stellplatz nachweisen können, mit einer Gebühr zu belegen.

Dieser Vorschlag erfordert eine Betrachtung unter zwei Aspekten:

1. Einführung einer kommunalen Abgabe in Wuppertal für alle Fahrzeuge, für die kein Stellplatz nachgewiesen werden kann:

Eine Kommune kann sich nur in begrenztem Umfang neue kommunale Abgaben ausdenken. Bei neuen Steuern muss es sich um eine Verbrauch- bzw. Aufwandsteuer handeln, die an einen privaten Konsum anknüpft. Darüber hinaus darf es nicht bereits eine gleichartige Steuer geben. Bei einer Zusatzsteuer für Fahrzeuge, die keinen Stellplatz nachweisen können, besteht das Problem, dass es bereits die KfZ-Steuer gibt, so dass für eine weitere Besteuerung von Fahrzeugen kein Raum mehr ist.

2. Flächendeckende Parkraumbewirtschaftung auf allen Straßen im Stadtgebiet:

Parkraumbewirtschaftung ist die zielgerichtete Steuerung des Verhältnisses von Parkplatzsuchverkehr zur Anzahl verfügbarer Parkplätze im öffentlichen Straßenraum. Parkraum wird vor allem dort bewirtschaftet, wo die Zahl der parkenden Fahrzeuge die Zahl der verfügbaren Parkplätze übersteigt. Somit kommt eine flächendeckende Parkgebührenpflicht nach den Vorgaben der Straßenverkehrsordnung nicht in Frage.

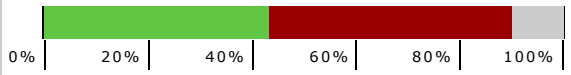
Nachrichtlich: Derzeit ist in Wuppertal aufgrund kommunalpolitischer Beschlüsse bezahltes Parken nur in den Innenstadtbereichen von Elberfeld und Barmen zulässig.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S025	Temperatur senken	2013-06-17 16:56:30	Steinschweiger	80

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Sonstiges	Vorschlagscode	S025
Erstellungsdatum:	2013-06-17 16:56:30	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	Steinschweiger	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	13	14	3	30
Bewertungen (abs.)	43,3%	46,7%	10%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Energie

Vorschlagsbeschreibung

Erhebliches Einsparpotenzial ist durch das Absenken der Zimmer- bzw. Wassertemperatur in den städtischen Gebäuden/Bädern um nur 1 Grad zu erreichen.

Energiemanagement bereits vorhanden

20.06.2013 11:22 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

für die städtischen Gebäude gibt es Vorgaben für Temperaturen, die im Beheizungsfall nicht unter- aber auch nicht überschritten werden sollen. Dies ist für Klassenräume und Büroarbeitsplätze z.B. 19°C bei Nutzungsbeginn und 20°C während der Nutzung.
Natürlich kommt es vor, dass in Einzelfällen diese Temperaturen auch mal überschritten werden. Daher betreibt das Gebäudemanagement der Stadt Wuppertal(GMW) ein intensives Energiemanagement als auch aufwendige Regelungstechnik, um eine Überheizung von Räumen zu vermeiden und den Energieeinsatz zu begrenzen (s.a. Aufgaben im Energiemanagement)

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Energiemanagement

09.09.2013 18:33 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

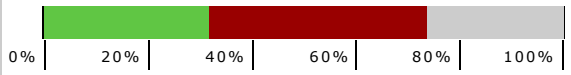
Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 20.06. verwiesen:

Für die städtischen Gebäude gibt es Vorgaben für Temperaturen, die im Beheizungsfall nicht unter- aber auch nicht überschritten werden sollen. Dies ist für Klassenräume und Büroarbeitsplätze z.B. 19°C bei Nutzungsbeginn und 20°C während der Nutzung.
Natürlich kommt es vor, dass in Einzelfällen diese Temperaturen auch mal überschritten werden. Daher betreibt das Gebäudemanagement der Stadt Wuppertal(GMW) ein intensives Energiemanagement als auch aufwendige Regelungstechnik, um eine Überheizung von Räumen zu vermeiden und den Energieeinsatz zu begrenzen (s.a. **Aufgaben im Energiemanagement**).

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E108	Gewerbesteuer senken	2013-06-30 16:51:35	Dudu	81

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Finanzen / Steuern	Vorschlagscode	E108
Erstellungsdatum:	2013-06-30 16:51:35	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	Dudu	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	6	8	5	19	
Bewertungen (abs.)	31,6%	42,1%	26,3%	100%	

Kommentare zum Vorschlag

Anzahl der Kommentare	2	**Kategorien**	
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Steuern

Vorschlagsbeschreibung

Die Städte Langenfeld und Monheim haben es vorgemacht: Indem man die Gewerbesteuer senkt, steigen die Einnahmen, da sich mehr Gewerbetreibende ansiedeln.

Seknung der Gewerbesteuer

09.09.2013 19:35 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zu dem Vorschlag "Mit niedrigerer Gewerbesteuer zu mehr Arbeitsplätzen" verwiesen:

Angesichts der Beschluss- und Genehmigungslage zum Haushaltssanierungsplan 2012 bis 2021 sieht die Verwaltung keine Möglichkeit zur Senkung von Steuern und Gebühren.
Als pflichtiger Teilnehmer nach dem Stärkungspaktgesetz ist die Stadt Wuppertal aufgefordert, alles zu unternehmen, um möglichst ab 2016 dauerhaft den Haushaltsausgleich erreichen zu können. Hierzu tragen in besonderem Maße die vorgenommenen Erhöhungen der Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer bei.

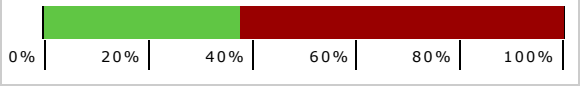
Einer nachträglichen Reduzierung mit dem Ziel der Gewinnung von Familien und/oder zusätzlichen Gewerbebetrieben kann und wird die Aufsichtsbehörde nicht zustimmen.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S162	Einsparung der Strommenge beim Betrieb der Schwebebahn	2013-07-07 11:41:49	Schwebebahn	82

Allgemeine Angaben

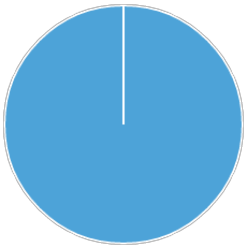
Kategorie:	Straßen / Verkehr	Vorschlagscode	S162
Erstellungsdatum:	2013-07-07 11:41:49	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	Schwebebahn	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	3	5	0	8
Bewertungen (abs.)	37,5%	62,5%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	6		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	1
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Es gibt ein Gerät auf dem Markt, mit dem beim Betreiben der Schwebebahn ca.10 % der benötigten Strommenge eingespart werden können.
Konkret: Jahresverbr. 3.100.000 kwh; Einsparung voraussichtl. 310.000 kwh; angenommener Preis 0,10 Cent/kwh = ca. 31.000 EUR;
Einsparung für die nächsten 5 Jahre ca. 155.000 EUR; Amortisation des Gerätes ca. 15 Mon.

nähere Beschreibung des Geräts

07.07.2013 12:33 von DieterHofmann

Ist eine Frage

Könnten Sie dieses Gerät bitte näher beschreiben, so dass man eventuell über eine Googlesuche fündig werden kann? Links auf kommerzielle Webseiten werden von der Moderation grundsätzlich gelöscht, sollten also gar nicht erst verwendet werden.

nähere Beschreibung des Gerätes

07.07.2013 13:30 von Schwebebahn

Sehr geehrter Herr Hofmann,

zunächst, ich habe keinen Link in meiner Beschreibung angegeben.

Dieses Gerät benutze ich selbst in meiner Wohnung und ich weiß, daß die von mir genannten Werte realistisch sind, da es diese Geräte auch für die Verbrauchsmenge der Schwebebahn gibt.
Sollte sich die Stadt Wuppertal entschließen, meinen Vorschlag als interessant zu bewerten, werde ich gegenüber der Stadt weitere Informationen offenlegen.

Ich werde hier keine Websites nennen. Das wäre Schleichwerbung.

Ich wünsche Ihnen einen schönen sonnenreichen Sonntag und energiereiche Ideen.

Die Schwebebahn

-

07.07.2013 14:36 von nilsarne

"Dieses Gerät benutze ich selbst in meiner Wohnung" Das soll also glaubwürdig sein und von Haushalt auf Schwebebahn skalierbar sein?! Wir wissen also absolut nichts.
Ich halte die ganze Idee so erstmal für unhaltbar und unsachlich.

Energie sparen

07.07.2013 16:20 von Gerrit

Man kann Energie sparen indem man den Computer ausgeschaltet lässt.

Energieeinsparung bei der Schwebebahn

05.09.2013 15:23 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

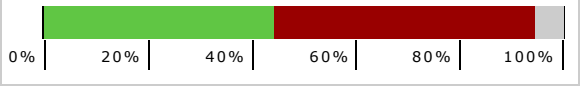
Mit dem Thema Energieeinsparung der Schwebebahn beschäftigt sich die WSW mobil bereits seit längerer zeit. Die neuen Schwebebahnfahrzeuge werden auf dem neuesten Stand der Technik sein. So wird zum Beispiel mit der Rückgewinnung von Energie beim Bremsen künftig rd. 20% der Energie eingespart.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E009	Zusatzsteuer Zweit-Kraftfahrzeuge	2013-06-11 09:12:11	Honk	83

Allgemeine Angaben

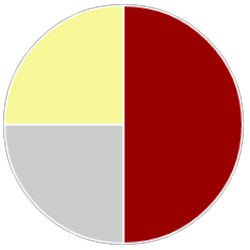
Kategorie:	Straßen / Verkehr	Vorschlagscode	E009
Erstellungsdatum:	2013-06-11 09:12:11	Typ	Einnahmevorschlag
Autor:	Honk		

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	23	26	3	52
Bewertungen (abs.)	44,2%	50%	5,8%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	7		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	6	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	2
		Ist neutral	1
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

Steuern

Vorschlagsbeschreibung

Eine Lenkungsabgabe, im gleichen Prinzip der Hundesteuer, um die Anzahl der Kraftfahrzeuge im Stadtgebiet zu begrenzen. Kraftfahrzeuge stehen 24 Stunden lang draußen. Und bei unbenutzten Fahrzeugen nehmen sie anderen den knappen Parkraum weg. Beispiel eine Nachbar, er fährt bei schlechtem Wetter mit dem PKW bei gutem mit dem Motorrad, dann steht sein Wagen tagelang am Straßenrand. Beispiel, ein Kollege von mir, 2 Personenhaushalt, 3 PKWs und 3 Motorräder !!! Verwandte wohnen am Ölberg, dort finde man nur mit Mühe eine Parkplatz. Schlimmer noch, die Straßen stehen auch an Kreuzungsbereichen so voll, dass es für Rettungskräfte eng wird. Auch wenn der Vorschlag nicht durchkommt, da sie mit zuviel Widerstand rechnen müssten, könnte eine zusätzliche Abgabe gegebenenfalls in Zukunft für einen langsameren Anstieg der Zulassungszahlen sorgen, und damit auch für etwas mehr Lebensqualität in den jetzt schon vollgestopften Stadtteilen.

Zur Zusatzsteuer Zweit-Kraftfahrzeug

21.06.2013 10:12 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

eine Kommune hat kein unbegrenztes Steuer- Erfindungsrecht. Es muss sich um eine Verbrauch- bzw. Aufwandsteuer handeln, die an einen privaten Konsum anknüpft. Darüber hinaus darf es nicht bereits eine gleichartige Steuer geben. Bei einer Zusatzsteuer für ein weiteres Kraftfahrzeug besteht das Problem, dass es bereits die KfZ-Steuer gibt, so dass für die Besteuerung der weiteren Kraftfahrzeuge kein Raum mehr ist.
Hier ist keine Parallele zur Zweitwohnungssteuer herstellbar. Da der Aufwand für den ersten Wohnsitz keiner Steuer unterliegt, darf der Aufwand für weitere Wohnungen hier besteuert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Noch mehr Regeln?!

11.06.2013 17:30 von meinestadt

Lehnt den Vorschlag ab

Jeder Einzelne im Vorfeld und die Gesamtheit im Nachhinein sollte sehr überlegt und sparsam mit Reglementierungen umgehen. Wir sind so schon das Land, dass alles reglementiert, was nicht schnell genug davon läuft. Ich habe keine Lust, mich in meiner Freiheit beschneiden zu lassen. Zwar finde ich das auch nicht gut, wenn dort, wo Platzmangel herrscht, eine andere Person für sich alleine 2 bis 3 Fahrzeuge beansprucht mit den entsprechenden Parkplätzen natürlich... - aber trotzdem möchte ich das nicht mit einem Strafgeld geregelt wissen! Die vorgeschlagene Lenkungsabgabe ist nämlich genau das: ein Strafgeld für die Personen, die mehr als ein Fahrzeug führen. Wer sich zusätzliche Kfz.-Steuern und Kfz.-Vers. leistet, der kann sich auch die "Lenkungsabgabe" leisten. Gewonnen hätte nur das Stadtsäckel, aber nicht die Ein-Fahrzeug-Menschen, die sich über die Mehr-Fahrzeug-Nachbarn ärgern.Und mehr Parkfläche entsteht dadurch auch nicht.

Sprach hier der Neid?

14.06.2013 11:00 von Ayad

Lehnt den Vorschlag ab

Na, wenn wir schon bei der Zweit-PKW Steuer sind, warum schaffen wir dann nicht die öffentlichen Verkehrsmittel in Wuppertal ganz ab, damit hätten die WSW die Möglichkeit sich zu sanieren, wenn wir dann noch eine Steuer für Mofafahrer, Radfahrer und Fussgänger erheben würde sich unser Stadtkämmerer fühlen als hätte er Geburtstag.....

Doppelbesteuerung

21.06.2013 13:21 von Rieke

Inhaltliche Ergänzung

Da ja eine Doppelbesteuerung ausgeschlossen ist, könnte man ja eine Parkraumverschwendungsabgabe für Zweit-Pkws einführen, die dann für den öffentlichen Nahverkehr verwendet wird.

Was ist ein Zweitfahrzeug

23.06.2013 21:32 von Ksauerland

Ist neutral

Die Regelung lässt sich leicht umgehen, wenn das 2. Fahrzeug einer anderen Person zugeordnet wird. Da muss dann schon mal die Oma her.

Zusatzsteuer Zweit-Kraftfahrzeug

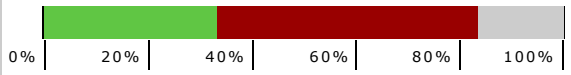
09.09.2013 18:37 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung	Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 21.06. verwiesen: Eine Kommune hat kein unbegrenztes Steuer- Erfindungsrecht. Es muss sich um eine Verbrauch- bzw. Aufwandsteuer handeln, die an einen privaten Konsum anknüpft. Darüber hinaus darf es nicht bereits eine gleichartige Steuer geben. Bei einer Zusatzsteuer für ein weiteres Kraftfahrzeug besteht das Problem, dass es bereits die KfZ-Steuer gibt, so dass für die Besteuerung der weiteren Kraftfahrzeuge kein Raum mehr ist. Hier ist keine Parallele zur Zweitwohnungssteuer herstellbar. Da der Aufwand für den ersten Wohnsitz keiner Steuer unterliegt, darf der Aufwand für weitere Wohnungen hier besteuert werden.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E131	Wegwerfsteuer	2013-07-02 17:47:37	Konni	84

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtleben / Wirtschaft	Vorschlagscode	E131
Erstellungsdatum:	2013-07-02 17:47:37	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	Konni	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	6	9	3	18	
Bewertungen (abs.)	33,3%	50%	16,7%	100%	

Kommentare zum Vorschlag

Anzahl der Kommentare	2	**Kategorien**	
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Vorschlagsbeschreibung

die Stadt könnte Einnahmen erziehlen, wenn sie jedem, der seinen Müll auf der Straße entsorgt nur 0,05 Cent abnehmen würde. Und unsere Stadt sähe nicht so müllig aus

Geldbußen bei Ordnungswidrigkeiten

06.09.2013 10:07 von VerwaltungNJ

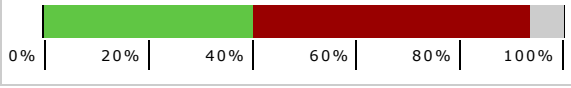
Stellungnahme der Verwaltung	Die Ordnungsbehörde leitet Ordnungswidrigkeitenverfahren mit Geldbußen bis 150 € bei festgestellten Verstößen ein.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S054	Jürgen Hardt zum Sonderbeauftragten Altschuldenfonds ernennen	2013-06-23 12:02:23	DieterHofmann	85

Allgemeine Angaben

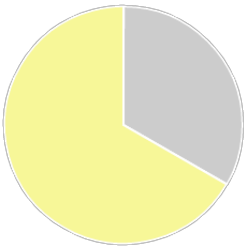
Kategorie:	Finanzen / Steuern	Vorschlagscode	S054
Erstellungsdatum:	2013-06-23 12:02:23	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	DieterHofmann	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	12	16	2	30
Bewertungen (abs.)	40%	53,3%	6,7%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	6		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	5	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	1
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	2
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Falls die Wuppertaler die 1,5 Milliarden Euro an Kassenkrediten (Schulden), die zu einem guten Teil durch externe Entscheidungen verursacht wurden, nicht über die nächsten 100 Jahre selbst abzahlen wollen http://goo.gl/zIB0j, müssen sie bald konkrete Schritte ergreifen. Um dem Ziel eines Altschuldenfonds http://goo.gl/J9Uwc näher zu kommen, muss sich Wuppertal mit Kommunen verbünden, die ebenso unter massiven Schulden leiden wie Wuppertal. Weiterhin braucht man dazu eine parteiübergreifende Lobby möglichst aller Bundestagsabgeordneten aus den betroffenen Kommunen. Der CDU-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Jürgen Hardt könnte hierbei eine Schlüsselrolle spielen. Herr Hardt, ehemals Leiter der Unternehmenskommunikation der Vorwerk & Co.KG, ist weiterhin neben seiner Abgeordnetentätigkeit im Umfang einer 25%-Stelle für das Unternehmen tätig. Seine Aufgabe ist, so äußerte er einst im WZ-Interview, die Erarbeitung einer Familienchronik der Familie Mittelsten Scheid. Die Familie Mittelsten Scheid ist für ihr großzügiges Mäzenatentum zu Gunsten unserer Stadt bekannt. Herr Hardt erhielt im Jahre 2005 den Deutschen PR-Preis für die Initiative „Familien-Managerin des Jahres". Als Kommunikationsexperte und Politikprofi ist er geradezu dafür prädestiniert, das parteiübergreifende Abgeordnetenbündnis zu schmieden. Die Stadt sollte zeitnah das Gespräch mit der Familie Mittelsten Scheid und Herrn Hardt suchen.

Stellungnahme Herr MdB Jürgen Hardt

28.06.2013 10:15 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

Herr MdB Herr Hardt hat hierzu wie folgt Stellung genommen:

"Die Entlastung der Kommunen im Bergischen Städtedreieck ist ein zentrales Anliegen aller Landes- und Bundespolitiker für Wuppertal, Solingen und Remscheid. Als CDU-Bundestagsabgeordneter kann ich feststellen, dass in der nun ablaufenden Legislaturperiode des Bundestages viel erreicht wurde: Vollständige Übernahme der Grundsicherung im Alter, für Wuppertal sind dies ab 2014 über 27 Mio. Euro, Bundesbeteiligung an dem Ausbau der U3-Betreuung, Bildungs- und Teilhabepaket, um nur die wichtigsten Projekte zu nennen. Für die neue Legislaturperiode streben wir den Einstieg in die Beteiligung des Bundes bei der Eingliederungshilfe an. Derzeit wird dies über die Umlage des Landschaftsverbandes überwiegend durch die Kommunen bezahlt.

Was die Altschulden angeht, so bin ich gerne bereit, mich zu engagieren. Ich würde dies auch als meine Aufgabe als Bundestagsabgeordneter ansehen. Allerdings bedarf es bei der umfassenden Altschuldenlösung für finanzschwache Kommunen in NRW einer grundsätzlichen Weichenstellung der Landesregierung und des Landtags, möglicherweise verbunden mit einer Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs in NRW. Sollte es zu einer solchen Initiative kommen, bin ich gerne bereit, mich zu engagieren. Dafür muss man einem Abgeordneten dann auch nichts bezahlen."

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Ergänzung zu Jürgen Hardt zum Sonder....

23.06.2013 12:05 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Ziele (für den Fall der Wiederwahl von Herrn Hardt in den nächsten Bundestag im September 2013):
1. Temporäre Freistellung von Herrn Hardt von allen Leistungsverpflichtungen (bei ungeschmälerter Fortzahlung seiner Bezüge http://goo.gl/q0epD), die sich aus seinem Anstellungsvertrag bei Vorwerk & Co.KG ergeben, durch die Familie Mittelsten Scheid.
2. Vereinbarung mit Herrn Hardt, sich mit dem nun freigewordenen Zeitbudget, mit seinem fachlichen Know-how und mit seinen exzellenten politischen Verbindungen mit Nachdruck dem Aufbau des Abgeordnetenbündnisses sowie der zeitnahen Konzeption und Realisierung des Altschuldenfonds zu widmen.

Falls auf diesem Wege die angestrebte Restrukturierung der Kassenkredite Wuppertals gelingt, sollten der Familie Mittelsten Scheid und Herrn Hardt die höchsten Ehren der Stadt erwiesen werden.

Wahlkampf

24.06.2013 01:05 von AT

Ist neutral

Ich habe den Eindruck, der Wahlkampf hat begonnen...

Politische Lösung notwendig

24.06.2013 09:36 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Sie haben nicht ganz unrecht. Die Schulden unserer Stadt sind extrem hoch. Das Eigenkapital ist praktisch aufgebraucht. 1,5 Milliarden Euro Kassenkrediten steht kein Gegenwert gegenüber. Es wäre unredlich, so zu tun, als müssten wir nur mehr sparen, um die Situation wieder in den Griff zu bekommen. Dieses Schuldenproblem kann nicht stadtintern (betriebswirtschaftlich), sondern muss extern (politisch) gelöst werden. Die CDU sagt, der größte Teil dieser Schulden sei durch externe Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene verursacht worden. Der CDU-Kreisvorsitzende ist Mitglied der Regierungsfraktion im Bundestag, da liegt es doch nahe, dass er sich, wenn die Wuppertaler dies wünschen, mit Nachdruck um die Lösung des größten Problems unserer Stadt kümmert. Diejenigen, die politische Verantwortung tragen, sind in der Pflicht, zu handeln.

Stellungnahme Herr MdB Jürgen Hardt

09.09.2013 18:39 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 28.06. verwiesen:

Herr MdB Herr Hardt hat hierzu wie folgt Stellung genommen:

"Die Entlastung der Kommunen im Bergischen Städtedreieck ist ein zentrales Anliegen aller Landes- und Bundespolitiker für Wuppertal, Solingen und Remscheid. Als CDU-Bundestagsabgeordneter kann ich feststellen, dass in der nun ablaufenden Legislaturperiode des Bundestages viel erreicht wurde: Vollständige Übernahme der Grundsicherung im Alter, für Wuppertal sind dies ab 2014 über 27 Mio. Euro, Bundesbeteiligung an dem Ausbau der U3-Betreuung, Bildungs- und Teilhabepaket, um nur die wichtigsten Projekte zu nennen. Für die neue Legislaturperiode streben wir den Einstieg in die Beteiligung des Bundes bei der Eingliederungshilfe an. Derzeit wird dies über die Umlage des Landschaftsverbandes überwiegend durch die Kommunen bezahlt.

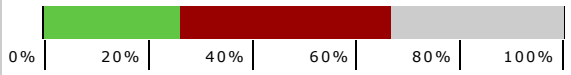
Was die Altschulden angeht, so bin ich gerne bereit, mich zu engagieren. Ich würde dies auch als meine Aufgabe als Bundestagsabgeordneter ansehen. Allerdings bedarf es bei der umfassenden Altschuldenlösung für finanzschwache Kommunen in NRW einer grundsätzlichen Weichenstellung der Landesregierung und des Landtags, möglicherweise verbunden mit einer Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs in NRW. Sollte es zu einer solchen Initiative kommen, bin ich gerne bereit, mich zu engagieren. Dafür muss man einem Abgeordneten dann auch nichts bezahlen."

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E027	Tarifpolitik im Schwimmbad	2013-06-18 07:39:23	dewupp	86

Allgemeine Angaben

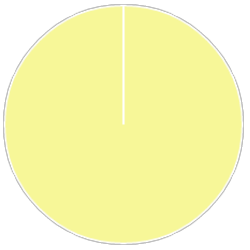
Kategorie:	Kultur / Bildung / Sport	Vorschlagscode	E027
Erstellungsdatum:	2013-06-18 07:39:23	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	dewupp	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	7	11	9	27
Bewertungen (abs.)	25,9%	40,7%	33,3%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	5		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	4	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	2
		Sonstiges	0



Schlagworte

Gebühren / Entgelte, Schwimmbäder

Vorschlagsbeschreibung

Da sich ein Schwimmbad in der öffentlichen Hand kaum noch wirtschaftliche rechnet. (Das müsste doch mittleiweile jedem klar sein.) Müssen wir auch hier für Lösungen suchen. Die Tarifpolitik der Bäder. In unseren Schwimmbädern zahle ich einmal Eintritt und kann den ganzen Tag wenn ich wollte Duschen, Duschen, Duschen, Schwimmen, Schwimmen, Schwimmen. Es könnte doch auch mit verschiedenen Stundentarifen gestaltet werden. Einen 2 Stunden sowie einen 4 Stunden Tarif und eine Tageskarte. 4€ (2 Stunden) 6€ (4 Stunden) 8€ (Tageskarte) Sauna wäre dann dementsprechend teurer. Kinder und Jugendliche 3€ . Kinder bis 6 Jahre frei. (Um die Möglichkeit zu bekommen Schwimmen zu lernen) Die Preise sind nur ein Beispiel. Ich weiß dass jetzt wieder alle sagen werden. Was noch teurer, wer soll denn noch Schwimmen gehen können. Trotzdem sollte man drüber nachdenken die Kosten im Rahmen zu halten Viele Städte praktizieren das. Warum nicht in Wuppertal

Zur Tarifpolitik im Schwimmbad

27.06.2013 14:49 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit von Bädern ist sicherlich erstrebenswert. Bei der Bädereintrittspreisgestaltung sind aber natürlich auch soziale Aspekte und die allgemeine kommunale Aufgabe der Sport- und Gesundheitsförderung zu berücksichtigen.

Die Bädereintrittspreise wurden in Wuppertal zuletzt Mitte 2010 angepasst. Nach umfassenden Bädermodernisierungen wurde dabei eine Differenzierung nach der Angebotsqualität vorgenommen. Bei den "besten" Bädern Schwimmoper und den Gartenhallenbädern liegt der Einzeleintrittspreis bei 4,50 € und damit bereits im Vergleich zu dem Preisniveau vergleichbarer Bäder in anderen Städten NRWs am oberen Ende der Skala. Eine weitere Differenzierung würde nach Meinung der Bäderverwaltung zur Unübersichtlichkeit führen und wäre damit insgesamt nicht kundenfreundlich.

Nach den Erfahrungen unseres Bäderpersonals gibt es - wenn überhaupt - nur eine äußerst geringe Anzahl von Nutzern, die die jetzigen, zeitlich grundsätzlich nicht limitierten Eintrittspreise über Gebühr ausnutzen. Darüber hinaus gibt es in Wuppertal auch keine kommunalen „Spaßbäder", die zum längeren Verweilen einladen. Für die Besucher der Wuppertaler Bäder steht erfahrungsgemäß das Schwimmen im Vordergrund.

Um insgesamt mehr Gäste, speziell auch Berufstätige anzusprechen, wurde bereits vor einigen Jahren der sogenannte Feierabendtarif eingeführt (1 Stunde vor Kassenschluss), der zugleich eine zeitliche Begrenzung des Badbesuches mit sich bringt.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Mehr Einnahmen durch mehr Besucher

18.06.2013 08:50 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

Die Zusatzkosten, die durch mehr Schwimmbadbesucher entstehen, dürften relativ gering sein, wenn dies innerhalb der bestehenden Öffnungszeiten geschieht. Jeder zusätzliche zahlende Besucher reduziert also das Defizit des Schwimmbadbetriebs. Im Haushaltsplan 2012/2013 steht: 825A11 (ST) Anz.bezahlter Besuche/qm Wasserfläche 152,00, 825A12 (ST) Anz.unbezahlter Besuche/qm Wasserfläche 115,00(Quelle: GB 2.2 – Seite 117 / 178) Es gibt keine Zielvorgaben für eine Steigerung der Besucherzahlen. Warum nicht? Welche Maßnahmen kann die Verwaltung ergreifen, um die Schwimmbäder besser zu vermarkten? Wie können Bürger und z.B. Krankenkassen dabei helfen? Um Missverständnisse zu vermeiden: Dies ist kein Plädoyer dafür, die kostenlosen Schwimmbadbesucher von ,z.B. Schülern, kostenpflichtig zu machen.

Tarifpolitik im Schwimmbad

09.09.2013 18:41 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 27.06. verwiesen:

Die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit von Bädern ist sicherlich erstrebenswert. Bei der Bädereintrittspreisgestaltung sind aber natürlich auch soziale Aspekte und die allgemeine kommunale Aufgabe der Sport- und Gesundheitsförderung zu berücksichtigen.

Die Bädereintrittspreise wurden in Wuppertal zuletzt Mitte 2010 angepasst. Nach umfassenden Bädermodernisierungen wurde dabei eine Differenzierung nach der Angebotsqualität vorgenommen. Bei den "besten" Bädern Schwimmoper und den Gartenhallenbädern liegt der Einzeleintrittspreis bei 4,50 € und damit bereits im Vergleich zu dem Preisniveau vergleichbarer Bäder in anderen Städten NRWs am oberen Ende der Skala. Eine weitere Differenzierung würde nach Meinung der Bäderverwaltung zur Unübersichtlichkeit führen und wäre damit insgesamt nicht kundenfreundlich.

Nach den Erfahrungen unseres Bäderpersonals gibt es - wenn überhaupt - nur eine äußerst geringe Anzahl von Nutzern, die die jetzigen, zeitlich grundsätzlich nicht limitierten Eintrittspreise über Gebühr ausnutzen. Darüber hinaus gibt es in Wuppertal auch keine kommunalen „Spaßbäder", die zum längeren Verweilen einladen. Für die Besucher der Wuppertaler Bäder steht erfahrungsgemäß das Schwimmen im Vordergrund.

Um insgesamt mehr Gäste, speziell auch Berufstätige anzusprechen, wurde bereits vor einigen Jahren der sogenannte Feierabendtarif eingeführt (1 Stunde vor Kassenschluss), der zugleich eine zeitliche Begrenzung des Badbesuches mit sich bringt.

Weniger Schwimmer durch höhrere Eintrittsgelder

25.09.2013 00:59 von 135797531

Inhaltliche Ergänzung

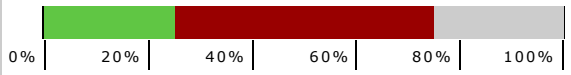
Jeder Bürger hat ein bestimmtes Budget, welches er in der Freizeit ausgeben kann. Wird das Eintrittsgeld für das Schwimmbad erhöht, gibt der Wuppertaler womöglich gleich viel Geld aus, geht aber etwas seltener schwimmen. Hierdurch würde aber nur etwas Geld eingesparrt, nämlich für das Duschen. Dabei besteht aber die Gefahr, dass sich Schwimmer ein preiswerteres Hobby suchen und somit weniger Geld fürs Schwimmen ausgeben.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E148	Wuppertal attraktiver machen	2013-07-04 13:59:02	rama31	87

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtleben / Wirtschaft	Vorschlagscode	E148
Erstellungsdatum:	2013-07-04 13:59:02	Stadtteil	Elberfeld
Autor:	rama31	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	4	8	4	16
Bewertungen (abs.)	25%	50%	25%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	2		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Stadtentwicklung

Vorschlagsbeschreibung

Was in Wuppertal fehlt ist aus meiner Sicht, eine der Fußgängerzone nahe Gastromeile.
Überall verteilt finden sich einzelne Cafe`s, Bistro`s die im Sommer Sitzplätze im Freien anbieten. Die Stadt sollte sich mit den Vermietern diverser Geschäftshäuser kurzschließen und beraten, dass wenn ein Pächter auszieht der neue eventuell ein Gastronomiebetrieb ist. Die Herzogstrasse in Elberfeld biete sich hervorragend für so ein visieonäres Projekt an.
Zentralisieren ist das Stichwort.
Aber auch der Neumarkt bietet hier Potenzial.
Wenn z.B. der Wochenmarkt komplett in Richtung Rathausgalerie verlegt würde, hätte das sicherlich auch eine Win-win-Situation für die Galerie, wenn in diesem Zuge der Wochenmarkt entsprechend bekannt gemacht wird! Den gewonnen Neumarkt zur Grünanlage umgestalten und mit mobilen Gastrowagen und vielen Sitzplätzen ausstatten, wäre eine weitere Möglichkeit die Innenstadt interessanter zu machen. Und wenn dann noch der Platz für einen zentralen Weihnachtsmarktplatz genutzt würde, ohne die eh kaum genutzen Fahrgeschäfte, sondern wirklich mit vielen kleinen Buden, die ihre Handwerkskunst anbieten, dann würde Wuppertal an Wert gewinnen.

Entwicklung Wuppertaler Innenstadt

05.09.2013 16:31 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Innenstadt durch weitere gastronomische Einrichtungen zu attraktiveren ist der richtige Weg. Hierzu müssen allerdings geeignete Ladenlokale und städtebauliche Räume zu Verfügung stehen. Gleichzeitig führen Konzentrationen gastronomischer Angebote aber auch zu einer besonderen Qualifizierung eines Standortes im Gegensatz zu den übrigen Geschäftslagen. Eine weitere städtebauliche Ausdifferenzierung von 1A- und 1B- Lagen ist unter den derzeitigen Verhältnissen in der Elberfelder Innenstadt nicht zielführend.

Aufgrund der bestehenden Pachtverhältnisse und vertraglichen Bindungen auf dem Neumarkt sind Veränderungen zwar wünschenswert, jedoch derzeit nicht anzugehen. Veränderungsoptionen hinsichtlich der städtebaulichen Neuorientierung unter dem Gesichtspunkt auch der Veränderung des Weihnachtsmarktes werden zukünftig im Focus des Handelns stehen.

Ein Weg die Bespielung der öffentlichen Räume mit gastronomischen Angeboten zu attraktivieren, ist eine bewusste Qualitätsorientierung hinsichtlich der Möblierung, Beschirmung, Windschutz und insbesondere auch des Angebotes. Ergänzend müssen auch die, durch die Stadt bzw. insbesondere durch Private, auf den Plätzen durchgeführten Veranstaltungen in ihren Programmgestaltungen qualitativen Ansprüchen gerecht werden.

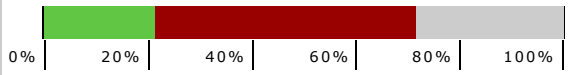
Mit diesen Gesichtspunkten wird sich die Stadt verstärkt beschäftigen, um so einen Imagegewinn für die gesamte Stadt zu generieren. Weiterhin ist festzustellen, dass Konzentrationen von Gastronomie mitunter auch zu Zielkonflikten mit anderen Nutzungen führen, insbesondere dem innerstädtischen Wohnen (Beispiel Luisenviertel).

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E152	Einnahmen erhöhen durch Senkung der Gebühren	2013-07-05 16:02:24	buerger2025	88

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Finanzen / Steuern	Vorschlagscode	E152
Erstellungsdatum:	2013-07-05 16:02:24	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	buerger2025	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	3	7	4	14	
Bewertungen (abs.)	21,4%	50%	28,6%	100%	



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	2		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Gebühren / Entgelte

Vorschlagsbeschreibung

Dies liest sich zuerst als Gegensatz, doch andere Städte machen es vor.

Wuppertal muss es gelingen, nicht nur wieder neue Bürger ins Tal zu ziehen, sondern auch Firmen.

Durch Senkung von Gebühren wie auch der Gewerbesteuer, wird Wuppertal wieder für Firmen und Menschen interessant.

Eine Erhöhung der Gebühren bringt nur kurzfristig Mehreinnahmen, jedoch flüchten alle die können in andere Städte. Als Zahler bleiben nur die hier, die es sich nicht leisten können, wegzuziehen oder extrem mit dem Standort verbunden sind. Neue Firmen und Bürger kommen nur spärlich.

Eine Senkung führt zu mehr Wachstum und das widerrum zu mehr Einnahmen. Weitere Erhöhungen beschleunigen nur die Abwärtsspirale der Stadt.

Senkung der Gebühren

09.09.2013 19:35 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zu dem Vorschlag "Mit niedrigerer Gewerbesteuer zu mehr Arbeitsplätzen" verwiesen:

Angesichts der Beschluss- und Genehmigungslage zum Haushaltssanierungsplan 2012 bis 2021 sieht die Verwaltung keine Möglichkeit zur Senkung von Steuern und Gebühren.
Als pflichtiger Teilnehmer nach dem Stärkungspaktgesetz ist die Stadt Wuppertal aufgefordert, alles zu unternehmen, um möglichst ab 2016 dauerhaft den Haushaltsausgleich erreichen zu können. Hierzu tragen in besonderem Maße die vorgenommenen Erhöhungen der Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer bei.

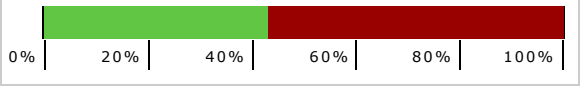
Einer nachträglichen Reduzierung mit dem Ziel der Gewinnung von Familien und/oder zusätzlichen Gewerbebetrieben kann und wird die Aufsichtsbehörde nicht zustimmen.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S090	Streichen der finanziellen Unterstützung des Autonomen Zentrums	2013-06-28 08:38:57	1HX0	89

Allgemeine Angaben

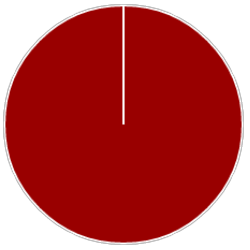
Kategorie:	Finanzen / Steuern	Vorschlagscode	S090
Erstellungsdatum:	2013-06-28 08:38:57	Stadtteil	Elberfeld
Autor:	1HX0	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	15	20	0	35
Bewertungen (abs.)	42,9%	57,1%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Beim Autonomen Zentrum steht die politische Aktivität (bis hin zur Radikalisierung) im Vordergrund, ein kultureller Aspekt ist nicht zu erkennen. Aus diesem Grund sollten sämtliche Zuschüsse gestrichen werden.

Einsparpotential: Höhe der Zuschüsse

Verwaltungsaufwand dazu: vernachlässigbar

Keine Zuschüsse an das AZ

01.07.2013 15:42 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

Zuschüsse an das Autonome Zentrum wurden im Haushaltsplan 2012/2013 nicht veranschlagt.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Dann geht mal hin!

28.06.2013 11:10 von JF85

Lehnt den Vorschlag ab

Also Musik nenne ich sehr wohl Kultur. Meines Wissens nach werden dort regelmäßig Konzerte gegeben und mindestens eine Lesung habe ich dort auch schon gesehen. Ich finde, das reicht aus!

Keine finanzielle Unterstützung des Autonomen Zentrums

09.09.2013 13:14 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

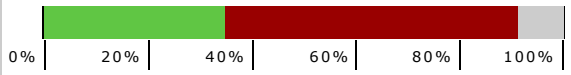
Zuschüsse an das Autonome Zentrum wurden im Haushaltsplan 2012/2013 nicht veranschlagt (und sind auch im Haushaltsplan-Entwurf 2014/2015 nicht vorgesehen).

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S110	Keine Sport-Mehrzweckhalle für Cronenberg	2013-06-30 17:03:01	Dudu	90

Allgemeine Angaben

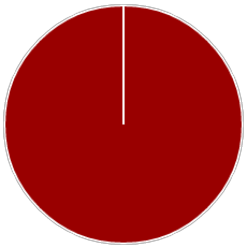
Kategorie:	Kultur / Bildung / Sport	Vorschlagscode	S110
Erstellungsdatum:	2013-06-30 17:03:01	Stadtteil	Cronenberg
Autor:	Dudu	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	8	13	2	23
Bewertungen (abs.)	34,8%	56,5%	8,7%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Sport

Vorschlagsbeschreibung

An eine Sport-Mehrzweckhalle in der Berghauser Straße in Cronenberg sollte man erst gar nicht denken. Die Baukosten sind das Eine - die Unterhaltungskosten das Andere. Wie jeder weiß, übersteigen die Unterhaltungs- und Instandhaltungskosten schon einige Jahre nach dem Bau die Investitionskosten.
Weder die einmaligen Baukosten noch die Unterhaltungskosten kann die Stadt tragen. Mit den Planungen, die ebenfalls Geld kosten, sollte erst gar nicht begonnen werden.
Dieser Sparvorschlag stammt von einer Bewohnerin der oberen Südstadt.

Sporthalle in Cronenberg ist wichtig

02.07.2013 15:57 von GER_WUPPI

Lehnt den Vorschlag ab

In Cronenberg gibt es außer der Halle an der Küllenhahner Straße
keine weiteren Hallen. Der Schulsport kann in Cronenberg nur schwerlich gewährleistet werden, daher ist alleine aus dieser Sicht der Neubau einer Halle wichtig.
Auffällig ist, dass die Dame sich auch gegen den Neubau der Unihalle ausgesprochen hat. Offensichtlich kann sie den Wert des Sporttreibens nicht richtig einschätzen.

Sport-Mehrzweckhalle in Cronenberg

06.09.2013 13:55 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Im Haushaltsplan-Entwurf 2014/2015 sind keine Mittel zur Realisierung dieser Maßnahme veranschlagt.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S083	Erhalten was erhaltenswert ist!	2013-06-27 07:20:28	kukki	91

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Straßen / Verkehr	Vorschlagscode	S083
Erstellungsdatum:	2013-06-27 07:20:28	Stadtteil	Barmen
Autor:	kukki	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	6	11	2	19	
Bewertungen (abs.)	31,6%	57,9%	10,5%	100%	0% 20% 40% 60% 80% 100%

Kommentare zum Vorschlag

Anzahl der Kommentare	2	**Kategorien**	
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Vorschlagsbeschreibung

Hier möchte ich nicht schreiben wie die Stadt sparen kann, sondern wie man der Stadt helfen kann und das ist m.E. zurzeit unserer aller Pflicht. Ich habe mir Infos eingeholt, dass die Adlerbrücke saniert werden soll, was 780.000 € kostet, wovon der Eigenanteil der Stadt 10% beträgt. Die Stadt kann/darf diesen Betrag nicht aufbringen und somit hat sich ein Förderverein gegründet der diese Summe stemmen muss, wenn die denkmalgeschütze Brücke saniert werden soll. Wer sich mit der Bauweise dieser Brücke beschäftigt, (google) kommt zu der Erkenntnis, das diese Bauweise historisch aus dem Jahre 1821 ist und die Adlerbrücke danach 1868 erbaut wurde. Es wäre doch möglich wenn die Wuppertaler wenigetsen 10 € spenden würden um diesen Betrag von 80.000 € zusammen zu bekommen. Ich habe 100 € überwiesen, lassen wir zusammen ein seltenes Kleinod für Wuppertal retten und der Stadt ein gutes Beispiel sein und den eifrigen Rettern helfen. Sorry, ich weiß nicht ob das hier hinein gehört, sonst soll es der Admin löschen.

Sanierung der Adlerbrücke

09.09.2013 14:37 von VerwaltungNJ

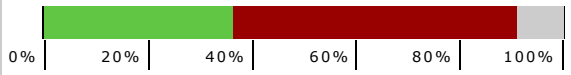
Stellungnahme der Verwaltung	Es wurden drei Förderanträge an den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), die Deutsche Stiftung Denkmalschutz (DSD) und die Denkmalförderung des Landes NRW gestellt. Zwei Förderbescheide bzw. ein maßnahmengebundener Fördervertrag werden derzeit noch von den Fördergebern erstellt und werden von der Stadt erwartet. Die Gesamtkosten belaufen sich nach der aktuellen Kostenrechnung auf insgesamt 780.000,00 €. Hiervon muss die Stadt Wuppertal 10 % Eigenanteil übernehmen. Der Eigenanteil wurde bereits durch interne Budgetverschiebungen gesichert.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E022	Pferdesteuer	2013-06-17 10:03:57	dewupp	92

Allgemeine Angaben

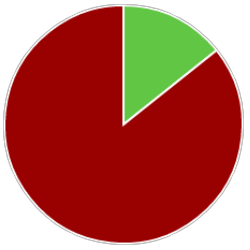
Kategorie:	Stadtverwaltung	Vorschlagscode	E022
Erstellungsdatum:	2013-06-17 10:03:57	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	dewupp	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	12	18	3	33
Bewertungen (abs.)	36,4%	54,5%	9,1%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	12		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	9	Unterstützt den Vorschlag	1
		Lehnt den Vorschlag ab	6
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Steuern

Vorschlagsbeschreibung

Ähnlich der Hundesteuer eine Abgabe für Pferdebesitzer, die kein Arbeitspferd haben. Die Höhe sollte bezahlbar sein, ca. 200 Euro / Jahr. Mehr halte ich für überzogen und es kann auch dazu führen, dass die Pferdebisitzer abwandern. damit ist dann keinem geholfen.

nicht gut

17.06.2013 10:13 von AT

Lehnt den Vorschlag ab

Es gibt ein paar 14 bis 18 jährige Mädchen, die freuen sich über weitere zusätzliche Ausgaben. Ich halte die Zahl der Pferde nicht groß, dass hier was heraus kommt.

Hundesteuer = Lenkungssteuer

19.06.2013 14:34 von vanderbaer

Lehnt den Vorschlag ab

Mit der Hundesteuer wird eine Eindämmung der Hundezahl in Stadtgebieten bezweckt. Die Einführung einer Pferdesteuer würde den gleichen Effekt haben - auch bei 200€ mehr im Jahr werden so viele Pferde/Reiter abwandern, dass die Erhebung einer neuen Steuer teurer zu stehen käme, als darauf zu verzichten und statt dessen ein bisschen Sparpotential aus zu schöpfen. Ein paar sehr gute Ideen hierzu gab es schon und wie ich meine Wu-Taler kenne, kommen da noch sehr viel mehr gute Vorschläge.

Sportsteuer?

20.06.2013 23:18 von Rieke

Reiten ist ein anerkannter Gesundheitssport, den man natürlich nur mit einem Pferd ausüben kann. Er wird hauptsächlich von Kindern und Jugendlichen ausgeübt und vor allem von Mädchen. Ist es richtig einen Sport zu besteuern? Sport soll doch gefördert werden! Wenn die Pferdesteuer durchkommt, sind Tor und Tür geöffnet für weitere Besteuerung von Sport, wie Fußball, Fahrrad fahren oder wie wäre es mit einer Steuer auf Joggingschuhe?

Wuppertal unterstützt die Jugendfarm, wo Kinder sich Tieren, auch Pferden nähern können. Das ist dort vielfach Therapie für die Kinder, die dort Verantwortung und Mitgefühl lernen, wie in jedem anderen Pferdestall auch.

Ich glaube, Wuppertal liegt was an seinen Kindern und Jugendlichen und am Sport, es gibt da doch bessere Ansätze hier, die nicht auf dem Rücken der Schwächsten (Kinder und Tiere)ausgetragen werden.

Pferdesteuer

21.06.2013 08:16 von dewupp

Unterstützt den Vorschlag

Das war mit klar das Argumente gebracht werden, es sei ja ein Sport.
Nur mal zur Info:
Es gibt auch genügent Sportarten mit Hunden.
Agility
Begleithund
Canicross
Diensthunde-Biathlon
Dog Dancing
Fährtenhund
Frisbee
Mantrailing
Mondioring
Obedience
Schlittenhundesport
Turnierhundsport
Rettungshund
usw.

Auch hier sind Jugendliche vertreten.

Nochmal :Wenn die Stadt schon Hundebesitzer zur Kasse bittet, können auch Reiter zahlen. In der Stadt Rödermark (Hessen) ist die erste Kommune die dieses gemacht hat.

P.S
Das Anlegen und Unterhalten von Reitwegen kostet auch Geld.

Das Anlegen und Unterhalten von Reitwegen kostet auch Geld.

21.06.2013 09:42 von HadiTrab

Stimmt das Anlegen und Unterhalten von Reitwegen kostet Geld.
Die Reiter in NRW zahlen bereits dafür. Kennen sie diese kleinen gelben Schildchen, welche an der Ausrüstung eines Pferdes zu sehen sind?
Das ist die Plakette welche anzeigt das eine Reitwegeabgabe entrichtet wurde. Der Unterhalt und Aus- bzw. Neubau von Reitwegen wird nicht von der Stadt finanziert, sondern ist Ländersache. Sie sehen die Reiter zahlen bereits für ihren Sport.

Rödermark (Hessen)??? Sie sollten sich eventuell etwas besser informieren.

Sportsteuer

21.06.2013 12:15 von GIM

In den letzten 10 Jahren haben viele Länder den Sport als besonders förderungswürdig und unter dem Schutz von Land und Kommune stehend in ihren Landesverfassungen aufgenommen.
Anstatt sich als Hundehalter dafür zu engagieren, dass andere willkürlich besteuert werden (was bringt Ihnen das eigentlich?) werden, wäre es sinnvoller sich selbst zu bewegen und für die Abschaffung der Hundesteuer - die es in Europa übrigens nur noch in der BRD und in Österreich gibt - einzusetzen. Das Sportargument, das für den Reitsport schlicht nicht von der Hand zu weisen ist - ohne Pferde kein Reitsport - greift vielleicht auch für den Hundesport und könnte damit auch den Anstoß für die Abschaffung der Hundesteuer geben. Immerhin kannte man Hundesport zum Zeitpunkt der Einfühung der Hundesteuer ebensowenig wie den Schutz des Sports als kommunale Aufgabe mit Verfassungsrang.

Pferdesteuer gefährdet Arbeitsplätze

21.06.2013 09:57 von HadiTrab

Lehnt den Vorschlag ab

Vier Pferde schaffen einen Arbeitsplatz!
Reitsport stellt einen wesentlichen volkswirtschaftlichen Faktor dar (Tierärzte, Beschlagschmiede, Reitlehrer, Futtermittelhändler, Reitsportausrüster, Stall- und Sportstättenbauer etc.). Eine Pferdesteuer wirkt sich nachteilig auf Unternehmen, Handel und Gewerbe aus.

Unwirtschaftlich

21.06.2013 10:59 von YG

Lehnt den Vorschlag ab

Diese Steuer kostet die Stadt mehr, als dass sie einbringen würde. Man bedenke den Verwaltungsapperat, der aufgebaut werden müsste um die Steuer einzutreiben.

Nur weil es eine Hundesteuer gibt, rechtfertigt das nicht die Einführung einer Pferdesteuer. Statt zu sagen "aber ich zahle doch auch für meinen Hund, sollen die Reiter auch für ihre Pferde zahlen" lieber selbst die Initiative ergreifen und für die Abschaffung einer Hundesteuer kämpfen.

Wir Reiter in NRW zahlen schon dafür, dass wir unsere Pferde vom Hof runterreiten dürfen - die gelbe Ausreitplakette.

Reiter- und Pferdebesitzer sind nicht automatisch reiche Leute - und schon gar nicht der Goldesel für leere Kassen der Kommunen.

unsozial

04.07.2013 20:36 von Odessa

Lehnt den Vorschlag

ab

warum immer die Tierhalter besteuern? Pferde bedeuten Sport und sind föderungswürdig. Sportpartner zu besteuern ist definitiv KEIN Mittel zur Haushaltssanierung!

Pferdesteuer nein Danke!

05.07.2013 09:31 von Sharouk

Lehnt den Vorschlag ab

ich bin gegen eine Pferdesteuer! Mit welcher Begründung wollen sie eine Pferdesteuer einführen? Wollen sie dass der Besitz eines Pferdes wieder dem "Geldadel" vorbehalten bleibt?
Über 70 % der Pferdebesitzer sind ganz normale "Ottonormalverdiener" und mit Verlaub gesagt, 200 € sind eine Menge Geld um eine Pferdesteuer nur mal ebenso bezahlen zu können (das ist mehr als ich für mein Auto bezahle). Wussten sie dass Reiten eine von nur 6 bestätigten Gesundheitssportarten in Deutschland ist? Pferde schaffen Arbeitsplätze (Reitsportbedarf, Tierärzt, Hufschmid und nicht zu vergessen die Landwirte die auf Pferdehaltung umgestiegen sind, ergo: weniger Pferde mehr Arbeitslose) Der Großteil der Pferde wird überwiegend auf Weideflächen gehalten. Viele Pferde verlassen den heimatliche Hof nie und verursachen keinerlei Arbeit für die Öffentlichkeit und jene die im Gelände unterwegs sind bezahlen ja schon längst eine Reitabgabe.
An die Hundehalter: bin gegen eine HS obwohl ich keinen besitze!

Pferdesteuer

09.09.2013 18:43 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Pferdesteuer ist als neue Aufwandsteuer rechtlich nicht zulässig. Da diese Steuer bisher in NRW noch von keiner Kommune erhoben wird, müsste sie zudem als neue Steuer zunächst vom Innen- und Finanzministerium NRW genehmigt werden.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
A077	Hunde in Wuppertal	2013-06-26 16:15:40	slashtm	93

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Finanzen / Steuern	Vorschlagscode	A077
Erstellungsdatum:	2013-06-26 16:15:40	Stadtteil	Barmen
Autor:	slashtm	Typ	Ausgabevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	10	16	2	28	
Bewertungen (abs.)	35,7%	57,1%	7,1%	100%	0% 20% 40% 60% 80% 100%

Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	2		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Grünflächen, Hunde

Vorschlagsbeschreibung

Ich wohne auf dem Rott und mir fällt immer mehr auf, dass es gerade auf dem Rott sehr viele Hundebesitzer gibt! Leider ist der Schönebecker Wald eher eine "Kot"-wiese statt eine Erholungsfläche oder Park! Dies ist allerdings nochmal ein anderes Thema! Ich würde es sehr begrüßen, wenn es in Wuppertal vor allem aber auch auf dem Rott für Hundebesitzer mehr Möglichkeiten gäbe, die Hunde frei laufen zu lassen. Natürlich nicht ohne Zaun! Ich sehe in der ganzen Stadt viele Möglichkeiten eine eingezäunte Wiese zur Verfügung zu stellen, wo sich die Hunde austobben können! Denn immer an der Leine bedeutet auch, immer weniger Bewegung und das führt zu vielen Problemen! Vor allem dann, wenn man keine Möglichkeit hat mal ins "Freie" zu fahren! Dann könnte ich auch mehr nachvollziehen, warum ich Hundesteuern zahle!!!

Hunde in Wuppertal

09.09.2013 15:10 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

In der Stadt Wuppertal sind im innerstädtischen Bereich fünf Hundeauslaufgebiete eingerichtet worden. Sie sind Bestandteil größerer Grünflächen bzw. Parkanlagen, so dass ein vernünftiges Nebeneinander von Hundeauslauf und normaler Benutzung der Grünflächen durch Erholungssuchende - auch mit Kindern -, Jogger u. a. möglich und ein verträglicher Umgang mit freilaufenden Hunden sichergestellt ist. Die Hundeauslaufgebiete befinden sich überwiegend in der Nachbarschaft zu ausgesprochen dicht bebauten und stark bevölkerten Wohngebieten und bedeuten im Allgemeinen kurze Wege dorthin.

Weitere Flächen sind in der Vergangenheit auf ihre Eignung hin untersucht, aber auch anschließend verworfen worden: Die Einzäunung und Ausschilderung von Grünflächen für den Hundeauslauf erfordern erhebliche Investitionskosten, deren Finanzierung nicht erkennbar ist. Ebenso ist mit erhöhten Kosten für den Unterhalt zu rechnen. Derartige Flächen entwickeln sich zu Hundekotwiesen. In vergangenen Jahrzehnten wurden in verschiedenen Städten Versuche mit der Ausweisung von kleineren Grünflächen für den Hundeauslauf durchgeführt, die jedoch in den meisten Fällen wieder eingestellt worden sind. Die hygienischen Verhältnisse ließen – trotz Aufstellung von Müllbehältern und Tütenspendern für Hundekot – eine Weiterführung nicht zu. Aus diesem Grund waren Hunde auch nicht mehr bereit, diese Flächen zu nutzen bzw. die Hundebesitzer befürchteten mögliche Ansteckungen.

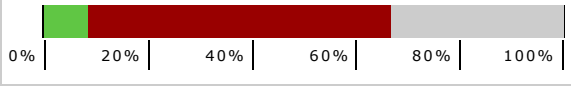
Für die städtischen Mitarbeiter stellen Rasenmäharbeiten in vielen städtischen Grünanlagen aufgrund der Belastungen mit Hundekot heute bereits häufig eine Zumutung dar. Neben den ausgewiesenen Hundeauslaufgebieten ist Hundeauslauf (in begrenztem Umfang) auch auf Wegen in der freien Landschaft sowie in Waldgebieten erlaubt, die die Hälfte des Stadtgebietes umfassen, so dass auch hier einer artgerechten Hundehaltung entsprochen werden kann

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
A160	Fußgängerzone Elberfeld verbinden	2013-07-07 08:28:32	1HX0	94

Allgemeine Angaben

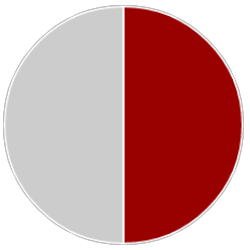
Kategorie:	Stadtentwicklung / Umwelt	Vorschlagscode	A160
Erstellungsdatum:	2013-07-07 08:28:32	Stadtteil	Elberfeld
Autor:	1HX0	Typ	Ausgabevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	1	7	4	12
Bewertungen (abs.)	8,3%	58,3%	33,3%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	1
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Stadtentwicklung

Vorschlagsbeschreibung

Die Fußgängerzone in Elberfeld wird durch den Wall künstlich in zwei Hälften geteilt (den Bereich nördlich der Neumarktstraße klammere ich jetzt bewusst aus). Der Wall darf zu bestimmten Zeiten durch den Individualverkehr nicht befahren werden (Beschilderung durch Zeichen 250 bzw. 267), dennoch halten sich viele nicht daran. Die Geschwindigkeit ist nicht begrenzt, das heißt die zulässige Höchstgeschwindigkeit beträgt 50 km/h. Hinzu kommt, dass viele Fußgänger überhaupt nicht wissen, dass der Wall keine Fußgängerzone ist. Es kommt daher öfter zu gefährlichen Situationen.

Mein Vorschlag ist es, den Wall komplett zu sperren und in die Fußgängerzone zu integrieren!

Die Einbahnstraßenregelung der Neumarktstraße müsste gedreht werden, so dass die Neumarktstraße dann nur noch von Westen nach Osten befahren werden darf.

Die Busse würden dann statt durch den Wall über die Kasinostraße und die Neumarktstraße zur Friedrichstraße fahren. Die Bushaltestelle Wall müsste dann zur Kasinostraße verlegt werden, eventuell könnte noch eine zusätzliche Haltestelle am Kaufhof eingerichtet werden.

Der Taxenhalteplatz würde dann ebenfalls auf die Neumarktstraße verlegt werden. Der Halteplatz an der Kasinostraße müsste vergrößert werden.

Durch diese Maßnahme würde die Fußgängerzone nicht mehr künstlich durch den Wall geteilt werden. Die freie Fläche des Walls könnte dann zum Beispiel gut für einen zusammen hängenden Weihnachtsmarkt genutzt werden. Dies hätte eine größere Attraktivität zur Folge.

Grundsätzlich eine gute Idee ...

07.07.2013 12:51 von phneutral

Ist neutral

Allerdings nicht so einfach wie von Ihnen geschildert in die Tat umzusetzen.

Die Neumarktstraße ist zum Beispiel viel zu schmal, um dort Busverkehr in der aktuellen Menge durch zu schleusen geschweige eine Haltestelle einzurichten.

Man hätte die Verkehrsführung durch die Innenstadt (auch in Bezug auf Gathe und Morianstraße) im Zuge des Döppersberg-Umbaus komplett modernisieren müssen.

Da dies nicht passiert ist, sehe ich für Ihren Vorschlag leider schwarz.

Einbahnstraßenregelung Wall

07.07.2013 22:26 von schlegel

Lehnt den Vorschlag ab

Schon mitbekommen, dass die Einbahnstraßenregelung am Wall bald im Rahmen des Döppersberg-Umbaus aufgehoben wird?

Fußgängerzone Elberfeld

05.09.2013 15:26 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

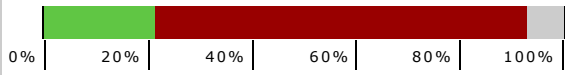
Der Vorschlag trifft auf eine Diskussion, die bereits im Jahre 2006 mit den Anliegern der Straße Wall geführt wurde.
Bereits zum dem Zeitpunkt wurden die Fragen der Verkehrsumlegung mit den Verkehrsbetrieben diskutiert und untersucht, um aus dem Wall eine Fußgängerzone zu machen. Im Ergebnis wurde allerdings von den WSW dargestellt, dass es zu der heutigen Verkehrsführung der Busse keine Alternative gibt, die Erreichbarkeit der Innenstadt effizient und wirtschaftlich sicher zu stellen.

Die Anregung wird allerdings zum Anlass genommen, nach Abschluss der Maßnahme Döppersberg und damit dem Rückbau der Straße Wall als gegenläufige Fahrstraße für den Busverkehr, einen öffentlichen Diskurs zu führen, wie der Wall zukünftig hergerichtet und gestaltet werden soll.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S141	wirtschaftliches Denken/Handeln	2013-07-03 21:10:55	talblick	95

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Stadtverwaltung	Vorschlagscode	S141
Erstellungsdatum:	2013-07-03 21:10:55	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	talblick	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	3	10	1	14	
Bewertungen (abs.)	21,4%	71,4%	7,1%	100%	

Kommentare zum Vorschlag

Anzahl der Kommentare	2	**Kategorien**	
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Soziales, Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Die Verwaltung muss aufhören in jedem Mitarbeiter einen Kostenfaktor zu sehen. Es gibt Verwaltungsbereiche ,in denen die Einnahmen die ein Mitarbeiter erarbeitet /erwirtschaftet höher sind, als die jeweiligen Personalkosten. Z.B. im Forderungsmanagement der Stadtkasse, der Heranziehung im Sozialbereich. Dort darf kein Personal abgebaut werden, sondern hier sind Ausgaben und Einnahmen gegenüber zu stellen.

Wohlgemerkt es geht um die zeitnahe Durchsetzung legitimer, fälliger Forderungen, die der Stadt zustehen. Und damit nicht nur Vorgänge verwaltet werden, erhalten diese Mitarbeiter eine 3% Gewinnbeteiligung..

Stadtverwaltung Wuppertal

05.09.2013 16:47 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Dieser Beitrag erweckt den Eindruck,

• dass die Verwaltung nicht zu einer einfachen Kosten/Nutzen-Betrachtung fähig sei und
• dass städtische Mitarbeiter ihre Vorgänge nur „verwalten" und mit einer Gewinnbeteiligung von 3% zu einer Verhaltensänderung gebracht werden könnten.

Diese Meinung wird von der Verwaltung nicht geteilt.

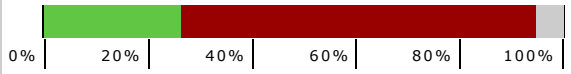
Die Verwaltung nimmt sowohl im pflichtigen als auch im freiwilligen Bereich weit überwiegend Aufgaben wahr, die unter Anlegung eines Kosten/Nutzen- Maßstabes nicht mehr angeboten werden könnten. Eine solche Betrachtung verbietet sich jedoch. „Defizitäre" Aufgaben in den Bereichen Daseinsvorsorge, Bildung, Freizeit, Kultur u.a.m. gehören zwingend zum kommunalen Aufgabenportfolio, das in der Regel auf gesetzlichen Vorgaben oder Ratsbeschlüssen beruht. Die Stadt Wuppertal hat noch im Jahr 2011 eine Analyse und Priorisierung ihres gesamten Aufgabenbestandes durchgeführt, um zu einer methodisch ermittelten Grundlage für die Festlegung von Personaleinsparungsvorgaben für jede einzelne Leistungseinheit zu kommen. Dabei sind bei allen Aufgaben Aspekte wie „Höhe des Kostendeckungsgrades" und „wie viel Einsparungspotenzial wird gesehen" zu Gunsten der Bereiche bewertet worden, die ein gutes Kosten/Nutzen-Verhältnis aufweisen können. Ein höherer Grad an Begünstigung der Bereiche, die mehr Einnahmen generieren als Kosten verursachen, ist bewusst nicht vorgesehen. Ziel ist es, einen wirtschaftlichen Personaleinsatz für die Gesamtheit aller städtischen Aufgaben sicher zu stellen.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E120	(Holz)-Ressourcen nutzen - Attraktivität steigern!	2013-07-01 12:10:02	Sannyfranky	96

Allgemeine Angaben

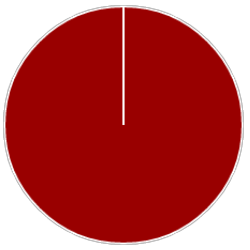
Kategorie:	Stadtentwicklung / Umwelt	Vorschlagscode	E120
Erstellungsdatum:	2013-07-01 12:10:02	Typ	Einnahmevorschlag
Autor:	Sannyfranky		

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	5	13	1	19
Bewertungen (abs.)	26,3%	68,4%	5,3%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	5		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	2
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Unsere schöne Stadt hat eine einmalige Topographie.
Wir haben tolle Höhenzüge und wunderbare Aussichten...allerdings werden diese immer mehr von Bäumen versperrt. Vieles wirkt dunkel und eng. z.B. die tolle Architektur im Briller Viertel, Zooviertel, usw. Auch historische Plätze und Naherholungsgebiete wachsen zu. z.B. Wyerbuschturm, Hardt, Kaiserhöhe, Königshöhe, etc. es gilt wieder schöne Sichtachsen zu schaffen, die die Bürger erfreuen können und die Wohnqualität weiter steigern! Auch Solaranlagen werden dann wieder häufiger möglich. Warum nutzt die Stadt nicht diese Holzressourcen zur Brennholz- und Pellet-Produktion ?? Die GESA macht das bereits erfolgreich seit mehreren Jahren. Arbeitsplätze könnten auch geschaffen werden. Um es klar zu sagen: es gehr nicht um eine Abholzung unserer Wälder oder Strassenbäume, es geht um intelligente Maßnahmen und kontrolliertem Rückschnitt zur Steigerung der Attraktivität verbunden mit zusätzlichen Einnahmen. Es sollte ein Ausschuss gegründet werden, der sich intensiv mit diesem Thema beschäftigt.

Sinnlos

01.07.2013 19:53 von terveld

Lehnt den Vorschlag ab

Der Energiebedarf von Wuppertal ist viel zu hoch um ernsthaft etwas mit lokales Holz machen zu können. Wärme-Energiebedarf der Wuppertaler Haushalte liegt bei zirka 2000 GWh pro Jahr, Restholz kann davon maximal 40 GWh liefern, 2% also.

Bitte richtig lesen

02.07.2013 11:46 von Sannyfranky

Es geht doch hier gar nicht darum, zusätzliche Energiequellen zu schaffen....es geht um zusätzliche Einnahmen der Stadt durch Holzverkauf, egal ob als Brennholz, Pellets oder Bauholz für die Industrie!

Geschmackssache

02.07.2013 12:55 von theduckling

Lehnt den Vorschlag ab

Meiner Ansicht nach ist gerade der große Baumbestand eine von Wuppertals schönen Seiten. Dazu kommt die Luftverbesserung durch viele Grünflächen, was Wuppertal definitiv gebrauchen kann. Bäume abzuholzen, nur damit man einen schöneren Blick hat, finde ich persönlich nicht zu rechtfertigen. Ob viele Bäume oder freier Blick schöner sind, ist Geschmackssache, daher würde ich logischen Argumenten hier den Vortritt lassen. Und die sprechen meiner Ansicht nach für einen Erhalt der Bäume, soweit nichts anderes dagegen spricht, wie Sicherheit der Passanten oder Gesunderhaltung anderer Bäume.

Holzressourcen

09.09.2013 09:32 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stadt Wuppertal ist mit ihren über 400 städtischen Wäldern, vielen Parkanlagen und Alleen eine sehr "grüne" Stadt mit hoher Umweltqualität und dies wird auch so bleiben.

Seit dem Jahr 1950 - dem Zeitpunkt der ersten Forstinventur nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem 40 Prozent der Wuppertaler Stadtwälder gefällt, gerodet und verwüstet wurden - werden die Wuppertaler Waldbestände "nachhaltig" genutzt. Dies wird einmal pro Jahrzehnt im Auftrag des Landes von externen Forstgutachtern überprüft und in einem "Forsteinrichtungswerk" dokumentiert.

Außer im "Kyrill-Jahr 2007 - als der dreifache durchschnittliche Jahres-Holzzuwachs vom Orkan zu Boden geworfen, von Holzerntemaschinen aufgearbeitet und vermarktet wurde - lag die jährliche Holzerntemenge im Rahmen des durchschnittlichen Holzzuwachses. Auch in den erwähnten Stadtwäldern auf der Hardt, auf der Kaiserhöhe (~ Forstort Nützenberg) und auf der Königshöhe, die Wälder im Sinne des Forstgesetzes sind, wird nun schon seit 63 Jahren "nachhaltig" Holz genutzt.

Das Holzeinnahmesoll im städtischen Haushalt wurde im letzten Jahr deutlich angehoben. Im Rahmen von Gefahrenbaumfällungen und Durchforstungen entstehen immer wieder neue Sichtachsen und Ausblicke, die aber nicht ständig von Bewuchs freigehalten werden, weil dies im Sinne des Forstgesetzes eine nicht erlaubte "Waldumwandlung" in Grünland oder Gartenanlage wäre für die andernorts eine Ersatzaufforstung erfolgen müsste. Außerdem würde dies zusätzlichen Personalaufwand erfordern.

In einigen zentralen Parkanlagen (Hardt, Kaiserhöhe, Nordpark, Friedrichsberg etc.) werden dagegen seit historischer Zeit Plätze und Sichtachsen gepflegt. Nicht immer sind die Bürger mit den Baumfällungsmaßnahmen einverstanden. Seit es in den 1980er Jahren zu heftigen Protesten gegen die städtischen Baumfällungen kam, werden alle Fällungsmaßnahmen in einer Informations-Drucksache an den Ausschuss für Umwelt und die Bezirksvertretungen veröffentlicht sowie große Durchforstungsmaßnahmen und die Fällung bedeutender Solitärbäume in Pressemitteilungen bekannt gemacht.

Das Stammholz aus den Stadtwäldern wird für höherwertige Zwecke an holzverarbeitende Betriebe (Säge-, Spanplatten-, Palettenindustrie etc.) vermarktet. Ein kleiner Teil der städtischen Hölzer (minderwertige Hölzer, die nicht als Bau- oder Möbelholz geeignet sind) wird von der GESA zu Scheitholz verarbeitet.

Viele Motorsägen-Führerscheininhaber kaufen einzelne gefällte Bäume von der Stadt und arbeiten sie zu

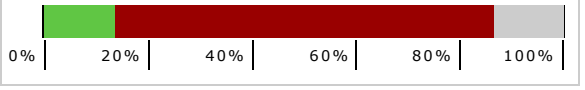
Scheitholz auf. Holz-Pellets werden dagegen großtechnisch in Holzpellet-Produktionsanlagen aus getrocknetem Sägemehl der Sägewerke und der Möbelindustrie - nicht aus feuchtem Waldholz - hergestellt. Die GESA stellt keine Holz-Pellets her, sie handelt nur mit diesen Holzprodukten.Die Aufgaben der ehemaligen "Grünflächenkommission", die sich mit dieser Thematik befasste, sind auf den Ausschuss für Umwelt übergegangen."

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
A063	Menschen mit Behinderung	2013-06-25 13:51:52	engels22	97

Allgemeine Angaben

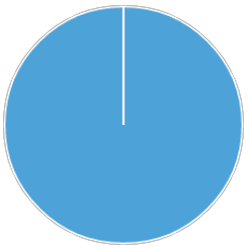
Kategorie:	Soziales / Jugend / Integration	Vorschlagscode	A063
Erstellungsdatum:	2013-06-25 13:51:52	Typ	Ausgabevorschlag
Autor:	engels22		

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	2	11	2	15
Bewertungen (abs.)	13,3%	73,3%	13,3%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	1
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Soziales, Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Nach der UN Behindertenrechtskonvention müssen Menschen mit Behinderung z. B. ihre politische Vertretung SELBST übernehmen, Partizipation an der Gesellschaft. Die dann zu erfolgende Arbeit muss mit Verwaltung und Politik GEMEINSAM vorgenommen werden. Die Behindertenvertretung soll/muss den Status eines Ausschusses erhalten. Um die zusätzliches Kosten zu decken eine Reduzierung der Bezirksvertetungen vornehmen. Menschen mit Behinderung können ihre eigene Vertretung bilden. Sachkenntnis aus der Erfahrung im Umgang mit der eigenen Behinderung bietet die Möglichkeit eine barrierefreie Umwelt für ALLE zu gestalten.

Beirat der Menschen mit Behinderung

25.06.2013 14:48 von DieterHofmann

Ist eine Frage

In Wuppertal gibt es den "Beirat der Menschen mit Behinderung". Der Beirat der Menschen mit Behinderungen setzt sich zusammen aus engagierten Bürgern, deren Ziele die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderung "im Tal" sind.
Die Mitglieder des Beirates der Menschen mit Behinderungen werden von Menschen mit und ohne Behinderung gewählt. Der Behindertenbeirat setzt sich aus folgenden Gruppen zusammen:
- Sinnesbehinderte
- geistig und körperlich Behinderte
- chronisch Kranke
- Rollstuhlfahrer
- Körperbehinderte
http://www.wuppertal.de/rathaus-buergerservice/soziales_gesellschaft/menschen_behinderung/102370100000153545.php

Ist das nicht genau das, was Sie fordern?

UN Behindertenrechtskonvention

01.07.2013 09:31 von engels22

STIMMT! Es gibt den Beirat der Menschen mit Behinderung und er macht eine gute Arbeit. Nur die politische Beteiligung lässt sich verbessern. Im Artikel 29 der UN BRK ist von der Partizipation die Rede, hier müssen wir ansetzen.

Ausschuss für Menschen mit Behinderung

09.09.2013 18:47 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

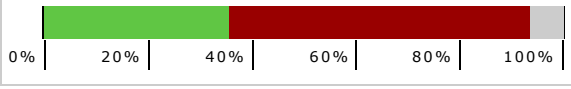
Natürlich steht es dem Rat der Stadt frei, Ausschüsse einzurichten (§ 57 Abs. 1 Gemeindeordnung - GO). Es wäre dem Rat also jederzeit möglich, einen entsprechenden Ausschuss zu bilden. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Bildung eines solchen Ausschusses nicht in der gleichen Weise möglich ist, wie es beim Beirat geschieht (Wahl aus dem Kreis der Behindertenverbände). Handelt es sich um einen Ausschuss sind die stimmberechtigten Mitglieder ausschließlich Stadtverordnete oder der Oberbürgermeister. Sogenannte sachkundige Einwohner können zwar benannt werden (§ 58 Abs. 3 GO), diese haben aber nur beratende Stimme. Bei alledem ist noch zu beachten, dass die Anzahl der sachkundigen Einwohner die der Stadtverordneten im Ausschuss nicht übersteigen darf. Die Anzahl der Verbandsvertreter wäre also allemal durch die Anzahl der Stadtverordneten begrenzt.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S016	Busnetz ausschreiben	2013-06-14 20:10:59	flhah	98

Allgemeine Angaben

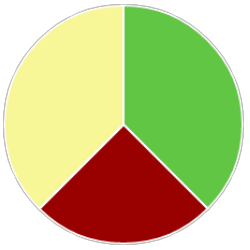
Kategorie:	Straßen / Verkehr	Vorschlagscode	S016
Erstellungsdatum:	2013-06-14 20:10:59	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	flhah	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	16	26	3	45
Bewertungen (abs.)	35,6%	57,8%	6,7%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	14		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	9	Unterstützt den Vorschlag	3
		Lehnt den Vorschlag ab	2
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	3
		Sonstiges	0



Schlagworte

ÖPNV

Vorschlagsbeschreibung

Wuppertals ÖPNV ist stark defizitär. Die Stadt reagiert bisher darauf mit pauschalen Kürzungen. Nach den Einschnitten im März sollen spätestens mit einem neuen Verkehrskonzept in 2016 weitere starke Einschnitte erfolgen. Dies widerspricht natürlich jeden ökologischen Zielsetzungen, die eine Stadt heutzutage haben sollte und hängt viele alte, junge und arme Menschen vom öffentlichen Leben ab. Mein Vorschlag: Statt pauschal die defizitäre WSW praktisch alle Buslinien in Wuppertal fahren zu lassen, kann man die Buslinien auch öffentlich in Bündeln ausschreiben und so möglicherweise große Einsparungen erzielen. In anderen Städten (z.B. Frankfurt) ist dies bereits Standard, dort werden den neuen Betreibern sogar noch hohe ökkologische Vorgaben gesetzt, die wiederum Fördermittel vom Bund bringen (siehe http://www.traffiq.de/fm/20/Ausschreibung_mit_EEV-Standard_2005-09_.pdf). Hier in der Region konnte vom VRR insbesondere bei Zuglinien durch Ausschreibung sehr viel eingespart werden und so der Verkehr teilweise sogar ausgeweitet werden. Verliert die WSW Linien, so müssen ihre Gewinne aus dem Stromgeschäft auch nicht mehr in den ÖPNV fließen, folglich eine Win-win-Situation für Stadtwerke und den ÖPNV.

Ergänzung

14.06.2013 20:16 von flhah

Inhaltliche Ergänzung

Zur Ausschreibung in Bündeln: Natürlich ist eine Quartierslinie defizitärer als z.B. eine Talachsenlinie wie die 611. Deshalb ist es wichtig, unrentablere Linien mit rentableren Linien in Bündeln auszuschreiben.

Die Stadt Frankfurt zahlt

15.06.2013 17:34 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

In der von Ihnen angeführten Ausschreibungsinformation steht: "Aufgrund der aufwändigeren Technik können auf traffiQ und damit die Stadt Frankfurt am Main Mehrausgaben von bis zu 230.000 Euro pro Jahr zukommen. Wir werden diese im Interesse des Umweltschutzes tragen", erklärt der Stadtrat." Diese Mehrkosten für die Stadtkasse wurden trotz des 1,4 Millionen Euro-Zuschusses seitens des Bundesumweltministeriums für das damalige Pilotprojekt einkalkuliert. Sicher wird sich kein privatwirtschaftliches Unternehmen um den Betrieb von Buslinien bewerben, wenn es damit planmäßig Verlust einfährt.

ÖPNV ist immer Verlustgeschäft

15.06.2013 21:27 von flhah

ÖPNV ist für den Auftraggeber (hier die Stadt) immer ein Verlustgeschäft. Es geht nur darum, diese Verluste zu minimieren. Manche privatwirtschaftlichen Unternehmen schaffen es hoffentlich, die selbe Leistung für weniger Geld anzubieten als die WSW. Der Versuch sollte zumindest vor weiteren Kürzungen gestartet werden, zu verlieren gibt es nicht wirklich etwas.

Privat ist nicht gleich gut

16.06.2013 12:22 von DieterHofmann

Inhaltliche Ergänzung

ist ein Debattenbeitrag von Prof E Mönnich in "The European" überschrieben. Dort heißt es: "Warum privatisieren, wenn öffentliche Betriebe gut funktionieren? Markt und Staat sind zusammen gewachsen und haben jeweils ihre Stärken. Deshalb sind legislative Bremsen und Bürgerentscheide bei der Privatisierung sinnvoll." Weiterlesen http://m.theeuropean.de/ernst-moennich/6899-Sinn-und-unsinn-der-privatisierung Die Wuppertaler Erfahrung: „Überrascht es wirklich, dass bei Fahrern, die seit Jahren schlechter bezahlt werden als ihre bei den WSW angestellten Kollegen, das Ende aller Fahnenstangen irgendwann erreicht ist? Immer mehr Umstellungen, immer weniger Geld – das macht niemand auf Dauer mit. Wohin die Reise im Busverkehr führt, bleibt weiterhin offen. Millionenschwere Defizite auf Busfahrer abzuwälzen, ist definitiv der falsche Weg." Kommentar „Auf Kosten der Busfahrer" v Stefan Melneczuk, 25.11.2011 http://www.wz-newsline.de/lokales/wuppertal/kommentare/auf-kosten-der-busfahrer-1.801677

Öffentlich heißt heute auch nicht mehr gut.

16.06.2013 12:35 von flhah

Natürlich ist nicht privat=gut, aber öffentlich funktioniert momentan hier im Wuppertaler ÖPNV ja auch nicht (siehe Linienkürzungen und Linienausfälle wegen unzufriedenen Busfahrern). In der Eisenbahn gibt es Tarifverträge für die Angestellten, sowas sollte es beim Busverkehr auch geben (wenn es sowas nicht heute schon gibt?). Zudem ist öffentlich auch nicht immer gut für die Angestellten, das beste Beispiel ist wieder die WSW, die heutzutage die meisten Busfahrer über Subunternehmen beschäftigt, in denen sie auch nicht mehr viel zahlt. Dann kann man das System auch direkt öffnen. Ich denke, es muss sich auch kein Busfahrer vor Entlassung fürchten, wenn ein neues Unternehmen einsteigt, dieses freut sich sicher, Busfahrer mit Streckenkenntnissen, etc. zu übernehmen.

Aufsichtsrat parteiisch...

20.06.2013 09:44 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Man sollte natürlich auch sehen, dass der gesamte Aufsichtsrat aus Verwaltungs/Ratsmitgliedern besteht. Hier sollte eine Prüfung von unabhängiger Stelle erfolgen!

falscher Weg

24.06.2013 22:21 von benruba

Lehnt den Vorschlag ab

Ich finde das ist genau der falsche Weg. Warum sollte ein profitorientiertes Unternehmen kostengünstiger arbeiten können ohne dass die Versorgung schlechter wird? Glaube ich nicht. Infrastrukturen und Nahverkehr gehören zur Grundversorgung und dürfen nicht privatisiert werden. Die Kosten für den ÖPNV zahlen wir sowieso alle. Ob nun durch Quersubvention über Gas- und Wasserpreise, oder gleich als solidarisches Bürgerticket. Sparen wir uns den Ticketverkauf und die ohnehin nicht ausreichenden Kontrollen. Der Gewinn an Lebensqualität und Attraktivität der Stadt wäre es wert!

Auftraggeber bleibt die Stadt...

24.06.2013 22:59 von flhah

Die Versorgung wird nur schlechter, wenn die Stadt weniger Leistungen bestellt (was sie ja momentan tut). Insofern ändert sich auch nichts an der Tatsache, dass Nahverkehr zur Grundversorgung gehört (dem stimme ich ja zu). Nur ist der Nahverkehr der Stadt ja zu teuer, sodass diese Grundversorgung eingeschränkt wird. Nun bleiben zwei Optionen. A) Geld sparen durch weniger Leistung (der aktuelle Weg) B) Für die aktuelle Leistung weniger Ausgaben (und hier setzt mein Vorschlag an). Das Beispiel Zuglinienausschreibung im VRR zeigt ganz klar, dass sich bei Ausschreibung von Linien viel Geld sparen lässt, einfach durch Aufbrechen der Monopolstellung des vormaligen Staatskonzerns DB. Die Stellung der WSW in Wuppertal ist vergleichbar. Wie sähe ihr Alternativvorschlag zur Kosteneinsparung vor, denn diese wird von der Stadt gefordert?
PS: Das Bürgerticket ist sicher schön, jedoch schadet auch dabei ein günstiger Nahverkehr nicht. Dann zahlen nämlich alle weniger fürs Bürgerticket.

Blauäugiger Vorschlag

26.06.2013 11:43 von Hobi

Lehnt den Vorschlag ab

Die Stadt kann froh sein, dass sie mit den WSW ein eigenes Unternehmen auf die Straße schicken kann, so dass sie für den Betrieb des ÖPNV in Wuppertal nicht bezahlen muss. Die Verluste der WSW mobil zahlt schließlich nicht die Stadt sondern die anderen Sparten der Stadtwerke.

Eine öffentliche Ausschreibung würde zwar vielleicht die Betriebskosten senken, dafür müsste die Stadt dann selbst finanziell für den ÖPNV berappen, auch wäre dann unklar, wer weiterhin so viel Geld in die Schwebebahn-Infrastruktur steckt. Betriebswirtschaftlich ist das für ein privatwirtschaftliches Unternehmen sinnlos. Konsequenz einer Ausschreibung wäre damit eine Kostenverschiebung der 50 Mio. Euro Verlust aus der Verkehrssparte in den städtischen Haushalt. Das ist sicherlich nicht erstrebenswert.

WSW-Haushalt = städtischer Haushalt

26.06.2013 17:45 von flhah

Blauäugig ist, die WSW von der Stadt inhaltlich zu trennen. Als ob die WSW ein wirklich eigenständiges Unternehmen wäre, das zum Spaß sich die Verluste im ÖPNV antut. Wenn dem so wäre, warum sollte die Stadt dann Linien kürzen?

Ausschreibung des Busnetzes

09.09.2013 18:49 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Das Modell in Frankfurt kann nicht auf Wuppertal übertragen werden, da die Situation nicht vergleichbar ist. Die VG Frankfurt konnte alle noch bei ihr beschäftigten Altfahrer in den nicht dem Wettbewerb

unterworfenen Schienenbereich überführen. Die Regieleistungen Vertrieb, Marketing, Angebotsplanung, Finanzierung usw wurden in die Traffic ausgegliedert und sind weiterhin kommunal geführt und finanziert. Lediglich die reinen Busfahrleistungen wurden dem Wettbewerb überlassen.

Einsparungen wären dabei aber in Wuppertal nicht zu erzielen, da in NRW im Gegensatz zu Hessen das Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG) gilt. Dieses verlangt, dass Fahrleistungen zum Tarifvertrag Nahverkehr TV-N ausgeschrieben werden müssen. Da die Fahrleistungstochter der WSW mobil, die VSG, diesen Tarifvertrag ebenfalls anwendet, können keine Einsparungen entstehen. Hinzu kommen neue Transaktionskosten für die Ausschreibungen und das Controlling sowie eine Umsatzsteuerbelastung bei der Stadt, wenn die Fahrleistungen als sog. Bruttoverträge erbracht werden. Eine Kalkulation von Nettoverträgen wäre aufgrund der Besonderheiten in der VRR-Einnahmeaufteilung mit erheblichen Risiken für den Anbieter verbunden.

Kurz gedacht...

10.09.2013 10:10 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Ausschreibungen werden doch nicht nur über die Lohnkosten gewonnen! Auch bei der Eisenbahn gilt inzwischen eine Art Mindestlohn und trotzdem werden bei Ausschreibungen Einsparungen erzielt, da manche Unternehmen effizienter wirtschaften können. Bei einer Ausschreibung könnte ich mir z.B. vorstellen, dass die Rheinbahn weitere Linien in Vohwinkel übernimmt, etc.
Zumindest ein Versuch der Ausschreibung sollte gemacht werden, immer dieses "weiter wie bisher", was aus vielen Kommentaren der Verwaltung rausklingt hat doch bisher auch nicht geholfen.

Weitere Kurzlektüre

19.09.2013 12:40 von flhah

Unterstützt den Vorschlag

Hier zur weiteren Info:

http://www.zughalt.de/2013/09/infrastruktur-kommunalisieren-verkehr-privatisieren/

Zitat: "Eigenen Angaben zufolge würden die Stadtwerke der Stadt Wuppertal regelmäßig nachweisen, dass sie nicht teurer sein, als es bei einer marktgerechten Vergabe der Fall wäre, doch wer will das nachvollziehen oder werden regelmäßig Ausschreibungen gemacht, wohl wissend, dass der beste Bieter ohnehin keine Chance hat und man nur wissen will, ob die Stadtwerke auch nicht zu teuer sind?"
Genau das sind Fragen, die es in so einer klammen Stadt zu beantworten gilt. Durch die Präsenz von Politikern im WSW-Vorstand soll ja eigentlich politische Kontrolle in den WSW stattfinden, ich frage mich allerdings manchmal, ob die Kontrolle nicht andersherum stattfindet.

Auch für die Schwebebahn böte sich nach Übernahme des Gerüstes durch die Stadt die Möglichkeit zur zukünftigen Ausschreibung an...

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E078	Attraktives citynahe Wohngebiet einrichten	2013-06-26 16:21:07	kalle	99

Allgemeine Angaben

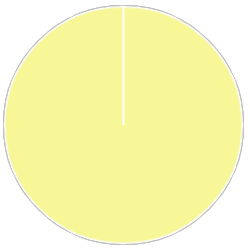
Kategorie:	Stadtentwicklung / Umwelt	Vorschlagscode	E078
Erstellungsdatum:	2013-06-26 16:21:07	Stadtteil	Barmen
Autor:	kalle	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	2	12	2	16
Bewertungen (abs.)	12,5%	75%	12,5%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	2
		Sonstiges	0



Schlagworte

Stadtentwicklung

Vorschlagsbeschreibung

Die Stadt sollte dem Land das frei werdende Gelände an der Müngstener Straße abkaufen und (möglichst) mit Gewinn an einen Investor weitergeben, der dort ein citynahes, attraktives Familienwohngebiet einrichtet. Die Lage (Kindergärten, Sportstätten, Schulen,...) ist ideal. So können Familien nach Wuppertal geholt bzw. hier gehalten werden, die hier auch Steuern zahlen. Ein citynahes Wohnen ist auch aus Umwelt- und Klimaschutzgesichtspunkten der weiteren Zersiedlung vorzuziehen. Wuppertal braucht solche attraktiven Wohngebiete. Gleichzeitig wird so die Ansiedlung einer Forensik auf dem dafür ungeeigneten Gelände dauerhaft verhindert.

Ergänzung

26.06.2013 17:38 von flhah

Inhaltliche Ergänzung

Das Gebiet gehört dem Land, dieses will dort ja vermutlich eine Forensik bauen, da wird sie es nicht verkaufen. Wenn dort keine Forensik hinkommt hat die Stadt schon gesagt, dass die dort Wohnbebauung will. Also wird der Vorschlag wenn möglich eh erfüllt.

Das Gelände wird frei?

28.06.2013 08:59 von 1HX0

Inhaltliche Ergänzung

Das Gelände wird frei? Es gibt Pläne, aber bis jetzt (und noch auf unbestimmte Zeit) wird das Gelände von der Bereitschaftspolizei genutzt.

Attraktives, citynahes Wohngebiet

09.09.2013 15:08 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stadt Wuppertal hat sich bereits gegen die Entwicklung der Fläche der Bereitschaftspolizei an der Müngstener Straße als Forensik-Standort ausgesprochen. Aus Stadtenwicklungssicht ist die hier vorgeschlagene Entwicklung eines attraktiven Wohngebietes zu präferieren (vgl. entsprechende Aussagen zur Nachnutzung in der Drucksache VO/0803/12/1-A - Flächenverbrauch in Wuppertal: http://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/vo0050.php?__kvonr=14163&search=1).

Bestehende Bedarfe nach hochwertigem Wohnen in guten Lagen könnten hierdurch gedeckt werden. Die Möglichkeit der tatsächlichen Umsetzung der Wohngebietsentwicklung ist jedoch vom Land und dessen Entscheidung zum Forensik-Standort abhängig, da die Forensik-Nutzung rein planungsrechtlich auch gegen den städtischen Willen vom Land durchgesetzt werden könnte. Ob der vorgeschlagene kommunale Zwischenerwerb möglich und wirtschaftlich tragfähig ist, wird auch von den Kaufpreisvorstellungen des Landes abhängen. Alternativ ist auch eine Entwicklung durch Investoren ohne kommunalen Zwischenerwerb vorstellbar, wobei die Zielstellungen durch die städtischen Planungen gewährleistet würden und sämtliche Entwicklungskosten durch private Investoren zu tragen wären.

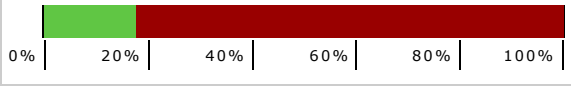
Der angesprochene Aspekt des citynahen Wohnen wird auf kleinen kommunalen Flächen bereits heute aktiv angegangen, so z.B. bei der Umnutzung verschiedener ehemaliger Schulen oder im Projekt Stadthäuser Harmoniestraße, bei dem ein ehemaliger Parkplatz für urbane Eigenheime umgenutzt wird.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E096	Wuppertalergebühren	2013-06-28 15:12:15	wuppertaler	100

Allgemeine Angaben

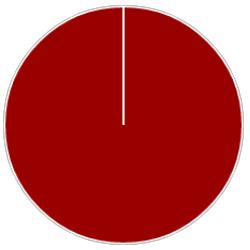
Kategorie:	Stadtentwicklung / Umwelt	Vorschlagscode	E096
Erstellungsdatum:	2013-06-28 15:12:15	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	wuppertaler	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	3	14	0	17
Bewertungen (abs.)	17,6%	82,4%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Gebühren / Entgelte, Soziales, Stadtentwicklung

Vorschlagsbeschreibung

Die Gebühren mit einer Familie in Wuppertal zu leben sind einfach zu hoch, um "junge" Familien, die Üblicherweie nicht mit Spitzengehältern ins Berufsleben starten, zu locken. Daher schlage ich zur Steigerung der Attraktivität der Stadt folgende Gebührensenkungen vor:
1.)Senkung Wassergebühren um 45%
2.)Senkung Hundesteuer um 25%
3.)Senkung Eigentumssteuer um 25%
4.)Senkung Gewerbesteuer um 25%
5.)Senkung Gebühren für Pässe usw.

Mit diesen zu realisierenden Maßnahmen muss die Stadt in Konkurrenz zu den Nachbarstädten treten und neue Mitbewohner für Wuppertal gewinnen. Nur so wird das jahrzehnte dauernde Absterben Wuppertals gestoppt! Diejenigen, die in Wuppertal bleiben, werden älter und zudem müssen diese als letzte verbleibende Einwohner am Ende alle Gebühren alleine zahlen.

Mit geringen, attraktiven Gebühren ist marketingmäßig eine junge Familie (er 28, sie 28 , vielleicht 1 Kind und einen kleinen Hund in einer schönen Wohnlage in einer gemütlichen Wohnung anschließend zu werben!
Die Werbeplattformen sind Internet, Plakate in den Nachbarstädten und Zeitungen. Die Summe aller Gebühren für solch eine junge Familie muß deutlich zu lesen sein, damit jeder Interessent sofort erkennen kann, dass er diese finanziellen Mittel aufbringen kann oder nicht.

Solche jungen Familien werden dringend benötigt um die Attraktivität zu steigern und den Bevölkerungsschwund zu stoppen. Dies geht eben nicht, wenn - wie seit Jahren nur üblich - Gebühren erhöht werde.

Ich glaube nicht

29.06.2013 05:50 von flhah

Lehnt den Vorschlag ab

dass irgendeine Familie nur wegen der Gebühren hierhinzieht. Es gehört viel mehr dazu, als eine niedrige Hundesteuer, um attraktiv zu sein für Zuzüge.

Senkung von Gebühren und Steuern

09.09.2013 19:36 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zu dem Vorschlag "Mit niedrigerer Gewerbesteuer zu mehr Arbeitsplätzen" verwiesen:

Angesichts der Beschluss- und Genehmigungslage zum Haushaltssanierungsplan 2012 bis 2021 sieht die Verwaltung keine Möglichkeit zur Senkung von Steuern und Gebühren.
Als pflichtiger Teilnehmer nach dem Stärkungspaktgesetz ist die Stadt Wuppertal aufgefordert, alles zu unternehmen, um möglichst ab 2016 dauerhaft den Haushaltsausgleich erreichen zu können. Hierzu tragen in besonderem Maße die vorgenommenen Erhöhungen der Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer bei.

Einer nachträglichen Reduzierung mit dem Ziel der Gewinnung von Familien und/oder zusätzlichen Gewerbebetrieben kann und wird die Aufsichtsbehörde nicht zustimmen.

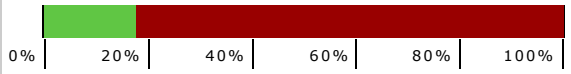
Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S142	Bedarfsprüfung im Sozialbereich	2013-07-03 21:25:38	talblick	101

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Soziales / Jugend / Integration
Erstellungsdatum:	2013-07-03 21:25:38
Autor:	talblick

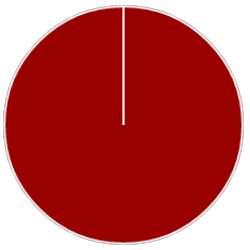
Vorschlagscode	S142
Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	3	14	0	17
Bewertungen (abs.)	17,6%	82,4%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Soziales, Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Im sozialen Bereich werden sicher Bedarfe unentdeckt bleiben, aber es gibt sicher auch Leistungsmissbrauch. Es gibt Sachverhalte, die lassen sich nicht vom Schreibtisch eines Sachbearbeiters ermitteln, dafür muss man vor Ort sein. Die Einrichtung eines zentralen Ermittlungsdienstes, würde in beide Richtungen Abhilfe schaffen.

Der Hinweis, dass die Sachbearbeiter auch heute bereits vor Ort sein können, wird durch Arbeitsverdichtung am Schreibtisch verhindert. Und die Abwehr rechtswidriger Ansprüche, berührt nicht den Sozialstaatsgedanken...

'zentraler Ermittlungsdienst'

04.07.2013 14:47 von AT

Lehnt den Vorschlag ab

Überwachungsstaat?

Bedarfsprüfung im Sozialbereich

05.09.2013 16:41 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Nach Einschätzung der Fachverwaltung hat der Missbrauch von Sozialleistungen bei weitem nicht den Umfang, wie dies in der Öffentlichkeit angenommen wird. Grundsätzlich wird die Einrichtung eines zentralen Ermittlungsdienstes zur Feststellung und Prüfung von Leistungsmissbrauch als problematisch angesehen.

Zunächst bestehen Bedenken angesichts der Fragen,

wann ein Ermittlungsdienst tätig werden darf:
Würde dieser von sich aus in allen Fällen des Leistungsbezugs tätig, bedeutete dies einen Generalverdacht gegen alle Leistungsbezieher. Letztlich müssten alle Leistungsbezieher aufgesucht werden und mit dem Prüfungsgegenstand - Verdacht auf Leistungsmissbrauch - konfrontiert werden.

und was der Ermittlungsdienst prüfen soll:
Konten des Leistungsbeziehers werden schon durch die Sachbearbeitung geprüft. Darüber hinaus gehendes Vermögen oder Einkommen wird ein Ermittler auch nicht feststellen können.

Daneben ist dies eine wirtschaftliche Frage. Denn für eine (neue) Aufgabenwahrnehmung des Ermittlungsdienstes müssten zusätzliche personelle Ressourcen bereitgestellt werden. Dies ist im Rahmen des zur Haushaltskonsolidierung beschlossenen Stellenabbaus nicht darstellbar und könnte letztlich nur dadurch gerechtfertigt werden, wenn sich die Ermittler durch Einnahmen oder Minderausgaben tatsächlich refinanzieren würden.

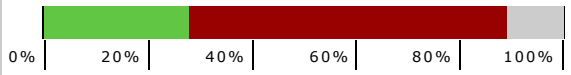
Sofern es "gezielte Hinweise" zum Leistungsmissbrauch gibt, gibt es im Übrigen durchaus Mittel und Wege zur Überprüfung.
So verfügt die Stadt Wuppertal über eine Abteilung "Bekämpfung der Schwarzarbeit"; außerdem wird der Zoll im Zuständigkeitsbereich des SGB II in diesem Sinne tätig.
Darüber hinaus gibt es beim Jobcenter Wuppertal AöR neben den fallverantwortlichen Mitarbeiter/innen auch das "Externe Fallmanagement", das Hausbesuche zur Klärung von Sachverhalten wahrnimmt.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
015	Rückbesinnung auf Grundpflichten	2013-06-14 20:06:26	geelbe	102

Allgemeine Angaben

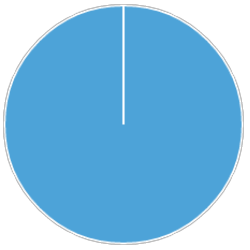
Kategorie:	Stadtleben / Wirtschaft	Vorschlagscode	015
Erstellungsdatum:	2013-06-14 20:06:26	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	geelbe	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	10	22	4	36
Bewertungen (abs.)	27,8%	61,1%	11,1%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	1
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Aus meiner Sicht müssen wir in Wuppertal wie in ganz Deutschland eine neue Sicht dazu entwickeln, was jeder einzelne selbst für sich und bei Bedarf für andere tun kann - jedoch nicht vorrangig, was der Staat oder die Kommune für uns tun kann. Wir müssen wieder lernen, dass wir als Bürger resp. als Staatsbürger nicht vorrangig dazu da sind, grosse Umverteilungssysteme auf unendlich vielen Ebenen und Bereichen dieses Landes mit Steuern, Abgaben, Beiträgen etc. so zu beliefern, dass wir im Gegenzug möglichst viel Gegenleistung erwarten. Doch durch den systembedingten Schwund erleben wir zunehmend, dass trotz Steueraufkommen in nie erreichter Höhe für wichtige Aufgaben gerade auf der kommunalen Ebene die Mittel fehlen und das prinzipiell zu begrüssende Ehrenamt als Lückenfüller benötigt wird. Dies stellt sich für mich als Folge einer jahrzehntelangen Fehl-Entwickung dar, die aus vorgeblich mündigen Bürgern in fataler Weise weitgehend abhängige Niedrig-Leistungs-empfänger generiert hat. Wir brauchen einen schlanken Staat und generell schlanke und auf ihre Kernverpflichtungen reduzierte Kommunen und Institutionen - dies sehe ich auch als Zielsetzung für Wuppertal.

Selbsthilfe versus Ehrenamt

15.06.2013 17:46 von DieterHofmann

Ist eine Frage

Sie sprechen sich zu Beginn Ihres Beitrags für eine Rückbesinnung auf das Selbsthilfeprinzip - für sich und andere - aus. Sie kritisieren jedoch im weiteren Verlauf, dass das Ehrenamt als "Lückenfüller" missbraucht werde, weil auf der kommunalen Ebene die Mittel fehlten. Wo genau liegt der Unterschied zwischen dem was Sie fordern und dem was Sie kritisieren? Welche Dienstleistungen und Infrastrukturaufgaben sollte die Kommune ersatzlos streichen?

Grundpflichten der Kommunen und das Ehrenamt

09.09.2013 18:51 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

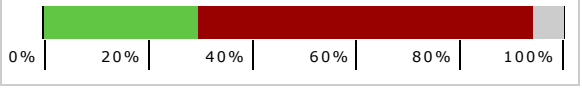
Der Grundaussage dieses Beitrages zu den Grundpflichten der Bürgerinnen und Bürger und der Kommunen – insbesondere in der Zusammenfassung im letzten Satz – stimmt die Verwaltung zu.
Die Aussage zum „Lückenfüller Ehrenamt“ kann für die Stadt Wuppertal nicht bestätigt werden, da bürgerschaftliches Engagement weit darüber hinaus geht und breit und erfolgreich zum Wuppertaler Alltag gehört.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E111	Hundesteuer verdreifachen	2013-06-30 17:07:43	Dudu	103

Allgemeine Angaben

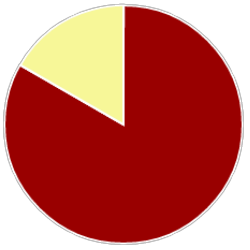
Kategorie:	Finanzen / Steuern	Vorschlagscode	E111
Erstellungsdatum:	2013-06-30 17:07:43	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	Dudu	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	10	22	2	34
Bewertungen (abs.)	29,4%	64,7%	5,9%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	12		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	8	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	5
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

Hunde, Steuern

Vorschlagsbeschreibung

Erhöhen Sie die Hundesteuer bitte auf das Dreifache. Das füllt die Stadtkasse ungemein.
Die Verantwortlichen im Stadtrat werden mit dieser Maßnahme einige Hundebesitzer verärgern - die Mehrzahl der Wuppertaler Bewohner wird zustimmen.

Hundesteuer verdreifachen

01.07.2013 16:51 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

die Hundesteuersätze wurden in Wuppertal zum Jahreswechsel angehoben und liegen nach einer Auswertung des Bundes der Steuerzahler in NRW bereits an der Spitze.

Hier der link zu der entsprechenden Übersicht: http://www.steuerzahler-nrw.de/files/53332/Hundesteuer2013_gesamt.pdf

Bei der vorgeschlagenen Verdreifachung sähen die Steuersätze in Wuppertal wie folgt aus:

bei 1 Hund 480 EUR/jährlich bzw. 40 EUR im Monat

ab 2 Hunden 864 EUR/jährlich je Hund bzw. 72 EUR pro Hund im Monat

Kampfhunde je Hund 3.000 EUR/jährlich bzw. 250 EUR im Monat

Es sind zz. 16.085 Hunde in Wuppertal gemeldet. Würde man sämtliche Hundesteuersätze verdreifachen, ergäben sich rein rechnerisch jährliche Mehreinnahmen in Höhe von ca. 5 Mio €. Es ist jedoch sehr fraglich, ob die Verwaltungsgerichte derart hohe Steuersätze überhaupt noch für rechtmäßig erachten würden. Steuersätze dieser Größenordnung haben vermutlich erdrosselnde Wirkung. Viele Hundebesitzer würden sich gegen den Hund entscheiden mit der Folge, dass die Steuerquelle versiegt.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Kein Verständnis

30.06.2013 22:47 von suri

Lehnt den Vorschlag ab

Warum sollen eigentlich hier die Hundehalter herhalten um die marode Stadtkasse aufzufüllen????
Jahrelange Misswirtschaft soll so auf eine Minderheit abgewälzt werden?
LÄCHERLICH !
Ironie Modus
Besteuern wir doch gleich noch Katzen, Pferde, Vögel und diverse Kleintiere die noch so gehalten werden.
Ach ja.. Kinder, Alte könnten doch auch gleich noch besteuert werden.
Ironie Modus aus

Wie wäre es denn mal, wenn unsere Stadtverordneten den eigenen Gürtel enger schnallen?!

Seien Sie respektvoll

01.07.2013 08:44 von ModerationMW

Hallo suri ,

wir haben den Titel Ihres Kommentars editiert.
Treten Sie für Ihre Meinungen und Interessen ein, aber verletzten Sie dabei nicht die Gefühle der anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Auch wenn Sie den "Ironiemodus" angeben, verwenden Sie bitte keine ironische Aussagen, um Missverständnisse zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen
ModerationMW

Wann ist es genug?

01.07.2013 07:04 von vulgare

Lehnt den Vorschlag ab

Gehen der Stadt Schwebebahntalhausen die Einnahmequellen aus?

Sind Hundebesitzer die neuen Kühe die man endlos melken will?

Es reicht!

Kein Wunder, dass immer mehr Menschen abwandern, anstatt neu zuziehen.

Ironiemodus: "Wie wäre es denn mit einer Fußgänger-Maut? Für jeden Meter zurückgelegter Weg €0,3 kassieren. Oder für jeden Pups der einem entfleucht könnte man auch eine Gebühr erheben"

Die eigene Diäten sind bestimmt schon wieder mal erhöht worden.

Wo geht die Reise in NRW / Doitschland hin? Entmündigte Bürger die nichts mehr tun und sagen dürfen, außerdem immer mehr zur Kasse gebeten werden.

Man(n) kann gar nicht so viel essen, wie man sich übergeben möchte.

Charmanten Wochen-Start

Hundesteuersätze sind hoch.

01.07.2013 12:45 von saxmeier

Lehnt den Vorschlag ab

Der Vorschlagersteller scheint einen zu langen Aufenthalt in der Sonne genossen zu haben. Reicht es nicht, daß Wuppertal die höchsten Hundesteuersätze hat???? Unsere Volksvertreter (???) sollten lieber mal aufhören, das nicht vorhandene Geld mit vollen Händen für ihre Prestigeobjekte (z.B. Umbau Döppersberg) auszugeben. Aber Herr Jung braucht wohl sein persönliches Denkmal.

Unverschämt!

01.07.2013 20:08 von MissMartl

Lehnt den Vorschlag ab

Wem fallen eigentlich solche Vorschläge ein?

Bedenke, schlachte nie die Kuh, die du melken möchtest.

Ich könnte mir vorstellen, dass es etliche Hundehalter geben wird, die sich eine verdreifachte Hundesteuer einfach nicht leisten können, daraufhin das geliebte Haustier schweren Herzens abschaffen müssen und schwups: Es wird die aktuell fällige Hundesteuer auch nicht mehr fällig.

Wie hoch sind die eventuellen "Mindereinnahmen"? Gibt es dazu schon Berechnungen?

Fakt ist jedenfalls: Sollte dieser Vorschlag Gestalt annehmen, werden wir dieses Schröpftal für immer verlassen.

Das schlägt dem Fass den Boden aus!

02.07.2013 17:07 von steuerallergie

Lehnt den Vorschlag ab

Wie um alles in der Welt kann man solch einen unsozialen und diskriminierende Vorschlag machen??? Da fehlen einem nicht nur die Worte, da zweifelt man am Verstand derjenigen, die sich so was einfallen lassen !! Wie kann man nur auf den Gedanken kommen, den Haushalt auf dem Rücken einer Minderheit sanieren zu wollen??
Der Schuss wird definitiv nach hinten los gehen, für Mensch, Kommune UND FÜR DAS TIER!!!
Ich bin Fassungslos !!

Liebe Hundebesitzer...

05.07.2013 01:36 von AT

Inhaltliche Ergänzung

Liebe Hundebesitzer...

bitte mal nachdenken, warum hier solche extremen Ideen eingestellt werden. Es gibt hier in der Stadt zahlreichen Kinderspielplätze und Bürgersteige die regelrecht vollgekackt sind. Selbst, wenn man tierlieb ist, verliert man das Verständnis.

So viel Hundekacke wie in Wuppertal, gibt es wohl in keiner anderen Stadt.

Ganz zu schweigen, die Hunde die im Wald Rehe jagen oder im Naturschutzgebiet freie Bahn haben und im Weiher nur "spielen" obwohl dort die Kinderstube wertvolle Amphibien ist. (SELBST GESEHEN)

Na... jetzt will es von den Hundebesitzer keiner gewesen sein. ;-)

Fakten und Beweissbarkeit ???

05.07.2013 07:55 von suri

...ich bin ein bisschen überrascht, denn mir fehlt die Beweisbarkeit solch pauschaler Aussagen.
Laufe ich in der Stadt... sehe ich äusserst selten irgendwo einen Hundehaufen!

Noch sprachloser macht mich allerdings die Aussage... "im Wald Rehe jagen und im Naturschutzgebiet freie Bahn haben." Alle drei Aussagen sind pauschalisiert und ein beliebtes Argument.
Mir fehlt hier die definitive Beweissbarkeit ! Die Fakten, die das untermauern.

Ich glaube nicht

05.07.2013 10:32 von AT

Ich glaube nicht, dass hier der richtge Ort ist, ein Foto zu veröffentlichen wo ein Hund "hol das Stöckchen" in einem Weiher in einem Naturschutzgebiet spielt. Im Wasser war Froschlaich...

Hundesteuer

09.09.2013 09:58 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 01.07. verwiesen:

Die Hundesteuersätze wurden in Wuppertal zum Jahreswechsel angehoben und liegen nach einer Auswertung des Bundes der Steuerzahler in NRW bereits an der Spitze.

Hier der link zu der entsprechenden Übersicht: http://www.steuerzahler-nrw.de/files/53332/Hundesteuer2013_gesamt.pdf

Bei der vorgeschlagenen Verdreifachung sähen die Steuersätze in Wuppertal wie folgt aus:

bei 1 Hund 480 EUR/jährlich bzw. 40 EUR im Monat

ab 2 Hunden 864 EUR/jährlich je Hund bzw. 72 EUR pro Hund im Monat

Kampfhunde je Hund 3.000 EUR/jährlich bzw. 250 EUR im Monat

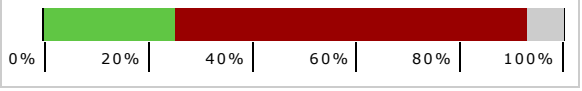
Es sind zz. 16.085 Hunde in Wuppertal gemeldet. Würde man sämtliche Hundesteuersätze verdreifachen, ergäben sich rein rechnerisch jährliche Mehreinnahmen in Höhe von ca. 5 Mio €. Es ist jedoch sehr fraglich, ob die Verwaltungsgerichte derart hohe Steuersätze überhaupt noch für rechtmäßig erachten würden. Steuersätze dieser Größenordnung haben vermutlich erdrosselnde Wirkung. Viele Hundebesitzer würden sich gegen den Hund entscheiden mit der Folge, dass die Steuerquelle versiegt.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E021	5 Euro für Wuppertal	2013-06-17 09:59:46	dewupp	104

Allgemeine Angaben

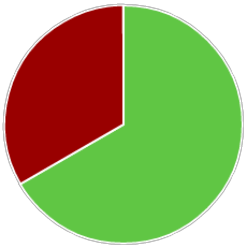
Kategorie:	Sonstiges	Vorschlagscode	E021
Erstellungsdatum:	2013-06-17 09:59:46	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	dewupp	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	7	19	2	28
Bewertungen (abs.)	25%	67,9%	7,1%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	6		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	5	Unterstützt den Vorschlag	2
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Gebühren / Entgelte

Vorschlagsbeschreibung

Wir Wuppertaler sind doch stolz auf unsere Stadt mit Schwebebahn, Zoo, Botanischer Garten usw. Und wir zahlen Steuern und wollen auch was davon haben vernünftige Straßen, Kultur, Bildung, Freizeit usw. Warum führt Mann nicht den 5 € Soli im Monat für unsere Stadt ein unter dem Motto: Wuppertal Deine Stadt Dein Soli. Jeder Bürger kann hier gezielt für seine Stadt was erreichen .Alles ist transparent, jeder kann Vorschläge machen ,wo er meint es wäre nötig. Wir können nicht nur Meckern, da wird nichts gemacht und das ist zu teuer, wenn wir nicht mal anpacken. Ich glaube viele Bürger wären bereit, gezielt für unsere Stadt 5 € zu bezahlen. (Es könnte auch eine freiwillige Aktion geben.) Aber unsere Haushaltslage ist nun mal so angespannt das vieles nicht mehr zu realisieren ist. Hier könnte der Soli helfen.

Zum 5 € Soli-Beitrag

21.06.2013 10:32 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

eine Kommune hat kein unbegrenztes Steuer- Erfindungsrecht. Es muss sich um eine Verbrauch- bzw. Aufwandsteuer handeln, die an einen privaten Konsum anknüpft. Ein 5,- € Soli-Beitrag für alle Wuppertaler ist auf freiwilliger Basis denkbar. Eine Kommune kann aus Rechtsgründen nicht allen Bürgern eine solche Verpflichtung auferlegen. Nur in begrenztem Umfang besteht die Möglichkeit, kommunale Verbrauch- und Aufwandsteuern einzuführen bzw. die Grundsteuer zu erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Wie realisieren?

17.06.2013 12:56 von theduckling

Unterstützt den Vorschlag

Ich finde die Idee sehr gut und wäre bereit, für ein schönes Wuppertal zu bezahlen. Nur wie genau die Umsetzung aussehen soll, kann ich nicht sagen. Als Pflicht für jeden halte ich es für bedenklich, da es etliche Wuppertaler gibt, für die 5 Euro im Monat viel Geld sind. Freiwillig macht es zwar sicher der ein oder andere, aber es ist fraglich, ob das genug ist. Abhängig vom Einkommen finde ich immer etwas unschön. Man müsste die freiwillige Zahlung so einfach wie möglich für den Bürger gestalten und vielleicht die Summe offen lassen. So könnten sich die Viel- und die Weniggeber gegenseitig ausgleichen. Ich halte es aber auch für wichtig, die Benutzung des Geldes und auch die Höhe des vorhandenen Betrags so offen wie möglich zu gestalten. Wenn ich der Stadt extra Geld gebe, möchte ich auch, dass es für solche Dinge ausgegeben wird, die dem Bürger direkt zu Gute kommen.

5 Euro für Wuppertal

21.06.2013 09:53 von hajowup

Unterstützt den Vorschlag

Wirklich ein guter Vorschlag! Aber die Umsetzung dürfte schwierig sein. Der "Soli" muss moderat gewählt sein, möglicherweise nach Einkommen gestaffelt sein und MUSS, das ist Voraussetzung, dem Bürger wieder zu gute kommen, in dem man Projekte/Objekte in den Stadtteilen förert. Z.B. DAS FREIBAD IN VOHWINKEL !!!

5 € Soli-Beitrag

09.09.2013 18:56 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 21.06. verwiesen:

Eine Kommune hat kein unbegrenztes Steuer- Erfindungsrecht. Es muss sich um eine Verbrauch- bzw. Aufwandsteuer handeln, die an einen privaten Konsum anknüpft. Ein 5,- € Soli-Beitrag für alle Wuppertaler ist auf freiwilliger Basis denkbar. Eine Kommune kann aus Rechtsgründen nicht allen Bürgern eine solche Verpflichtung auferlegen. Nur in begrenztem Umfang besteht die Möglichkeit, kommunale Verbrauch- und Aufwandsteuern einzuführen bzw. die Grundsteuer zu erhöhen.

Auch für mich ein Soli

25.09.2013 01:17 von 135797531

Lehnt den Vorschlag ab

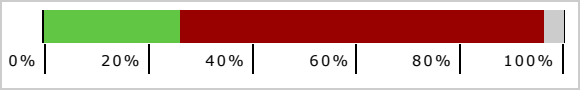
Wenn die Stadt Wuppertal eine Art Soli verlangen würde von selbst nur 1€, könnten genug soziale Einrichtungen, soziale Projekte,... und selbst Privatpersonen sagen, es ist ja nur 1€, den du zahlen sollst. Aber auch 1000 mal 1€ sind 1000€. Hier gilt gleiches Recht für alle, nicht nur für die Stadt Wuppertal

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S053	Es muss an allen Stellen gespart werden.	2013-06-23 11:13:49	Wilfriedkorr	105

Allgemeine Angaben

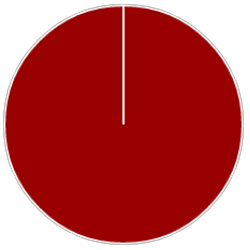
Kategorie:	Stadtverwaltung	Vorschlagscode	S053
Erstellungsdatum:	2013-06-23 11:13:49	Stadtteil	Vohwinkel
Autor:	Wilfriedkorr	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	7	19	1	27
Bewertungen (abs.)	25,9%	70,4%	3,7%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Verwaltung

Vorschlagsbeschreibung

Guten Morgen,
eine einfache Art zu Sparen ist,
legt Wuppertal-Solingen und Remscheid zu einer Großstadt zusammen.Es könnten 2x der OB der
Stadtdirektor ,Straßenverkehrsamt
usw eingespart werden.Was in Velbert
Neviges und Langenberg gut gelaufen
ist,sollte auch im Bergischen Land
klappen.Oder haben die Verantwortlichen Angst um Ihre
Posten?

Wollen das die Bürger?

24.06.2013 01:10 von AT

Lehnt den Vorschlag ab

Diskussionen um eine Städtefusion im Bergischen Städtedreieck (zusammen mehr als 600.000 Einwohner) gab es in der Vergangenheit öfter. Die sind m.M. im Keim erstickt - weil es die Bürger nicht wollen.

Solche Fusionen sind immer gewagt. Berlin/Brandenburg ist am Votum gescheiter. Die EU ist in gespannter Lage wegen den wirtschaftlichen angeschlagenen Südstaaten wie Griechenland.

Ich bin da selbst eher neutral bis ablehnend.

Bergische Zusammenarbeit

09.09.2013 18:55 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Bergische Großstadt als Zusammenschluss von Remscheid, Solingen und Wuppertal wird gelegentlich als Idee unterbreitet.
Die Realisierung eines solchen weitreichenden Vorschlages kann möglicherweise ein langfristiges, perspektivisches Ziel sein – es ist jedoch kurz- bis mittelfristig überhaupt nicht umsetzbar.
Denn Voraussetzung dafür wäre die Einigung aller drei bergischen Städte auf eine völlig neue Struktur – und dafür sind die Rahmenbedingungen zurzeit nicht gegeben.

Gleichwohl findet interkommunale Zusammenarbeit auf verschiedensten Ebenen seit vielen Jahren statt – und wird auch in Zukunft erfolgen.

Einige Beispiele dazu:

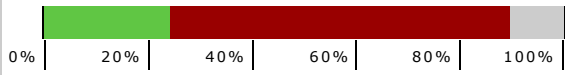
- Zweckverband Berg. Volkshochschule (Wuppertal und Solingen)
- Kooperation im Bereich der Bergischen Forstverwaltung
- Gemeinsames Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt
- Gründung der Bergischen Entwicklungsagentur, die viele Aktivitäten und Projekte im Bereich der Strukturförderung des Regionalmarketings, des Tourismus initiiert und begleitet
- Gemeinsame Leitstelle der Feuerwehr Solingen und Wuppertal
- Brückenpark Müngsten als gemeinsames Projekt
- Gemeinsames Servicecenter
- Gemeinsames Bergisches Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
- Gemeinsame Versorgungsverwaltung
- Gemeinsame Aufgabenwahrnehmung im Bereich Gesundheitswesen
- Gründung der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz
- Gemeinsame Messeauftritte

Die interkommunale Zusammenarbeit hat also zahlreiche messbare Synergieeffekte gebracht und zu erheblichen finanziellen Einsparungen geführt.
Auf diesem Weg wird die bergische Region weiter voran schreiten.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S072	Grünflächenpflege an Private abgeben	2013-06-26 08:21:19	buck47	106

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Sonstiges	Vorschlagscode	S072
Erstellungsdatum:	2013-06-26 08:21:19	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	buck47	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	7	19	3	29	
Bewertungen (abs.)	24,1%	65,5%	10,3%	100%	

Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	2		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	1	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Gebühren / Entgelte, Grünflächen

Vorschlagsbeschreibung

Die Zentrale für die Grünflächenpflege ist in Vohwinkel angesiedelt. Bei Arbeiten in entfernteren Stadtteilen fallen somit erhebliche Fahrten an, bevor die eigentlichen Arbeiten beginnen können. Es sollte geprüft werden, ob durch eine Vergabe an private Firmen (Outsourcing) eine Optimierung erreicht werden kann.

Privatisierung der Grünflächenpflege

09.09.2013 18:53 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die drei Betriebshöfe der für die Grünpflege zuständigen gewerblichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegen in Varresbeck, am Botanischen Garten/Hardt sowie am städtischen Friedhof in Ronsdorf.

Die Stadt Wuppertal vergibt rd. 65 % der Grünflächenpflege an private Pflegefirmen. Sie zählt damit zu den Städten mit dem höchsten Vergabeanteil im Bundesvergleich. Eine Erhöhung des Anteils ist aus folgenden Gründen nicht sinnvoll:
Die Arbeiten müssen öffentlich ausgeschrieben, vergeben, kontrolliert und abgerechnet werden. Hierfür ist entsprechend ausgebildetes Personal notwendig, das nur in begrenztem Umfang zur Verfügung steht.

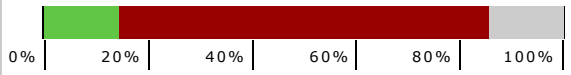
Für eine Erhöhung der Vergabekosten stehen keine Mittel zur Verfügung. Bei der Vergabe wird bereits auf sinnvolle Vergabekriterien geachtet. Dazu gehören neben den Wegestrecken die Pflegeinhalte und der Arbeitsaufwand. Aus diesen Gründen sind bereits viele Grün-flächen im Wuppertaler Osten an private Firmen vergeben worden, allerdings müssen dort weiterhin Arbeiten auch von städtischen Mitarbeitern durchgeführt werden. Die Stadtteile Ronsdorf und Heckinghausen werden überwiegend von den Mitarbeitern des Betriebshofs in Ronsdorf betreut.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S132	Parkpalette Döppersberg von privatem Investor	2013-07-02 20:22:28	Parkhausbetrieb	107

Allgemeine Angaben

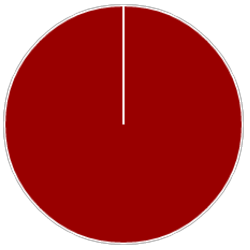
Kategorie:	Straßen / Verkehr	Vorschlagscode	S132
Erstellungsdatum:	2013-07-02 20:22:28	Stadtteil	Elberfeld
Autor:	Parkhausbetrieb	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	3	15	3	21
Bewertungen (abs.)	14,3%	71,4%	14,3%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	3		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Die Stadt plant den Bau einer Parkpalette mit ca. 200 Einstellplätzen am geplanten Busbahnhof Döppersberg.Wir als Wuppertaler Parkhausbetrieb wären bereit, dieses Projekt zu finanzieren und zu betreiben. Dabei könnte die Stadt an dieser Stelle eine Menge Geld sparen und die Baukosten "Döppersberg" reduzieren.

Warum überhaupt ein Parkhaus?

03.07.2013 11:42 von phneutral

Lehnt den Vorschlag ab

Ich habe das Gefühl, dass in letzter Zeit ständig neue Parkhäuser in Wuppertal aus dem Boden schießen. Gibt es nicht inzwischen genug Parkfläche?

Parkhaus unter dem Busbahnhof

06.09.2013 10:03 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

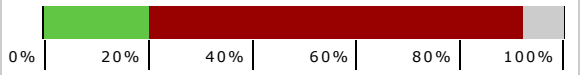
Das Parkhaus unter dem Busbahnhof wird von der WSW betrieben werden. Dies hängt mit den engen technischen Verknüpfungen mit dem darüber liegenden Busbahnhof zusammen. Eine andere Vergabe als an die WSW als Betreiben hat sich daher ausgeschlossen. In das Bauvorhaben sind für den rentierlichen Anteil entsprechen hohe Baukostenzuschüsse inkludiert.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S109	Unihalle sanieren anstatt neubauen	2013-06-30 16:55:49	Dudu	108

Allgemeine Angaben

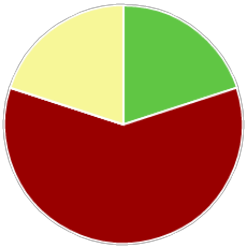
Kategorie:	Kultur / Bildung / Sport	Vorschlagscode	S109
Erstellungsdatum:	2013-06-30 16:55:49	Stadtteil	Elberfeld
Autor:	Dudu	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	5	18	2	25	
Bewertungen (abs.)	20%	72%	8%	100%	



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	7	Unterstützt den Vorschlag	1
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	6	Lehnt den Vorschlag ab	3
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

Kultur

Vorschlagsbeschreibung

Bei der Unihalle gibt es Sanierungsbedarf; außerdem muss der Brandschutz nachgerüstet werden.
Sanieren Sie die Halle bitte. Ein Neubau kommt nicht in Frage. Eine Sanierung ist um ein Vielfaches günstiger.

Konkurrenz schaffen zu den benachbarten Regionen

30.06.2013 22:41 von AT

Lehnt den Vorschlag ab

Der Vorschlag klingt wie Pflaster drauf und gut ist...

Aber das Problem Uni-Halle bzw. Mehrzweckhalle in Wuppertal ist komplexer. Die Halle hat es in den Jahren nicht geschafft sich gegen den Standtorten in Düsseldorf und Köln zu etablieren.

Eine Lösung muss her, dabei sollte man klar in Konkurrenz zu den benachbarten Regionen treten und nicht nur C- und D-Promis auftreten lassen. Es gibt zahlreiche interessante Acts die die Stadt und das Bergische Land (gemeint als Bergisches Städtedreieck) bereichern können. So dass, auch Düsseldorfer oder Dortmunder mal zu einem Konzert in unsere Stadt kommen wollen. Soviel Selbstbewusstsein muss für eine 350.000-Einwohner-Stadt sein...

So nicht wahr...

01.07.2013 11:16 von flhah

Lehnt den Vorschlag ab

Für die Sanierung gibt es ein gedeckeltes Budget, für den Neubau darf so nicht mehr ausgegeben werden. Das wird ja nun durch verschiedene Gutachten getestet, ob das möglich ist. Und ein Neubau kann möglicherweise deutlich besser als Veranstaltungsort dienen als die bisherige Unihalle, gerade für Konzerte bekannterer Interpreten!

Gleicher Kostenrahmen für Neubau oder Sanierung?

02.07.2013 15:46 von GER_WUPPI

Inhaltliche Ergänzung

Der Beitrag gibt den Tatbestand falsch wieder - zurzeit wird geprüft, ob die Sanierung der Unihalle oder ein Neubau mit einer zusätzlich zu bauenden Dreifach-Sporthalle zu den gleichen Kosten möglich ist. Selbst bei geringfügig höheren Kosten sollte der Neubau bevorzugt werden. Die Sporthalle ist mehr als ausgelastet, sodass eine zusätzliche Halle dringend erforderlich erscheint.

Bestand erhalten und instand setzen

03.07.2013 21:59 von Kah

Unterstützt den Vorschlag

Ich glaube, dass man derzeit der Versuchung unterliegt, sich eine Neubaulösung schön zu rechnen.

Erfahrungsgemäß werden die Kosten eines solchen Neubaus erst dann sichtbar, wenn bereits mit dem Bau begonnen wurde.

Die Unihalle macht auf mich weder einen veralteten noch baufälligen Eindruck. Insofern wäre es meines Erachtens wirtschaftlicher Irrsinn, ein solches Gebäude aufzugeben.

Die Sanierung der Schwimmoper ist ein gutes Beispiel dafür, wie man einem (wesentlich älteren) Gebäude neues Leben einhauchen kann.

Große Veranstaltungshallen gibt es jetzt schon zu viele in der Region. Ich bezweifele stark, dass eine wirtschaftliche Auslastung einer solchen Halle realistisch ist.

Wuppertal ist mit Unihalle und Stadthalle gut und angemessen aufgestellt. Man sollte sich darauf konzentrieren, diese Veranstaltungshallen instand zu halten.

Unihalle

09.09.2013 10:01 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Das Gebäudemanagement der Stadt hat von Beginn an die Sanierung der Halle vorgesehen; Überlegungen zu einem Neubau sind nachträglich von der Universität ins Gespräch gebracht worden. Dies in erster Linie mit der Zielrichtung, insgesamt ein verbessertes Raumangebot für den Universitätssport zu

erhalten.

Nach den aktuellen Planungen und durchgeführten Untersuchungen lassen sich die dringendsten baulichen Probleme mit einem vertretbaren Finanzaufwand beheben; auf dieser Basis kann eine weitere Betriebserlaubnis erreicht werden. Darüber hinaus gehende Finanzmittel sieht der Haushaltsplan-Entwurf 2014/2015 (einschließlich Finanzplanung bis 2018) im Übrigen nicht vor.

Nutzbarkeit

24.09.2013 22:56 von Kuester

Lehnt den Vorschlag ab

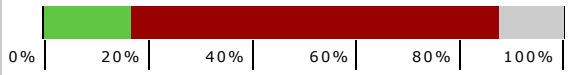
Wie ich der Berichterstattung der WZ entnehmen konnte, werden nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen Veranstaltungen mit Pyrotechnik nicht mehr möglich sein. Die Bühne wird nur noch in einem bestimmten Bereich stehen können.
Welcher Konzertveranstalter bucht eine solche Halle?
Was sollen Investitionen, die die Halle hinterher nur eingeschränkt nutzbar machen?
Ich weigere mich der Argumentation zu folgen, dass die Technik im Bühnenbereich derart risikobehaftet ist, dass die Verwendbarkeit der Halle für bestimmte Veranstaltungen ausgeschlossen ist.
Für mich bedeutet dieses Vorgehen eine unüberlegte Investition und das vergeben von Chancen.
Natürlich ist es möglich eine Halle ihrem Zweck anzupassen! Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt werden nicht verstehen warum es in der gesamten Republik möglich ist Hallen so zu konzipieren bzw. zu sanieren, dass Veranstaltungen ohne solche Einschränkungen möglich sind....nur in Wuppertal nicht.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E068	Nutzung kommunaler Sportstätten einführen bzw. anheben.	2013-06-26 06:57:47	dewupp	109

Allgemeine Angaben

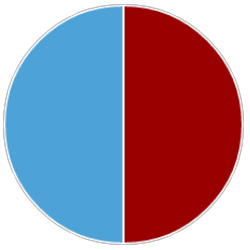
Kategorie:	Kultur / Bildung / Sport	Vorschlagscode	E068
Erstellungsdatum:	2013-06-26 06:57:47	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	dewupp	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	4	17	3	24
Bewertungen (abs.)	16,7%	70,8%	12,5%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4	Unterstützt den Vorschlag	0
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	1
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Sport

Vorschlagsbeschreibung

Zuschüsse an Sportvereine stärker von deren Sportangebot, Mitgliederstruktur
und finanzieller Leistungsfähigkeit abhängig machen. Sowie durch bessere Vermarktung von Sportanlagen Einnahmen für den Kommunalhaushalt realisieren.

Konkreter

26.06.2013 13:32 von GuidoGallenkamp

Lehnt den Vorschlag ab

Welche Teile der Sportfördersatzung würden Sie denn konkret ändern wollen?
http://www.wuppertal.de/vv/produkte/209/209.10_Vereinszuschuesse.php.media/64256/Sportfoerderrichtlinien.pdf

Ich bin eher der Meinung, dass die Sportförderung ausgebaut und umgestaltet werden sollte. Die Zuschüssen an Sportvereine kann ich nicht beurteilen, da z.B. mein Laufverein kein Vereinsmaterial benötigt. Andere Sportarten sind da allerdings wesentlich kostenintensiver.

Zuschüsse von "finanzieller Leistungsfähigkeit" abhängig zu machen ist der Tod vom Sport. Das funktioniert nur in den wenigen Sportarten, bei denen es mehr Zuschauer als Sportler gibt. Und dann ist es "Wirtschaft" und kein Sport mehr.

Aufbau neuer Bürokratie?

27.06.2013 19:53 von GER_WUPPI

Ist eine Frage

Wer kann wie - die finanzielle Leistungsfähigkeit sowie die Mitgliederstruktur der Sportvereine beurteilen?

Sportförderungsmaßnahmen und Förderungsrichtlinien

09.09.2013 19:01 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die städtischen Sportförderungsmaßnahmen sind in den vom Rat beschlossenen Förderungsrichtlinien geregelt. Zuwendungsberechtigt sind nur gemeinnützige Sportvereine und – fachverbände.
Bei den Zuschüssen für die Übungsarbeit werden Aspekte wie Wettkampfsport mit überregionaler Bedeutung und Mitgliederanteil Jugendliche berücksichtigt. Bei einzelnen Zuwendungsarten wie Beschaffung von Sportgeräten und Sportbauvorhaben entscheidet die Sportverwaltung bzw. der Sportausschuss nach sportfachlichen Aspekten wie der Angebotssituation über den jeweiligen Fördersatz.

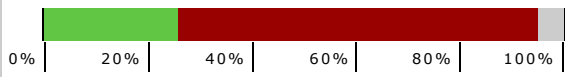
Die städtischen Sportanlagen werden vorrangig den Schulen und Sportvereinen als Maßnahme der Sportförderung kostenlos zur Verfügung gestellt. Gemäß den Sportförderrichtlinien ist eine Vermarktung dieser Anlagen durch die Stadt nicht vorgesehen.
http://www.wuppertal.de/vv/produkte/209/209.10_Vereinszuschuesse.php.media/64256/Sportfoerderrichtlir

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E040	Solibeitrag statt Hundesteuer	2013-06-20 20:25:14	Frank	110

Allgemeine Angaben

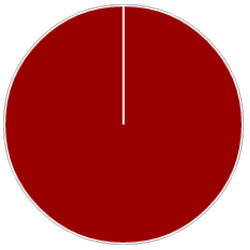
Kategorie:	Finanzen / Steuern	Vorschlagscode	E040
Erstellungsdatum:	2013-06-20 20:25:14	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	Frank	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	10	27	2	39
Bewertungen (abs.)	25,6%	69,2%	5,1%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	5		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	4	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	2
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Gebühren / Entgelte, Hunde, Steuern

Vorschlagsbeschreibung

Ich schlage vor, nicht immer kleine Gruppen, wie die Hundebesitzer, den Haushalt sanieren zu lassen, sondern alle Wuppertaler. Ein Solibeitrag für Wuppertal wäre ein Vorschlag an dem alle Bürger beteiligt werden. Gleichzeitig sollte die Hundesteuer abschafft werden.

Soli-Beitrag für Wuppertal

24.06.2013 16:19 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

bereits zu dem sehr ähnlichen Vorschlag "5 € für Wuppertal" haben wir einen Hinweis gegeben, der auch hier greift:

Eine Kommune hat kein unbegrenztes Steuer- Erfindungsrecht. Es muss sich um eine Verbrauch- bzw. Aufwandsteuer handeln, die an einen privaten Konsum anknüpft. Ein 5,- € Soli-Beitrag für alle Wuppertaler ist auf freiwilliger Basis denkbar. Eine Kommune kann aus Rechtsgründen nicht allen Bürgern eine solche Verpflichtung auferlegen. Nur in begrenztem Umfang besteht die Möglichkeit, kommunale Verbrauch- und Aufwandsteuern einzuführen bzw. die Grundsteuer zu erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Soli statt Hundesteuer

21.06.2013 09:30 von hajowup

Lehnt den Vorschlag ab

..ich glaube, jetzt geht´s los - das kann nicht ernst gemeint sein, ich war der Meinung, das hier sei eine seriöse Plattform!

Hundesteuer abschaffen?

28.06.2013 09:29 von 1HX0

Lehnt den Vorschlag ab

Man kann jetzt schon in einigen Stadtteilen kaum noch auf dem Gehweg gehen, weil überall Hundekot liegt. Ohne Hundesteuer gibt es noch mehr Hunde und noch mehr Hundekot!

Solibeitrag statt Hundesteuer

09.09.2013 19:03 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 24.06. verwiesen:

Bereits zu dem sehr ähnlichen Vorschlag "**5 € für Wuppertal**" haben wir einen Hinweis gegeben, der auch hier greift:

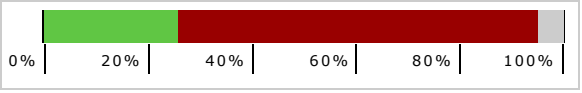
Eine Kommune hat kein unbegrenztes Steuer- Erfindungsrecht. Es muss sich um eine Verbrauch- bzw. Aufwandsteuer handeln, die an einen privaten Konsum anknüpft. Ein 5,- € Soli-Beitrag für alle Wuppertaler ist auf freiwilliger Basis denkbar. Eine Kommune kann aus Rechtsgründen nicht allen Bürgern eine solche Verpflichtung auferlegen. Nur in begrenztem Umfang besteht die Möglichkeit, kommunale Verbrauch- und Aufwandsteuern einzuführen bzw. die Grundsteuer zu erhöhen.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
074	Zuschüsse für die' Börse'	2013-06-26 09:06	Ronsdorf1	111

Allgemeine Angaben

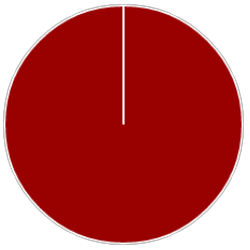
Kategorie:	Kultur / Bildung / Sport	Vorschlagscode	074
Erstellungsdatum:	2013-06-26 09:06	Typ	Sparvorschlag
Autor:	Ronsdorf1		

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	10	27	2	39
Bewertungen (abs.)	25,6%	69,2%	5,1%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	4		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Kultur, Soziales, Zuschüsse

Vorschlagsbeschreibung

Ich würde gerne wissen ob das "Kulturzentrum Die Börse" im neuen Haushalt weiter finanziell unterstütz werden soll? Wenn ja, rege ich an, die Mittel für dieses Relikt der 70er Jahre komplett zu streichen. Während in Wuppertal Zuschüsse für Angebote an die breite Masse der Bevölkerung radikal gekürzt werden(als Ronsdorfer erinnere ich nur an das Stadtbad), wird hier für eine kleine Minderheit, schon seit Jahrzehnten, mit Millionenbeträgen ein(ideologisches) Projekt künstlich am Leben gehalten.
Und das Argument "Die Börse" würde als Partyort für junge Leute gebraucht ist auch nicht richtig denn Discos, Kneipen , und Cafes zum Feiern gibt es in Wuppertal wahrlich genug!

Zuschüsse für die Börse

01.07.2013 16:33 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

im Haushaltsplan 2012/2013 sind jährliche Zuwendungen für den Trägerverein der Börse in Höhe von rd. 190.000 EUR ausgewiesen. Der Haushaltsplanentwurf 2014/2015 wird voraussichtlich im September 2013 in den Rat eingebracht werden.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Was ist die börse!?

05.07.2013 02:56 von LJE

Lehnt den Vorschlag ab

Die börse ist eine Kultureinrichtung mit sehr hohem Wert, für die Kulturförderung von jung und alt. Sicher ist, in der börse kann man nicht in einem Wasserbecken schwimmen:-)
Eine bessere Förderung halte ich für notwendig, um eine breite Kulturförderung, mit Tanzprojekten, Theaterprojekten, Literaturprojekten und mit kultureller Weiterbildung in Wuppertal zu ermöglichen.
die börse arbeitet mit einer grossen Vernetzung mit allen Kultureinrichtungen in der Stadt. Im Frühjahr 2014 werden wieder Aufführungen der Wuppertaler Bühnen in der börse stattfinden, weil den Bühnen das Schauspielhaus fehlen wird.
Der Zuschuss der Stadt ist seid ca. 10 Jahren nicht gestiegen, sondern die börse hat bisher alle Kostensteigerungen mit eigenen Mitteln und mit Projekten kompensiert. Die börse auf einen Partyort zu reduzieren ist sicherlich sachlich falsch.

Zuschüsse für die' Börse'

09.09.2013 15:32 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Die Börse ist mehr als nur Disco, Kneipe und Cafe. Dort finden viele sozio-kulturelle Projekte statt, schwerpunktmäßig im Bereich kultureller Jugendarbeit. Dabei werden viele nicht-kommerzielle Angebote, wie Ferienkurse sowie auch kostenlose Proberäume angeboten. Diese Angebote werden von kommerziellen Anbietern nicht vorgehalten.

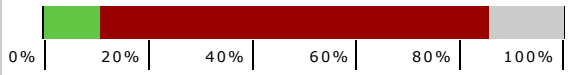
Aus Sicht der Stadtverwaltung ist es erstrebenswert, diese Angebote auch in Zukunft zu sichern. Im Haushaltsplan 2014/2015 sind somit weiterhin jährliche Zuwendungen für den Trägerverein der Börse in Höhe von rd. 190.000 EUR ausgewiesen.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S123	Busfahrplan	2013-07-01 20:28:53	Knaustaler	112

Allgemeine Angaben

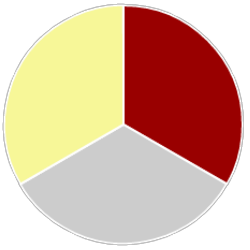
Kategorie:	Sonstiges	Vorschlagscode	S123
Erstellungsdatum:	2013-07-01 20:28:53	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	Knaustaler	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	3	21	4	28
Bewertungen (abs.)	10,7%	75%	14,3%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	5		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	4	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	1
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	1
		Sonstiges	0



Schlagworte

ÖPNV

Vorschlagsbeschreibung

Mein Vorschlag wäre, den Busfahrplan in den Abendstunden Werktags ab 20.00 oder 21 Uhr größtenteils auf Nachtexpressfahrplan umzustellen.Im Gegenzug in den Schul und Berufsverkehrzeiten statt von 30 auf 15 Minutentakt zu gehen.Ich denke unterm Strich führt das zu besser ausgelasteten Bussen, weniger verärgerten und wartenden Fahrgästen und somit einem attraktiveren Personennahverkehr.(Und wenn ein Bus ausfällt muss man nicht eine Stunde warten) Ist doch Wahnsinn, dass die Riesenbusse Abenda fast leer fahren und zu Stossverkehrszeiten wächst man an der Haltestelle fest, zumal Verspätungen bei Baustellen und dem Verkehr an der Tagesordnung sind. Ich selbst fahre seit Einführung des 30 Minuten Taktes wegen der schlechtan Anbindung beim Rückweg wieder vermehrt mit dem eigenen Auto zum Bahnhof. Fazit: Schlechterer ÖPNV = weniger Fahrgäste somit noch mehr Defizit für die öffentliche Hand! Zudem werden durch einen attraktiven ÖPNV Straßen und Umwelt weniger belastet, was auch Kosten spart!

Falscher Weg

02.07.2013 09:54 von flhah

Lehnt den Vorschlag ab

Gerne tagsüber wieder 20min Takt oder 15min Takt, aber nicht zu Kosten von abends. Man könnte z.B. kleinere Busse einsetzen, die weniger Sprit verbrauchen, wenn abends weniger Bedarf ist. Jeder Mensch, der aufs Auto umsteigt produziert höhere Kosten, als es die Busse tun.

Schwebebahn

02.07.2013 10:56 von phneutral

Ist neutral

Die Tagestaktung zu erhöhen finde ich grundsätzlich gut. Nicht allerdings auf Kosten der Nachtfahrer. Wenn im Gegenzug die Schwebebahn später noch unterwegs wäre, könnte ich mich mit dem Vorschlag eher anfreunden. Aber irgendwie muss man auch um diese nachtschlafene Zeit ohne ein Auto nach Hause kommen können — es ist im Moment schon schwierig genug.

Busfahrplan

06.09.2013 13:58 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Auch in der Zeit von 20 bis 24 Uhr wird der ÖPNV noch deutlich stärker genutzt als das NachtExpress-Angebot, z. B. durch Berufstätige (Einzelhandel, Schichtarbeit etc.). Das ÖPNV-Netz bereits in den frühen Abendstunden auf ein NachtExpress-Netz umzustellen, wäre somit nicht nachfrageadäquat und auch einer Großstadt nicht angemessen. Eine Verdichtung zum 15'-Takt in Vohwinkel wird zu den Schul- und Berufsverkehrszeiten bereits vorgenommen. Wo dies nicht geschieht (z. B. Linie 609), ist die Nachfragesituation entsprechend auch deutlich geringer.

detailierte Betrachtung

25.09.2013 00:49 von 135797531

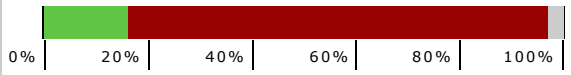
Inhaltliche Ergänzung

Ich denke, jede Linie muss einzeln in jeder Richtung betrachtet werden, ob es in den Abendstunden Einsparpotenzial gibt. Vlcht. reicht auf einigen Linien ein 60-Minuten-Takt aus bzw. sogar ab 22.00h sogar eine Art Nachtfahrplan. Aber hier muss jeder Streckenabschnitt einzeln überprüft und analysiert werden, bevor es evtl. zu berechtigten Kürzungen kommt.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
E105	Schauspielhaus abreißen	2013-06-30 16:32:33	Dudu	113

Allgemeine Angaben

Kategorie:	Kultur / Bildung / Sport	Vorschlagscode	E105
Erstellungsdatum:	2013-06-30 16:32:33	Stadtteil	Elberfeld
Autor:	Dudu	Typ	Einnahmevorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen	
Bewertungen (abs.)	5	25	1	31	
Bewertungen (abs.)	16,1%	80,6%	3,2%	100%	

Kommentare zum Vorschlag

Anzahl der Kommentare	3	**Kategorien**	
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	2	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	0
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0

Schlagworte

Kultur

Vorschlagsbeschreibung

Reißen Sie das Schauspielhaus bitte ab und verkaufen Sie das Grundstück. Falls das Schauspielhaus auf der Denkmalliste steht, so nehmen Sie es vor dem Abriss herunter.

Schauspielhaus abreißen???

08.07.2013 00:05 von Koerner2

Meinen Sie das ernst? Die Aussage ist für mich nicht ganz klar.

Zukunft des Schauspielhauses

09.09.2013 12:16 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Ob es eine weitere Nutzungsmöglichkeit für das Gebäude des Schauspielhauses geben kann, richtet sich sowohl nach den formulierten (oder möglichen neuen) Bedarfen als auch den bestehenden finanziellen Möglichkeiten.

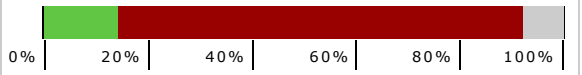
Die Aufgabe des Gebäudes als Spielstätte ist vom Rat der Stadt mit dem Haushaltsanierungsplan 2012 bis 2021 beschlossen worden. Die Diskussion um eine Nachfolgenutzung ist noch nicht abgeschlossen; auf die Berichts-Drucksache der Verwaltung (Nr. VO/0616/13) zum Kulturausschuss am 26. Juni 2013 wird in diesem Zusammenhang verwiesen.
http://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/vo0050.php?__kvonr=14951&voselect=8349

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
069	Ausstattung der Stadtverordneten mit Tablet-PC	2013-06-26 07:55:26	buck47	114

Allgemeine Angaben

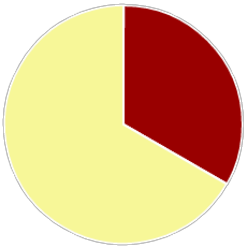
Kategorie:	Sonstiges	Vorschlagscode	069
Erstellungsdatum:	2013-06-26 07:55:26	Typ	Sparvorschlag
Autor:	buck47		

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	7	39	4	50
Bewertungen (abs.)	14%	78%	8%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	7		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	5	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	1
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	2
		Sonstiges	0



Vorschlagsbeschreibung

Die Unterrichtung der Stadtverordneten zur Vorbereitung der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse erfolgt bisher auf dem Papierweg. Die hierdurch entstehenden Kosten könnten eingespart werden, wenn die Vorlagen neben oft umfangreicher Anlagen nur noch elektronisch übermittelt würden. Dies wäre zugleich ein deutliches Zeichen für ein umweltfreundlicheres Arbeiten. Darüber hinaus würden viele Unterlegen besser lesbar sein, weil sie im elektronischen Bereich farbig vorliegen, als Druck jedoch nur in Schwarz-Weiss.

Pilotphase nach der Sommerpause

27.06.2013 14:22 von VerwaltungNJ

Wichtiger Hinweis der Verwaltung

Liebe Teilnehmende,

die Stadt setzt zur Abwicklung ihres Gremiendienstes bereits erfolgreich ein Ratsinformationssystem ein. In einer Pilotphase nach der kommenden Sommerpause werden nun alle Mitglieder des Finanzausschusses mit Tablet-PC ausgestattet. Ziel ist eine Umstellung auf den digitalen Gremiendienst mit dem umfassenden Verzicht auf Papier zu Beginn der nächsten Kommunalwahlperiode 2014.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtverwaltung

Papierloser Rat wird bereits angestrebt...

26.06.2013 09:52 von flhah

Inhaltliche Ergänzung

Siehe hier:
http://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/vo0050.php?__kvonr=13813

Folglich ist der Vorschlag nicht mehr so ganz aktuell. AUch heute gibt es alle wesentlichen Unterlagen vor den Sitzungen im Internet zu finden.

Vorschlag anders formulieren

26.06.2013 14:38 von MWagner

Inhaltliche Ergänzung

Grundsätzlich finde ich es gut, Ausdrucke einzusparen und somit Kosten für Papier und Toner einzusparen, aber der Vorschlag liest sich so, als wolle man auf Staatskosten Tablett-PCs anschaffen. Die Abgeordneten sollten ihr Arbeitsmaterial schon selber kaufen. Das muss jeder Arbeiter/Angestellter auch.

Ratsmitglieder sind keine Abgeordneten

01.07.2013 18:18 von MartinMoeller

Das ist schlicht Nonsens zu behaupten, ein Arbeiter/Angestellter müsse sein Arbeitsmaterial selbst kaufen, wenn man nicht bei dubiosen Unternehmen arbeitet, wird ein Arbeitgeber immer das Arbeitsmaterial stellen, muss er sogar. Darüber hinaus ist ein Ratsmitglied kein Abgeordneter sondern bekleidet ein Ehrenamt. Von diesem zu erwarten neben seiner Zeit, seiner Arbeitskraft und in der Regel auch finanziellen Ressourcen noch weiteres Geld in sein Ehrenamt zu investieren, finde ich mehr als abwegig.

Tablet-PC zu teuer!

02.07.2013 22:42 von Ulli

Lehnt den Vorschlag ab

Das angestrebte Ziel ist auch mit billigeren Notebooks erreichbar! Darüber hinaus haben viele Abgeordnete längst ein Notebook oder gar ein Tablet. Da muss doch nicht für jeden Abgeordneten ein neues Tablet angeschafft werden.

Ausstattung der Stadtverordneten mit Tablet-PC

09.09.2013 19:06 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Hier wird auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 27.06. verwiesen:

Die Stadt setzt zur Abwicklung ihres Gremiendienstes bereits erfolgreich ein Ratsinformationssystem ein. In einer Pilotphase nach der Sommerpause werden nun alle Mitglieder des Finanzausschusses mit Tablet-PC ausgestattet. Ziel ist eine Umstellung auf den digitalen Gremiendienst mit dem umfassenden Verzicht

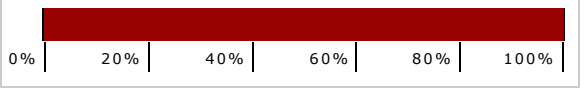
auf Papier zu Beginn der nächsten Kommunalwahlperiode 2014.

Vorschlag	Vorschlagsbeschreibung	Erstellungsdatum	Autor	Rang
S112	Schwebebahn seltener fahren lassen	2013-06-30 17:16:10	Dudu	115

Allgemeine Angaben

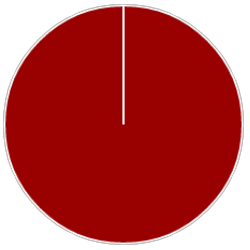
Kategorie:	Straßen / Verkehr	Vorschlagscode	S112
Erstellungsdatum:	2013-06-30 17:16:10	Stadtteil	Wuppertal (Gesamtstadt)
Autor:	Dudu	Typ	Sparvorschlag

Vorschlagsbewertung	Pro	Contra	Neutral	Anzahl der Bewertungen
Bewertungen (abs.)	0	48	0	48
Bewertungen (abs.)	0%	100%	0%	100%



Kommentare zum Vorschlag

		Kategorien	
Anzahl der Kommentare	5		
Kommentare "erster" Ordnung (Kommentare, die sich direkt auf den Beitrag beziehen)	3	Unterstützt den Vorschlag	0
		Lehnt den Vorschlag ab	2
		Ist neutral	0
		Ist eine Frage	0
		Inhaltliche Ergänzung	0
		Sonstiges	0



Schlagworte

Schwebebahn

Vorschlagsbeschreibung

Drei anstatt vier Verbindungen pro Stunde am Sonntagmorgen reichen völlig.

im Gegenteil

30.06.2013 22:30 von AT

Lehnt den Vorschlag ab

Sie sollte am Wochenende länger fahren...

Zustimmung

02.07.2013 17:16 von Raoul-Klein

Dafür könnte der Busfahrplan etwas ausgedünnt werden, aber gerade am Wochenende wenn die Leute Zum Feiern ausgehen wollen, sollte die Schwebebahn durchgehend fahren!
Und das sage ich als Anwohner der Schwebebahn.

B7 Autofrei

01.07.2013 19:43 von terveld

Lehnt den Vorschlag ab

Dann lieber den B7 mal Autofrei.

Schwebebahnfahrplan

09.09.2013 09:55 von VerwaltungNJ

Stellungnahme der Verwaltung

Aus Nachfragesicht wären drei statt vier Fahrten am frühen Sonntagmorgen sicherlich prüfenswert. Der Schwebebahnfahrplan ist jedoch auch auf Umstiege von bzw. zu Bus/Schiene ausgelegt. Insofern würde ein 20-Minuten-Takt der Schwebebahn nicht mehr zum übrigen Netzgefüge (Bus/S-Bahn im 30-Minuten-Takt) passen. Umsteiger hätten damit in der Regel nur noch einen guten Anschluss pro Stunde. Für einen 30-Minuten-Takt der Schwebebahn ist die Nachfrage Sonntagsmorgens zu groß.